Dienstag, 10. Dezember 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 287 - 50.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU



Alle Steuerzahler bekommen etwas ab von der Steuerreform, deren erste Stufe mit dem neuen Jahr beginnt. Die Grundfreibeträge für Ledige werden von 4212 auf 4536 DM und für Verheiratete von 8424 auf 9072 DM jährlich angehoben. Am stärksten sind Familien mit Kindern begünstigt. Die Freibeträge steigen von 432 auf 2484 DM. Wer ein Kind hat, wird 1986 monatlich zwischen 45 und 50 DM weniger Steuern zahlen. Bei zwei Kindern liegt die Ersparnis zwischen 77 und 87 DM, und bei drei Kindern bleiben sogar zwischen 109 und 122 DM mehr in der Kasse. Eltern, die keine Steuern zahlen, weil sie zuwenig verdienen, erhalten auf Antrag den Kindergeldzuschlag – maximal 46 DM je Kind.

POLITIK

Eureka: Der Dornier-Konzern hat der Bonner Regierung vier Projekte für das Forschungsprogramm vorgeschlagen. Dornier möchte Roboter der dritten Generation entwickeln, ein Verfahren zur zerstörungsfreien Werkstoffprüfung, einen Hochleistungslaser mit variablem Wellenlängenbereich und in Kooperation mit den Italienern die Arbeiten an einem amphibischen Flugzeug der 20-Tonnen-Klasse fortsetzen.

Verständnis: Als eine „Brücke zum besseren gegenseitigen Verständnis" bezeichnete das sowjetische Parteiorgan „Prawda" den Handel mit den USA. Wirtschaftliche Zusammenarbeit stelle die „Materialfabrik" für gute politische Beziehungen dar und könne helfen, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen.

Zypern: Unerwartet deutlich ist Staatspräsident Kyprianou bei den Parlamentswahlen im griechischen Teil der Insel in seinem harten Kurs gegenüber den zypriotischen Türken bestätigt worden. Seine Gegner verfehlten ihr Ziel, eine Zwei-Drittel-Mehrheit zu erlangen. (S. 5)

Rückzieher? In einem Hochverratsprozeß gegen zwölf führende Funktionäre der südafrikanischen Oppositionsbewegung United Democratic Front hat die Generalstaatsanwaltschaft der Provinz Natal überraschend die Anklage zurückgezogen. Eine Begründung wurde nicht gegeben. Im Oktober war in Südafrika trotz vehementer internationaler Proteste ein schwarzer Terrorist gehenkt worden. Anschließend verstärkten sich die Unruhen im Lande. (S. 8)



Der Golfkrieg steckt fest, ein Ende ist nicht abzusehen. Doch Irak, das den Krieg begann und das nun Frieden schließen möchte, konzentriert sich nicht nur auf diese Auseinandersetzung – das von einer strengen Führung disziplinierte Volk plant und baut weiter an seiner Zukunft, wobei zwei Voraussetzungen gegeben sind: genug Wasser und genug Öl. Was hat der Krieg verändert, wie leiden die Menschen? Irak bot einen Einblick.

Seite 6

WIRTSCHAFT

Schiffahrt: Die Krise in der internationalen Handelsschiffahrt nimmt alarmierende Formen an. Regelrechte Panik löste jetzt die Nachricht aus, daß die in Hongkong beheimatete C.-H.-Tung-Gruppe massive Finanzprobleme hat. (S. 9)

Elektronik: Über die Mieten in City-Lagen klagt der deutsche Radio- und Fernsehfachhandel. Für 1985 wird dennoch mit einem Volumen von 15 Milliarden DM ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. (S. 9)

Börse: Bei ruhigem Geschäft bildete sich gestern an den Aktienmärkten keine einheitliche Tendenz. Am Rentenmarkt bröckelten die Kurse leicht ab. WELT-Aktienindex 246,27 (246,04). BHF-Rentenindex 104,358 (104,391). BHF-Performance Index 108,524 (108,528). Dollarmittelkurs 2,5310 (2,5240) Mark. Goldpreis pro Feinunze 317,40 (322,30) Dollar.

KULTUR

„Irrelohe": Ihre erste Wiederaufführung seit über 50 Jahren erlebte Franz Schrekers Oper „Irrelohe" am Bielefelder Theater. Regisseur John Dew deutet das freudianische Symbolstück über Eros und Triebstruktur um zum Lust- und Liebestraum eines jungen Komponisten. (S. 21)

Corinth: Der ostpreußische Maler Lovis Corinth galt lange Zeit als umstritten. Er ließ sich stilistisch nicht in die gängigen Kunstrichtungen einordnen und hatte es schwer, sich durchzusetzen. Eine Ausstellung im Essener Folkwang-Museum kündigt eine Neubewertung an. (S. 21)

SPORT

Sport: Im Finale der australischen Meisterschaften von Melbourne schlug der Schwede Edberg seinen Landsmann Wilander 6:4, 6:3, 6:3. (S. 7)

Schwimmen: Michael Groß wird am Wochenende nicht beim Europa-Cup in Hertogenbosch (Holland) starten. Grund: Trainingsrückstand.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kanzler läßt sich vom DGB nicht unter Druck setzen

Vor weiterem Gespräch über den „Streik-Paragraphen" / CSU rügt Bangemann

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will sich durch die öffentliche Kampagne des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gegen eine Änderung des Neutralitäts-Paragraphen 116 („Streik-Paragraphen") im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) nicht in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen lassen. Vor dem Bundesausschuß der CDU sagte der Kanzler in Bonn zu diesen „unerträglichen Angriffen", zwar sei seine Regierung und seine Partei für Gespräche mit den Sozialpartnern, aber: „Wir lassen uns nicht unter Druck setzen." Gespräche über solch wichtige Themen setzten eine „Grundausstattung von Fairneß" im Umgang miteinander voraus.

Der Kanzler ging nicht auf den Streit um die Vorab-Veröffentlichung des Regierungsvorschlags zur Neuformulierung des umstrittenen Paragraphen durch Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) ein. In München mißbilligte der CSU-Vorstand dagegen einstimmig die „absprachewidrig vorgenommene Veröffentlichung des Arbeitspapiers vor dem Kanzlergespräch". Bangemann habe damit das heutige Kanzlergespräch in einer für einen Bundesminister unverantwortlichen Art und Weise belastet. CSU-Generalsekretär Gerold Tandler, erklärte hier handle es sich um eine Indiskretion, die der Profilierung dienen solle. Den Koalitionspartner FDP müsse man bitten, daß sich künftig „alles in einem erträglichen Rahmen abspielt".

In den Mittelpunkt seiner Rede vor dem „Kleinen Parteitag" der CDU stellte der Parteivorsitzende nach einer positiven Bilanz seiner dreijährigen Regierungstätigkeit den Wahlkampf für die Bundestagswahl 1987.

SEITEN 2, 3 UND 8:
Weitere Beiträge

Zwar habe sich das noch vor einem halben Jahr negativ erscheinende Stimmungsbild zum Positiven gewendet, sagte der Bundeskanzler. Und die Union sowie seine Regierung könnten auch „stolz auf unsere Erfolge sein". Allerdings habe die Partei „nicht den geringsten Grund, übermütig zu werden". Die Wahl selbst werde erst am Wahlsonntag entschieden. Bis dahin müsse man noch „hart arbeiten". Die CDU habe, sagte Kohl, ohne die FDP direkt anzusprechen, „keine Stimme zu verleihen, zu vergeben, zu verschenken". Die Union sei in ihrer gesamten Programmatik seit 40 Jahren immer eine Volkspartei gewesen. Dies gelte für die Zusammenarbeit der Regionen im föderativen System, für das Zusammenwirken der Christen beider Konfessionen wie das Miteinander der verschiedenen sozialen Gruppen. Die Union sei politische Heimat für Arbeitnehmer wie Unternehmer, Betriebsräte wie Mittelständler, Selbständige wie Rentner gewesen. „Wenn wir nicht mehr Volkspartei wären, wären wir nicht mehr mehrheitsfähig", sagte Kohl.

CDU-Generalsekretär Geißler wandte sich gegen die Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten, durch Schüren von „Angst, von negativen Utopien, kollektiven Depressionen, Kriegsangst, Sozialneid und niedrigen Instinkten" beim Wähler auf Stimmenfang zu gehen. Die Union müsse den Mitbürgern klar machen, daß die gute Bilanz der Regierungsarbeit nicht einer zufälligen Konjunkturlage entspreche, sondern „auf die solide Arbeit der Bundesregierung und des Bundeskanzlers zurückzuführen ist", sagte Geißler. CDU/CSU-Fraktionschef Dregger verwies darauf, daß die Haushaltsdebatte gezeigt habe: „Wer im Angriff ist, das sind wir."

DER KOMMENTAR

Fehleinschätzung

CARL GUSTAF STRÖHM

Dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt wurde bei der Begegnung mit der polnischen Wirklichkeit in Warschau vor Augen geführt, daß es leicht ist, am grünen Bonner Tisch Konzepte zur Ostpolitik zu entwikkeln – daß es aber oft schwerfällt, schöne Theorien mit den Tatsachen in Einklang zu bringen. Brandt war nicht nur nach Polen gekommen, um den 15. Jahrestag des Warschauer Vertrages zu feiern. Er wollte auch zeigen, daß für ihn und die SPD die polnischen Kommunisten unter General Jaruzelski wichtig sind. Lech Walesa, wie Brandt Friedensnobelpreisträger, war ihm weniger wichtig.

Ein solches Verhalten entspricht der sozialdemokratischen Strategie, die sowjetische Hegemonie im Osten Europas als unabänderlich hinzunehmen. Die „Solidarität", die Charta 77 in der CSSR und andere Dissidenten stören dabei; man schiebt sie beiseite.

In Warschau wurde der SPD-Vorsitzende bei einem Treffen mit dem Club der katholischen Intelligenz belehrt (unter ihnen Tadeusz Mazowiecki, ein Freund des Papstes und Berater Walesas), daß die „Solidarität" am Leben und keineswegs eine Randgruppe ist. Die Intellektuellen haben Brandt gegenüber betont, daß es ohne eine Öffnung zwischen Herrschenden und Gesellschaft – also zwischen Regime und Volk – keine Lösung des polnischen Problems geben wird. Die Gesprächspartner haben gleichzeitig ihre Befürchtung ausgesprochen, daß sich das Regime Jaruzelski nicht in Richtung Dialog, sondern auf Verhärtung hin bewege.

Offenbar unter dem Eindruck dieses Gespräches hat Brandt gesagt, er werde nach der Rückkehr in die Bundesrepublik an Walesa „einen Brief schreiben". Diese Ankündigung zeigt, daß der SPD-Vorsitzende seine Reise nach Polen in falscher Einschätzung der dort herrschenden Verhältnisse antrat.

Geißler: Eigentlich ein Freiheitspreis

Umstrittener Nobel-Preis wird heute überreicht / Sozialdemokraten Zynismus vorgeworfen

DW. Bonn/Oslo

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat die Verleihung des Friedensnobelpreises zum Anlaß genommen, vor Begriffsverwirrungen zu warnen. Dieser Preis sei „zu Recht immer wieder als ein Freiheitsnobelpreis verliehen worden". Angesichts der sich ausweitenden Kritik an der diesjährigen Verleihung des Preises für eine internationale Ärztegruppe, der der stellvertretende sowjetische Gesundheitsminister Tschasow als Ko-Präsident angehört, betonte Geißler gestern vor dem Bundesausschuß der CDU, Friede herrsche nur dann, wenn das Zusammenleben der Menschen nach den Maßstäben des Rechts und der Gerechtigkeit geordnet sei.

Der Frieden ist nach seinen Worten kein Grundwert – und schon gar kein oberster, wie es Egon Bahr behaupte. Und dazu nannte Geißler zwei Beispiele: Sacharow und Walesa kämpften für die Menschenrechte in ihren Ländern. Sie hätten sich gegen einen falschen, einen „erschlichenen Frieden" um den Preis der Unfreiheit gewehrt.

Mit diesen Worten wandte sich Geißler vor dem sogenannten kleinen Parteitag der CDU gegen Politiker, die bei Besuchen in Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden, „nur mit den Machthabern reden und an den Unterdrückten vorbeigehen". Damit zielte er auch ab auf den jüngsten Besuch des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Polen und nannte solches Vorgehen „zynisch". Geißler fügte hinzu: „Wer nur mit Jaruzelski und nicht auch mit Walesa redet, mag sich als Realist fühlen; tatsächlich nimmt er die Wirklichkeit nur selektiv wahr."

Unterdessen hat der amerikanische Mitvorsitzende der „Internationalen Ärztevereinigung zur Verhinderung eines Atomkrieges", Bernard Lown, Beschuldigungen zurückgewiesen, die mit dem diesjährigen Friedensnobelpreis ausgezeichnete Organisation begünstige die sowjetische Politik.

Eine Reihe deutscher Sozialdemokraten, darunter der Kölner Professor Kriele, hat in einem Telegramm die Aktion norwegischer Sozialdemokraten unterstützt, während der Verleihung des diesjährigen Nobelpreises in einer Mahnwache an den Preisträger von 1975, Andrej Sacharow, zu erinnern. Darin heißt es, Sacharow habe gelehrt, ein dauerhafter Friede könne nur auf der Achtung des Rechts begründet werden. Die symbolische Bedeutung des diesjährigen Friedensnobelpreises liege in dem Mißverständnis, als könne der Zusammenhang von Menschenrechten und Frieden aufgelöst werden.

Gleichzeitig hat der stellvertretende Fraktionschef der Grünen im baden-württembergischen Landtag, Gerd Schwandner, den sowjetischen Arzt Tschasow aufgefordert, auf die Annahme des Friedensnobelpreises zu verzichten. Schwandner gehört der deutschen Sektion dieser Ärztegruppe an. Der Abgeordnete erklärte, Tschasow habe bei der Kampagne gegen Sacharow eine „miese Rolle" gespielt. Die Menschenrechte seien „unteilbar".

Unterdessen hat sich in Oslo Tschasow in der internationalen Pressekonferenz geweigert, Fragen westlicher Journalisten nach Sacharows Schicksal zu beantworten.

„Kirchenpraxis der modernen Welt anpassen"

DW. Vatikanstadt

In dem Abschlußbericht der Sondersynode der katholischen Bischöfe wird die Notwendigkeit betont, die Kirchenpraxis an die Bedingungen in der Welt 20 Jahre nach dem II. Vatikanischen Konzil anzupassen. Die Lehren des Konzils sollen dabei jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Allerdings wird in weiten Bereichen eine Überprüfung bestimmter Vorgehensweisen der Kirche verlangt.

In dem Kapitel über die Mission der Kirche in der Welt wird unter anderem eine Untersuchung darüber vorgeschlagen, was die vom Konzil verlangte „vorrangige Option für die Armen" sei und wie sie in die Praxis umgesetzt werden könne. Vor allem von diesem Engagement ist in Lateinamerika die umstrittene „Theologie der Befreiung" abgeleitet worden. Eine ebenso grundsätzliche Überprüfung wird im Bereich der kirchlichen Soziallehre und beim Dialog der Kirchen mit den Nichtchristen verlangt.

Seite 2: Kirche als Mysterium

Bundestag vor harter Debatte über SDI

rmc. Bonn

Mit einer harten Debatte über das Für und Wider einer Strategischen Raketenabwehr (SDI) wird für den kommenden Freitag im Bundestag gerechnet. Grundlage dafür sind Anträge der SPD-Fraktion und der Grünen, die sich strikt gegen die amerikanische Initiative aussprechen und von der Bundesregierung verlangen, auch keine Regierungsvereinbarung zur Kooperation mit den USA abzuschließen. Die Sozialdemokraten verlangen in einem weiteren Antrag statt einer deutschen Unterstützung von SDI oder den Aufbau einer europäischen Raketenabwehr (EVI) die Verbesserung der konventionellen Abwehrfähigkeit gegen Flugzeuge. Über seine generelle Einstellung zu SDI will das FDP-Präsidium heute beraten. Der auf dieser Sitzung zu erwartende Beschluß wird in Bonn als Weichenstellung für die Sitzung des Bundessicherheitsrates betrachtet, in der eine Regierungsvereinbarung mit den USA entschieden werden soll.

Seite 8: Parlamentarisches Gefecht

Warschau wünscht Besuch Weizsäckers

Brandt: Auch der Kanzler wäre willkommen / SPD-Chef kündigt Brief an Walesa an

DW. Warschau

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt will nach der Rückkehr von seinem Polen-Besuch Arbeiterführer Lech Walesa einen Brief schreiben und diesem persönlich seine Sympathie bekunden. Brandt war von führenden Vertretern des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau (KIK) darauf hingewiesen worden, daß die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" nicht als „kleine Randgruppe" gesehen werden dürfe. Die Gewerkschaft lebe.

Tadeusz Mazowiecki, ein Berater Walesas, berichtete: „Wir haben betont, daß in Polen eine echte Öffnung zwischen den Herrschenden und der Gesellschaft geben muß und daß es ohne diese keine wirkliche Lösung des polnischen Problems gibt." Brandt wurde auch gesagt, es gebe unglücklicherweise viele „beunruhigende Anzeichen" dafür, daß kommunistische Behörden sich in die andere Richtung – also weg von der Politik des Dialogs – bewegten.

Auf einer Pressekonferenz mit Brandt ließ der polnische Staats- und Parteichef General Jaruzelski gestern durchblicken, daß die Warschauer Führung einen Besuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker sehr begrüßen würde. Brandt referierte den „Eindruck", daß auch Bundeskanzler Kohl in Polen sehr willkommen wäre. Der General und der SPD-Vorsitzende zogen eine insgesamt positive Bilanz ihres Meinungsaustauschs.

In dem Kommuniqué wurde von polnischer Seite das Engagement der SPD unter Brandt für die Verständigung gewürdigt. Die große Mehrheit der Bevölkerung in beiden Ländern, so heißt es in dem Text, wünsche die Verständigung auf der Grundlage des Warschauer Vertrages, der feststelle, daß Oder und Neiße die Westgrenze Polens bildeten.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja (CDU), erklärte gestern, Brandt habe jede Andeutung unterlassen, daß ein „stabiles Polen" nur möglich sei, „bei mehr Menschenrechten, weniger Unterdrückung und in einem langen friedlichen Wandel zu einem tragbaren Ausgleich zu dem Westen und auch zu den Deutschen, ohne Vertretung beiderseitiger Maximalziele". Zu Brandts Forderung nach einer „europäischen Friedensordnung" erinnerte Czaja an Erklärungen des SPD-Vorsitzenden im Jahre 1967:

– Diese Friedensordnung darf nicht bestätigen, was der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat;

– die Grenzen sind „einzuebnen";

– ein „europäisches Volksgruppenrecht ist zu gewährleisten";

– die Menschenrechte sind nicht „zu deklarieren", sondern überall „zu praktizieren".

Christdemokrat siegt in Guatemala

DW. Guatemala-Stadt

Aus den Stichwahlen für das Amt des ersten Zivilpräsidenten Guatemalas nach fast drei Jahrzehnten ununterbrochener Militärdiktatur ist der als politisch gemäßigt geltende Christdemokrat Vinicio Cerezo als Sieger hervorgegangen. Das zeigte sich nach Auszählung der Ergebnisse aus den ersten zehn Wahllokalen, die in Guatemala-Stadt bekannt wurden. Danach entfielen von den in diesen Wahllokalen abgegebenen Stimmen 3011 auf Cerezo und 856 auf seinen Rivalen, den rechtsgerichteten Präsidentschaftskandidaten Jorge Carpio Nicolle.

Seite 5: Vor radikalem Machtwechsel

Klose – Kritik an Nicaragua

DW. Bonn

SPD-Bundesvorstandsmitglied Hans-Ulrich Klose hat zahlreiche Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua beklagt. Wie Klose, Koordinator für Menschenrechtsfragen in seiner Partei, nach Rückkehr von einer zweiwöchigen Mittelamerika-Reise sagte, sind bestimmte Tendenzen in Nicaragua mit dem vor der Revolution geäußerten Ziel einer pluralistischen Demokratie nicht vereinbar.

Der SPD-Politiker setzte sich trotzdem dafür ein, die deutsche Entwicklungshilfe an Nicaragua wieder aufzunehmen. Sie sollte jedoch an die Einhaltung bestimmter politischer Bedingungen geknüpft werden.

Wenn Bukarest von Revanchismus spricht

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Rumänien hat jetzt gegen Ungarn erstmals offen und direkt den Vorwurf des „Revanchismus" in der Siebenbürgen-Frage erhoben. Die in Bukarest erscheinende Wochenzeitung „Romania literara" hat unter der Überschrift „Ungarische Revisionisten und Chauvinisten sind wieder am Werk" die Budapester Partei- und Staatsführung beschuldigt, Landkarten mit den alten ungarischen Grenzen so wie „unwissenschaftliche" Publikationen über den angeblichen ungarischen Charakter Siebenbürgens (Transsylvaniens) zu verbreiten.

„Romania literara" – als Organ des rumänischen Schriftstellerverbandes ein offiziöses Sprachrohr – spricht von „falschen", „obskuren" und „unwissenschaftlichen" Thesen, die aus Budapest verbreitet werden. Konkret genannt wird die in Ungarn in spanischer Sprache herausgegebene Zeitschrift „Hungria", in der ein Aufsatz über das „Unabhängige Siebenbürgen" erschienen ist.

Man wundere sich, so schreibt „Romania literara", warum (in Budapest) solche Artikel sowie Kalender und Landkarten gedruckt werden, in denen die „Grenzen des historischen Ungarn" immer wieder zu sehen seien. Jeder „ehrliche Mensch" so wie die öffentliche Meinung in Rumänien stelle sich die Frage, warum und zu wessen Nutzen solche „alte chauvinistische, revisionistische und revanchistische Stücke aus dem Arsenal der Horthy-Propaganda der Zwischenkriegszeit" wieder hervorgeholt würden. Dann kündigt das rumänische Blatt eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zum ungarischen Nachbarn an: Die „giftigen anti-rumänischen Stücke" aus Budapest stünden in flagrantem Widerspruch nicht nur zur historischen Wahrheit, sondern auch zu den Prinzipien normaler Beziehungen zwischen Staaten und Nationen. Zwei prominente rumänische Historiker, Stefan Stefanescu und Nicolae Detreanu, erklären in der rumänischen Literaturzeitung, Siebenbürgen sei – im Gegensatz zu ungarischen Behauptungen – stets ein überwiegend rumänisches Land und von Rumänen besiedelt gewesen.

Nachdem Rumänien eine von Ungarn vorgelegte Schlußerklärung zum KSZE-Kulturforum torpediert hat und Budapest nach langer Zurückhaltung heftige Klagen über die Diskriminierung von zwei Millionen Ungarn in Siebenbürgen vorbringt, sind jetzt die Beziehungen zwischen beiden kommunistischen Nachbarstaaten, die beide auch Mitglieder des Warschauer Paktes sind, auf einem Tiefpunkt angelangt. Schon auf dem Kulturforum hatte Rumänien den Vorwurf des „Revanchismus" erhoben.

FBI will den Fall Pollard nicht zu den Akten legen

Shultz und Peres wollen die Spionageaffäre beilegen

E. LAHAV, Jerusalem

Das FBI will sich nicht an die Absprache halten, die der US-Außenminister Shultz und der israelische Ministerpräsident Peres getroffen haben, um die Spionageaffäre Pollard schnell aus der Welt zu schaffen. Der israelische Minister ohne Portefeuille, Professor Moshe Arens – seit seiner Amtszeit als Botschafter in den USA sehr beliebt – ist aus Washington zurückgekommen, wo er in Peres' Auftrag versucht hatte, Gemüter zu beruhigen. Mit ihm war der Anwalt Ram Caspi, einer der führenden Strafverteidiger des Landes, gereist.

Das FBI hat dem State Department wie auch den israelischen Diplomaten klargemacht, daß es nur unter zwei Bedingungen die Akte Pollard ablegen kann: Eine Befragung der israelischen Beamten, die den Kontakt mit Pollard aufrecht hielten, und die Rückgabe der von Pollard entwendeten Dokumente. Was die Befragung betrifft, so hat Israel beschlossen, sie mit gewissen Auflagen zuzulassen: Sie wird in Israel stattfinden und Anwalt Caspi wird anwesend sein. Sie wird nicht den Charakter eines Verhörs tragen. Bei den Dokumenten verhält es sich anders. Die amerikanische Seite ist daran aus mehreren Gründen interessiert, vor allem jedoch, um eine gerichtliche Verurteilung gegen Pollard zu erwirken. Er wurde zwar mit über hundert Geheimdokumenten in seinem Besitz gefaßt, doch besteht kein unumstößlicher Beweis, daß er auch nur ein Dokument an Fremde übergeben hat. Das FBI pocht darauf, daß diese Dokumente amerikanisches Eigentum sind.

Dies stellt Israel vor ein schwieriges Dilemma. Denn durch die Herausgabe dieser Dokumente wird es zur Verurteilung und Bestrafung eines Mannes beitragen, der Israel geholfen hat. Die Herausgabe der Dokumente zu verweigern, würde eine neue Konfrontation mit den USA hervorrufen. Grotesk ist, daß die Israelis jetzt den Spieß umdrehen und dem FBI vorwerfen, es habe einen derart ungeschickten Mann lange in seinen Reihen geduldet, statt ihm den Laufpaß zu geben. (SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Über den Wahltag hinaus

Von Günther Bading

Vor dem „Kleinen Parteitag" der CDU hat der Bundeskanzler eine positive Bilanz seiner dreijährigen Regierungstätigkeit gezogen. Wieder einmal, möchte man angesichts der bilanzträchtigen Jahresschlußreden führender Politiker in diesen Tagen sagen. Aber es war mehr, was Helmut Kohl den 154 Mitgliedern des Bundesausschusses zu sagen hatte.

Der Rückblick auf den Erfolg, den er mit Stolz preist, ist für ihn nur die Grundlage, um vorauszuschauen – über das Jahr 1986 mit seinen Kommunal- und Landtagswahlen hinaus. Kohl spricht in der sicheren Erwartung eines Wahlsieges am letzten Januar-Sonntag des Jahres 1987 schon heute so, als gelte es, die Weichen für die nächste Legislaturperiode nach dem eher lästigen Zwischenspiel einer Bundestagswahl zu stellen.

Was er allerdings zum Wahlkampf zu sagen hat, muß seine Gegner, aber auch seine Koalitionspartner aufhorchen lassen. Der SPD-Kampagne der Angstmacherei will der CDU-Vorsitzende eine Auseinandersetzung um Inhalte entgegensetzen. Darüber ist er sich, das war spürbar, mit Generalsekretär Geißler und den übrigen Köpfen der Union einig. Und er will sich und seine Partei nicht von den pro-sozialdemokratischen Gruppierungen im politischen Vorfeld irremachen lassen. „Wir lassen uns nicht unter Druck setzen", sagte der Kanzler an die Adresse der Gewerkschaften.

Dasselbe gilt, auch wenn Kohl dies nicht so scharf formuliert hat, mit dem Näherrücken des Wahlkampfes zunehmend auch für den Koalitionspartner FDP. Zwar träumt FDP-Generalsekretär Haussmann jetzt sogar von einem zweistelligen Ergebnis. Daß die FDP solchen Erfolg allerdings – wenn überhaupt – nicht erneut durch Leih-, Hilfs- oder Überbrückungsstimmen der Union erreichen wird, daran hat der CDU-Vorsitzende keinen Zweifel gelassen: Die CDU habe in der nächsten Wahl „keine Stimme zu verleihen, zu vergeben, zu verschenken". Eine angesichts freidemokratischer Profilierungskapriolen von SDI bis zum Paragraphen 116 überfällige Erinnerung.

Das Mindestmaß

Von Wilm Herlyn

Stolpernd ergreift der Kandidat die Flucht nach vorn: Rau sieht sich veranlaßt, den Funktionsträgern der SPD die Leviten zu lesen. Denn er lernte aus Schmidts Ende: Rau will die SPD von niemandem in eine Richtung drängen lassen, die von seinem Pfad abweicht. Kritik wegen mangelnder Kenntnis in der sozialen Gesetzgebung und wegen seines unglücklichen Auftretens bei der Einweihung des Steinkohle-Kraftwerkes Ibbenbüren müsse er nun schon genug aushalten, gab er zu bedenken, da könne er ein Mindestmaß an Solidarität von den eigenen Genossen erwarten!

Hatten sich doch die Parteilinken Lafontaine, Engholm, Schröder und Hiersemann erfrecht, in dieselbe Kerbe zu hauen wie Raus ehemaliger Landwirtschaftsminister Bäumer. Dessen Erkenntnis „Ibbenbüren ist der größte Stickoxyd-Stinker der Nation" trifft zwar den Kern, ist aber für die SPD nicht opportun. „Der Brückenschlag zwischen Arbeit und Umwelt ist kein Seminarthema, sondern eine konkrete Aufgabe", sagte Rau. Und dabei entschied er sich zum Ärger der Grün-Linken der SPD für die Arbeitsplätze.

Dabei tat er nichts anderes als Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht vor Jahresfrist mit Buschhaus. Das stört die Programmtheoretiker, die ihr Heil an den grünen Rändern der SPD suchen. Sie sorgen sich, daß der Kandidat Positionen aufgibt, die sie erstritten haben: Die SPD als Friedens- und Umweltpartei, Ausstieg aus der Kernenergie, Verzicht auf Wiederaufbereitungsanlagen, Tempolimit.

Gerade Schröder hätte gerne mit dem „Höllenfeuer von Buschhaus" Ernst Albrecht im niedersächsischen Wahlkampf eingeheizt. Aber nun schlägt Rau ihm mit Ibbenbüren die Argumente aus der Hand. Unverhüllt und auch selbstbewußt droht Rau jetzt: „Ich will ganz ernst sagen: Bitte geht davon aus, daß ich so mit mir nicht umgehen lasse!" Die Drohung zeigte Wirkung – Engholm, Lafontaine, Schröder und Hiersemann traten den geordneten Rückzug an. Ganz offiziell. Ihre Meinung geändert haben sie nicht. Inoffiziell.

Vernichtung abschrecken

Von Cay Graf Brockdorff

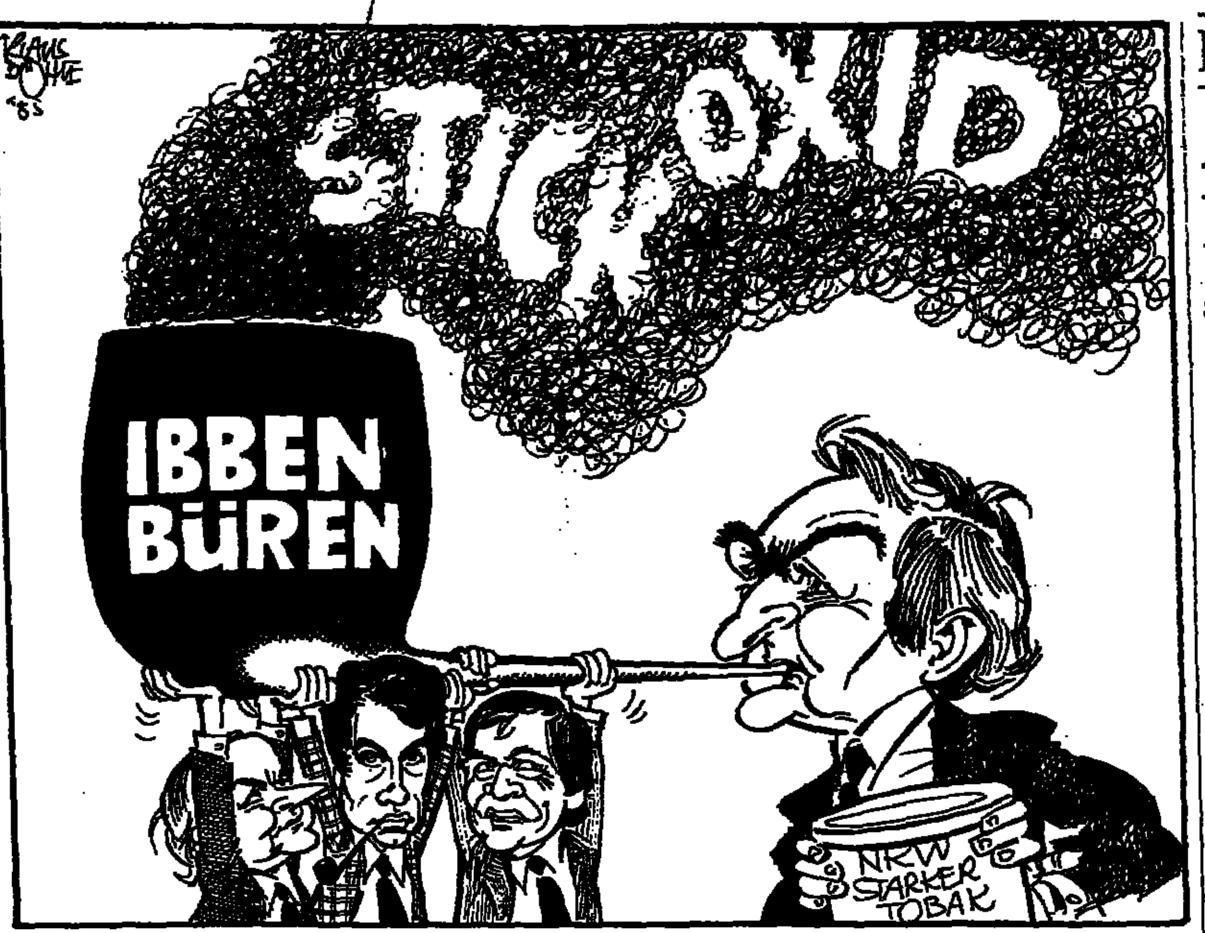
Im Zweiten Weltkrieg war das Kriegsziel der Sowjetunion die Vernichtung der gegnerischen Streitkräfte. Daran hat sich nichts geändert: Sollte die Sowjetunion in einen Krieg verwikkelt werden, müßte er „gesetzmäßig mit dem Sieg des fortschrittlichen kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems über das reaktionäre kapitalistische System enden, das historisch dem Untergang geweiht ist" (Sokolowski, „Wojennaja Strategija"). Nach der sowjetischen Doktrin ist die Vernichtung des gegnerischen Militärpotentials Voraussetzung für den Sieg.

Dies ist bedenkenswert bei jüngsten Äußerungen des US-Generals Abrahamson, eine SDI-Raketenabwehr sei kein „undurchdringlicher Schutzschild". Denn schon, wenn er „nur" zu 80 oder 90 Prozent wirksam wäre, würde er der Sowjetunion verwehren, auf Sieg zu setzen, denn der bedingte die Vernichtung des gegnerischen Offensivpotentials. Und dieses Ziel ist schon bei einem beschränkt wirksamen SDI-Schutz unerreichbar: Die Strategie der Abschreckung, die den Ausbruch eines Krieges verhindern will, hätte gewirkt.

Kritik am SDI-Projekt, die tausend und mehr Atomsprengköpfe trotz SDI durchbrechen und amerikanische Städte verwüsten sieht, befindet sich dagegen bereits mitten im Szenario eines dritten Weltkriegs. Die vorherige Abschreckung und ihre Wirksamkeit hat sie übergangen.

Daß Abschreckung eine wirksame Methode zur Kriegsverhinderung darstellt – eine wirksamere ist bisher nicht entwikkelt worden –, wird immer wieder übersehen, wenn Bilder eines schon im Gang befindlichen dritten Weltkriegs die Strategiedebatte beherrschen. Die jüngste Variante dieses von wenig Sachverstand bestimmten Zeitvertreibs ist die Entwicklung immer neuer „alternativer Strategien". Die meisten gehen davon aus, daß man den Gegner auf seinem eigenen Territorium schonen solle. Deshalb sei es verfehlt, daß beispielsweise die Luftwaffe den Tiefflug übe, um in gegnerisches Gebiet einzudringen.

Solchen „Verteidigern" ist entgangen, daß ein Krieg, der sich allein auf unserem Boden abspielen würde und mit einer Garantieerklärung für die Verschonung des gegnerischen Territoriums versehen wäre, das Ende der Abschreckung bedeuten müßte. Krieg ließe sich wieder führen; die Vernichtung des Gegners wäre möglich.



Blauer Himmel über der Ruhr KLAUS BÖHLE

Kirche als Mysterium

Von Friedrich Meichsner

Konzilintegral – das ist das Leitmotiv, das in dem gestern veröffentlichten Schlußbericht der außerordentlichen Weltbischofssynode immer wieder durchscheint. Die Synode war von Johannes Paul II. mit dreifacher Zielsetzung einberufen worden. Sie sollte den 20. Jahrestag der Beendigung des zweiten Vatikanums feiern, sie sollte eine Bilanz der zwei nachkonziliaren Jahrzehnte ziehen; sie sollte der katholischen Kirche im Geiste und im Buchstaben des Konzils neue Impulse geben. Nach eigener Einschätzung haben die 165 Synodenväter diese drei Ziele erreicht. Ob das auch für den dritten Programmpunkt uneingeschränkt zutrifft, kann sich freilich erst in der Zukunft erweisen, wenn die jetzt gegebenen Impulse in der kirchlichen Wirklichkeit die Feuerprobe bestehen müssen.

Am Anfang der Synode stand die Kirchenbilanz der letzten zwanzig Jahre. Sie wurde zunächst von den Sprechern der verschiedenen Bischofskonferenzen für jede Lokalkirche gezogen. Die Mosaiksteine dieser Berichte wurden dann zu einem Bild zusammengefügt, das nach Aussage des Schlußdokuments Licht- und Schattenseiten hat. Für die Schattenseiten wird nicht der eine oder andere Beschluß des Konzils oder gar das Konzil schlechthin verantwortlich gemacht, sondern die in Teilen der Kirche praktizierte selektive Lektüre der Konzilsdokumente, die lediglich partielle Anwendung der Konzilsbeschlüsse.

Was die Väter damit meinen, wird vielleicht am deutlichsten am Beispiel der Kirche selbst. Die nachkonziliare Diskussion ging hier weitgehend um die institutionelle Verfassung der Kirche – um ihren hierarchischen Aufbau, um die institutionelle Realisierung der bischöflichen Kollegialität mit dem Papst und um die Stellung der Laien in der Kirche.

Dem hält der Schlußbericht der Synode jetzt die Feststellung entgegen, die zweifellos durch die Konzilskonstitution „Lumen gentium" gedeckt ist: „Die ganze Bedeutung der Kirche leitet sich von ihrer Verbindung mit Christus ab." Dieser vorrangige Aspekt der Kirche als Mysterium ist sicherlich im Bewußtsein nicht weniger Gläubiger vor dem institutionellen Aspekt in den Hintergrund getreten. Leidenschaftlich wurde oft darüber diskutiert, ob die Vision einer rein hierarchischen Kirche durch eine neue, eher soziologische Konzeption von der Kirche ersetzt werden solle. Die Kirche als Leib Christi geriet dabei etwas in Vergessenheit.

Die Synode hat sich jetzt die in den Beratungen unter anderem vom deutschen Präfekten der Glaubenskongregation Kardinal Ratzinger vertretene Forderung nach einer ganzheitlichen Sicht der Kirche zu eigen gemacht. Sie plädiert für die Aufwertung des spirituellen Elements, ohne daß dadurch das Institutionelle – wie etwa die bischöfliche Kollegialität – vernachlässigt werden sollte.

Dem damit zum Ausdruck gekommenen innerkirchlichen Motto „Kirche integral!" entspricht eine integrale Konzeption auch von der kirchlichen Mission in der Welt. Johannes XXIII. hatte das II. Vatikanum seinerzeit als das Konzil des „Aggiornamento" angekündigt. Dieses Wort „Aggiornamento" war vielfach mit „Anpassung an die Welt von heute" übersetzt worden. In der „Relatio" der Synode wird jetzt zwischen wahrem und falschem „Aggiornamento" unterschieden. Das Falsche führe über die Anpassung an die Welt zur Säkularisierung der Kirche. Das Wahre überwinde die eigene Isolierung, das „bewegungslose In-sich-selbst-verschlossen-Sein der Gemeinde der Gläubigen" durch eine missionarische Öffnung, die auf das „integrale Heil der Welt" hinziele.

Integral wird von der Synode auch der Begriff Armut verstanden – nicht nur materiell, sondern auch ideell. Dazu heißt es im Schlußbericht: „Neben der materiellen Armut gibt es das Fehlen von Freiheit und von geistlichen Gütern, das in gewisser Weise auch für eine Form der Armut gehalten werden kann und besonders schwerwiegend ist, wenn die religiöse Freiheit gewaltsam unterdrückt wird. Die Kirche muß in prophetischer Weise jede Form der Armut und der Unterdrückung anklagen. Sie muß überall die fundamentalen und unverzichtbaren Rechte der menschlichen Person verteidigen – dies besonders dann, wenn es darum geht, das menschliche Leben von seinem Anfang an zu schützen."



Bischöfliche Kollegialität: Papst Johannes Paul II. FOTO: AP

Vor dem Hintergrund dieses integralen Armutsbegriffes, der die Schwangerschaftsunterbrechung einschließt, bekennt sich die Synode zur vorrangigen, aber nicht explosiven Option der Kirche für die Armen, für die Unterdrückten und für die Randgruppen der Gesellschaft. Das offenbar ist der Kern ihrer Antwort auf die verschiedenen „Theologien der Befreiung", die in der „Relatio" direkt überhaupt nicht erwähnt werden.

Für das wahre „Aggiornamento" der katholischen Kirche in einer sich ständig weiterentwickelnden Welt, in einer Welt, die in mancher Hinsicht schon nicht mehr diejenige des zweiten Vatikanums ist, schlagen die Synodenväter einige Positionsüberprüfungen auf theologischem, liturgischem und sozialem Gebiet vor. Der entsprechende Passus des Schlußberichts soll als eine seiner zentralen, in die Zukunft weisenden Aussagen wörtlich zitiert werden:

„In diesem Zusammenhang soll aufs neue überprüft werden, was das Folgende ist und wie es zu praktizieren ist: a) die Theologie des Kreuzes und des österlichen Mysteriums in der Predigt, in den Sakramenten und im Leben der Kirche in unserer Zeit; b) die Theorie und die Praxis der Inkulturation sowie der Dialog mit den nichtchristlichen Religionen und mit den Nichtglaubenden; c) was die Vorzugsoption für die Armen ist; d) die Soziallehre der Kirche im Bezug auf die Förderung des Menschlichen in immer neuen Situationen."

Hier wird offensichtlich einiger Bewegungsraum gegeben, der über das Konzil hinausreichen könnte – wobei freilich die feste Basis immer das „Konzilintegral" bleibt.

IM GESPRÄCH Hermann Axen

Annäherung ausgeschlossen

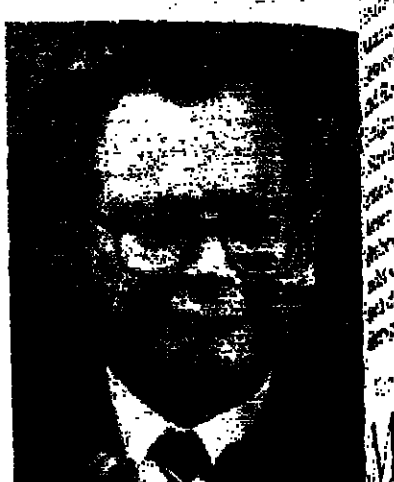
Von Werner Kahl

Von der Statur her ist er der kleinste im nunmehr 18köpfigen SED-Politbüro; von der Zähigkeit muß er trotz eines Diabetes zu den stärksten im Führungsgremium gerechnet werden. Bei der Personaldiskussion im Plenum des SED-Zentralkomitees am 22. November hieß es denn auch für Hermann Axen: Eins rauf! Dem Partei-„Außenminister", zuständig für die internationalen SED-Kontakte, wurde zur Außenpolitik die Koordination der Deutschlandpolitik übertragen.

Das krankheitsbedingte Ausscheiden des Deutschlandexperten Herbert Häber gab SED-Generalsekretär Erich Honecker Gelegenheit, in der Deutschlandpolitik – in Moskau wie in Warschau und Prag mit Mißtrauen beobachtet – die Grundkonzeption personell deutlich zu machen, daß nämlich für das SED-Regime die Bundesrepublik Ausland ist. „Die ausschlaggebenden ökonomischen, klassenmäßigen und politischen Grundlagen für die Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR schließen jedwede ‚Annäherung oder Gemeinsamkeit' mit der sozial entgegengesetzten kapitalistischen Nation in der BRD aus." Diese These vertrat Axen bereits in einem Aufsatz 1976 in der kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus".

Die Beziehungen zwischen beiden Staaten sind für ihn nicht durch Gemeinsamkeiten, sondern durch den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus charakterisiert. Man kann sich die Genugtuung vorstellen, die Axen, der im März 70 Jahre alt wird, empfand, als ihn im Frühjahr 1985 Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wie einen Kollegen im AA-Gästehaus auf dem Bonner Venusberg empfing. Die Sowjets honorierten Genschers Geste und gaben ihm wenige Stunden nach dem Treffen mit Axen einen Termin bei seinem damaligen sowjetischen Amtskollegen Gromyko.

Die neue Doppelfunktion als Außenpolitiker und Kontrolleur für das innerdeutsche Verhältnis krönt



Gern im Gästehaus des Auswärtigen Amtes: SED-„Außenminister" Axen FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Axens Parteikarriere. Der Leipziger Funktionär gilt als Aktivist der ersten Stunde. Wie Honecker wuchs er vor dem Krieg im kommunistischen Jugendverband auf. Die Amerikaner befreiten ihn 1945 auf ihrem Vormarsch in Thüringen aus dem Konzentrationslager Buchenwald. Auf dem II. Treffen der Staatsjugendorganisation FDJ 1947 in Meißen marschierte Axen im Blauhemd im zweiten Glied hinter Honecker, Paul Verner und Honeckers erster Frau Edith Baumann.

In der Rolle des zweiten Mannes hinter dem heutigen SED-Generalsekretär und „DDR"-Staatsratsvorsitzenden stieg er als Massen-Agitator, zeitweise als Chefredakteur des „Neues Deutschland", in der Partei auf. Mit der Tochter des früheren KPD-Reichstagsabgeordneten Harry Kuhn verheiratet, ist Axen das letzte Mitglied des Politbüros jüdischer Herkunft, was er mit heftigen antizionistischen Ausfällen gegen Israel zu überspielen sucht. Bei der SPD, deren Vertreter auf dem linken Flügel heute in ihm einen „Sicherheitspartner" sehen, erinnert man sich an seine rüde Aufforderung 1980 an die damalige SPD/FDP-Bundesregierung, sich „Honeckers Worte hinter die Ohren zu schreiben".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchener Zeitung meint zum Verkehrswegeplan:

Dieser neue Verkehrswegeplan läßt einen politischen Willen nicht erkennen. Daß die vielbeschworene Rücksichtnahme auf ökologische Erfordernisse sich vor allem in „landschaftspflegerischen Begleitmaßnahmen", Lärmschutzwänden und anderer Kosmetik erschöpft, liegt in der Sache von Verkehr und Straße begründet. Sie sind nicht ökologisch verträglich. Ein politischer Wille ist aber auch dort nicht sichtbar, wo es gälte, den Verkehr zu beeinflussen, ihn zu dämpfen, zu verlagern, unschädlicher zu machen. Es geht nach wie vor um „Aufkommensmaximierung" für die einzelnen Verkehrsmittel, auch wenn Minister Dollinger betont, der Plan fördere das sinnvolle Miteinander der verschiedenen Verkehrsträger. Die Formel „Straßenbau nach Maß" ... sagt bei allem Wohlklang nichts anderes, als daß dem Verkehrsbedürfnis entsprochen werden soll, was in der Praxis bedeutet: Wo sich ein Stau bildet, muß verbreitert werden.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie kommentiert die Juso-Kritik an Rau:

Für Johannes Rau kommt es zur Zeit knüppeldick. Die Breitseite, die am Wochenende ausgerechnet die nordrhein-westfälischen Jusos gegen ihn abfeuerten, war von ungewöhnlichem Kaliber. So pflegte nicht einmal die CSU in ihren besten Tagen mit dem designierten Kanzlerkandidaten der CDU umzugehen. Was von Rau auf dieser Landeskonferenz des Parteinachwuchses blieb, war das Bild eines Politikers von gestern ohne Reformwillen, eines Schmidt-Epigonen, eines Bewerbers ohne klare Strategie und Programm. Der Ministerpräsident könnte solche Attacken mit leichter Hand abtun, ginge es nur um die Jusos, deren Bedeutung in der Partei wahrlich nicht gewachsen ist. Gefährlich ist für ihn nur, daß hier sozusagen stellvertretend – ausgesprochen wurde, was ein nicht geringer Teil der Parteilinken denkt.

Münchner Merkur

Er schreibt zum Pariser Kaufhaus-Terror:

Möglicherweise wird es – wie schon bei früheren brutalen Anschlägen des berüchtigten Carlos, des Abu Nidal oder der armenischen Asala – lange dauern, bis sich der eigentliche Hintergrund herausschält. Für die französische Öffentlichkeit trägt zunächst einmal die Regierung Präsident Mitterrands ein gehöriges Maß an Mitverantwortung. „Drei Jahre Rückstand" hat Frankreich in der Terrorbekämpfung, hieß es bereits (vor)gestern in den Medien. Zwar verfüge Paris über gut ausgebildete Antiterrorgruppen bei seiner Gendarmerie und der Polizei. Aber die habe rein defensive Aufgaben. Was das Land zusätzlich benötige, gerade um den Terror aus dem Ausland abzuwehren, sei eine „offensive" Antiterrorpolitik. Sie müsse zum Beispiel versuchen, einige Agenten in die nahöstlichen Terrorzentralen einzuschleusen. Da liegt offensichtlich noch vieles im argen.

Joschka als Bettler. Wer die „Sponsoren" des Ministers sind

Die Gesellschaft als englischer Rasen? / Von Joachim Neander

Joseph (Joschka) Fischer, der nominierte grüne Umweltminister in Hessen, ringt schwer mit dem Problem, in welcher Kleidung er am ersten Arbeitstag als Minister erscheinen soll: Wie gewöhnlich, also in Pulli, Jeans und Turnschuhen, oder bis zur Unkenntlichkeit als Herr verkleidet. Man täte ihm unrecht, würde man darin nur einen Medien-Gag oder Rücksicht auf die grüne Basis vermuten. Für Fischer ist dies ein ernster Konflikt. Er berührt seine Person und sein Selbstverständnis, auch seine Angst, das Amt werde ihn verändern.

Diese Angst gibt zu denken. Sie zeigt: Die Grünen sind im Umgang mit der Welt der Politik, die sie doch verändern zu wollen vorgeben, keineswegs freier und natürlicher als ihre alteingesessene Konkurrenz. Im Gegenteil, schon beim Eintritt in diese Welt erweisen sie sich als Knechte ihrer Riten. Kein CSU-Minister findet etwas dabei, am Sonntag in Jeans und Joggingschuhen umherzuschlurfen. Ein Grüner aber kriegt vor Schlips und Kragen Identitätsprobleme.

Es empfiehlt sich, dies im Auge zu behalten, wenn man sich einem anderen Thema nähert: die Grünen und das Geld. Deutlich zeigt sich hier, wie wenig Souveränität und freier Geist in der grünen Partei walten – wieviel Zwanghaftigkeit und Spießbürgertum sich hinter der Freiheitstümelei verstecken.

In den Medien ist ausgiebig über die „Zwangsbesteuerung" grüner Minister und Staatssekretäre durch die Landesversammlung der hessischen Grünen in Butzbach geredet und geschrieben worden. Merkwürdigerweise hat bisher niemand das grundlegend Neue herausgehoben. Auch die anderen Parteien belegen ihre Mandatsträger mit zum Teil hohen Abgaben an die Parteikasse. Gegen diese Methode werden verfassungsrechtliche Bedenken erhoben: Es könne nicht Rechtens sein, daß jene Parteien, die direkt oder indirekt über die Höhe von Abgeordnetendiäten und Ministergehältern entscheiden, sich selber ein Stück davon nehmen. Dies sei verfassungswidrige Parteienfinanzierung aus Steuergeldern.

Aber die Grünen gehen noch ein ganzes Stück weiter. Sie wollen die Gehälter ihrer Würdenträger im Grunde ganz einbehalten, um ihnen dann je nach Bedürfnissen einen Teil des Geldes zuzuteilen. Dies ist der Qualität nach etwas anderes als die Auflage, eine Summe der Partei zu spenden. Es ist Beschlagnahme und Neuverteilung. In Butzbach ging man so weit, dem einen die drohende Scheidung nebst Zahlungsverpflichtung an die Familie als Bonus anzurechnen, während der andere seine intakte Ehe sozusagen mit geringeren Bezügen bezahlen muß und – wollte er sich eines Tages von seiner Frau trennen – dies der Landesversammlung zwecks Gehaltserhöhung mitteilen müßte.

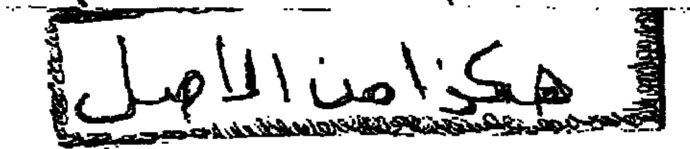
Das sind Krämerseelen, Pfennigfuchser, Bürokraten einer auf Neid und Mißtrauen basierenden Pseudomoral. Wer die Geschichte der Revolutionen und die Karriere der meisten Revolutionäre untersucht, für den wird das alles nicht neu sein: Aber daß es bei den Grünen so schnell eintritt, daß über die Pfennige länger und heftiger diskutiert wird als über das, was der neue Minister denn eigentlich tun solle – das müßte doch den einen oder anderen der freigeistigen, intellektuellen Sympathisanten dieser Partei auf die Palme bringen.

Aber nichts da. Man juxt herum über die „armen" grünen Politiker (in einem Alternativblatt erschien eine Fotomontage: Joschka als Bettler), zur gleichen Zeit reibt man sich die Hände darüber, daß auch ein Staatssekretär es vielleicht nicht zu einem Sparkonto bringen wird. Dieselbe „Taz", die über den sogenannten Öko-Fonds von der Partei der Grünen Zuschüsse erhält, warnt mit erhobenem Zeigefinger davor, grüne Minister allzu knapp zu halten, weil sie sonst womöglich auf „Sponsoren" angewiesen sein könnten. Unfreiwillige Satire, wohin man schaut.

Nur ein Anlaß zum Lachen? Es wäre vielleicht so, würde es sich hier nur um Kinderkrankheiten einer für ihren Wahlerfolg noch etwas zu jungen politischen Gruppierung handeln. Aber dafür spricht wenig.

Was manche noch für Unreife halten, ist Wesenszug. Schon m… den sich im Lager der Grünen und Alternativen Stimmen, die behau… ten, all dieses Mißgeschick hätte … keiten der Machtteilhabe … eine Folge der leidigen Tatsache, daß die politischen Rahmenbedingungen von den anderen ge… seien. Nur inmitten anderer Minister mit 15 000 Mark Monatsgehalt sei ein grüner Minister mit Fach… beitergehalt eine Witzfigur. … müsse also diese Bedingungen … dern.

Dahinter steckt offenbar … Traum, eines Tages jedermann … Gehalt zuteilen zu dürfen. Die Gesellschaft als englischer Rasen … welch eine Utopie für eine Bewegung, die behauptet, sich der Na… und der Ökologie verschrieben zu haben.



Gedämpfter Ärger über den Fehlstart einer Zauberformel

Heute wollen sich im Kanzleramt Vertreter von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung treffen, um eine Einigung über den „Streik-Paragraphen" zu erzielen. Bei der Ouvertüre zu dieser Begegnung hielt Orchestermitglied Bangemann nicht so recht den Takt ein – doch der Patzer wurde schnell überspielt.

Von GÜNTHER BADING

Martin Bangemann verstand am Montag die „ganze Aufregung" nicht mehr, die seine flinke Zunge am Freitag in Sachen Paragraph 116 Arbeitsförderungs-Gesetz ausgelöst hatte. Schließlich habe er nichts anderes getan, als einen von fünf Bundesministern verfaßten gemeinsamen Text – keinen Gesetzentwurf, nur eine Diskussionsgrundlage – in einer seit langem vereinbarten Journalistenrunde bekanntzugeben.

Wenn er nun „das spanische Hofzeremoniell" dadurch verletzt habe, daß sein Pressegespräch zwei Stunden vor Ankunft des Textes bei Gewerkschaften und Arbeitgebern, die heute beim Bundeskanzler darüber diskutieren sollen, stattgefunden habe, so müsse man allerdings auch den schlechten Stil der IG Metall im öffentlichen Meinungsstreit um den sogenannten „Streik-Paragraphen" dagegensetzen. „Das ist alles", meinte der Bundeswirtschaftsminister gestern morgen in einem Rundfunk-Interview.

Alles war das nicht, es war aber das, was von einem der kürzesten Koalitionskonflikte dieser Legislaturperiode übrigblieb. Zwar wiegelte der in Sachen Neutralität des Staates im Arbeitskampf federführende Bundesarbeitsminister Norbert Blüm öffentlich ab: „Also laßt uns nicht über Formalien streiten." Und Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble meinte: „Ob das nun zwei Stunden früher oder später bekanntgeworden ist, ändert doch an der Sache nichts." Es scheint also, als habe dieses Kabinett aus Fehlern der Vergangenheit gelernt – man erinnere sich nur an die öffentliche Erörterung von Protokollnotizen zum Streit mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher um die Südafrika-Politik. Diesmal funktionierte die Konfliktbewältigung. Bangemann war vorlaut gewesen, aus welchem Grund auch immer, und der große Koalitionspartner CDU ertrug es nach außen hin mit einem Lächeln.

Hinter den Kulissen allerdings sah es anders aus. Da machte Kabinettskollege Blüm dem freidemokratischen Wirtschaftsminister deutlich, daß im sensiblen Stellungsspiel zwischen Tarifvertragsparteien und der Regierung ein schnelles Wort viel zerstören könne. Und Blüm dementierte in einem Telefonat am Sonntag zwar gegenüber Bangemann, daß er die harten Worte gebraucht habe, die in manchen Zeitungsberichten zu lesen waren. Er machte aber auch deutlich, daß seine Stimmungslage damit durchaus getroffen worden war.

Der Vorstoß Bangemanns, in dem er die Zauberformel ausgeplaudert hatte, daß Zahlungen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar betroffene Arbeitnehmer außerhalb des Streikgebietes künftig dann unterbleiben sollten, wenn „annähernd" gleiche Forderungen in beiden Tarifgebieten gestellt wurden, hatte bei den Gewerkschaften zu einem Aufschrei geführt. Was in zwei langen Nachtsitzungen in der vergangenen Woche als Kern eines Kompromisses zwischen den fünf Ministern Blüm, Bangemann, Schäuble, Zimmermann und Engelhard und Experten von Gewerkschaften und Arbeitgebern erdacht worden und am Freitag morgen in einer Ministerrunde zu Papier gebracht worden war, schien nun durch vorzeitige öffentliche Diskussion gefährdet.

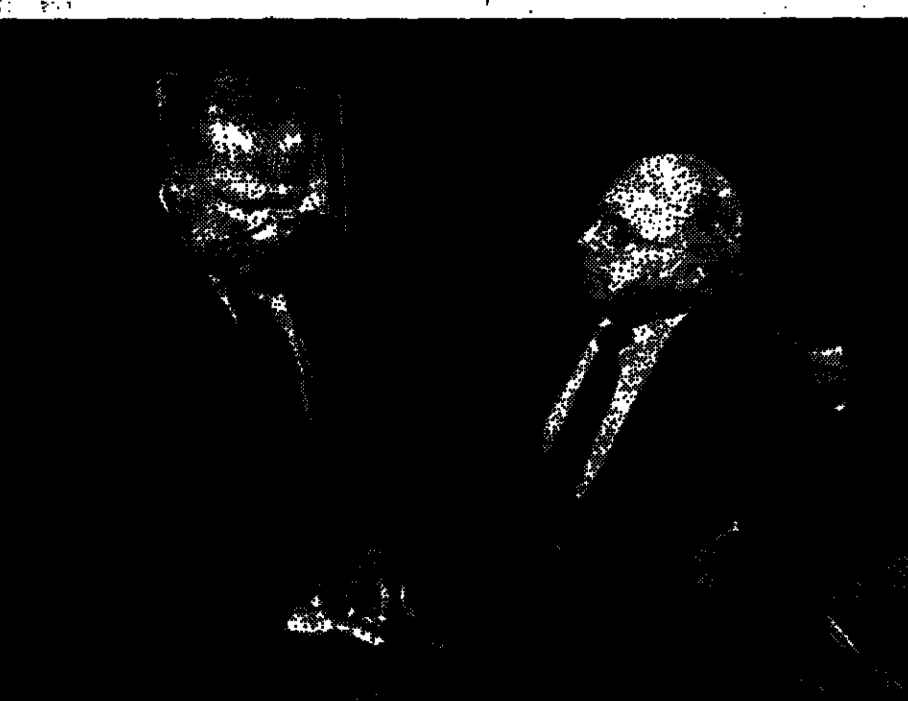
Wie nicht anders zu erwarten, kritisierten Gewerkschaftsfunktionäre lautstark den jetzt durch die Bekanntgabe als Diktat erscheinenden, tatsächlich aber als Kompromiß gedachten, im Grunde etwas schwammigen Begriff der „annähernd gleichen" Tarifforderung. IG-Metall-Vize Franz Steinkühler tobte: „Riesenschweinerei." Und andere Gewerkschafter drohten wieder einmal mit „Widerstand".

In der Union begab man sich zur gleichen Zeit auf die Suche nach Bangemanns Motiven. War es die übliche Profilsucht der Liberalen, die der Koalitionspartner den FDP-Politikern bei Tag und Nacht unterstellt? Oder war es ein Drauflospoltern ohne Rücksicht auf die Sensibilität des Themas? Ein Rückfall gleichsam in ein undurchdachtes Gedankenschleudern nach dem Muster der unseligen Grundrenten-Diskussion kurz nach dem Amtsantritt des Wirtschaftsministers? Die Gentlemen der Union dachten nur leise und baten ansonsten zur Sachdiskussion heute in den Kanzlerbungalow.

In den schwierigen Gesprächen mit den Vertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften im Bundesarbeitsministerium während der vergangenen Woche hatte Bangemann eine durchaus konstruktive Rolle gespielt. Das wurde ihm auch von jenen bestätigt, die ihn jetzt hinter den Kulissen kritisierten. Schließlich war er mit einer Maximalforderung in die Gesprächsrunde gegangen, die im Grunde der Position der Arbeitgeberseite entsprach. Liberale und Unternehmer wollten jegliche Zahlung von Lohnersatz-Leistungen durch die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit während eines Arbeitskampfes im gesamten Geltungsbereich einer streikenden Gewerkschaft schlicht ausschließen. Der Gedanke mag naheliegen, daß Bangemann nach einem Abrücken von dieser harten Linie den Kompromißvorschlag lieber selbst an die Öffentlichkeit geben wollte, um dadurch den Eindruck zu erwecken, die kleine FDP habe sich wieder einmal mit ihrer Linie durchgesetzt. Von der Sache her hätte so ein Spiel aufgeben können, denn die Materie ist reichlich kompliziert. Sieger und Verlierer sind bei einer Kompromißlösung nur schwer auszumachen.

Gewerkschaften und Arbeitgebern wird der kleine Wirbel um Bangemann nur recht gewesen sein. Die Gewerkschafter mußten fürchten, bei einem Nein zum Kompromißvorschlag in der Öffentlichkeit als Nörgler dazustehen. Die öffentliche Aufregung kam ihnen also recht, war willkommener Anlaß, auf die Regierung zu schimpfen und von einem immer wahrscheinlicher werdenden Nachgeben in der Sachfrage abzulenken. Und die Arbeitgeber waren ebenso wohlgemut. In diesem Lager frohlockte man, der Wirtschaftsminister sei anscheinend gewillt, den von Blüm betriebenen Kompromiß schon im Vorfeld kaputtzumachen.

So sieht es auch die CSU. Der Chef der Bayerischen Staatskanzlei und frühere Generalsekretär Edmund Stoiber gegenüber der „Bild"-Zeitung: „Ich will Bangemann keine Dummheit oder Naivität unterstellen. Bangemann ist auf dem besten Wege, aus der FDP eine gnadenlose Wirtschaftspartei zu machen, die nur noch die Interessen der Arbeitgeber vertritt." Ob dies auch der erste Mann der Koalition, Bundeskanzler Helmut Kohl, insgeheim so sieht, kann man nur vermuten. Vor dem Bundesausschuß der CDU, dem „Kleinen Parteitag", jedenfalls warnte er die Koalitions-Partner vor Profilierungsversuchen zu Lasten des jeweils anderen. Diese nützten niemanden, seien aber dem Ganzen abträglich. Namen nannte der Kanzler nicht – weder Bangemann noch Blüm noch Stoiber.



Atmosphärische Störungen: Minister-Kollegen Martin Bangemann, Norbert Blüm FOTO: WERNER SCHÜRING



In den vierziger Jahren noch zählte die jüdische Gemeinde in Kairo 100 000 Menschen, heute leben in ganz Ägypten nur noch rund 400 Juden, von ihnen knapp die Hälfte in der Hauptstadt. Die Große Synagoge in der Adly Street bietet bequem der ganzen Gemeinde Platz. FOTOS: CAMERA PRESS

Am Nil ist der Frieden erstarrt

Seit sieben Jahren herrscht Frieden zwischen Israel und Ägypten. Doch am Nil hört man heute immer wieder den Satz: „Der Friedensvertrag ist tot." Was als bahnbrechendes Werk des guten Willens begann, ist zu einem papiernen, zu einem kalten Frieden geworden.

Von PETER M. RANKE

Als wir im Hilton-Hotel in Kairo nach der „Jerusalem Post" fragen, schnauzt uns der Händler an: „Was, diese Zeitung wollen Sie kaufen?" Aus einem Papierhaufen in der Ecke fischt er dann doch noch ein Exemplar heraus, nur vier Tage alt. Zeitungen aus Israel kommen also in Kairo noch an, sonst aber läuft nichts. Der „kalte Frieden" liegt wie eine Eisschicht auf den israelisch-ägyptischen Beziehungen in diesem Winter.

Die israelische Botschaft im 18. Stock eines neuen Hochhauses an der Universitätsbrücke über den Nil wird von dunkelhäutigen Bereitschaftspolizisten bewacht. Sie begleiten auch den Besucher im Fahrstuhl. Dabei ist die Botschaft nur spärlich besetzt. Was soll auch ein Handelsattaché in Kairo tun, wenn es keinen Handel gibt? Botschafter Moschie Sasson (60), ein Veteran aus den Tagen von Camp David 1978/79, legt Wert auf „niedriges Profil" und wartet ab. Aber die israelische Fahne mit dem Davidstern auf dem Dach läßt er nicht einholen, und bei Dienstfahrten zum Außenministerium weht die israelische Fahne auch am gepanzerten Dienstwagen.

Einen ägyptischen Botschafter in Tel Aviv gibt es seit den September-Tagen von 1982 nicht mehr. Daß wieder einer kommt, erhoffen die Israelis von den neuen Verhandlungen über den einen Kilometer breiten Wüstenstreifen von Taba auf dem Sinai. Beide Seiten streiten sich, wo die Grenzsteine gesetzt werden sollen. Die Israelis sagen, der berühmte Lawrence von Arabien habe als Landvermesser 1915 die Grenzkarte zugunsten der Engländer und Ägypter gefälscht. Für die Ägypter geht es nicht nur darum, das moderne Sonesta-Hotel im Grenzstreifen zugesprochen zu bekommen, sondern auch beweisen zu können, daß Israel das letzte Sandkorn im Sinai räumen müsse.

Ob die sicher langwierigen Verhandlungen erfolgreich sein werden, steht dahin. Die Behandlung der Israelis in Ägypten spricht nicht dafür. Nach wie vor reisen israelische Touristen an den Nil, umgekehrt kommen aber höchstens einmal ägyptische Regierungsvertreter wie jüngst Ölminister Hani Kandil nach Jerusalem. Ägypter haben gelernt, nicht nach einem israelischen Visum zu fragen. Die Moslems machen keinen Gebrauch von dem Angebot, die heiligen Moscheen in Jerusalem zu besuchen, und selbst der Kopten-Papst Schenuda III. läßt zu Weihnachten keine Pilgerfahrten zu. Er will sich nicht sagen lassen, daß ägyptische Christen den stillen Boykott der Regierung gegenüber Israel brechen.

Nach wie vor kommen israelische Journalisten nach Kairo, aber kein ägyptischer Kollege arbeitet in Jerusalem oder Tel Aviv. Bei amtlichen Stellen in Kairo werden israelische Journalisten abgelehnt, sie erhalten keine Interviews, keine höhergestellten Gesprächspartner. Dabei werden Israelis, etwa Touristen, die sich zu erkennen geben, im Bazar Khan Khalili oder auch bei Gesprächen mit Studenten in der Azhar-Universität durchaus nett behandelt. Man spricht miteinander, aber es bleibt ein Abgrund an politischen Meinungsverschiedenheiten. Nur einmal, in Suez, mußte bisher eine israelische Touristengruppe von Polizisten gegen Handgreiflichkeiten pöbelnder Jugendlicher geschützt werden.

Eine Fundgrube für Studenten bleibt ungenutzt

Ägyptische Studenten, die früher in das israelische „Akademische Zentrum" am Nil kamen und in arabischen Büchern lasen, bleiben heute weg. Dabei ist dieses „Center" unter Professor Warburg für jeden Islamisten und Orientalisten eine wahre Fundgrube, eine der großen kulturellen Leistungen Israels am Nil. Aber als ein ägyptisches Oppositionsblatt schrieb, dieses „Center" sei ein Nest des israelischen Geheimdienstes, verstanden die Ägypter den Wink mit dem Zaunpfahl. Und wer will schon der ägyptischen Polizeiwache im „Center" seinen ägyptischen Ausweis zeigen und sich freiwillig in die Besucherliste eintragen?

„Der Friedensvertrag ist tot", sagen Ägypter immer wieder, wenn man sie über das Verhältnis zu Israel befragt. Kairo lädt Israel weder zu Handels- noch zu Buchmessen ein, ein israelischer Touristen-Pavillon darf nicht gebaut werden. Die große Synagoge in der Innenstadt wird ebenfalls scharf bewacht, antiisraelische Demonstranten dort werden von der Polizei allerdings auseinandergetrieben.

Die ägyptische Regierung will aus Rücksicht auf die USA den Friedensvertrag nicht offiziell kündigen, aber Kairo hat die Normalisierung aufgesagt und rund vierzig Verträge darüber gebrochen oder nicht erfüllt. Es herrscht kalter Friede, der Friedensvertrag ist in einen „Nichtkriegszustand" gemündet. Aber dennoch sei das besser als kein oder ein gekündigter Friedensvertrag, sagen israelische Diplomaten. Sie werden schon lange nicht mehr von ägyptischen Kollegen zu Partys oder privat in die Wohnung eingeladen. Auch westliche Botschaften meiden den Kontakt zu den Israelis, die sich deshalb in Kairo verlassen und isoliert vorkommen.

„Aber was sollen wir machen?" fragt ein westlicher Diplomat. „Wenn ich Israelis einlade, kommen entweder keine Ägypter oder sie gehen weg." Dieser Diplomat hilft sich mit internationalen „Herren-Essen" im kleinen Kreis, zu denen dann auch Israelis kommen, selten Ägypter. Es ist offenkundig, daß Präsident Mubarak und seine Regierungen diese Zustände seit 1982 absichtlich herbeigeführt haben und sie mit dem Libanon-Feldzug der Israelis begründen. Man will eben gute Beziehungen zur arabischen Welt haben und muß innenpolitisch standhalten gegen den wachsenden Druck der moslemisch-fundamentalistischen und der marxistischen Opposition. Beide fordern die Kündigung des Friedens mit Israel.

Ein Abgeordneter der rechten WAFD-Partei sagte, Mubaraks Verbrüderung mit dem PLO-Chef Arafat solle ihm vor allem gegenüber der eigenen Opposition Luft verschaffen. „Wir können doch aus Rücksicht auf die arabisch-afrikanische Welt nicht schweigen, wenn die Israelis das Hauptquartier der PLO in Tunis bombardieren oder wenn die Amerikaner eine ägyptische Zivilmaschine abfangen. Und das vor unserer Haustür." Israelische Diplomaten in Kairo machen eine andere Rechnung auf und verweisen auf die antiisraelische, ja auch antiamerikanische Grundhaltung der ägyptischen Medien, die ihren geharnischten Anteil an dem schlechten Verhältnis habe. „Es gibt niemals Verständnis für Israel", erklären sie. Selbst nachdem der israelische Diplomat Albert Atrakchi am 20. August in Kairo ermordet worden war und bisher noch kein Täter gefaßt werden konnte, forderte das regierungsfreundliche Wochenblatt „Al Mussawar" zu „feindlichen und schmerzhaften Aktionen gegen Israel in den besetzten Gebieten und in Israel selbst" auf.

Eine Welle der Sympathie für einen Mörder

Dementsprechend wurde der Mord an den sieben israelischen Touristen im Sinai am 5. Oktober, der Mord bei der Entführung der „Achille Lauro" sowie das Blutbad auf Malta bei der Erstürmung der ägyptischen Maschine von Zeitungen und Fernsehen heruntergespielt. Es ereignete sich sogar etwas, was typisch für die Stimmung in Ägypten ist: Die Familie des Soldaten Suleiman Khatr, der in Ras Burka keineswegs Amok lief, sondern die sieben Israelis aus religiösen Gründen nacheinander erschoß, einschließlich der vier Kinder, erhielt an Spenden aus der Bevölkerung umgerechnet 14 000 Dollar. Und zehn Rechtsanwälte stellten ihre Dienste kostenlos für die Verteidigung des Mörders zur Verfügung.

Das geheime Militär-Tribunal findet zur Zeit in Suez statt. Was für ein Urteil gefällt wird, ist im Grunde gleichgültig. Sicher ist nur, daß fanatische Moslem-Geheimgruppen schon wieder in Armee und Polizei Fuß gefaßt haben – wie vor vier Jahren bei der Ermordung Sadats. Wenn Ägypter und Israelis jetzt wieder verhandeln, so ist der Tagungsort in Kairo weit außerhalb der Stadt. Das Luxus-Hotel „Mena House" liegt in der Nähe der Pyramiden, die Straße dorthin ist abgesperrt. Aber anders als die Ägypter in Tel Aviv der Herzliya, wo heute die Gespräche über Taba fortgesetzt werden, fühlen sich die Israelis in Kairo seit dem Mord an Atrakchi verunsichert. Sie werden zwar auf Schritt und Tritt scharf bewacht und von der Polizei wie eine seltene Spezies beschützt, aber lieber wäre ihnen, wenn die Taba-Verhandlungen zu einer Normalisierung zurückführten. (SAD)

Post will 1986 18 Milliarden Mark investieren

PETER JENTSCH, Bonn

Auch 1986 rechnet die Bundespost mit einem positiven Betriebsergebnis, das allerdings mit einem Jahresüberschuß von 2,36 Milliarden Mark unter dem Gewinn dieses Jahres (3,1 Milliarden Mark) bleibt. Der gestern vom Verwaltungsrat verabschiedete Posthaushalt schließt mit einem Volumen von 75,7 Milliarden Mark ab. Das sind 4,2 Milliarden Mark (5,9 Prozent) mehr als 1985. Dabei werden die Einnahmen mit 42,1 Milliarden Mark veranschlagt, das sind 2,3 Milliarden Mark (4,6 Prozent) mehr als 1985. Ihnen stehen Ausgaben in Höhe von 49,75 Milliarden Mark gegenüber. Die höchsten Einnahmen mit 34,1 Milliarden erzielt die Post nach wie vor im Fernmeldewesen. Sie steigen gegenüber 1985 um zwei Milliarden Mark (6,2 Prozent).

Eine Rekordhöhe von 18,1 Milliarden Mark werden die Investitionen der Bundespost erreichen, das entspricht einer Steigerung um 900 Millionen Mark (5,1 Prozent). Diese Investitionen kommen vornehmlich dem Fernmeldewesen zugute, insbesondere der Verbesserung des Fernsprechdiestes, dem Bildschirmdienst und dem Ausbau der Kabelfernsehnetze (1,54 Milliarden Mark).

Zu den Vorschlägen der Unternehmensberatung Knight Wendling AG für ein „Strategisches Konzept für das Postwesen" ist das Ministerium auf vorsichtige Distanz gegangen. Nicht alles, was betriebswirtschaftlich sinnvoll wäre, sei mit dem öffentlichen Leistungsauftrag der Bundespost vereinbar, verlautete aus dem Verwaltungsrat. Es gebe keine Patentlösungen, um die Strukturprobleme des Postwesens marktkonform zu lösen. Gleichwohl sollen einzelne Vorschläge gezielt erprobt werden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Den Freunden, dem Gegner und sich selber ein unbequemer Mann"

Von GEORG LEBER

Der Christdemokrat Alfred Dregger wird heute 65 Jahre alt. Der Sozialdemokrat Georg Leber gratuliert ihm dazu in herzlicher Verbundenheit.

Solange wir uns kennen und politisch tätig sind, haben wir nicht im gleichen politischen Feldlager gestanden, sondern wir waren politische Gegner. Alfred Dregger hat sich sogar selten einmal von jemand in der Schärfe übertreffen lassen, mit der er die Sozialdemokraten attakkiert hat. Er war also auch kein bequemer Gegner, so ist es bis heute geblieben.

Und doch, das was uns verbindet, ist mehr, und es überwiegt. Wir sind im gleichen Jahr geboren und gehören damit zu der gleichen Generation. An die erste deutsche Demokratie können wir uns aus eigenem Erleben oder gar aus eigener Tätigkeit nur wenig erinnern, am ehesten an ihren Untergang im Jahre 1933. Die Diktatur, die der ersten deutschen Demokratie das Ende bereitete, ist nicht durch uns an die Macht gekommen, aber wir wurden von ihrem Befehl in den Krieg geschickt.

Manche, die damals jung waren wie wir, wurden verfolgt, viele verloren ihr Leben oder blieben ihr Leben lang vom Krieg gezeichnet. Danach haben wir zusammen in den Trümmern eines zerstörten Staates und eines in den Lohen des Krieges verbrannten Landes gestanden, und alle, die ihn überlebt hatten, mußten sich einen Weg suchen, der ihnen weiterhalf.

Alfred Dregger gehört zu denen, die über das, was sie unmittelbar betraf, hinaus auch bald den Drang verspürten, am Aufbau eines neuen Gemeinwesens teilzunehmen, in dem wir alle ohne Angst leben und mit Hoffnung im Herzen und erhobenem Haupte unseren Blick frei nach vorne richten können. Über die Fundamente, auf denen wir stehen wollten, hat es nie Streit gegeben.

Die Demokraten, die der Generation vor uns angehörten, hatten gespürt, was sie verloren hatten, als die Grundlagen des freiheitlich verfaßten Staates zerstört worden waren, auf denen sie gestanden und auf denen sie auch miteinander gestritten hatten. Sie haben dann in den Kerkern der Diktatur zur Solidarität gefunden und sie als wertvolles Gut für sich und für uns Jüngere mit in den Aufbau gebracht.

Sollen wir und alle, die auf der gleichen Grundlage unserer freiheitlichen Verfassung stehen und die wir – wenn auch nach mehr oder weniger voneinander abweichender Fasson um die Festigung und die innere Ausgestaltung des Gemeinwesens bemüht sind, sollen wir bei allem Ringen miteinander – 40 Jahre nachdem das Land in Trümmer gesunken ist – nicht zu der Solidarität der Demokraten fähig sein, zu der unsere Väter und Vorgänger erst in den Kerkern gefunden haben?

Die Generation vor uns ist fast völlig abgetreten. Die, der wir angehören, muß sich darauf einstellen, daß auch unsere Jahre gezählt sind. Müssen wir, bei allem notwendigen Streit um das Wie und um das Detail, müssen wir nicht zeigen, daß Solidarität unter Demokraten nicht unmodern geworden ist und deutlich genug auch Signale der Solidarität zeigen. Dies in einer Zeit, in der man zuweilen spüren kann, daß die Gräben zwischen den Gruppen und Kräften, die miteinander streiten, tiefer und unversöhnlicher zu werden scheinen.



Der Fraktionsvorsitzende der Union, Alfred Dregger, wird heute 65 Jahre FOTO: SVEN SIMON

Wenn wir dazu fähig sind, haben wir viel gewonnen, für uns und für das Gemeinwesen. Es würde uns eine Art innere Fröhlichkeit geben, die frei macht, sogar wenn wir miteinander streiten, und es würde für den Staat Festigkeit einbringen.

Ich bin nicht dafür, daß wir diese Solidarität, die auch die politischen Gegner in der Demokratie verbindet, unausgedrückt lassen und sie erst dann offenbaren, wenn wir an Gräbern stehen. Ich werde es Alfred Dregger nicht vergessen, was er in eindrucksvoller Weise gesagt hat, als wir am Grabe des hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn standen: „Er war unser demokratischer Gegner, aber auch als Gegner ein großer Mann!" Ich bin dafür, daß wir uns zu dieser Solidarität bekennen, wenn wir es noch voneinander hören können.

Es mag erlaubt sein, dem noch etwas hinzuzufügen. Es gibt zwei Gruppen im demokratisch verfaßten Staat: diejenigen, die Regierungsmacht haben und sie ausüben und diejenigen, die in der Opposition sind, die Regierung kontrollieren und selber nach Regierungsmacht streben. In einer dritten Gruppe sind diejenigen, die andere Interessen haben, die sie davon abhalten, andere, die sich bewußt davon abwenden und sich verweigern und Mitbürger, die sich für zu gut halten, herabzusteigen und in den Niederungen der Politik zu streiten.

Wer politische Verantwortung annimmt, ist allen gegenüber in der Pflicht, auch denen gegenüber, die politische Mitverantwortung nicht mittragen. Ich zögere aber auch nicht hinzuzufügen, daß mir mein politischer Gegner etwas näher steht, als jemand, der Freiheit auch als das Freisein von der, wie auch immer sich ausdrückenden Verantwortung oder Mitverantwortung im Gemeinwesen, deutet. Alfred Dregger gehört zu denen, die Freiheit auch als Pflicht zur Verantwortung für das verstehen, was Leben und Freiheit der Menschen möglich macht.

Politische Gegnerschaft im demokratischen Staat ist den beiden Polen der Elektrizität vergleichbar. Nur aus der Spannung zwischen beiden Polen entstehen Kraft und Leistung. Dabei sind beide Pole gleich wichtig, der positive wie der negative. So ist es auch in der Politik mit ihren Spannungen zwischen Regierung und Opposition.

In Alfred Dregger war und ist diese Polarität, von der Spannung ausgeht, fast personifiziert, und er hat politisches Format. Daran zu zweifeln hatten Freunde und Gegner nie Anlaß. Er hat nie unklar gelassen, wo er im Meinungsstreit zu suchen ist. Deshalb ist er immer ein erkennbarer und kalkulierbarer Partner. Daß er sich selber so sieht, hat er wohl bedacht, als er sich einmal mit dem Westturm des alten und ehrwürdigen Münsters in Soest verglichen hat. Dort, in der vom Bäuerlichen geprägten Erde Westfalens, hat der später als Hesse neutralisierte Dregger seine Wurzeln: „stark, breitschultrig und fest auf dem Boden der Erde stehend".

Wer das Wirken von Alfred Dregger über die Jahre hin verfolgt hat und wer fähig ist, sich vom politischen Tageskampf etwas abzusetzen, der kann nicht umhin, der Klarheit, der Zielstrebigkeit, der Standfestigkeit und dem Mut dieses Mannes Respekt zu bezeugen.

Praktische Politik verlangt fortwährend Kompromisse. Eigene Festigkeit und die Bereitschaft und Fähigkeit zum Kompromiß dürfen keine Widersprüche sein, sonst kommt Politik nicht zustande. Das ist das schwierige Brot, das eine Koalition jedem fast täglich abverlangt. Das fordert von jemand noch mehr Energie und Beherrschung, der so geformt ist wie Alfred Dregger.

Er wurde am Anfang des Krieges Soldat, mußte an die Front, hat gegen Ende des Krieges ein Bataillon geführt und die ihm unterstellten Soldaten nach dem Zusammenbruch der Ostfront nach Westen gebracht. Militärische Tugenden und ein Gefühl für „die Truppe" haben ihn geprägt, und sie sind ihm zu Wesensmerkmalen geworden, die ihm auch als Politiker geblieben sind.

Nicht wenige, die ihn kennen, meinen, am liebsten würde er auch seine Partei und seine Fraktion als Truppe begreifen, die er auch so zu führen habe. So hat er einmal nach einer politischen Auseinandersetzung im Bundestag den Kommentar geerntet: „Das war wieder so ein flotter Infanterie-Einsatz."

So offenbarte er schon als junger Oberbürgermeister in Fulda jene wasserdichte Art und jene hermetische Natur, die ihn als einen Herrn auswies. Er war übrigens ein guter Oberbürgermeister. Aber es zog ihn doch auf die höhere Ebene der hessischen Landespolitik, in der er als Partei- und als Fraktionsvorsitzender lange Jahre das sauere Brot der Opposition gegessen hat. Er hatte es sich aber auch vorgenommen, die Union in einem sozialdemokratischen Erbland unter der Führung des SPD-Fürsten Georg August Zinn aus dem Getto der Opposition herauszuführen. Das hat er fertiggebracht, die CDU in Hessen in kurzer Zeit umzuformen und sie zu einer ungewöhnlichen Leistung zu bringen.

Zu seinen Auftritten von damals, die ihm den Spitznamen „Django" eintrugen, einem Klischee, das recht quer zur politischen Landschaft stand, sagte er später einmal: „Wir mußten doch so forsch auftrumpfen, weil wir aus dem Keller geritten kamen!" Der Keller, das waren knappe 27 Prozent der Wählerstimmen für die CDU.

Von Landtagswahl zu Landtagswahl schaffte es seine Partei, zur zeitweise stärksten Partei des Landes zu werden, eine Leistung, die auch seine Gegner, die Sozialdemokraten, mit Respekt quittierten.

Damit hatte er die Parteienlandschaft in Hessen wesentlich verändert. Das ist so, auch wenn nie ganz geklärt werden wird, in welchem Maße die hessische SPD zu diesem Erfolg Alfred Dreggers beigetragen hat. Das wird wohl besser auch weiterhin als ein Betriebsgeheimnis meiner Freunde, der hessischen Sozialdemokraten, gewahrt bleiben.

Alfred Dregger hätte damals fast sein Ziel erreicht, hätte nicht Holger Börner parat gestanden, und er hat noch einmal seine Chance gehabt, in Hessen Ministerpräsident zu werden, als er zum letzten Mal als Spitzenkandidat seiner Partei 1982 in den Wahlkampf zog. Sein Sieg stand damals für alle Auguren schon so gut wie fest.

Aber der Wechsel in Bonn hat ihn, mit seinen nach Hessen strahlenden Wirkungen, am Ende noch um den Erfolg gebracht. Dregger hat lange gebraucht, diesen Schlag wegzustekken, vielleicht wird er ihn nie ganz verdauen. Aber auch in dieser Stunde hat er Format bewiesen und noch am Abend des Wahltages für sich daraus die Konsequenzen gezogen und damit seiner Partei in Hessen den Weg ohne ihn freigegeben.

Dieser Schritt hat Alfred Dregger die Option eröffnet, auf der Hauptbühne deutscher Politik in Bonn eine Hauptrolle zu übernehmen. Dort scheint er, soweit man das von außen erkennen kann, als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion auch weiterhin so zu bleiben, wie er immer war: den Freunden in der eigenen Fraktion und Partei, dem Koalitionspartner, natürlich auch dem politischen Gegner, aber auch sich selber, ein unbequemer Mann.

Die Demokratie ist eine unbequeme Art freier Menschen, sich einen Staat zu organisieren. Sie lebt und gedeiht davon, daß es in allen Parteien unbequeme Frauen und Männer gibt. Einer davon heißt ganz gewiß Alfred Dregger.

Luanda schlägt das Angebot Savimbis aus

M. GERMANI, Johannesburg

Die Befürchtungen über eine Verschärfung des Konflikts in Angola, wie sie der Führer der antikommunistischen Widerstandsbewegung, Jonas Savimbi, nach seinem Sieg über die von sowjetischen Offizieren geführte Offensive der angolanischen Regierungstruppen im Oktober geäußert hatte, haben sich jetzt nach dem zweiten Kongreß der regierenden MPLA in Luanda in der vergangenen Woche bestätigt. Savimbi damals vor ausländischen Journalisten: Das Endziel der Sowjets sei es, seine Bewegung zu vernichten. Ein Sprecher der Unita in Lissabon erklärte jetzt, mehrere von Kubanern geführte Konvois würden die Regierungstruppen an der Front wieder mit Waffen versorgen, um eine neue Offensive gegen das Hauptquartier der Unita in Jamba vorzubereiten. Die Unita erwarte die neuen Angriffe zum Ende der Regenzeit (ungefähr April). Es sei gelungen, zwei Mi-24-Kampfhubschrauber abzuschießen, als ein 230 Wagen starker Versorgungskonvoi südöstlich von Cuando Cubango in einen Hinterhalt der Unita geriet. Der Kampf gehe weiter.

Von Entspannung oder Versöhnung könne nicht mehr die Rede sein. Der Grund: Auf dem Parteikongreß der MPLA hat sich offensichtlich der radikale und damit moskautreue Flügel der Partei durchgesetzt. Während Savimbi noch im November der WELT in Jamba sagte, er sei weiterhin zu Verhandlungen mit den Gemäßigten der Regierung bereit, um eine demokratische Lösung für Angola zu finden, sind diese Hoffnungen mit dem Aufruf der siebenhundert Delegierten nach einer stärkeren Bindung an die Sowjetunion und Kuba gegenstandslos gemacht worden. Desgleichen sind von seiten der Parteiführung und des Präsidenten Edoardo dos Santos keine Anzeichen einer Öffnung zum Westen zu beobachten. Im Gegenteil, es wurde heftige Kritik an der Politik Präsident Reagans laut. Noch im vergangenen Monat waren Gespräche zwischen der angolanischen Regierung und US-Unterstaatssekretär, Chester Crocker, geführt worden. Im US-Kongreß ist noch keine Entscheidung über eine Hilfe an die Unita, weder auf humanitärem noch militärischem Gebiet, getroffen worden.

Der Kreml wirbt eifrig um Tiranas Zuneigung

Doch die „aufrichtige Freundschaft" bleibt vorerst einseitig

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Die Sowjetunion gibt in ihrem Bemühen um Albanien nicht nach, läßt sich auch nicht durch die schroffe Abfuhr Tiranas beeindrucken. Anläßlich des 41. Jahrestages der Befreiung Albaniens von deutscher Besetzung erschien in der „Prawda" ein Artikel, in dem daran erinnert wurde, daß die Rote Armee dabei kräftig geholfen habe. Das sowjetische Volk empfinde „aufrichtige Freundschaft" für das albanische Volk. Dieses habe sich auch um den Aufbau des Sozialismus verdient gemacht. Das Parteiblatt zitierte Parteichef Gorbatschow mit den Worten, die bilateralen Probleme hätten „durch beiderseitigen guten Willen" gelöst werden können.

1961 hatte sich Albanien mit der Sowjetunion ideologisch überworfen und sämtliche Beziehungen abgebrochen. Nach dem Tod des albanischen Herrschers Enver Hodscha im April dieses Jahres sah Moskau neue Chancen. Das Werben der UdSSR um den kleinen Balkan-Staat setzte ein. Die Presse begann, sich wieder publizistisch mit Albanien zu beschäftigen. Allerdings wurden keine politischen Geschehnisse gemeldet, sondern die sowjetischen Leser wurden zum Beispiel darüber informiert, daß Albanien auf den internationalen Messen in Paris, Lissabon und Thessaloniki teilgenommen oder daß die Aussaat in dem Land begonnen habe.

Die Hoffnungen der Kremlführer, daß Hodschas Nachfolger Ramiz Alia sich „aufgeschlossener" gegenüber der UdSSR zeigen würde, wurden allerdings bisher nicht erfüllt. Nichts deutet auf eine Sinnesänderung in Tirana hin – im Gegenteil, Ramiz Alia beharrt auf dem starren Kurs. So ließ er das sowjetische Beileidsschreiben anläßlich des Todes Hodschas als „unakzeptabel" zurückweisen.

Das hinderte die Sowjetpresse nicht, mit einem großen Gedenkartikel zum „40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus" im Mai das albanische Volk zu preisen. Albanien sei eines der ersten Opfer der Aggression gewesen, stand in der „Iswestija". „Ins landfremde Joch aber schickte sich das albanische Volk nicht. Seine besten Söhne und Töchter erhoben sich mit Waffen zum Kampf gegen die faschistischen Invasoren. Wie ein flammender Aufruf zur Verstärkung dieses Kampfes klangen Pistolenschüsse auf den Straßen von Tirana", rühmt der Artikel.

Zum Schluß appelliert der Autor an die tiranischen Machthaber: Die Sowjetunion trete stets für die Normalisierung der Beziehungen ein. „Bei wechselseitigem guten Willen könnte man diese Frage im Interesse der Völker beider Staaten, der Sache des Friedens und des Sozialismus lösen."

Im Oktober verkündete Tass, es werde einen ständigen Korrespondenten nach Tirana entsenden. Der Name Wladimir Dmitrijew wurde genannt. Kaum jedoch war die Meldung publiziert, beeilte sich die albanische Agentur Ata zu verkünden, daß diese Moskauer Meldung jeder Grundlage entbehre, sie sei eine „Provokation". Moskau begnügte sich, diesen Affront niederzuspielen, indem es den Vorfall lakonisch mit den Worten kommentierte, Albanien durchlaufe derzeit eine besonders „kritische Phase in seiner Entwicklung" und spüre seine „Isolation mehr denn je".

Ungeachtet dieser Verweigerungspolitik fährt der Kreml fort, dem kleinen Land bei jeder sich bietenden Gelegenheit Avancen zu machen. So hieß es zum 40. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Albanien am 10. November in der „Prawda", die Sowjetmenschen bewahrten gegenüber dem albanischen Volk freundschaftliche Gefühle und verfolgten mit aufrichtiger Sympathie die selbstlose Arbeit beim Aufbau des sozialistischen Albanien. „Die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen der UdSSR und Albanien entspricht den Interessen der Sache des Friedens und des Sozialismus", stand weiter geschrieben.

Politische Beobachter haben für das beharrliche Bemühen Moskaus um Tiranas Gunst nur eine Erklärung: Die strategische Bedeutung des kleinen Landes am Zugang zur Adria, im Rücken Griechenlands und gegenüber dem NATO-Nachrüstungsland Italien. Für die meisten jedoch bleibt dies fast demütigende Werben rätselhaft.

Kyprianou sieht sich und seine Politik bestätigt

Schwere Niederlage für Zyperns Kommunisten / Neue Lage

E. ANTONAROS, Nikosia

Unerwartet deutlich ist der zyprische Staatspräsident Spyros Kyprianou bei den Parlamentswahlen im griechischen Teil der zweigeteilten Mittelmeerrepublik Zypern in seinem bisherigen harten Kurs gegenüber den Inseltürken bestätigt worden. Seine Gegner, die in einer ungewöhnlichen Aktionsgemeinschaft verbündeten Konservativen und Kommunisten, verfehlten ihr erklärtes Ziel, eine Zweidrittelmehrheit zu erlangen, um den Staatschef zum Einlenken oder gar zum Rücktritt zu zwingen.

Besonders schmerzhaft ist das Wahlergebnis für die moskautreue Akel-Partei, die 1981 unter dem greisen Generalsekretär Ezekias Papaioannou mit 32,7 Prozent ins Parlament eingezogen war. Die stärkste Fraktion wird diesmal die konservative „Demokratische Sammlung" unter dem früheren Parlamentspräsidenten Glafkos Glerides stellen, die knapp 34 Prozent, also zwei Prozent mehr als bei der letzten Wahl, erzielte. Kyprianous Hauspartei legte acht Prozent (1981: 19,2 Prozent) zu und profitierte offenbar von den Stimmen der knapp 200 000 griechischen Flüchtlinge. Auch die kleine linkssozialistische Partei, die Kyprianous Kurs vorbehaltlos unterstützt, avancierte von bisher 8,1 auf 11,2 Prozent.

Weil die Abstimmung den Charakter einer Volksbefragung über Kyprianous Haltung in der Inselfrage angenommen hatte, ist das Wahlergebnis zweifellos ein beachtlicher Erfolg für den seit 1977 amtierenden Staatschef. Seine Gegner hatten ihm vorgehalten, die Aussichten auf eine Einigung mit den Türken im Rahmen einer UN-Initiative im Januar in New York verspielt zu haben. Daraufhin erzwangen sie die Abhaltung von vorgezogenen Wahlen mit dem Ziel, den Präsidenten durch eine Verfassungsänderung mittels einer Zweidrittelmehrheit für Kommunisten und Konservative zu entmachten.

Im Wahlkampf hatte Kyprianou, der ein Meister byzantinischer Taktiken ist, große Geschütze in Stellung gebracht. Seine konservativen und kommunistischen Gegner beschuldigte er, die Insel an die Türken „auszuverkaufen" und eine „Verewigung der Besatzung des Nordteils durch die türkischen Truppen" hinnehmen zu wollen. Der Staatschef taktierte so geschickt, daß er seinen konservativen Herausforderer Klerides zu einer Revision seiner Politik gegenüber den Türken zwang. Auch er verlangte in der letzten Wahlkampfphase den Abzug aller 25 000 türkischen Soldaten vor der Bildung einer Bundesrepublik Zypern. Bis vor kurzem hatte er sich mit einem Zeitplan über den Abzug einverstanden erklärt.

Das Wahlergebnis vermittelt beim ersten Blick den Eindruck, daß die immerhin sehr mageren Aussichten auf eine Einigung zwischen Griechen und Türken noch geringer als bisher geworden sind. Zweifellos wird sich Kyprianou in seinen unrealistischen Erwartungen zunächst bestärkt fühlen. Hinzu kommt, daß er Ende vergangener Woche unerwartete Schützenhilfe vom griechischen Ministerpräsidenten Papandreou erhielt, der einen Abzug aller Truppen forderte und die Türkei als Garantiemacht im Falle einer Einigung zum ersten Mal so deutlich ablehnte.

Ungeklärt ist zu diesem Zeitpunkt noch die künftige Haltung der Kommunisten und der Konservativen. Theoretisch könnten sie ihre Obstruktionspolitik fortsetzen und jedes Gesetz des Staatschefs boykottieren. Aber weil Kyprianou laut Verfassung auf das Vertrauen des Parlaments nicht angewiesen ist, wird er möglicherweise Wege finden, diese Patt-Situation zu überwinden.

Noch 24 Stunden nach der Wahl gab es Stimmen in Nikosia, die wissen wollten, daß der in seinem Selbstbewußtsein bestätigte Kyprianou seine bisherige Haltung abmildern und nach Kooperationsmöglichkeiten mit der „Demokratischen Sammlung" suchen könnte. Auf diese Art und Weise könnte er einerseits die gemeinsame Front von Kommunisten und Konservativen zerstören, für die es ja keine Existenzberechtigung mehr gibt. Andererseits würde er Türkenführer Denktasch die Möglichkeit nehmen, die Aufnahme von neuen Verhandlungen mit Hinweis auf Kyprianous Unnachgiebigkeit zu verweigern. Bleibt eine solche Neuordnung der zyprischen Parteien allerdings aus, so werden nach Ansicht von westlichen Beobachtern die Aussichten auf eine Annäherung zwischen Griechen und Türken gleich Null sein. (SAD)

Guatemala vor einem radikalen Machtwechsel

In Mittelamerika beginnt die Ära der Christdemokraten

W. THOMAS, Guatemala City



Ein Kuß für den Sieger: Cerezo und seine Frau FOTO AFP

Am Vorabend der Wahlen, als die Bevölkerung nach altem Indio-Brauch Feuer vor ihren Häusern entzündete, um symbolisch den Teufel zu verbrennen, verkündete Vinicio Cerezo: „Die Leute legen auch die düstere Vergangenheit in Asche. Morgen wird eine neue Ära beginnen." Guatemala, die wirtschaftlich wichtigste, kulturell bedeutendste und bevölkerungsmäßig größte Nation Mittelamerikas (8,3 Millionen Menschen), befindet sich tatsächlich in einer Phase der Umwälzung. Nach dem überwältigenden Sieg Cerezos bei den Stichwahlen am Sonntag steht dem Staat Mitte Januar ein radikaler Machtwechsel bevor: Die Militärs, seit mehr als 30 Jahren die dominierende politische Kraft, übergeben dann die Regierung den Christdemokraten.

Wie in anderen Ländern Lateinamerikas rangiert die Cerezo-Partei links von den christlichen Demokraten Europas. „Unsere Probleme sind anders", erläuterte der salvadorianische Präsident José Napóleon Duarte einmal den Unterschied. „Wir müssen soziale Konflikte entschärfen, sonst haben wir keine Zukunft." Duarte ist derzeit der einzige lateinamerikanische Christdemokrat in einem Präsidentenamt. Das kommende Jahr verspricht besonders erfolgreich zu werden für diese Bewegung: Drei Wochen nach Cerezos Amtsübernahme wird auch in Costa Rica gewählt. Der Christdemokrat Rafael Angel Calderon (38) kann sich gute Siegeschancen ausrechnen. Im Mai folgen dann Wahlen in der Dominikanischen Republik. Ex-Präsident Joaquin Balaguer (76), der spät zum Christdemokraten konvertierte, gilt als klarer Favorit.

Der Anwalt und Karate-Meister Cerezo ist ein Berufspolitiker, der im Laufe der Jahre vom linken Flügel seiner Partei zur Mitte rückte. Er spielt nicht mehr die Rolle des Rebellen und pflegt ein moderates Image. Im Vergleich zu südamerikanischen Christdemokraten, die oft Kontakte zu Marxisten pflegen, wirkt Cerezo eher konservativ. Sein Regierungsprogramm umfaßt weder Pläne für Verstaatlichungsschritte noch für eine umfassende Landreform oder radikale Steuergesetze.

Der neue Präsident muß vorerst noch auf Gefühle und Interessen der Militärs Rücksicht nehmen. So will er einen Schlußstrich unter die blutige Vergangenheit ziehen und keine Prozesse wegen Menschenrechtsvergehen à la Argentinien anstreben. Die marxistischen Rebellen in der Guerrilla-Region Quiche kommentierten bereits ablehnend Cerezos Dialogbereitschaft. Verhandlungen mit einem „Marionetten-Regime" hätten keinen Sinn, erklärten ihre Sprecher.

Die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, die fast 50 Prozent der Bevölkerung betreffen, sind eine große Herausforderung für die nächste Regierung. Nach inoffiziellen Schätzungen wird die Wirtschaft in diesem Jahr um zwei bis drei Prozent schrumpfen. Cerezo macht sich weiter Sorgen über die Kapitalflucht und den Investitionsmangel. In den ersten sechs Monaten benötige er eine Auslandshilfe von 300 Millionen Dollar, sagte er, um den Abwärtstrend zu stoppen. Cerezos Partei besitzt mit 51 von 100 Sitzen die absolute Mehrheit im Kongreß. Er will diese Position der Stärke nützen, um langsam die Streitkräfte in die Schranken zu weisen. „Wenn ich den Einfluß der Militärs nicht zurückschrauben kann, wird es einen weiteren Putsch geben", warnt der neue Präsident. „Wir haben die Alternative zwischen der Demokratie und dem Bürgerkrieg." (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Friedens-Nobelpreis 1985

Die Verleihung des Nobelpreises für den Frieden an die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Nuklearen Krieges (IPPNW) ist ein beschämender Irrtum.

Die Internationale der Ärzte ist eine streng zentral geleitete und sehr politisch geprägte Organisation, die die nationalen PPNW-Gruppen aus 41 Ländern (aber keine individuellen Ärzte) als Mitglieder hat. Diese nationalen Gruppen wählen einen Vorstand (Executive Committee), der selber geführt wird von einem ständigen nicht gewählten Präsidium mit erheblichen Entscheidungsbefugnissen. Das Präsidium besteht immer nur aus zwei Personen, dem Delegierten des amerikanischen und dem Delegierten des sowjetischen Friedensärztevereins.

Nun ist es allgemein bekannt, daß in kommunistischen Ländern abweichende Meinungen nicht in der Öffentlichkeit geäußert werden dürfen. Alle in diesen Ländern öffentlich auftretenden Organisationen, auch die der Ärzte, sind verpflichtet, die politischen Standpunkte ihrer Regierungen zu vertreten und sie zu unterstützen. Es ist völlig unrealistisch zu glauben, daß die Delegierten der Sowjetunion, Bulgariens, von Kuba, der Tschechoslowakei, der DDR, Ungarns, Polens und Rumäniens im IPPNW-Rat unabhängige Ärztevereine vertreten. Obwohl sie angeben, für solche Vereine oder Komitees zu sprechen, handeln sie nur im Auftrag ihrer Regierungen.

Dies alles wird sehr deutlich am Beispiel des russischen Vertreters und Co-Präsidenten von IPPNW, Evgueny Tschasow, dem der Friedenspreis feierlich übergeben wird. Tschasow ist nicht ein einfacher russischer Arzt. Er ist auch nicht ein einfacher Kommunist. Als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR gehört er zu den 300 höchstrangigen Parteiführern. Er ist außerdem Stellvertretender Minister und Chef der vierten Abteilung im Gesundheitsministerium. Er gehörte auch zu den Unterzeichnern des in der „Isvestija" vom 2. September 1973 erschienenen Angriffs auf den Friedenspreisträger Andrej Sacharow. Wie kann er einen unabhängigen und humanitären Ärzteverein vertreten – und es war doch die Absicht des Nobel-Komitees, einen solchen Verein zu ehren? –, wenn der Staat das Leben für alle Gruppen, die unabhängig von der Partei arbeiten, fast unmöglich macht? Es ist dem Komitee doch nicht verborgen geblieben, daß die Mitglieder solcher freien Gruppen verfolgt und verurteilt werden (Wladimir Brodsky zum Beispiel ist gerade zu drei Jahren KZ verurteilt worden) von derselben Regierung, in der Tschasow ein hoher Beamter ist. Der amerikanische Co-Präsident, Bernard Lown, ist tatsächlich ein freier Bürger eines freien Landes. Er kann seine eigene Regierung angreifen, wie und wann er will, und er tut es heftig.

In Wirklichkeit ist der russische Einfluß in IPPNW entscheidend. IPPNW ist eine Organisation der Sowjetregierung und der Regierungen von sieben ihrer Satellitstaaten. Die übrigen 33 Mitglieder des Internationalen Rates der Organisation vertreten zwar Vereine von Ärzten, aber alle diese Vereine und Komitees kennzeichnen sich dadurch, daß sie bereit sind, eng mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten.

Mit dieser Auszeichnung von IPPNW und der Übergabe des Friedenspreises an Tschasow wird in Wirklichkeit die Sowjetunion geehrt. Es ist unserer Meinung nach das erste Mal, daß der Nobelpreis für den Frieden einer Regierung verliehen wird, die ihre einheimischen Kritiker in psychiatrische Anstalten als Geisteskranke einliefert und die überdies noch in einen mörderischen Aggressionskrieg verwickelt ist. Wir meinen den Krieg in Afghanistan.

I. van der Sluis, Arzt
Amsterdam
F. D. Gunning, Arzt
Velp
P. J. M. van Wensen, Arzt
Velp

*

Wenn am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, das Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und des Obersten Sowjet, der stellvertretende Minister und Leninpreisträger Professor Tschasow für IPPNW in Oslo den Friedensnobelpreis 1985 entgegennimmt, obwohl er auch heute noch wie schon 1973 den anderen Friedensnobelpreisträger seines Landes, Professor Sacharow, öffentlich verleumdet und als Mitglied des obersten Macht- und Entscheidungszentrums der Sowjetunion für systematische, schwerste Menschenrechtsverletzungen in diesem Land mitverantwortlich ist – dann müssen sich insbesondere deutsche Mitglieder von IPPNW fragen, ob sie es vor ihrem Gewissen noch verantworten können, dieser Organisation weiterhin anzugehören.

So beginnt heute geistiger Widerstand gegen Lüge, Totalitarismus und Krieg. Oder haben wir aus zwölf Jahren Nazi-Herrschaft nichts gelernt? Ich bitte meine Kollegen, sich am 10. Dezember zu entscheiden.

Dr. med. Reinhard Gnauck,
Wiesbaden

Musterbeispiel

„Mugabe auf Moskau-Kurs"; WELT vom 4. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Bericht gehört auf die Titelseite und detaillierte Reportagen über Zimbabwe in die Tagesschau – besser kann es auch dem vehementesten Apartheid-Gegner nicht verdeutlicht werden, wie es in Südafrika aussehen wird, wenn die jetzige Regierung nicht unterstützt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Angelika Scharfe,
Hamburg 56

Wort des Tages

„Man muß Gutes tun, damit es in der Welt sei."

Marie von Ebner-Eschenbach, deutsche Autorin (1830–1916)

Personalien

EHRUNGEN

Einen Tag vor seinem 65. Geburtstag wurde Dr. **Alfred Dregger**, CDU/CSU-Fraktionschef im Deutschen Bundestag, von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Den Orden überreichte im Bundeshaus Bundestagspräsident **Philipp Jenninger**, der Dreggers große Verdienste in einer langen politischen Karriere würdigte, unter anderem als ehemaliger Landesvorsitzender der hessischen CDU, als ehemaliger Oberbürgermeister von Fulda und als Präsidiumsmitglied der CDU Deutschland.

*

Dr. **Ludolf Georg von Wartenberg**, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Niedersachsen, erhält am heutigen Dienstag aus den Händen von Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** das Bundesverdienstkreuz am Bande. Von Wartenberg, der auch Vorsitzender des Kreisverbandes Hannover-Stadt ist, gehörte vor seinem Einzug in das Bonner Parlament von 1970 bis 1976 dem Niedersächsischen Landtag an. Heute ist der hervorragende Finanzexperte Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuß des Bundestages.

*

Drei Auszeichnungen der Hamburger Stiftung FVS sind vom Kuratorium der Fritz-Schumacher-Stiftung an Architekten aus der Bundesrepublik und einen Gartenbauarchitekten aus der „DDR" verliehen worden. Der Münchner Architekt **Theo Steinhausen** erhält die Heinrich-Tessenow-Medaille 1985 in Gold wegen seiner Leistung im Kirchenbau und im Bereich der Jugendbauten. Mit dem mit 20 000 Mark dotierten Fritz-Schumacher-Preis wurde der Landschaftsarchitekt und Denkmalpfleger **Detlef Kark** aus Ost-Berlin ausgezeichnet. Ebenfalls einen Fritz-Schumacher-Preis erhält der Kölner Architekt Professor **Gottfried Boehm**. Die Preise sind mit Reisestipendien verbunden.

*

Der erste „Internationale Literaturpreis" des auf die Widerstandsbewegung zurückgehenden französischen Komitees „Action de la Résistance" ist in Paris an den deutschen Historiker und Journalisten **Eduard Calic** verliehen worden. Er war selbst Opfer der Nationalsozialisten und hat sein Buch „Heydrich" im französischen Laffont-Verlag veröffentlicht.

REISE

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Eberhard Diepgen**, beginnt am Dienstag einen viertägigen Besuch in Italien. Er trifft mit Staatspräsident **Cossiga**, Premier **Benito Craxi** und Außenminister **Giuglio Andreotti** zusammen. Auch eine Audienz bei Papst **Johannes Paul II.** ist vorgesehen. Auf seinem Sprechzettel bei Regierungsgesprächen steht vor allem der Berliner Wunsch, nach der ehemaligen japanischen auch die italienische Botschaft im Tiergarten wiederaufbauen zu lassen und darin ein deutsch-italienisches Zentrum einzurichten.

Die Regierung in Bagdad hat in den siebziger Jahren beschlossen, Irak zu einem führenden arabischen Land auszubauen. Inzwischen verschlingt der Golfkrieg Menschen und Mittel, aber Irak hat weiterhin große Möglichkeiten. Auf der Insel Kharg verlädt Iran heute fast soviel Öl wie im Juli, trotz mehr als 40 Luftangriffen. Sinkende Moral der persischen Soldaten.



Selten haben irakische Truppen noch Grund zum Jubeln FOTO: WILDENBERG/STUDIO X

Argwöhnisch ist nicht nur Nachbar Iran

Von DETLEV AHLERS

Die Verluste seit Kriegsbeginn sind etwa gleich hoch: 200 000 gefallene oder verwundete Perser, 150 000 gefallene oder verwundete Iraker, knapp 10 000 kriegsgefangene Perser und mehr als 50 000 gefangene Iraker. Irak hat seit dem Rückzug im Juni 1982 keine Möglichkeit mehr, Persien zu besiegen. 14 Millionen Iraker stehen 45 Millionen Persern gegenüber.

Allerdings ist die Zahl der irakischen Desertionen stark zurückgegangen, seitdem nur noch verteidigt wird. Und Militärbeobachter bemerken seit Frühjahr Schwächen der persischen Kampfmoral: Früher hat kein Perser einen eroberten Meter lebendig wieder hergegeben; gleichgültig, womit er beschossen wurde. Jetzt weichen sie manchmal zurück. „Und wo blieb die persische Reaktion auf die Bombardierungen von Kharg?" fragt ein Beobachter, dem auffiel, daß zum ersten Mal die Eskalation einer Seite unbeantwortet blieb.

Auf seiten der Iraker kämpfen etwa 15 000 ägyptische Freiwillige und Söldner aus Sambia; der Luftwaffe helfen sowjetische und ägyptische Berater. Die Luft-Überlegenheit ist der Trumpf Bagdads: Irak hat 500 Kampfflugzeuge (die besten sind MiG-25 und Mirage), von denen die Hälfte einsatzbereit ist. Zwar sind die Piloten nicht in der Lage, unterstützend in Bodenkämpfe einzugreifen, aber sie können den Krieg in die persischen Städte tragen, Tanker mit persischem Öl angreifen und vor allem die iranische Ölverlade-Insel Kharg bombardieren.

Seit August hat die Luftwaffe etwa 45 Angriffe auf Kharg geflogen, doch nur zwei im Tiefflug; bei den meisten anderen „wurden Bomben ins Wasser geworfen", wie einmal ein Teheraner Militärkommuniqué meldete. Nach dem ersten Tieffliegerangriff (am 15. August) sank der persische Ölexport auf 700 000 Barrel am Tag, nach dem zweiten (am 18. September) kam er für zwei Wochen zum Erliegen. Jetzt liegt er fast wieder auf der Juli-Höhe von 1,5 Millionen. Die persische Fliegerabwehr vor Kharg ist so schwach wie an der gesamten Front: Irak verlor bei den Angriffen auf Kharg seit August drei Maschinen. Der Bagdader Rundfunk nennt Kharg „die Quelle der Aggression", ein Beamter des Außenministeriums sagt: „Je mehr Öl die Perser verkaufen, um so mehr Waffen kaufen sie."

Warum also wird Kharg nicht zerstört? Der Beamte antwortet: „Wir wollen nicht nach dem Krieg einen völlig verarmten Nachbarn haben, denn das hieße weitere Ruhelosigkeit." Ein Anwalt sagt: „Schließlich sind es doch unsere Brüder!" Ein Diplomat weist darauf hin, daß der Irak einen Verhandlungsfrieden anstrebt, bei dem dann auch über Reparationen gesprochen werde. Wichtig ist die Äußerung des Teheraner Parlamentspräsidenten Rafsanschani: „Solange wir den Golf nutzen können, können es alle" – damit ist der Blick gelenkt auf das Verhältnis Iraks zu den anderen Ländern der Region: Bagdad wird von den Golfstaaten gezügelt.

WELT SERIE
Irak im sechsten Kriegsjahr

Denn einige Nachbarn betrachten Irak mit Argwohn. Kaufleute, die häufig durch Arabien reisen, erstaunen die Unterschiede: In Irak lebt ein diszipliniertes, schwer arbeitendes Volk, das durch eine große Schule des Krieges geht, doppelt so viele Einwohner wie die arabische Halbinsel hat; ein Land, in dem Öl und Wasser fließen und viele Universitäten stehen; ein Staat, der die älteste Staatengeschichte hat und der einen Eroberungskrieg begann. Einige Nachbarn sehen es nicht ungern, daß Irak von den Persern beschäftigt wird.

Irak hat Gebietsforderungen gegenüber Kuwait, über die Präsident Saddam Hussein jüngst eine kuwaitische Zeitung beschied: „Das kann später gelöst werden!" Kuwait, das Irak im Krieg unterstützt, lehnte die Bitte Bagdads ab, während des Krieges zwei Inseln an der Mündung des Shatt nutzen zu dürfen; wer weiß, so mag man sich gefragt haben, wann wir sie zurückbekommen?

Die Saudis helfen Irak mit Geld und seit September mit einem Anschluß an die Ölleitung nach Yanbu am Roten Meer, über den der Irak 500 000 Barrel am Tag exportiert. Ein Sprecher des Außenministeriums nennt als Grund für die Hilfe: „Wir kämpfen für eine arabische Sache" – für die Abwehr der persischen Revolution.

Die Bedingungen der Geldlieferungen von Saudi-Arabien, Kuwait und einigen Emiraten an Irak während des Krieges (bisher etwa 50 Milliarden Dollar) sind in Bagdad ein gutgehütetes Geheimnis. „Auf Botschafterempfängen und Firmenparties wird darüber spekuliert. Etwas Zuverlässiges habe ich nicht gehört", erzählt ein Gastarbeiter. Das Außenministerium sagt: „Es sind Kredite. Wir brauchen keine mehr, seitdem wir über Yanbu Öl exportieren."

In den Export-Engpaß war Irak geraten, weil sein Verladehafen Al Faw am Shatt, wie der gesamte Schiffsverkehr nach Irak, seit Kriegsbeginn gesperrt ist und Syrien 1982 die Pipeline ans Mittelmeer zudrehte. Syrien, das ist der große arabische Feind Iraks – mindestens „solange das Minderheitenregime Assad regiert, das falsche Wege geht und die Lage mit Gewalt anheizt", sagt ein Sprecher des Außenministeriums. Neutrale Beobachter halten Saddam Hussein für ebenso hartköpfig wie Assad.

Die Grenze ist seit langem geschlossen. Im Oktober öffnete sie sich für ein Gespräch von Geheimdienstlern beider Staaten, die sich auf Anregung der Arabischen Liga trafen. Ein irakischer Politiker sagte einem Diplomaten, es sei „bizarr" verlaufen.

Dabei wird wohl erwähnt worden sein, was Irak den Syrern vorwirft: daß sie Terroristen ausrüsten und nach Irak schicken. Im Frühjahr wurde ein verlassener Lkw, der aus Syrien gekommen war, voller Sprengstoff in der Wüste gefunden. Mitte November traten vier Iraker im Fernsehen auf, die zugaben, wie sie in syrischem Auftrag mehrere Anschläge mit insgesamt 35 Toten in Bagdad ausführten. Der Rohbau der Zentralbank ist im Frühjahr '85 von einer Autobombe eingeknickt worden.

Auch mit einer zweiten arabischen Macht ist Irak verfeindet: mit Libyen, das den Persern finanziell und – wie Syrien – mit Waffen hilft.

Die Türken im Norden sind hingegen gute Nachbarn. Die Regierungen unterstützen sich bei den jeweiligen Kurden-Problemen, und irakisches Öl wird durch die Türkei nach Iskenderun ans Mittelmeer geleitet (eine Million Barrel am Tag). Eine parallele Pipeline für eine weitere halbe Million soll im Sommer '87 in Betrieb genommen werden. Die Straße von der Türkei über Mosul nach Bagdad ist die am meisten befahrene im Land. Unaufhörlich rollen die türkischen, bulgarischen, jugoslawischen und ungarischen Laster, am Straßenrand stehen Wagenburgen während der Rast.

Auch die Beziehungen Bagdads zum jordanischen König Hussein sind weitgehend problemlos, die einmal geplante Pipeline nach Akkaba wird allerdings nicht gebaut – weil sie so nah an Israel läge. Denn Irak ist einer der härtesten Gegner des Staates der Juden.

So wird im gigantischen Denkmal des unbekannten Soldaten in Bagdad, das seit 1982 in Verlängerung der Parade-Allee das Stadtbild beherrscht, neben Ehrensäbeln und Geschenken befreundeter Armeen die Uniform eines abgeschossenen israelischen Piloten (aus dem Sechs-Tage-Krieg) wie eine Reliquie vom Teufel bewahrt, als sollte sie an etwas Wichtiges erinnern. „Irak hat mit Israel nichts zu verhandeln, wir nehmen an der Problemlösung nicht teil", sagt Abdul Jabbar Al-Hadawi vom Außenministerium. Und dann wird er scharf: „Es ist die Schuld der Deutschen, daß Araber der Juden wegen in die Wüste geschickt wurden. Sie sind schuld, daß Araber leiden!"

Morgen lesen Sie:
Ein Bild des Friedens in Bagdad. Was man auf Überlandfahrten vom Krieg sieht. Am Westufer der Raschid-Brücke starben einige ägyptische Gastarbeiter.

Verwandlungskünstler zwingen Ärzte zum Wettlauf mit der Zeit

Grippe-Viren verändern häufig ihre Gestalt und erfordern so laufend neue Impfstoffe

Von BERND STEFAN

in,3 Influenza-Viren, die zwischen Spätherbst und Frühjahr die echte Grippe – also nicht nur eine Erkältung – hervorrufen, sind wahre Verwandlungskünstler. Ständig verändern sie ihre äußere Gestalt und können so immer wieder Erkrankungen auslösen. Alle Bemühungen, durch jährliche Schutzimpfungen der Erkrankung rechtzeitig vorzubeugen, werden durch diese Eigenschaft der Grippe-Viren zunichte gemacht. Andere Virus-Erkrankungen wie Röteln, Masern oder Mumps macht der Mensch im Leben bekanntlich nur einmal durch, denn nach einer Infektion produziert jeder Organismus Antikörper, die ihn dann lebenslang vor einer erneuten Infektion schützen. Bei der Grippe ist es anders. Die körpereigenen Abwehrkräfte erkennen den „vermummten" Erreger nicht wieder.

Das Influenza-Virus sei den Virusforschern bestens bekannt, meinte Professor Rudolf Rott (Gießen) jetzt auf einer Vortragsveranstaltung in Wiesbaden. Über keinen anderen Erreger wisse man mehr. Influenza-Viren sind winzige Gebilde, kaum größer als ein zehntausendstel Millimeter. Aus ihrer Hülle, die die Erbsubstanz umschließt, ragen zwei Strukturen, die Neuraminidase und das Hämagglutinin heraus, die im Elektronenmikroskop als stäbchenförmige Fortsätze der Oberfläche erkennbar sind.

Die Neuraminidase, ein Enzym, ist offensichtlich für die Ausbreitung des Virus im Körper zuständig. Das Hämagglutinin bindet das Virus fest an die Zelloberfläche. Sie ist letzten Endes dafür verantwortlich, daß das Viruspartikel in die richtige Zelle eindringt, so daß der Organismus erkrankt.

Gegenüber den anderen Viren weisen die Influenza-Viren eine weitere Besonderheit auf. Ihre Erbsubstanz ist nämlich nicht auf einem einzigen durchgängigen Strang angeordnet, sondern liegt in Form von acht lose miteinander verknüpften Abschnitten vor. Diese Segmente entsprechen etwa den Chromosomen. Ein Abschnitt beispielsweise kodiert für das Hämagglutinin, ein anderer für die Neuraminidase. Bereits eine geringfügige Mutation kann alle nachfolgenden genetischen Informationen so verändern, daß die Viren nicht mehr funktionstüchtig sind. Treffen andererseits in einer Wirtszelle genetische Informationen von zwei verschiedenen Influenza-Viren aufeinander, kann es zu einer Neuordnung der Segmente und damit zu Viren mit neuen krankmachenden Eigenschaften kommen.

Influenza-Viren sind auch noch in einer anderen Weise außerordentlich wandlungsfähig und durchbrechen immer wieder die vom Organismus aufgebaute Immunbarriere. Verantwortlich für diese besondere Eigenschaft ist, so Professor Rott, wiederum das Hämagglutinin. Es trägt nämlich die biochemischen Strukturen, die vom Wirt als fremd erkannt werden. Nun ist es aber so, daß durch Austausch eines einzigen Bausteines an bestimmten Stellen des Hämagglutinin-Moleküls die körpereigene Abwehr unterlaufen werden kann. Von dieser Möglichkeit macht das Influenza-Virus offensichtlich regen Gebrauch. Dieser Gestaltwandel ermöglicht ihm eigentlich erst das Überleben.

Die Virologen unterscheiden nicht weniger als 13 biochemisch verschiedene Hämagglutinin-Typen, aber nur drei Subtypen – H_1, H_2 und H_3 – kommen beim Menschen vor. Das Hämagglutinin-Molekül selbst, ein membranspezifisches Protein, besteht – so Professor Rott – aus etwa 560 Aminosäuren. Gießener Wissenschaftler haben in den letzten Jahren nun festgestellt, daß diese Aminosäuren zwar wie die Perlen auf einer Schnur aufgereiht sind. Doch diese Kette ist in sich gefaltet, so daß sich eine sehr komplexe räumliche Struktur ergibt. Weiter konnten die Forscher zeigen, daß das Hämagglutinin-Molekül vier verschiedene Antigen-Domänen besitzt. Diese Bereiche werden vom Körper als fremd erkannt, so daß die körpereigenen Abwehrmechanismen reagieren können. Diese Domänen sollen so lokalisiert sein, daß sie unabhängig voneinander wirken. Weiter hat sich bei Untersuchungen an einer dieser Antigen-Domänen ergeben, daß bereits der Austausch einer einzigen Aminosäure ausreicht, die Antigenität zu verändern.

Von diesen grundlegenden Untersuchungen erwarten die Gießener Wissenschaftler zunächst einmal Aufschluß darüber, welche Antigen-Erkennungsstellen für die Erkrankung wichtig sind. Anschließend hofft man, mit gentechnischen Methoden die wichtigsten Antigen-Domänen der drei beim Menschen vorkommenden Hämagglutinin-Typen in ein Molekül einbauen zu können. In einem weiteren Schritt ließe sich dann wahrscheinlich auch ein Impfstoff entwickeln, der gegen ein viel breiteres Spektrum von Influenza-Viren eingesetzt werden könnte, als das heute möglich ist. Die Hoffnung ist, daß eines Tages auf die jährlichen Grippe-Schutzimpfungen mit einem von Jahr zu Jahr in seiner Zusammensetzung sich ändernden Serum verzichtet werden könnte.



Jede Grippeepidemie überrascht mit einem neuen Virusstamm, so daß die Entwicklung von Impfstoffen ein Wettlauf mit der Zeit ist. Im Weltinfluenza-Zentrum in Genf wird jeder neue Stamm isoliert und typisiert und dann in aufwendigen Verfahren ein neuer Impfstoff hergestellt. Die Viren, die sich nur in lebenden Zellen vermehren können, werden dazu in Hühnereiern gezüchtet.

FOTO: CENTER PRESS

Gesetze sind gut, Kontrolle ist besser

Werden die Lebensmittelvorschriften von den Behörden nicht streng genug angewandt?

Von D. GURATZSCH

Wie gesund, wie nahrhaft und wie „naturgemäß" sind unsere Lebensmittel? Die Ikea-Stiftung stach in ein Wespennest, als sie diese Fragen zum Thema eines „Frankfurter Streitgespräches" machte. Die Verbraucherverbände, vertreten durch Ingeborg Malz vom Deutschen Verbraucherschutzverband Wiesbaden, warteten mit knallharten Anschuldigungen auf. Die Lebensmittelkontrolle in der Bundesrepublik sei eine „eingefahrene, festgefügte Verbrauchertäuschung", Gefahren würden verharmlost, verniedlicht und heruntergespielt. Das Bundesgesundheitsministerium „verschlampe" seit 15 Jahren die Novellierung der Bundeshygieneverordnung, die geltende Reinhaltungsverordnung erlaube „hohe Schadstoffanteile". Überhaupt würden nur Einzelsubstanzen auf ihre Schädlichkeit für den Menschen getestet, nicht jedoch die kombinierte Wirkung mehrerer Stoffe.

Ministerialrat Dieter Gnauck vom Bundesgesundheitsministerium wollte „selten eine solche Ansammlung von Gemeinplätzen" gehört haben. Aber er mußte dennoch einräumen, daß es die Höchstmengenvorschriften gestatten, kontaminierte (belastete) Lebensmittel mit anderen, weniger belasteten so lange zu mischen, bis die Kontamination unter bestimmte Grenzwerte gedrückt wird. Und mit einigen widersprüchlichen Hinweisen goß er sogar noch Öl ins Feuer: Muttermilch in der Bundesrepublik sei heute bereits zehn- bis hundertmal so hoch PCB-belastet wie die Milch von Kühen. Für Fleisch seien doppelt so hohe Grenzwerte für Kontaminationen festgesetzt wie für Fisch, obwohl nach deutscher Eßgewohnheit wesentlich mehr davon verzehrt wird.

In der erbittert geführten Diskussion ging fast unter, daß der Lebensmittelchemiker Prof. Lutz Bertling aus Wuppertal, am gleichen Tag von der Stiftung ausgezeichnet, schon zu Anfang der Diskussion die Dinge in die richtigen Relationen gestellt hatte: Zwar werden rund ein Drittel der begutachteten Lebensmitel von den Prüfern beanstandet, jedoch nur knapp ein Prozent wegen überhöhter Schadstoffanteile. Vor drei Jahren waren es noch acht bis zehn Prozent.

Auch wenn die Fronten unversöhnlich blieben: Übereinstimmung gab es in Frankfurt, daß die Lebensmittelgesetze ausreichen, daß sie aber strikter angewandt werden müssen und daß die Kontrollen schon bei den Produzenten ansetzen müssen. Ein Wink mit dem Zaunpfahl ging an die Verbraucher: Solange sie immer billigere, immer haltbarere Produkte verlangen, wird sich an der Lebensmittelfront nichts Wesentliches ändern.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Hilfe für Schwerhörige

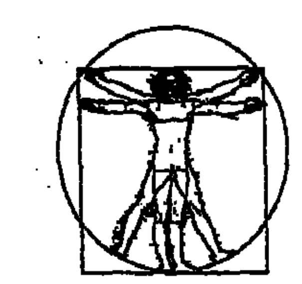
Berlin (Kü.) – Ein Merkblatt, das auf die vielfältigen technischen Möglichkeiten hinweist, die Schwerhörigen und Ertaubten heute als Hilfsmittel zur Verfügung stehen, hat jetzt der Deutsche Schwerhörigenbund herausgegeben. Die Broschüre beschreibt in kurzer Form das Angebot, das vom Hörgerät über Schreibtelefone bis zum Bildschirmtext reicht. Sie kann kostenlos beim Schwerhörigenbund angefordert werden. (Stellinger Chaussee 23, 2000 Hamburg 54).

Sensor am Schaufenster

Hamburg (REN) – Auf einem Bildschirm können Kunden in Zukunft Informationen über die Auslage in Schaufenstern abfragen. Der Kunde berührt einen Sensor und kann sich dann die auf einer Bildplatte gespeicherten Informationen ansehen. Das System ist von Rosenthal in Zusammenarbeit mit der Bertelmann-Tochter Telemedia sowie mit Sony entwickelt worden und wird zur Zeit in Berlin, Hamburg und München getestet. Die Begleittexte können auch zweisprachig abgehört werden.

Scherwinde im Training

Frankfurt (DW.) – Ein Trainingsprogramm, das Piloten auf die Beherrschung der gefährlichen Schwerwinde vorbereiten kann, soll jetzt die Firma Boeing entwickeln. Sie erhielt dazu einen 1,8-Millionen-Auftrag von der amerikanischen Luftfahrtbehörde. Ziel des Projektes wird es sein, die Ursachen und Wirkungen von Scherwinden gründlich zu erfassen, um den Piloten Instruktionen zur frühzeitigen Erkennung oder sogar Umgehung erteilen zu können beziehungsweise ihnen Gegenmaßnahmen zu nennen, die die Flugsicherheit gewährleisten. Scherwinde waren in den letzten Jahren für zahlreiche Flugzeugunfälle verantwortlich.



Eureka im Ruhrgebiet

Düsseldorf (idr) – Die Universitäten und Großforschungseinrichtungen im Ruhrgebiet können eine Reihe von Projekten in die europäische Forschungsinitiative Eureka einfließen lassen. Die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Anke Brunn hat jetzt dem Bundesforschungsminister konkrete Vorschläge mitgeteilt. So steht zum Beispiel an den Unis in Bochum, Dortmund sowie dem Fraunhofer-Institut in Duisburg ein erhebliches wissenschaftliches Potential auf dem zukunftsträchtigen Sektor Mikroelektronik zur Verfügung.

Pflaster gegen Hochdruck

Ingelheim (D. T.) – Ein Membranpflaster für die Therapie des Bluthochdrucks, das eine Woche lang wirkt, hat jetzt die Firma Boehringer Ingelheim in den USA auf den Markt gebracht. Es enthält den Wirkstoff Clonidin und ist von den amerikanischen Gesundheitsbehörden bereits zugelassen worden. Der Wirkstoff wird durch die Haut in den Körper abgegeben. Dies führt zu einem gleichmäßigen Spiegel des Medikaments im Blut.

TENNIS / Das schwedische Finale von Melbourne: Stefan Edberg schlug Mats Wilander 6:4, 6:3, 6:3

„Edberg mindestens so stark wie Boris Becker"

CONNY KONZACK, **Melbourne**

Stefan Edberg ist der Tennis-Triumphator von Australien. Im ersten rein schwedischen Endspiel bei einem Grand-Slam-Turnier gewann der erst 19jährige gegen seinen Freund, Titelverteidiger Mats Wilander, das Finale der „Australian Open" in Melbourne mit 6:4, 6:3, 6:3. Edberg nach dem Sieg: „Das war mein bestes Tennisspiel überhaupt. Seitdem ich Profi bin, wollte ich immer ein Grand-Slam-Turnier gewinnen. Ich habe mich nie so stark gefühlt wie heute."

Auch Nikki Pilic, der Coach des deutschen Davis-Cup-Teams, zollte Respekt: „Das ist unwahrscheinlich stark. Zwei Schweden im Finale unterstreichen die Favoritenstellung der Schweden für das Davis-Cup-Endspiel. Aber als Trainer muß man natürlich hoffen."

Vor 8000 Fans brillierte Edberg knapp sechs Wochen vor seinem 20. Geburtstag mit einem regelrechten Feuerwerk an Superschlägen. Vor allem mit einem glänzenden Aufschlag, wuchtigen Grund- und geschickten Passierschlägen ließ er Wilander nie eine Chance. Wilander: „So stark habe ich Stefan noch nie gesehen. Auf alles, was ich probiert habe, wußte er eine bessere Antwort. Er war einfach zu gut für mich heute. Das hat mich überrascht, denn sein Fünf-Satz-Match gegen Lendl im Halbfinale ging ihm doch sicher ganz schön in die Knochen."

Edberg und Wilander, die beide am Abend zuvor sogar auf dem Hotelzimmer über ihr Spiel sprachen, bevor sie gemeinsam essen gingen, schlugen sich sogar vor dem Finale gemeinsam ein, was für einen McEnroe oder Lendl völlig undenkbar wäre. „Aber wir sind so dicke Freunde", meinte Edberg, „da ist das normal. Das ist ja gerade die Stärke des schwedischen Tennis, daß wir uns alle sehr gut verstehen und keine Feindbilder aufbauen müssen, um gegeneinander zu spielen."

Edberg gewann in diesem Jahr in Memphis, San Francisco und Basel, stand gegen Wilander im Finale von Bastad und in Los Angeles gegen Kriek (USA). Insgesamt verdiente er 1985 bisher 430 000 US-Dollar. Doppelt soviel wie im letzten Jahr. Mit Edbergs Sieg in Australien gab es 1985 vier verschiedene Sieger bei den vier Grand-Slam-Turnieren: Wilander in Paris, Becker in Wimbledon, und Lendl holte sich den Titel in New York.

Edbergs Coach Tony Pickard meinte nach dem Finale: „Unvorstellbar, wie schnell sich Stefan entwickelt. Er ist mindestens so stark wie Boris Becker." Damit spielte Pickard auf das bevorstehende Davis-Cup-Finale in München an. „Jetzt dürfte sein Platz im zweiten Einzel neben Wilander feststehen", meinte Pickard. Auch Pilic geht davon aus, daß Edberg in München das zweite Einzel spielen wird: „Wenn der schwedische Kapitän Hans Olsson ihn jetzt nicht aufstellt und Jarryd spielen läßt, und der spielt schlecht, dann wird er von der schwedischen Öffentlichkeit gekreuzigt."

In der Weltrangliste hat Edberg nun Boris Becker von Platz fünf verdrängt, was 100 000 Dollar weniger aus dem sogenannten Bonus-Pool bedeutet. Außerdem überholte er Becker in der Punktwertung für den Tennis-Grand-Prix. (dpa)

Davis-Cup-Chef Ohlsson: „Schweden siegt mit 3:2"

sid, **Düsseldorf/Uppsala**

„Unser Traumfinale von Melbourne ist sicherlich gut für Schweden, aber nicht für mich", sagt Davis-Cup-Chef Hans Ohlsson zur Glanzform seiner Schützlinge bei den 74. Australian Open in Melbourne. Der 46 Jahre alte Ohlsson, Lehrer in der Universitätsstadt Uppsala, hofft auf eine erfolgreiche Titelverteidigung, will die Nominierung erst in letzter Minute vornehmen. Helmut Zimmermann vom Sport-Informationsdienst Düsseldorf (sid) sprach mit Ohlsson.

Frage: Edberg gegen Wilander im Einzelfinale, Wilander/Nystroem im Halbfinale des Doppels, die Schweden scheinen pünktlich zum Münchner Davis-Cup-Finale in Glanzform zu sein?

Ohlsson: Wir werden das auch brauchen, denn die Deutschen haben die USA und die CSSR eliminiert, haben den Bodenbelag für Becker und Westphal so schnell wie möglich gemacht und werden die 13 000 Zuschauer hinter sich haben. Kein Grund also, uns als Favoriten zu fühlen oder gar Deutschland zu unterschätzen.

Frage: Mit Wilander, Edberg, Jarryd und Nystroem haben Sie vier Weltklasseleute im Einzel, mit Edberg/Jarryd und Wilander/Nystroem zwei Doppel von Format. Ihr Gegenüber Nikola Pilic hat praktisch keine taktischen Variationsmöglichkeiten?

Ohlsson: Wir haben sogar drei Doppel, denn Jarryd/Wilander haben immerhin in Rom gewonnen. Manchmal beneide ich Nikki darum, daß ihm die Qual der Wahl erspart bleibt. Das schwedische Traumfinale von Melbourne ist gut für Schweden, aber nicht für mich. Trotz Stefan Edbergs Triumph wird sich der zweite Einzelplatz hinter Mats Wilander wirklich erst nach den Trainingseindrücken in München entscheiden. Es gibt ja Unterschiede zwischen Gras und Hallenboden sowie Umstellungsprobleme. Wir werden das erst bei der Auslosung bekanntgeben, denn bei aller Freundschaft kann ich den Deutschen nicht den Gefallen tun, die Karten vorzeitig aufzudecken.

Frage: Was machen die Verletzungen von Wilander und vor allem Jarryd?

Ohlsson: Die Armbandage bei Mats ist eine reine Vorsichtsmaßnahme. Jarryd hat seine Fußverletzung auskuriert und wird sich in dieser Woche in Schaukämpfen vorbereiten, ehe wir am Samstag gemeinsam anreisen. Ich selbst versuche, so wenig wie möglich an München zu denken, und gehe daher täglich Skilaufen.

Frage: Einen Tip müssen Sie natürlich abgeben?

Ohlsson: Ich kann ja als schwedischer Coach schlecht auf einen Sieg des Gegners tippen. Die Favoritenrolle möchte ich uns ungern zuschieben lassen. Grand-Prix-Turniere und Weltranglisten-Plätze sind eine Sache, der Davis-Cup eine andere. Aber ich weiß natürlich, daß wir aus den beiden letzten Jahren einiges an Endspielroutine mitbringen. Ich hoffe auf ein schönes und spannendes Finale, spannend, das heißt 3:2. Und da ich nun einmal Schwede bin und Coach dazu, tippe ich natürlich auf meine Jungs.

STAND● PUNKT

Schreck-Sekunde

Emil Beck jubelte: „Keiner hat es mir geglaubt, als ich bei den Weltmeisterschaften im Juli sagte: Wir hätten sogar die Goldmedaille im Florettfechten gewinnen können, wenn unser bester Mann nicht hätte zu Hause bleiben müssen." Mathias Gey, der deutsche Ranglisten-Erste, fehlte damals, als das deutsche Team Silber gewann. Weil Unaufschiebbares fürs Architekturstudium zu erledigen war.

Still war es inzwischen um den Vize-Weltmeister von 1983 geworden – bis zum Sonntag abend. Da gewann Gey in Wien das erste Weltcup-Turnier der Saison, und Beck fragte: „Na, ist er etwa nicht unser bester Mann?" Im Finale bezwang Gey seinen Tauberbischofsheimer Mannschaftskameraden Ulrich Schreck, der damit seinen bisher größten Erfolg feierte.

Schreck, 23 Jahre alt und einst zweimaliger Vize-Weltmeister der Junioren, gilt als der Mann mit den schnellsten Reflexen auf der Planche. Eine Schreck-Sekunde, die für seine Gegner ungeheuer gefährlich werden kann. Schon deshalb prophezeit ihm Beck eine große Zukunft, bei den nächsten Weltmeisterschaften bereits eine Einzel-Medaille. Man sollte solche Hinweise durchaus ernst nehmen, das Beispiel Mathias Gey hat es gezeigt. K. Bl.

NACHRICHTEN

Heute Bundesliga

Gelsenkirchen (dpa) – In einem Nachholspiel der Fußball-Bundesliga stehen sich heute abend (20.00 Uhr) Schalke 04 und Borussia Dortmund gegenüber.

Weltcup-Punkte geholt

Thunder Bay (dpa) – Beim zweiten Weltcup-Springen in Thunder Bay (Kanada) reichte es für die beiden deutschen Skispringer Thomas Klauser und Andreas Bauer als Zehnter und Elfter zu Weltcup-Punkten. Es siegte Ulaga (Jugoslawien).

Timman im Halbfinale

Montpellier (dpa) – Jan Timman (Holland) hat durch ein Remis in Montpellier (Frankreich) in der letzten von sechs Partien gegen Ex-Weltmeister Michail Tal (UdSSR) ein 3:3 erreicht und sich damit für das Halbfinale der Schach-Weltmeisterschaft qualifiziert.

Zweite Halbzeit live

Düsseldorf (sid) – Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) wird morgen die zweite Halbzeit des Achtelfinal-Rückspiels im UEFA-Pokal zwischen Real Madrid und Borussia Mönchengladbach ab 22.00 Uhr live übertragen. Anschließend folgt eine Zusammenfassung des Spiels 1. FC Köln gegen Hammarby IF.

ZAHLEN

VOLLEYBALL

Europapokal der Landesmeister, 1. Runde, Herren, Hinspiel: Hamburg – Santal Parma 2:3. – **Bundesliga**, Damen: Vilsbiburg – Stuttgart 3:0, Rüsselsheim – Ettlingen 3:0.

FECHTEN

1. Weltcupturnier der Florett-Herren in Wien, Finale: Gey – Schreck 10:7, ... 11. Reichert, ... 13. Behr, 14. Hein (alle Deutschland).

TENNIS

Australische Meisterschaften in Melbourne, Herren, Endspiel: Edberg – Wilander (beide Schweden) 6:4, 6:3, 6:3.

HANDBALL

Länderspiel, Herren in Reykjavik: Island – Deutschland 20:17.

EISHOCKEY

Bundesliga, 24. Spieltag: Düsseldorf – Köln 7:5, Schwenningen – Iserlohn 0:4, Kaufbeuren – Landshut 8:4, Mannheim – Bayreuth 6:6, Rosenheim – Rießersee 6:3. – Tabellenspitze: 1. Köln 36:12, 2. Rosenheim 33:15, 3. Düsseldorf 31:17.

REITEN

CDI der Dressur-Reiter in Zuidlaren (Holland), Weltcup-Prüfung: 1. Linsenhoff (Deutschland) auf Vallauris 70,4 Punkte, 2. Bartle (England) auf Willy Trout 69,5, 3. Grillo (Deutschland) auf Losander 68,2. – Gesamtstand im Weltcup: 1. Linsenhoff 58 Punkte, 2. d'Esme (Frankreich) 44, 3. Lah (Jugoslawien) 41, ... 6. Grillo 31.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 0, 2, 1, 0, 1, 1, 1, 1, 2, 1. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 2, 13, 15, 33, 35, 43, Zusatzzahl: 5. – **Rennquintett:** Rennen A: 6, 5, 1. – Rennen B: 33, 30, 35. (Ohne Gewähr).

GOLF / Langers Siege

Konstanter war diesmal niemand

UPI/sid, **Sun City**

Bernhard Langer hat die beste Saison seiner Karriere mit dem größten Scheck und dem zweitgrößten Triumph nach seinem Masters-Sieg vom April abgeschlossen. Der 28jährige gewann in Sun City das mit insgesamt einer Million Dollar dotierte Herausforderungsturnier von zehn der besten Golfer dieses Jahres und kassierte dafür 300 000 Dollar.

Der Erfolg im Einladungsturnier von Sun City war das Tüpfelchen auf dem „i" einer Saison, die vor allem durch Beständigkeit geprägt wurde. Die Masters, die Open von Australien und Deutschland, die European Open in England, der Ryder Cup mit dem Team Europas, jetzt der Sieg in Sun City – Stationen eines Jahres.

Konstanter war niemand im internationalen Geschäft, kein Ballesteros, der immer wieder Einbrüche erlebte, kein Sandy Lyle, der British-Open-Sieger, ganz zu schweigen von den US-Profis, die ohnehin eine Saison der bitteren Niederlagen hinnehmen mußten. Langers Fähigkeit, sich auf unbekanntem Terrain zurechtzufinden, das Ausräumen fast aller spieltechnischer Mängel und sein Trainingsfleiß ließen ihn zum Golfer des Jahres werden.

HANDBALL / Vor der B-Weltmeisterschaft der Frauen in Niedersachsen – Heute gegen Dänemark

„Drei Schritte vor – und zwei zurück"

ULLA HOLTHOFF, **Bonn**

Eigentlich hatte er sich das alles ganz anders vorgestellt. Als Ekke Hoffmann am 1. Juli 1983 sein Amt als Handball-Bundestrainer der Frauen übernahm, „hatte ich mir vorgenommen, mit der Mannschaft innerhalb von zwei Jahren den Anschluß an die Weltspitze zu schaffen. Ich hatte gesehen, daß im Frauenbereich im DHB noch vieles völlig laienhaft läuft, und hatte gehofft, Wesentliches verändern zu können." Die zwei Jahre sind um. Hoffmann (41) und seine Frauen aber stehen noch immer da, wo ihre gemeinsame Arbeit ihren Ausgang nahm: am Anfang.

Heute abend eröffnet die deutsche Mannschaft in Hannover mit ihrem Spiel gegen Dänemark die Handball-B-Weltmeisterschaft. Sie wird bis zum 21. Dezember in 26 niedersächsischen Städten ausgespielt und sollte für Hoffmann eigentlich ein vorläufiger Höhepunkt seiner geplanten Aufbauarbeit werden.

Statt dessen gerät es für den Trainer zu einer Belastungsprobe: „Wir sind in unserer Entwicklung einfach nicht weitergekommen. Wir machen immer drei Schritte vor und zwei zurück. Drei kleine Schritte vor – zwei große zurück." Unmittelbar vor Beginn des Turniers, das ein Meilenstein auf dem Weg in die angestrebte Weltklasse sein sollte, kann Hoffmann seine Enttäuschung nicht mehr verbergen. Selbst einen möglichen Rücktritt im Fall eines Mißerfolges schließt er nicht aus. „Ich habe mir kein zeitliches Ziel für meine Arbeit gesetzt. Ich weiß jetzt noch nicht, in welcher Stimmung ich mich nach der WM befinden werde."

Hoffmann wirkt müde. Die ständigen Reibereien der vergangenen Monate zeigen Wirkung. Er ist zum Opfer seiner ehrgeizigen Forderungen geworden, die bei Spielerinnen und Vereinen auf Unverständnis stießen. Weil niemand vorbereitet war auf diesen konsequenten und intensiven Leistungsmenschen Hoffmann.

Frauen-Handball – das war jahrzehntelang selbst für Nationalspielerinnen reines Privatvergnügen. In den Bundesligamannschaften wurde noch vor wenigen Monaten nur zweimal wöchentlich trainiert. Das Niveau stagnierte seit Jahren, und Hoffmann ärgerte sich darüber, „daß Bayer Leverkusen jahrelang mit halber Kraft spielen kann und trotzdem ohne Punktverlust Meister wird". Verkrustete Strukturen und Cliquen-Wirtschaft ließen wenig Freiraum für neue Ideen. Hoffmanns ehrgeiziges Leistungsdenken wirkte wie eine Revolution. Altgediente Funktionäre fühlten sich übergangen und reagierten pikiert; Spielerinnen fürchteten um traditionelle Erbhöfe.

Hoffmann war seiner Zeit einfach um einige Schritte voraus und scheitert immer wieder an den Verhältnissen, unter denen er arbeitet. „Spaß macht es mir im Moment sicherlich nicht. Wir haben in den letzten zwei Jahren eine komplette Mannschaft verloren, und es gibt so viele Probleme, die mich immer wieder vor den Kopf stoßen." Im Gegensatz zum Kollegen Simon Schobel, der als hauptamtlicher Bundestrainer für die Männer im DHB zuständig ist, arbeitet Hoffmann auf Honorarbasis. Was kein Indiz für den untergeordneten Stellenwert der Handball-Frauen ist, wohl aber ein Hinweis auf die Verhältnisse, die ihre Leistungen begrenzen.

Hoffmann verhält sich nicht anders als die Spielerinnen, deren sportliches Engagement immer wieder durch berufliche Verpflichtungen behindert wird. Hoffmann hatte die Möglichkeit, als hauptamlicher Trainer vom DHB angestellt zu werden, aber er verzichtete, „weil ich meinen Beruf als Lehrer und damit meinen Beamtenstatus hätte aufgeben müssen. Damit sind aber so gute soziale Absicherungen verbunden, die mir der Handball-Bund nie hätte garantieren können." Jetzt wendet er 60 bis 70 Tage pro Jahr für die Nationalmannschaft auf, zu wenig, um seine Forderungen verwirklichen zu können. „Wir müßten langfristig planen können. Die Spielerinnen müßten auf vier Jahre dabeibleiben und in der Zeit finanziell und sozial abgesichert werden. Aber das kann ich als Bundestrainer nicht leisten. Da bin ich nicht der große Zampano. Wenn es um die konkrete Umsetzung geht, da bin ich überfordert."

Wunderlich in der Defensive

sid, **Reykjavik**

„Wir wollen hier mindestens ein Spiel gewinnen", hatte Handball-Bundestrainer Simon Schobel vor der Länderspielserie in Island erklärt. „Das ist uns gelungen, und meine Spieler haben bei diesem fanatischen Publikum einen Vorgeschmack auf das erhalten, was uns bei der WM in der Schweiz erwarten könnte."

Nur ein Sieg (26:21) bei zwei Niederlagen (27:28 und 17:20) – trotz zeitweilig guter Form einiger Spieler mußte Schobel eine negative Bilanz ziehen. „Für Simon Schobel bleibt bis zur Weltmeisterschaft in der Schweiz noch einiges zu tun", mutmaßte Johann Ingi Gunnarson, der isländische Trainer des Bundesligaklubs THW Kiel. Er ist gleichermaßen Kenner der deutschen wie der isländischen Handball-Szene und sah vor allem bei der 17:20-Niederlage im letzten der drei Spiele ein Leistungsgefälle zwischen den beiden Mannschaften: „Die Isländer waren in diesem Spiel in jeder Hinsicht besser und hätten durchaus erheblich höher gewinnen können."

Daß es nicht dazu kam, war in erster Linie das Verdienst eines Ersatzmannes: Torwart Klaus Wöller war nur durch die Verletzung von Siegfried Roch nachträglich ins Aufgebot gerückt, doch parierte er 16 Würfe der Gastgeber.

In der Abwehr tauchte diesmal sogar ein Mann auf, der wegen seiner bekannten Abwehrschwäche fast ausschließlich im Angriff eingesetzt wird: Erhard Wunderlichs Einsatz in der Defensive gehörte zu den zahlreichen Experimenten, mit denen Schobel seine ideale Formation für die Weltmeisterschaft herausfinden wollte.

Zu SDI im Bundestag ein parlamentarisches Gefecht

Anhörung zwischen Ablehnung und „Stabilisierung der Kräfte"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Ausschüsse für Auswärtiges und Verteidigung des Bundestages beschäftigen sich in einer zweitägigen Anhörung von Fachleuten mit den politischen, strategischen und militärischen Aspekten der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI). Die ursprünglich von der SPD-Fraktion allein gewollte Expertenbefragung, zu der sich schließlich alle Fraktionen bereit fanden, war am Anfang überschattet von einem „kleinen parlamentarischen Gefecht". So charakterisierte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, der CDU-Abgeordnete Hans Stercken, die Einwände von Vertretern der SPD-Fraktion, die den Sinn der Anhörung in Zweifel zogen. Offenbar habe die Bundesregierung ihre grundsätzliche Entscheidung zu einer deutschen Beteiligung an der SDI-Forschung bereits getroffen, so daß das Recht des Parlaments auf Einflußnahme auf das Regierungshandeln beschnitten sei. Abgeordnete der Koalition bestritten dies und erklärten, der für die Entscheidung zuständige Bundessicherheitsrat habe noch nicht getagt.

Zu den geladenen Wissenschaftlern gehörten Mitglieder der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen sowie Professoren aus mehreren Universitäten und der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber für Mitteleuropa, General a.D. Franz-Joseph Schulze. Die von ihnen vorgetragenen Stellungnahmen reichten von vollständiger Ablehnung von SDI bis zu der Ansicht, SDI sei geeignet, die durch die sowjetischen Rüstungsanstrengungen in eine erhebliche Schieflage geratene Machtbalance zwischen West und Ost neu zu stabilisieren. Dagegen meinten die Opponenten, SDI stimuliere lediglich einen neuen „gigantischen Rüstungswettlauf", schaffe aber nicht mehr Sicherheit.

Nach der gestrigen achtstündigen, auf politische und strategische Aspekte konzentrierten Anhörung mußte offen bleiben, welche Schlüsse die Abgeordneten aus dem Gehörten ziehen würden. Klar war lediglich, daß die SPD Fachleute benannt hatte, die die politische Gegnerschaft gegen SDI stärken helfen sollten. Bei den Koalitionsvertretern erschien es umgekehrt. Aus der Fülle des Gesagten hier eine kurze Zusammenfassung bislang in der Öffentlichkeit wenig diskutierter Aspekte:

– Europa muß aufpassen, daß es bei den Bemühungen der Supermächte zur vergrößerten militärischen Nutzung des Weltraumes nicht vor Verabredungen beider gestellt wird, in denen sich beide die reduzierte Nutzung ihrer strategischen Angriffskapazität zugestehen und dadurch in Europa das konventionelle Übergewicht der UdSSR durchschlüge.

– Von den SDI-Forschungen verspricht man sich derart große Auswirkungen auf den technologischen Fortschritt, daß davon letzlich auch die westliche Verteidigungsfähigkeit im konventionellen Bereich profitieren würde und wieder der Grundsatz zur Geltung käme, westliche Qualität balanciere östliche Quantität aus.

– Als politisch zentrale Frage wird gesehen, ob eine strategische Verteidigung sich in die Rüstungskontrolle und Abrüstung offensiver Waffen einpassen ließe. Uwe Nerlich von der Stiftung Wissenschaft und Politik berichtete, die USA und die Sowjetunion hätten sich darauf verständigt, 1987 und 1992 Konferenzen über die mögliche Veränderung des ABM-Vertrages von 1972 im Lichte der SDI-Forschung abzuhalten.

Bangemann erstaunt über Wirbel um sein Verhalten

Der Bundestag befaßt sich mit dem „Streikparagraphen"

DIETER SALZMANN, Bonn

Die beiden größten deutschen Gewerkschaftsbünde, der DGB und die DAG, haben ihre Teilnahme an der heutigen Aussprache mit Bundeskanzler Helmut Kohl über den umstrittenen Neutralitätsparagraphen („Streikparagraphen") 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) zugesichert. Auch der Vorstand der IG Metall faßte gestern Nachmittag in Frankfurt einen entsprechenden Beschluß. Führende Gewerkschaftsfunktionäre hatten am Wochenende eine Teilnahme in Frage gestellt, weil Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann am Freitag einen vertraulichen Beratungstext vor Übergabe an die Gesprächspartner der heutigen Sitzung im Kanzleramt der Presse bekanntgemacht hatte.

Der Wirtschaftsminister selber gab sich gestern nach einer Sitzung des FDP-Präsidiums gelassen. „Ich hatte nicht vor, das Gespräch über den Paragraphen 116 zu torpedieren", sagte Bangemann. Er selbst sei erstaunt darüber, daß die Veröffentlichung eines Textentwurfs über eine Neufassung des Paragraphen 116 am Freitag einen so starken Wirbel verursacht habe. Sowohl Arbeitgeber als auch Gewerkschaften hätten in den beiden Gesprächen der vergangenen Woche die fünf beteiligten Bundesminister aufgefordert, einen Entwurf zu formulieren. Der Text sei noch am Freitag, allerdings erst wenige Stunden nach der Bekanntgabe durch Bangemann den Tarifpartnern zugestellt worden. In dem Vorschlag heißt es, daß im Streikfall Arbeitnehmer aus der selben Branche in einem anderen Tarifgebiet kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld erhalten sollen, wenn die Hauptforderungen für neue Tarife annähernd gleichartig sind.

Im DGB war deshalb überlegt worden, dem heutigen Geprüch bei Bundeskanzler Helmut Kohl fernzubleiben. Allerdings wurde im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB beschlossen, doch an der Dreierrunde mit Regierung und Arbeitgebern teilzunehmen. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hatte sich schon zuvor bereit erklärt, trotz des Vorpreschens von Martin Bangemann ins Kanzleramt zu kommen. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Werner Stumpfe lehnt eine „Denkpause", wie sie vom IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr vorgeschlagen wurde, ab. Die Denkpause über den Paragraphen 116 dauere bereits länger als ein Jahr, sagte Stumpfe.

Nach wie vor hält Bangemann eine Novellierung des Paragraphen 116 für zwingend notwendig. „Wir haben zur Zeit in diesem Bereich eine unklare Rechtssituation, die der Gesetzgeber klären muß", sagte Bangemann nach der Präsidiumssitzung. Regierungssprecher Friedhelm Ost unterstrich vor der Presse, daß die Regierung mit dem „festen Willen" zu einer sachgerechten Lösung in das Spitzengespräch mit Gewerkschaften und Arbeitgebern beim Kanzler gehe.

Sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeber lehnen den Entwurf der Ministerriege ab. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr sagte, der Entwurf enthalte „noch mehr auslegungsfähige Generalklauseln" als die bisherige Version. Der DGB erwarte „mit Sicherheit" bei jedem Arbeitskampf gerichtliche Auseinandersetzungen, falls der vorliegende Entwurf Gesetz werde.

Am Donnerstag befaßt sich der Bundestag in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD noch einmal mit dem umstrittenen Paragraphen.

CDU im Norden erschwert Einigung über 218-Papier

CSU will Diskussionen um Abtreibung nicht weiter verschärfen

PETER SCHMALZ, München

Die CSU ist bemüht, das in den vergangenen Wochen unter anderem auch auf ihrem Münchner Parteitag heftig diskutierte Thema um die Abtreibung auf Krankenschein nicht durch weitere öffentliche Erklärungen zu verschärfen. Man habe aber „gewissen Optimismus", so CSU-Generalsekretär Georg Tandler gestern nach der CSU Landesvorstandssitzung vor Journalisten in München, mit der CDU in nicht allzuferner Zukunft zu einem Ergebnis zu kommen.

Die Unionsparteien beraten zur Zeit intern einen Entschließungsantrag, den die CSU ausarbeitete und bei dem sie sich weitgehend auf eine Vorlage aus Rheinland-Pfalz stützt. Die Verhandlungen, über deren Stand CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel und Staatssekretär Edmund Stoiber dem Münchner Vorstand gestern Bericht erstatteten, gestalten sich jedoch problematisch, nachdem aus den nördlichen Unionsländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein bereits Widerstand gegen den Wortlaut angekündigt worden war. Die CSU-Parteispitze steht jedoch unter Zeitdruck, nachdem der Parteitag ihr das Thema als sehr dringlich überwiesen hat. Gestern wurde noch kein Beschluß gefaßt.

Veröffentlicht wurde dagegen ein Beschluß, in dem der CDU-Vorstand Bundeskanzler Helmut Kohl auffordert, „angesichts der verwirrenden und gegensätzlichen Äußerungen aus dem Regierungslager" die Diskussion um das amerikanische Forschungsprogramm SDI „durch eine positive Entscheidung zu beenden und ein Regierungsabkommen mit den USA über die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet raschenstens abzuschließen".

Der jetzt bekannt gewordene Fahrplan des Kanzlers, im kommenden Frühjahr eine Vereinbarung abzuschließen, erscheint der CSU als reichlich spät. „Was soll denn das alles noch, die Diskussion hat doch lange genug gedauert", meinte Tandler gestern. Auf jeden Fall müsse realisiert werden, was der Kanzler intern angekündigt habe, nämlich noch in diesem Jahr eine Kabinettentscheidung herbeizuführen.

„Verwirrende und gegensätzliche" Äußerungen aus dem Regierungslager veranlaßten den CSU-Vorstand in einem weiteren Beschluß zu der Feststellung, „daß die Ostverträge der liberal-sozialistischen Regierungen weder Friedensverträge noch Friedensersatzverträge" seien. Bei Abschluß dieser Verträge sei eindeutig geklärt worden, daß die deutsche Frage noch offen sei, dies gelte heute noch. „Die CSU wird nicht zulassen", heißt es dann wörtlich, „daß durch nachträgliche Auslegungen die klare, verfassungsrechtlich gebotene deutschlandpolitische Linie der Union verzerrt und damit ihre Glaubwürdigkeit gefährdet wird."

Die Vorstandssitzung war die erste des neugewählten Vorstands, der satzungsgemäß zu den natürlichen „Präsidiumsmitgliedern" sieben weitere Personen in dieses höchste Parteigremium wählte. Von den acht Bewerbern wurde in Sammelabstimmung Landesgruppenchef Waigel mit der höchsten Stimmenzahl gewählt, ihm folgten die Bezirksvorsitzenden Paul Röhner, Max Streibl, Alfred Dick, Albert Meyer, August Lang und Anton Jaumann. Als bemerkenswert wurde registriert, daß der Münchner Bezirksvorsitzende, Ex-Oberbürgermeister Erich Kiesl, nicht mehr ins Präsidium berufen wurde.

Ein Gesetz zur „Abspeisung" in Hessen

fac. Bonn

In der Medienpolitik spielt die hessische SPD trotz der Kabinettsentscheidung über ein Weiterverbreitungsgesetz für Satellitenprogramme auf Zeitgewinn. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Wiesbaden versucht durch ein zeitliches Hinausschieben der Parlamentsberatungen eine Kontroverse mit dem grünen Regierungspartner zu vermeiden. Der SPD-Fahrplan sieht vor, daß erst nach einem Spruch des Bundesverfassungsgerichts zum niedersächsischen Landesrundfunkgesetz der Regierungsentwurf verabschiedet werden soll. Damit ist nicht vor der zweiten Hälfte 1986 zu rechnen.

Welchen Sprengstoff der Börner-Entwurf birgt, zeigt die Tatsache, daß zum ersten Mal in Hessen ein von der Landesregierung verabschiedeter Entwurf nicht im Landtag eingebracht wird. Daraus und aus den insgesamt restriktiven Bestimmungen der Gesetzesvorlage schließt die hessische CDU, daß es sich nicht um ein Gesetz über die „Einspeisung" von privaten Satellitenprogrammen, sondern eher um ein politisch motiviertes „Abspeisungsgesetz" handele. Es solle die wegen der bisherigen medienpolitischen Untätigkeit der Regierung in Wiesbaden beunruhigten Gemüter beruhigen und den aufgebrachten Parteimitgliedern signalisieren, daß sich Hessen nicht an den „privaten Zug" anhängt. Hessen sperrt sich auch weiterhin gegen die Tätigkeit privater Rundfunk- und Fernsehveranstalter, eine Konzession an die Grünen. Das ist mit ein Grund dafür, daß die CDU der Initiative der Freien Demokraten skeptisch gegenübersteht, ein eigenes Gesetz über die Weiterverbreitung von Satellitenprogrammen dem Landtag zuzuleiten, das sich genau an die Börnersche Vorlage anlehnt. Die FDP hatte argumentiert, sie wolle mit ihrer „Schützenhilfe für die Landesregierung" jede weitere Verzögerung der Verabschiedung des Gesetzes aufgrund der Differenzen zwischen SPD und Grünen unterlaufen.

Angeregt worden war die FDP offensichtlich durch eine Bemerkung des SPD-Fraktionsvorsitzenden, Erwin Welteke, die Sozialdemokraten seien möglicherweise auf die Unterstützung durch die Oppositionsparteien angewiesen. Welteke wurde prompt zurückgepfiffen. Die SPD stellte klar, daß es keine wechselnden Mehrheiten in dieser Frage geben werde.



Für die USA gilt Devise: „Im Zweifel für Belgrad"

Vor Shultz-Reise nach Ungarn, Rumänien und Jugoslawien

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der amerikanische Außenminister George Shultz wird in einem sehr interessanten politischen Augenblick drei der wichtigsten kommunistisch regierten Länder in Mittel- und Südosteuropa besuchen: Rumänien, Ungarn und Jugoslawien bilden – auch wenn sie durch die Grenze des Warschauer Pakts geteilt sind, dem Jugoslawien nicht angehört – historisch eine Einheit. Sie sind ein Teil Europas, der, wie der amerikanische Außenminister sagte, nicht gefragt wurde, als nach 1945 der Eiserne Vorhang niederging. Ungarn und große Teile Jugoslawiens, aber auch der siebenbürgische Teil Rumäniens sind darüber hinaus von der Geschichte und Kultur, der Mentalität und der Wirtschaftsgesinnung Mitteleuropas bestimmt.

Alle drei Länder befinden sich innenpolitisch in einer schwierigen Phase. Jugoslawien steckt in einer schweren Wirtschaftskrise und hat mit Nationalitätenproblemen zu kämpfen. Ohne massive westliche Hilfe dürften es die Belgrader Führer schwer haben, jemals einen Ausweg aus ihren Kalamitäten zu finden. Ungarn befindet sich mitten in einer tiefgreifenden Wirtschaftsreform. Die Frage ist jetzt, ob diese Reform Erfolg haben wird – oder ob die Umstellung des Systems auf teilweise marktwirtschaftliche Prinzipien nicht zu sozialen Spannungen führt, welche wiederum dogmatische Kräfte zu einem Gegenschlag animieren könnten.

Rumäniens prekäre Lage

Rumänien befindet sich in der prekärsten Lage. Das Land ist bis zur Grenze seiner Leidensfähigkeit einer solch harten Politik der Einsparungen – mit dem Ziel der Rückzahlung von Auslandsschulden – unterworfen, daß viele politische Beobachter sich fragen, wie lange diese Überstrapazierung und Überanstrengung eines ganzen Volkes noch dauern kann. Zwischen Rumänien und Ungarn ist überdies mit voller Wucht der Nationalitätenkonflikt um die ungarische Volksgruppe in Siebenbürgen (zwei Millionen Menschen) entbrannt.

Shultz weiß, daß sich sowohl Rumänen wie Ungarn in einer prinzipiell anderen Situation befinden als die blockfreien Jugoslawen. Im Falle Belgrad wird Shultz alles daran setzen, um die Tito-Nachfolger der Unterstützung der Vereinigten Staaten zu versichern. Das wird trotz der gelegentlich zutage tretenden repressiven Schönheitsfehler des jugoslawischen Regimes geschehen – denn die USA (und der Westen) stehen vor der Wahl, ob sie in Jugoslawien mit Mängeln und Schönheitsfehlern (im Sinne westlicher Freiheitsbegriffe) stützen – oder Chaos und womöglich sowjetische Intervention in diesem Raum in Kauf nehmen wollen. Daher gilt für die Reagan-Administration die Devise: „Im Zweifelsfalle für Jugoslawien".

Bukarest enttäuschte USA

Gegenüber Ungarn und Rumänien hat sich das amerikanische Verhältnis auf seltsame Weise umgedreht. Bekam früher Bukarest von den USA freundliche Ermunterung wegen seiner Politik der relativen nationalen Unabhängigkeit zu hören, so ist Washington jetzt von den harten innenpolitischen Maßnahmen Bukarests ebenso enttäuscht wie von der Unfähigkeit des rumänischen Regimes, zu vernünftigen Wirtschaftsreformen zu kommen, die ein Funktionieren von Produktion und Versorgung überhaupt erst ermöglichen würden.

Umgekehrt haben es die ungarischen Kommunisten verstanden, durch eine maßvolle Innenpolitik und durch kooperatives Verhalten gegenüber dem Westen relativ großes Ansehen zu gewinnen. Shultz weiß, daß die Ungarn sehr vorsichtig operieren müssen, um nicht grundloses Mißtrauen anderswo im Ostblock zu wecken. Der amerikanische Außenminister aber wird gerade die Budapester Führung ermutigen, ihren Kurs der nationalen Identität und der behutsamen Wahrung eigener Interessen fortzusetzen. Alle drei kommunistischen Regierungen werden von Shultz ermuntert, möglichst selbstbewußt und selbständig zu handeln – soweit der Freiraum, den Gorbatschow in Moskau ihnen gewährt, dies zuläßt.

Neuer Störfall bei Nukem

rtr, Wiesbaden

Drei Tage vor dem Eintritt der Grünen in die hessische Landesregierung ist der Bündnisfrieden zwischen SPD und Grünen gestört. Die Grünen im Landtag forderten die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der „atomaren Störfälle" in den Hanauer Nuklearbetrieben. Anstoß für die Initiative der Grünen ist ein neuer Vorfall bei der Firma Nukem. Das hessische Wirtschaftsministerium teilte auf Anfrage mit, am 4. Dezember seien erneut drei Mitarbeiter der Hessischen Anstalt für Umwelt bei Messungen radioaktiver Abluft ausgesetzt worden.

VW spricht von Neueinstellungen

MJ. Wolfsburg

Die Volkswagen AG hat die Kritik des niedersächsischen Sozialministers Hermann Schnipkoweit (CDU), mit der für 1986 angekündigten Samstagsarbeit würden Neueinstellungen unmöglich gemacht, zurückgewiesen. Nach Darstellung des VW-Vorstandsmitglieds für das Personal- und Sozialwesen, Karl-Heinz Briam, hat die Mehrheit „nicht den Charakter von Sonderschichten", sondern werde in der zweiten Jahreshälfte durch Freizeit ausgeglichen. Die dadurch erhöhte Abwesenheit von Mitarbeitern werde „aus heutiger Sicht ohne Zweifel" zahlreiche Neueinstellungen nach sich ziehen.

Anklage gegen Schwarze aufgehoben

dpa, Johannesburg

In einem Hochverratsprozeß gegen 16 Oppositionelle ist gestern überraschend die Anklage gegen zwölf führende Funktionäre der Oppositionsbewegung United Democratic Front (UDF) zurückgezogen worden. Ein Jahr nach Anklage-Erhebung und nach langwierigem juristischem Tauziehen über die Gültigkeit der Anklage wird das Verfahren vor einem Obergericht der Provinz Natal jedoch gegen vier schwarze Gewerkschaftsfunktionäre fortgesetzt.

Der staatliche Ankläger gab keine Begründung für die Entscheidung, die mit Beifall begrüßte wurde. Juristische Beobachter hatten schon während der vergangenen Wochen betont, daß die Anklage des versuchten Sturzes der Regierung auf „wakkeligen Füßen" stehe. Der Vorsitzende Richter hob in einem kurzen Glückwunsch an die Entlassenen ihr positives Auftreten während des Verfahrens hervor, das am 3. Mai offiziell begonnen hatte – danach aber mehrfach vertagt worden war.

Auf der Anklagebank verblieben noch vier Gewerkschafter: Sisa Njikaleni (29), Sam Kikine (36), Isaac Ngcobo (36) und der Vorsitzende der South African Allied Workers Union (SAAWU), Thozamile Gqweta (38). Nach ihrer Freilassung versicherten Archie Gumede (70) und Albertina Sisulu (66) – beide Präsidenten der vor über zwei Jahren gegründeten UDF – sie wollten „weiter für den Frieden in Südafrika" arbeiten.

Frau Sisulu ist die Ehefrau des zusammen mit dem schwarzen Oppositionsführer Nelson Mandela lebenslang inhaftierten Aktivisten Walter Sisulu. Albertina Sisulu und Archie Gumede genießen in den Schwarzen-Gemeinschaften großes Ansehen. Gumede sagte „im Interesse der Arbeit für eine friedliche Zukunft" solle Staatspräsident Pieter Botha das Gespräch mit Mandela suchen.

Auch die übrigen ehemaligen Angeklagten – Funktionäre der zur UDF gehörenden Inder-Organisation Natal Indian Council – versicherten, die lange Zeit in Untersuchungshaft und Polizeigewahrsam habe ihre Entschlossenheit zur politischen Tätigkeit nicht beeinträchtigt.

Nachdem die Anklage gegen sie zurückgezogen und sie freigesprochen wurden, prüften sie die Möglichkeit juristischer Schritte gegen den Minister für Recht und Ordnung für die von ihm angeordnete Festsetzung der Angeklagten in Polizeigewahrsam ohne entsprechende richterliche Entscheidung.

Bonner Fehler

HH. - Wenn nicht alles täuscht, hat Forschungsminister Riesenhuber mit dem Zuschlag an Philips und Siemens eine Fehlentscheidung getroffen. Das überrascht. Denn der junge Minister hat seit der Wende 1982 seinen Kurs geschickt gesteuert, Pannen vermieden und etwa beim Brüterdesaster, das er von seinen Vorgängern erbte, bewiesen, daß er nicht nur viel von Forschung, sondern auch etwas von Psychologie versteht.

Jeder arbeitet am besten für sein eigenes Geld. Dieser Grundsatz hatte in der Bonner Forschungspolitik unter SPD-Ministern keine Rolle gespielt, wurde aber von Riesenhuber seit Amtsantritt beherzigt – bis Freitag.

Ist es vorstellbar, daß zwei Giganten wie Siemens und Philips sich sehenden Auges in der Entwicklung höchstintegrierter Halbleiterspeicher von Amerikanern und Japanern nur deshalb den Rang ablaufen lassen, weil der Staat nicht eine halbe Milliarde locker macht? So miserabel und kurzsichtig ist das Management beider Unternehmen sicher nicht. Riesenhuber hat uns einen lupenreinen Mitnahmeeffekt vorgeführt.

Die von Finanzminister Stoltenberg öffentlich gegen das Projekt geäußerten Bedenken sind nur deshalb wenig beachtet worden, weil seine Kritik nicht im vorbereiteten Redemanuskript stand. Zu fragen bleibt aber, warum der mächtigste Mann im Kabinett in den monatelangen Haushaltsberatungen nicht wirksamere Gelegenheiten wahrgenommen hat, das Vorhaben zu kippen. Damit wäre ein ärgerlicher Rückfall in alte, überholt gewähnte Praktiken vermieden worden.

Wetter

adh. – Vor allem das Wetter macht der Einzelhandel als Ursache dafür aus, daß auch der zweite lange Vorweihnachts-Samstag die Kassen in den Innenstädten nicht so laut klingeln ließ wie insgeheim erhofft. Und das Wetter, milder als für diese Jahreszeit üblich, ließ wohl besonders den Absatz für winterliche Textilien stocken. Ganz so wetterbedingt, wie es die Einzelhändler sehen (und wie es auch die Absatzerfolge im kalten November zu bestätigen scheinen), ist die Sache aber doch wohl nicht. Schon lange nicht mehr ist der Mantel, der Anzug, das Kostüm oder Kleid das Weihnachtsgeschenk par excellence für die Bundesbürger. Die Sachen hat man nämlich im Schrank, und wenn man kauft, dann, wenn es besonders schick ist und gefällt. Zu Weihnachten darf es allenthalben ein bißchen Luxus sein; die Erfolge der Kürschner im diesjährigen Weihnachtsgeschäft sprechen ebenso dafür wie die Absatzerfolge bei Delikatessen und „teuren" Extras. Nur das ist nicht die Masse, die Kasse bringt.

STEUERBEREINIGUNGSGESETZ / Beratungen in den Ausschüssen beendet

Die verbesserten Bestimmungen können am 1. Januar in Kraft treten

HEINZ HECK, Bonn

Die geplante Neuregelung über die verbindliche Auskunft der Finanzbehörden wird angesichts des geschlossenen Widerstands der Länder nun doch nicht Bestandteil des Steuerbereinigungsgesetzes 1986. Darauf hat sich der Finanzausschuß des Bundestages in den Abschlußberatungen geeinigt. Statt dessen soll die Bundesregierung aufgefordert werden, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Der Bundestag wird das Steuerbereinigungsgesetz am Donnerstag in zweiter und dritter Lesung beraten, und der zweite Durchgang im Bundesrat erfolgt am 20. Dezember, so daß es fristgerecht am 1. Januar in Kraft treten kann.

Aus der Fülle der Bestimmungen erscheinen unter anderem die der Land- und Forstwirtschaft neugewährten oder verbesserten Subventionen bemerkenswert. So war in einer bis Ende 1985 befristeten Regelung vorgesehen, daß Gewinne aus dem Verkauf land- und forstwirtschaftlicher Betriebe bis zu 60 000 Mark steuerfrei bleiben. Die Bestimmung wurde jetzt um sechs Jahre bis 1991 verlängert. Die Voraussetzungen für die Befreiung wurden ebenfalls verbessert: Die Grenze für den Wirtschaftswert wurde von 30 000 auf 40 000 und die für die steuerlich nicht zu berücksichtigenden außerlandwirtschaftlichen Einkünfte von 18 000/36 000 (Alleinstehende/Verheiratete) auf 24 000/48 000 Mark erhöht.

Ebenfalls befristet bis 1991 wird eine großzügigere Regelung für die Abfindung weichender Erben (bei vorweggenommener Erbregelung): Der bisher für alle gemeinsam geltende Freibetrag von 60 000 Mark wird ab 1986 für jeden weichenden Erben gewährt.

Schließlich soll Land- und Forstwirten ein Freibetrag von 90 000 Mark für Verkäufe von Grund und Boden eingeräumt werden, wenn der Erlös der Schuldentilgung dient (soweit die Schulden bis zum 30. Juni 1985 im Betrieb entstanden sind). Diese auf drei Jahre befristete Regelung (bis 1988) ist neu, entspricht aber einer alten Forderung der Landwirtschaft. Die Buchführungspflichtgrenzen für Klein- und Mittelbetriebe werden von heute 360 000 auf 500 000 Mark Umsatz oder von 100 000 auf 125 000 Mark Betriebsvermögen erhöht (Paragraph 141 der Abgabenordnung).

Die Frist für den Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich, die derzeit am 30. September für den Ausgleich des jeweiligen Vorjahres ausläuft, soll ab 1986 auf zwei Jahre verlängert und so mit der Erklärungsfrist für die Veranlagung zur Einkommensteuer harmonisiert werden.

Vorruhestandsleistungen werden mit allen anderen Abfindungen steuerrechtlich gleichgestellt (Einkommensteuergesetz Paragraph 3, Nr. 9). Danach sind bis zu insgesamt 36 000 Mark steuerfrei, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind (das 55. Lebensjahr muß erreicht sein und das Dienstverhältnis mindestens 20 Jahre bestanden haben).

Die nationale Umsetzung der EG-Richtlinie über die gegenseitige Amtshilfe in Steuerfragen wird auf das Minimum beschränkt. Zwar sind die Finanzbehörden der Partnerstaaten zu Auskünften untereinander verpflichtet. Doch bleibt das Steuergeheimnis gewahrt: Der inländische Steuerpflichtige muß vor der Weitergabe von Unterlagen und Auskünften durch das zuständige deutsche Finanzamt gehört werden. Damit bleibt der Rechtsschutz intakt, denn im Falle einer Rechtsverletzung kann das Finanzgericht noch rechtzeitig angerufen werden.

Die Regelung über Kontrollmitteilungen von Behörden und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten an Finanzämter ist ebenfalls abgeschwächt worden. Die Behörden dürfen die Finanzämter zwar darüber informieren, daß ein Steuerpflichtiger Zahlungen erhalten hat, allerdings ohne Angabe von Beträgen.

Beschränkt Steuerpflichtige, also Leute mit Einkünften in der Bundesrepublik, aber ohne Wohnsitz hier (das sind meist Künstler und Berufssportler) sollen mit ihren Einkünften im Inland zur Besteuerung herangezogen werden, und zwar unabhängig davon, an wen die Vergütung gezahlt wurde.

RUNDFUNK- UND FERNSEHFACHHANDEL

Preisverfall und hohe Mieten gefährden die City-Geschäfte

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der deutsche Radio- und Fernsehfachhandel, der fast 70 Prozent der gesamten Unterhaltungselektronik-Produkte verkauft, sieht eine große Zahl an sich gesunder Fachbetriebe gefährdet. Holger Wenzel, Geschäftsführer des Deutschen Radio- und Fernseh-Fachverbandes (DRFFV), sieht vor allem Fachgeschäfte an teuren Standorten durch das „dramatische Sinken von Stückerlösen" betroffen.

Mieten in Citylagen ließen sich heute von einem Radio/TV-Fachgeschäft kaum noch erwirtschaften. Zudem seien die Möglichkeiten der Kostenreduzierung weitgehend ausgeschöpft. Weitere Einsparungen gingen zu Lasten der Leistungen, die der Verbraucher von einem Fachgeschäft erwarte. Wenzel: „Das Ende der Fahnenstange ist erreicht, ein weiterer Preisverfall wird zum Kollaps führen und damit die gesamte Branche in den Strudel ziehen. Daß damit auch dem Verbraucher nicht gedient sein kann, liegt auf der Hand."

Der bis Ende Oktober aufgelaufene Umsatzrückgang um drei Prozent verbirgt sogar ein mengenmäßiges Branchen-Wachstum. Der Preisverfall in der Unterhaltungselektronik hat besonders im Bereich der Videorecorder, besorgniserregende Ausmaße angenommen. Da die Preissenkungen 1985 insgesamt zwischen fünf und sechs Prozent lagen, erreichte der Fachhandel bislang einen Umsatzzuwachs von zwei bis drei Prozent. Für das Gesamtjahr wird angesichts des Weihnachtsgeschäfts, das fast 30 Prozent des Jahresumsatzes bringt, noch ein ausgeglichenes Jahresendergebnis erwartet. Das Inlandsmarktvolumen von Geräten der Unterhaltungselektronik dürfte in diesem Jahr knapp 15 Mrd. DM erreichen.

Hauptumsatzträger sind, so Karl-Joachim Vockerodt, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rundfunk- und Fernsehgroßhändler (VDRG), nach wie vor Fernsehgeräte, von denen wie im Vorjahr rund 2,6 Mill. Stück verkauft werden dürften. Die Haushaltssättigung liegt derzeit bei 86 Prozent, doch ergeben sich trotz des hohen Ersatzbedarfs von 75 Prozent über zusätzlichen Anwendungsnutzen neue Marktchancen.

Der Videorecordermarkt hat sich nach Meinung von Fach-, Groß- und Einzelhandel wieder gefangen. Der Mengenabsatz von unverändert 1,5 Mill. Geräten wird es 1985 auf eine Haushaltssättigung von 27 Prozent bringen. Jeder dritte Besitzer eines Colorgerätes benutzt demnach also schon einen Videorecorder. Für 1986 rechnen die Verbände mit einem Videorecorderabsatz von 1,55 Mill. Stück.

Mit einem Wertvolumen von 3 Mrd. DM bleibt der HiFi-Markt 1985 ebenfalls stabil. In diesem Jahr werden wohl 280 000 CD-Spieler und 5,5 Mill. CD-Discs verkauft werden. Für das nächste Jahr sieht man die Verkaufszahlen bereits bei 600 000 Geräten.

Handelsschiffahrt in Seenot

Von WILHELM FURLER, London

Die Krise, in der die internationale Handelsschiffahrt seit dem schweren Einbruch am Tankermarkt in der ersten Hälfte der siebziger Jahre steckt, nimmt alarmierende Formen an. Lief bereits im August dieses Jahres eine Schockwelle durch die Schiffahrts- und Bankenwelt, als die größte Tankerreederei der Welt, die japanische Sanko Steamship, unter der Schuldenlast von etwa fünf Milliarden Dollar zusammenbrach, so hat jetzt die Nachricht von den Finanzproblemen einer der angesehensten Reedereien der Welt, der in Hongkong beheimateten C.-H.-Tung-Gruppe, regelrecht Panik ausgelöst. Insgesamt 2,4 Milliarden Dollar betragen die Außenstände des Reedereikonzerns – in erster Linie eine Folge des zu ehrgeizigen Expansionsprogramms von Tung.

Die Probleme des Tung-Konzerns sind deshalb so alarmierend, weil die Aktivitäten praktisch alle Schiffahrtsbereiche rund um die Welt einschließlich des Betriebs eigener Container-Terminals umfassen, und weil sie von einer Vielzahl internationaler Banken finanziert wurden. Für die Finanzinstitute muß die Tatsache, daß selbst ein C. H. Tung fehlbar ist, ein schwerer Schock sein.

Vorgesehen ist ein Restrukturierungsprogramm, wonach die 23 Containerschiffe von Tung in einer neuen Gruppe zusammengefaßt werden. Allerdings haben die rund 70 beteiligten Banken noch keine Einigung darüber erzielt, wie und wann die Zinszahlungen, die von Tung bereits im September eingestellt wurden, wieder aufgenommen werden sollen.

Das Engagement der internationalen Finanzinstitute in der weltweiten Handelsschiffahrt hat mittlerweile beängstigende Ausmaße angenommen. In Londoner Brokerkreisen werden die Außenstände auf insgesamt 70 Milliarden Dollar geschätzt. Etwa 20 Milliarden davon müßten in den nächsten Jahren als uneinbringlich abgeschrieben werden, behauptet die „Financial Times".

Die jüngsten Zusammenbrüche und Schwierigkeiten dürften die Lage für die internationale Schiffahrt noch verschlimmern. Zum einen werden die Schiffe, die etwa aus der Konkursmasse von Sanko übernommen werden, die ohnehin schon geringen Frachtraten weiter drücken. Zum zweiten werden sich die Banken immer striktere Zurückhaltung auferlegen, wenn an sie mit Finanzierungswünschen oder der Bitte um Überbrückungskredite herangetreten wird.

Die wenigsten Reedereien hätten es vor einigen Jahren für möglich gehalten, daß die Frachtraten auch heute noch auf so niedrigem Niveau notieren. Einem Lagebericht des Londoner Schiffbrokers Denholm Coates zufolge können „nur noch Wunder helfen".

So steckt die trockene Massengutfracht in einer Krise wie seit Jahren nicht mehr. Die Frachtraten für den Transport von Getreide liegen auf dem niedrigsten Stand seit mehr als sieben Jahren. Je Tonne werden gegenwärtig nur 8,50 Dollar gezahlt, obwohl sich in letzter Zeit etliche Massengutfrachter in die Ölfahrt abgezogen wurden, weil da ein gewisser Ratenanstieg zu verzeichnen ist – allerdings von einem extrem niedrigen Niveau aus.

Rund 25 Prozent der Welt-Tankerflotte sind heute beschäftigungslos; das sind insgesamt etwa 65 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Und auch die Rate, mit der Massengutfrachter aufgelegt werden, steigt immer rascher. Dies drückt den Markt für gebrauchte Schiffe empfindlich. Bei vielen Schiffsfinanzierungsinstituten sind die Kredite damit nicht mehr ausreichend abgesichert, was die Zurückhaltung der Banken bei der Überbrückung von Schwierigkeiten der Reeder weiter erhöht. Im übrigen gehen die Banken zunehmend dazu über, nicht nur die Schiffswerte, sondern auch Ladungs- und Beschäftigungsaussichten in die Kreditbeurteilung einzubeziehen.

So bleibt nicht aus, daß die Neubauaufträge im Weltschiffbau wieder auf den niedrigsten Stand seit mehr als zweieinhalb Jahren zurückgefallen sind. Den jüngsten Angaben von Lloyd's Register of Shipping zufolge ist der Auftragsbestand Ende September auf 27,5 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT) geschrumpft, nachdem er ein Jahr zuvor noch bei 31,4 Millionen Bruttoregistertonnen gelegen hatte. Am stärksten betroffen sind japanische und südkoreanische Werften, die frühestens für 1988 mit einer Wiederbelebung des Weltschiffbaumarktes rechnen.

AUF EIN WORT



„Die Förderung von Forschung und Entwicklung durch die öffentliche Hand ist besonders dann sinnvoll, wenn sich private Geldgeber aus der Wirtschaft daran beteiligen. Das ist nämlich die beste Garantie dafür, daß etwas gefördert wird, das sinnvoll ist und auch gebraucht wird."

Dr. Albert Probst, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie

FOTO: DIE WELT

Opec-Konferenz ohne Beschlüsse

dpa/VWD, Genf

Die Konferenz der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) ist gestern in Genf ohne eine neue Festlegung der Preise und Förderquoten zu Ende gegangen. Allerdings wurde deutlich, daß die Opec es nötigenfalls auf einen Preiskrieg ankommen lassen will und entschlossen ist, ihren Anteil am Weltmarkt mit allen Mitteln zu verteidigen. Zur Erarbeitung einer entsprechenden Strategie wurde ein Sonderausschuß gebildet, dem Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Irak, Iran, Algerien und Venezuela angehören. Die nächste ordentliche Opec-Konferenz findet am 25. Juni 1986 in Wien statt.

WIRTSCHAFTSLAGE

Produktion und Nachfrage haben weiter zugenommen

DW. Bonn

Produktion und Auftragseingang haben sich in der Bundesrepublik im Oktober weiter erholt. Wie das Bonner Wirtschaftsministerium gestern mitteilte, wuchsen nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sowohl das Produktionsniveau als auch die Ordertätigkeit gegenüber dem Vormonat um zwei Prozent. Besonders kräftig erhöhte sich die Produktion im Bauhauptgewerbe mit sieben Prozent. Im verarbeitenden Gewerbe stieg die Erzeugung um 1,5 Prozent.

In dem nach Meinung des Ministeriums besonders aussagekräftigen Zweimonatsvergleich (September/Oktober gegenüber Juli/August) weist das produzierende Gewerbe aber insgesamt noch ein unverändertes Produktionsniveau aus. Dabei ging die Ausbringung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie bei den Konsumgütern etwas zurück, während es bei Investitionsgütern einen leichten Zuwachs gab.

Nachdem im September und August der Bestelleingang gesunken war, erhöhten sich die Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe im Oktober preis- und saisonbereinigt um zwei Prozent. Dabei nahmen die Order aus dem Inland um zwei und aus dem Ausland um gut 1,5 Prozent zu. Im Zweimonatsvergleich (September/Oktober gegenüber Juli/August) ergibt sich allerdings noch ein Rückgang der Nachfrage um zwei Prozent. Gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten verzeichneten die Statistiker dagegen ein Plus von 4,5 Prozent, wobei die Bestellungen von Investitionsgütern mit plus sechs Prozent am kräftigsten stiegen.

KONJUNKTUR

„Der Aufschwung gewinnt 1986 kräftig an Fahrt"

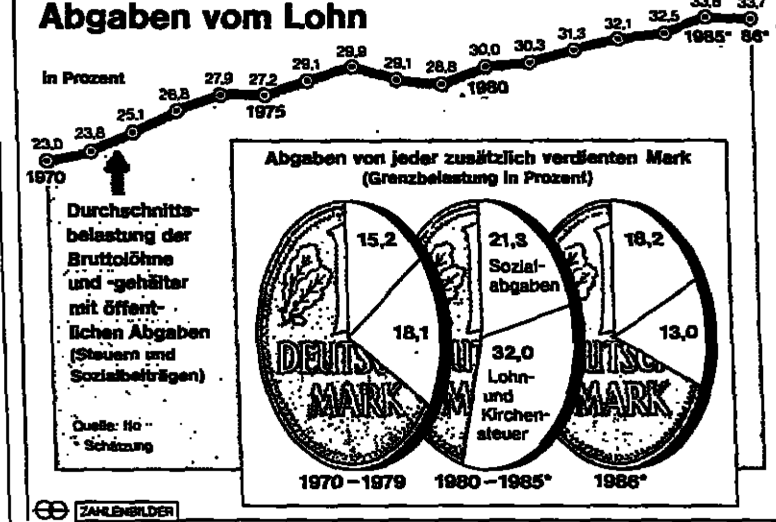
sas. Bonn

Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik wird sich nach Auffassung der Platow-Konjunkturanalytiker im kommenden Jahr deutlich verstärken. Ausgehend von den günstigen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen in diesem Jahr entwickele sich die Konjunktur von einem selbsttragenden zu einem sich selbst verstärkenden Aufschwung, heißt es in der jetzt veröffentlichten Prognose für 1986. Danach erwarten die Frankfurter Konjunkturforscher ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von 3,75 Prozent gegenüber einem realen Zuwachs von voraussichtlich rund 2,5 Prozent 1985.

Den höchsten Beitrag zum Wachstum liefert nach der Prognose der private Verbrauch mit einer realen Zunahme von ebenfalls 3,5 Prozent. Diese werde durch einen erheblichen Nachholbedarf, der sich angestaut habe, auf der Grundlage steigender verfügbarer Einkommen der Privaten genährt. Tragende Säulen des Aufschwungs seien daneben wie bisher die Anlageinvestitionen, die 1986 um sechs Prozent zulegen sollen (Ausrüstungsinvestitionen plus 8,5; Bauinvestitionen plus vier Prozent), sowie der allerdings nach den bisherigen „Rekordsprüngen" nur noch mäßig wachsende Außenbeitrag.

Aktuelle konjunkturelle Risiken sehen die Platow-Analytiker in einer Rezession auf den Rohstoffmärkten und den gravierenden Defiziten von Haushalt und Leistungsbilanz in den USA. Im Inland wird vor allem vor „konjunkturwidrigen" Lohnerhöhungen gewarnt; angesichts eines geschätzten Produktivitätswachstums von 2,5 bis drei Prozent sei das oberste Limit für Lohnzuwächse 1986 bei 4,5 bis fünf Prozent anzusetzen, heißt es in der Prognose.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik finanzieren sich in immer größerem Umfang aus den Abgaben auf Löhne und Gehälter. Auch durch mehrere Steuerreformen wurde die Dynamik dieser Entwicklung jeweils nur vorübergehend gebremst, so daß die Belastung der Arbeitseinkommen ständig zunahm – von 16,3 Prozent im Jahre 1960 auf 23,0 Prozent (1970), 30,0 Prozent (1980) und 33,8 Prozent in diesem Jahr. Auch wenn 1986 die erste Stufe der geplanten zweiphasigen Steuerreform in Kraft tritt, geht die Durchschnittssteuerbelastung nach Schätzungen des Ifo-Instituts nur geringfügig auf 33,7 Prozent zurück.

QUELLE: ZAHLENBILDER

Übernahmepläne dementiert

Bonn (UR.) – In Saarbrücken und Bonn ist die Nachricht, daß fünf deutsche Stahlkonzerne zu jeweils 15 Prozent den luxemburgischen Konzern Arbed Saarstahl übernehmen werden, auf große Überraschung gestoßen. In der Diskussion um die Lösung der Eigentümerfrage bei dem angeschlagenen Montanunternehmen spiele nach wie vor eine Treuhänderlösung, wie sie von der saarländischen Landesregierung vorgeschlagen worden war, die größte Rolle, teilten Staatskanzlei und Bundeswirtschaftsministerium mit. Die Übernahme der Arbed durch Thyssen, Krupp, Klöckner, Salzgitter und Dillinger Hütte, die von dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" gemeldet wurde, sei lediglich ein „Denkmodell", sagte Regierungssprecherin Maria Zimmermann der WELT.

DG Bank-Kapitalerhöhung

Frankfurt (cd.) – Im Zusammenhang mit der Übernahme des Geschäfts der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank AG (BRZ), München, durch die DG Bank wird bei dem Spitzeninstitut der Genossenschaft eine Kapitalerhöhung um 350 Mill. DM nötig; sie soll auf einer außerordentlichen Hauptversammlung noch in diesem Jahr beschlossen werden.

Einheitliches Kaufgesetz

Karlsruhe (VWD) – Das einheitliche Kaufgesetz im internationalen Warenverkehr gilt nach einer Grundsatzentscheidung des VIII. Zivilsenates des Bundesgerichtshofes (BGH) in der Bundesrepublik auch für Kaufverträge zwischen Deutschen und Briten. Mit diesem am Montag veröffentlichten Beschluß ist ein wichtiger Schritt zur Vereinheitlichung des Kaufrechts im internationalen Warenverkehr durch den BGH getan worden. Das einheitliche Kaufrecht ist in der Bundesrepublik seit 1973 in Kraft. (Az.: VIII ZR 17/85)

NRW begibt Anleihe

Bonn (DW.) – Das Land Nordrhein-Westfalen begibt eine Anleihe über 800 Mill. DM, die mit einem Nominalzins von 6,75 Prozent bei einer Laufzeit von zehn Jahren ausgestattet ist. Der Anleihebetrag wird vom NRW-Bankenkonsortium unter Führung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale übernommen und in der Zeit vom 11. bis 16. Dezember den Anlegern börsenumsatzsteuer- und spesenfrei zum Kauf angeboten. Bei der gestern vorgenommenen Anleiheunterzeichnung wurde der Ausgabekurs auf 99,5 Prozent festgelegt, so daß die Rendite für den privaten Anleger 6,82 Prozent beträgt. Die Rückzahlung erfolgt zum Nennwert am 15. 1. 1996.

Kritik des BDI

Köln (DW.) – Das Konzept der Kommission für Insolvenzrecht hat nach Ansicht des BDI nachteilige Konsequenzen. Es darf daher nicht Grundlage einer Insolvenzrechtsreform werden. Darauf weist der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) anläßlich der Übergabe des zweiten Teilberichts der Kommission an den Bundesjustizminister erneut hin. Vor allem die Einschränkung der Sicherungsrechte der Gläubiger beeinträchtige die Kreditversorgung der Wirtschaft. Verbote verschiedener vertraglicher Vereinbarungen und die Einführung neuer Formerfordernisse für Verträge seien der Praxis nicht angepaßt.

Geringerer Öleinsatz

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Stromversorger in der Bundesrepublik haben 1984 Öl vorwiegend nur für Spitzenlastanlagen sowie als Zünd- und Stützfeuerung in Kohle-Kraftwerken genutzt. Wie es in einer gestern in Frankfurt veröffentlichten Mitteilung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke heißt, entfielen auf die Kraftwerke der öffentlichen Versorgung mit 0,9 Mill. Tonnen nur noch 0,8 Prozent des gesamten Ölverbrauchs.

Wochenausweis

	30.11.	23.11.	30.10.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	68,0	64,1	63,4
Kredite an Banken	99,9	95,6	100,4
Wertpapiere	0,	4,1	4,5
Bargeldumlauf	113,4	108,9	110,1
Einl. v. Banken	55,0	41,9	44,9
Einlagen v. öffentl. Haushalten	0,1	9,8	2,2

SCHULDENKRISE

Clausen empfiehlt verstärkte Ausfuhr von Industriegütern

sbt. Washington

Wie sich die Weltbank die wirtschaftliche Stabilisierung in den hochverschuldeten lateinamerikanischen Staaten vorstellt, hat ihr Präsident, A. W. Clausen, in einer Rede in Buenos Aires dargelegt. Danach müssen mit den betroffenen Regierungen, den regionalen Entwicklungsbanken und den Geschäftsbanken detaillierte Programme ausgearbeitet werden, die den individuellen Bedürfnissen einer jeden Volkswirtschaft entsprechen. Als ersten Schritt empfiehlt Clausen die Aufstellung mittelfristiger Zeitpläne, die genaue Wachstumsziele für Exporte, Importe, das Sparvolumen, Investitionen und das Bruttosozialprodukt enthalten.

Um sie zu erreichen, und das ist der zweite Schritt, ist die Festlegung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen erforderlich. Dabei liegt das Schwergewicht auf der Handelspolitik, der Ersparnisbildung und der Investitionsqualität. Laut Clausen müssen die lateinamerikanischen Länder ihre Ausfuhrstruktur ändern. Zu verringern ist die Abhängigkeit von Rohstoffexporten durch die Förderung industrieller Lieferungen ins Ausland. Wegen des starken Preisverfalls sind Rohstoffe als schnelle Devisenbringer heute ungeeignet.

Eine höhere Sparrate setzt, so der Weltbankchef, Korrekturen in der Zins- und Wechselkurspolitik voraus. Beide müssen so angelegt sein, daß sich Geldanlagen zu Hause und die Repatriierung von Fluchtkapital lohnen. Notwendig sind darüber hinaus wirtschaftlichere Investitionen, die auf die gegenwärtigen Bedürfnisse, hauptsächlich die Schaffung von Arbeitsplätzen, zugeschnitten sind.

DIW-JUBILÄUMSFEIER / Narjes fordert energische Schritte zur europäischen Integration

EG-Binnenmarkt bis 1992 vollenden

ot, Berlin

Europa müsse in der wirtschaftlichen Integration zu einem qualitativen Sprung ansetzen, wobei die Grenzkontrollen ersatzlos zu streichen seien. Das forderte gestern EG-Vizepräsident Karl-Heinz Narjes in einem Vortrag zum 60jährigen Bestehen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen lobte die Befruchtung der Berliner Wirtschaftspolitik durch die DIW-Wissenschaftler ebenso wie Staatssekretär Otto Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium, der seine Rede mit der Aufforderung an das DIW schloß: „Weiter so."

Narjes nannte in seinem Vortrag schon einen Zeitpunkt, wann dieser gemeinsame Binnenmarkt in Europa vollendet sein soll: 1992. Er forderte den Mut, auch unterschiedliche Normen in den Mitgliedsländern zu akzeptieren – denn dadurch werde der Wettbewerb gestärkt. Die Herausforderungen der Zukunft in der Technik und die Linderung der Arbeitslosigkeit könne Europa nur schaffen, wenn es zu einer konvergierenden Wirtschaftspolitik kommt. Optimismus dafür hat er sich bewahrt. Denn nach seinen Worten seien bei dem jüngsten Europa-Gipfel in Luxemburg dafür wesentliche Voraussetzungen geschaffen worden.

Den Schlüssel für die Überwindung der Beschäftigungskrise in Europa, die im Kern strukturelle Ursachen habe, sieht Narjes in der dauerhaften Stärkung der privaten Investitionen. Dazu sei es nötig, daß die Staatsfinanzen in den Mitgliedsländern weiter konsolidiert werden, die Lohnpolitik maßvoll bleibt und schließlich die Fesseln der Bürokratisierung gelockert würden.

Schlecht wies darauf hin, daß er im Ausland immer wieder zu hören bekomme, daß die Form der institutionalisierten Politikberatung in Deutschland vorbildlich geregelt sei. Der Wettbewerb der fünf Forschungsinstitute sichere Qualität und Effizienz der Ergebnisse für die Anwendung in der Politik. Unterschiedliche Theorieansätze stören Schlecht überhaupt nicht. Ob einer mehr das linke Auge mit der Nachfrageseite betone oder das rechte Auge mit der Angebotsseite, sei nicht so wichtig. Entscheidender sei, daß der Politiker mit beiden Augen sehe.

DIW-Präsident Hans-Jürgen Krupp hatte in seinen einleitenden Worten gesagt, die Nationalökonomie sei eine junge Wissenschaft, da seien 60 Jahre eine lange Zeit. Beim DIW spiegele sich das als Bild der Erfolge, aber auch der Fehler und Irrtümer. Mit Nachdruck beschwor er den Geist der Freiheit der Wissenschaft, denn nur im Geiste der Freiheit könne das Institut die Aufgabe der Politikberatung wahrnehmen.

Eckart van Hooven wird 60 Jahre




FOTO: JUPP DARCHINGER

Sein 60. Lebensjahr vollendet morgen Dr. Eckart van Hooven, seit 1972 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. *Seit über 25 Jahren ist er Motor* des Privatkundengeschäfts, das nicht nur das Gesicht der Deutschen Bank verändert hat. Van Hooven gilt als Vater des Eurocheque, und mit großer Energie drängt er auf die Fortentwicklung eines europäischen Zahlungsverkehrssystems, das Angriffe Branchenfremder auf die Domäne der Banken im Privatkundengeschäft abschlagen soll. In der Deutschen Bank ist der gebürtige Hamburger, der nach dem Wehrdienst, einem Ausflug in den Journalismus und Jurastudium 1955 bei der Deutschen Bank anfing, für das einträgliche Privatkundengeschäft, Marketing und Werbung sowie die Baufinanzierung verantwortlich, aber auch für die Aktivitäten der Bank in den strukturschwachen Filialbezirken Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Davon, daß er einmal mit 60 aufhören *wollte, ist heute nicht mehr die Rede;* zu seiner Dynamik würde das auch nicht passen.

Strabag: Belebtere Inlandsnachfrage

J. G. Düsseldorf

In „nahezu allen Bereichen" ihres Geschäfts hat die maßgeblich der Neusser Werhahn-Familiengruppe gehörende Strabag-Bau AG, Köln, im dritten Quartal 1985 eine Belebung der Inlandsnachfrage gespürt. Das reichte zwar aus, um in den ersten drei Quartalen in der *Summe* aus neun Prozent mehr Inlandsaufträgen und 21prozentigem Rückgang im Ausland den Konzern-Auftragseingang mit 2,1 Mrd. DM auf Vorjahreshöhe zu halten. Doch ebenso wie in den beiden Vorjahren, in denen die Dividende nur mit Totalausschüttung auf 7 (zuvor 10) DM gehalten werden konnte, beklagte der Vorstand „ruinösen" Wettbewerb im Inland und erwähnt vorsorglich noch nicht klaren Bedarf an Risikovorsorge für einige Auslands-Großbaustellen.

Die Bauleistung des Konzerns stieg bis Ende September 1985 auf 2,3 (2,1) Mrd. DM mit nur noch 1,3 (1,39) Mrd. DM Inlandsanteil. Auch die Erhöhung der Durchschnitts-Belegschaftszahl auf 20 395 (19 400) stammte allein aus dem Auslandsbereich mit nun 11 275 (9810) Beschäftigten. Im Inland sackte die Bauleistung vor allem im Hoch- und Ingenierbau ab; leicht bessere Leistungen erzielten Straßen- und Tiefbau *sowie die* Mischwerke. In dem bis Ende September auf 2,4 Mrd. DM gesunkenen *Auftragsbestand waren* die Aufträge aus dem Inland um zwei Prozent und die aus dem Ausland um 21 niedriger als vor Jahresfrist. Auch im vollen Jahr 1985 plant die Strabag, wie schon 1984, Investitionen nur noch unter der Abschreibungshöhe. Schwer sei es weiterhin, neue Aufträge zu noch auskömmlichen Preisen zu buchen.

Mehler zahlt wieder Dividende

adh. Frankfurt

Erstmals seit zehn Jahren kann die Val. Mehler AG, Fulda, wieder eine Dividende zahlen. Für 1984/85 (30. 6.) werden aus dem Bilanzgewinn von 7,5 (5,2) Mill. DM acht Prozent Dividende gezahlt, wiederum 5 Mill. DM fließen in die freien Rücklagen. Möglich wurde die positive Entwicklung nach langen Jahren der Umstrukturierung vor allem durch die Erfolge im Bereich technische Textilien und technische Konfektion.

Für den Konzern weist Val. Mehler ein Umsatzplus von 15 Prozent auf 410 (356) Mill. DM aus. Davon entfallen gut 252 (212) Mill. DM auf die AG. Dabei hat sich Mehler auf ertragbringende Bereiche konzentriert, das ertragsschwache Geschäft mit Uniformstoffen wurde zurückgefahren.

Daß die Ertragsverbesserung nicht deutlicher ausfiel, ist vor allem Folge der konjunkturellen Schwächen im konsumnahen Bereich (Valmeline mit 10 Prozent Unmsatzsteigerung auf 72 Mill. DM und Fulwiline Mode GmbH). Fulwiline (38 Mill. DM Umsatz) liefert vor allem an Großabnehmer. Im hochmodischen Bereich (Trend-Tex-fashion) erzielte Mehler mit einem um ein Viertel auf 42 Mill. DM gesteigerten Umsatz auch einen guten Ertrag. Mit 12 (10) Mill. DM feilte Val. Mehler weiter an der Verbesserung der Fertigungsstruktur.

INTERFINANZ / Einige US-Unternehmen trennen sich wegen hoher Steuern von ihren deutschen Beteiligungen

Im Handel mit Firmen zögern die Verkäufer

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Im eigenen Haus habe man die günstige Konjunktur daran gespürt, daß die Verkaufswünsche von Firmeninhabern mit verzögernden Bedingungen versehen wurden. „Wenn alle Welt höhere Aufträge und bessere Gewinne erwartet, ist kaum ein Unternehmensverkäufer an einem schnellen Abschluß interessiert." Trotz solchen Handikaps rechnet die Düsseldorfer Unternehmensmaklerfirma Interfinanz GmbH nach Auskunft ihres Gründungs-Seniors Carl Zimmerer damit, daß sie 1985 ihren im Durchschnitt der letzten Jahre bei 5 Mill. DM liegenden Provisionsumsatz überschreiten und besser als 1984 abschließen wird.

Auf der Nachfrageseite hatten es nach Interfinanz-Urteil die Amerikaner 1985 in Erwartung des (dann eingetretenen) Dollarkursabfalls „eilig, auf ausgekämmten Märkten noch die letzten Chancen zu nutzen". Auch hierzulande seien von vielen Firmen erhebliche Bankguthaben angesammelt worden, „die nun in der Epoche sinkender Zinsen in Unternehmensbeteiligungen angelegt werden sollen".

Auf der Angebotsseite hingegen verstärkten sich bei Interfinanz in der zweiten Jahreshälfte die Vorsprachen schweizerischer und US-amerikanischer Unternehmen, die ihre deutschen Beteiligungen aus Rentabilitätsgründen abstoßen wollen. Denn die hohen deutschen Steuern seien nur zum kleineren Teil von den Ausländern in Niedrigsteuerländern absetzbar, „so daß sich eine Rückverlagerung der Produktion ins eigene Land lohnt".

Dieser Trend, schreibt Interfinanz im „Jahresbericht 1985", werde sich wohl noch verstärken, wenn die geplante Senkung der Höchststeuersätze in den USA Wirklichkeit wird. Jedenfalls habe man von der Abkühlung der US-Konjunktur noch nichts gemerkt. Die US-Unternehmer seien „nach wie vor die optimistischsten der Welt".

Einige Heimatmärkte des Firmenhandels sind laut Interfinanz in den letzten Jahren „völlig umgeschlagen". Herrschte beispielsweise vor fünf Jahren noch ein Überangebot an kunststoffverarbeitenden Firmen, so seien da große Einheiten heute gesucht. Standen vor drei Jahren noch Nachfragen nach Produktionsbetrieben für Freizeitartikel „zuoberst auf unserer Suchliste", so herrsche heute da Überangebot.

Die meisten Verkaufsangebote bekam Interfinanz 1985 aus dem Bereich der Bauwirtschaft (17 Fälle), ferner von Maschinenbauunternehmen (14) sowie Elektro- und Elektronikunternehmen (69). In letzterem Fall gebe es auch bereits Unternehmer des High-Tech-Bereichs, „die Kasse machen wollen". Als schwer verkäuflich erwiesen sich Bauunternehmen, Bauträgerfirmen und Unternehmen des Ausbaugewerbes bis hin zu Möbel- und Einrichtungshäusern.

Die meisten Kaufgesuche registrierte die Maklerfirma für Produktionsbetriebe von Pharmazeutika, Kosmetika und Spezialchemikalien (38 Fälle), ferner für Dienstleistungsbetriebe (23) und Banken (19). Die Nachfragesituation bestätige klar das vielzitierte Süd-Nord-Gefälle: Der südlichere Teil Deutschlands sei für Kapitalanleger derzeit das interessantere Terrain.

Bei verkaufswilligen Unternehmern entdeckt Interfinanz auch ein neues Motiv: Weil Mittelständlern die Vermarktung der Innovation nicht zuletzt durch bürokratische Hemmnisse zu lang und teuer wurde, habe man eine Reihe solcher Firmen an ausländische Konzerne verkaufen können, die den nötigen langen Atem haben.

BAYERISCHE VEREINSBANK / „Gutes" Ergebnis

Höhere Dividende fast sicher

DANKWARD SEITZ, München

Schon jetzt können sich die Aktionäre der Bayerischen Vereinsbank AG, München, so gut wie sicher sein, für 1985 eine höhere Dividende zu bekommen. Ob es 12 DM nach 11 DM sein werden, darauf wollte sich Vorstandssprecher Maximilian Hackl zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht äußern, jedoch räumte er ein, daß „ein gewisser Denkprozeß sicherlich in den nächsten Wochen einsetzen wird". Zumal für 1985, wie es im jüngsten Zwischenbericht heißt, „ein insgesamt gutes Jahresergebnis" erwartet wird. Bemerkenswert ist dabei, daß von dem Institut in der Vergangenheit noch nie die Bewertung „gut" verwendet worden ist.

Auf jeden Fall brachten die ersten zehn Monate der Vereinsbank eine deutliche Ertragsverbesserung. So erhöhte sich das Teilbetriebsergebnis gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 13 Prozent auf 500,8 Mill. DM. Das Betriebsergebnis verbesserte sich nach Angaben von Hackl sogar um „mehr als 25 Prozent". Und in einem „nicht unerheblichen Ausmaß" werde *man auch wieder dafür Sorge* tragen können, daß alle in- und ausländischen Kreditrisiken gedeckt sind.

Verstärkt fortgesetzt hat sich dabei die positive Ertragsentwicklung im dritten Quartal 1985. Per Ende Oktober erzielte die Bank einen Zinsüberschuß von fast 1,1 Mrd. DM und damit ein Plus von 6,4 Prozent – im reinen Bankgeschäft ergab sich ein Plus von 3,7 Prozent. Die Zinsspanne gab Hackl mit 2,7 (1984: 2,75) Prozent an. Beachtlich gesteigert werden konnte der Provisionsüberschuß, und zwar um 20,5 Prozent auf 254,4 Mill. DM. Einen besonderen Anteil hieran hatte das Effektenkommissionsgeschäft, dessen Ergebnis bereits jetzt den gesamten Vorjahreswert übertrifft. Um 5,8 Prozent auf 872,5 Mill. DM nahm der Verwaltungsaufwand zu.

Die Bilanzsumme der Bank erhöhte sich gegenüber Ende 1984 um knapp fünf Prozent auf 76,1 Mrd. DM (Konzern: plus fünf Prozent auf 130,3 Mrd. DM). Die Kundenforderungen wuchsen dabei nur um 0,1 Prozent auf 23,1 Mrd. DM, während Darlehen über 4,4 Mrd. DM (plus 23,5 Prozent) im Hypothekenbankgeschäft zugesagt werden konnten. Auf Kommunaldarlehen entfielen davon 2,4 Mrd. DM (plus 23,5 Prozent).

Auf der Passivseite erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber *Kunden um 2,7 Prozent* auf 25,4 Mrd. DM. Die Spareinlagen stiegen dabei um drei Prozent auf 7,1 Mrd. DM. Zur *Refinanzierung des Hypothekengeschäfts* wurden Schuldscheine über 6,1 Mrd. DM abgesetzt und Darlehen über *0,7 Mrd. DM* aufgenommen.

ETIENNE AIGNER / Reduzierung der Formen- und Farbenvielfalt eingeleitet

Vorstand verordnet eine Entschlackungskur

DANKWARD SEITZ, München

Mit einer umfassenden „Entschlakkungskur, *ohne zu schrumpfen*", hofft Vorstandsvorsitzender Wilhelm R. Müller die Etienne Aigner AG, München, schon in den nächsten Wochen wieder so in Form bringen zu können, daß im Jahr 1986 wieder eine positive Entwicklung verzeichnet werden kann. Wesentlicher Schwerpunkt des umfassenden Maßnahmenkatalogs („ein Kraftakt"), den er seit seinem Einstieg Anfang Oktober 1985 dem Unternehmen verordnet hat, ist eine Bereinigung der „teilweise ausgeuferten Kollektion" und Konzentration auf qualitative Wachstumsfelder. Nach Müller bedeutet dies nicht einen Ausstieg aus den bis*herigen Bereichen Fashion, Leder* oder Kosmetik, sondern eine Reduzierung der Formen- und Farbenvielfalt, *ohne jedoch Abstriche an der* exklusiven Stellung der Marke Aigner machen zu müssen. Erreicht werden soll damit ein Abbau der Fixkosten sowie eine Reduzierung der Materialkosten und Altbestände. Bei einem Gruppenumsatz von *185* Millionen DM dürfte dann, so seine Hoffnung, Aigner wieder zu seiner alten Ertragskraft zurückfinden.

Für das Jahr 1985 jedenfalls wird *man nach den heute vorliegenden* Zahlen nur ein Ergebnis „zwischen einem leichten Verlust und einem bescheidenen Überschuß" erzielen können. Wobei Müller noch davon ausgeht, daß wenigstens etwas für die Kleinaktionäre übrigbleiben wird. Der Hauptaktionär, die zur Rauball-Gruppe gehörende Iona, ist mit 55 bis 60 Prozent am Grundkapital von 12 Mill. DM beteiligt, hat bereits signalisiert, unter dieser Voraussetzung auf eine Ausschüttung zu verzichten. Für 1984 hatte Aigner 9 (7,50) DM Dividende gezahlt.

In den ersten zehn Monaten 1985 mußte Aigner einen Umsatzrückgang *um rund 12,5 Prozent auf 125,4 Mill.* DM hinnehmen. Davon entfielen auf die Bereiche Fashion 38 (47) Mill. DM, Leder 57 (68) Mill. DM sowie Kosmetik 23,0 (23,9) Mill. DM. Zum einen ist dies, wie Müller erläuterte, auf die stagnierende bis sinkende Nachfrage in wesentlichen Marktsegmenten der Gruppe zurückzuführen. Entscheidendere negative Folgen hatten aber „hausgemachte Probleme". So führte ein Totalausfall der EDV zu einer außerordentlichen Beeinträchtigung („das hat uns sehr weh getan") der Lieferfähigkeit bei Fashion sowie Leder und, damit verbunden, des Nachordergeschäfts. Dies sei für 1985 nicht mehr aufzuholen gewesen. Für das kommende Jahr zeichne sich aber inzwischen ein „deutlich steigender *Auftragseingang" (plus 12 Prozent)* ab.

Veränderungen stehen, wie Müller mitteilen konnte, zum Jahreswechsel im Aufsichtsrat bei Aigner an. Ihre *Mandate niederlegen werden* Heinrich Kiehl und Heinz D. Müller. Für sie sollen in das Gremium der Watten*scheider Bekleidungshersteller* Klaus Steilmann und der Stolberger Unternehmer Ernst Friedlaender kommen. Müller dementierte Vermutungen, daß sich Steilmann an Aigner beteiligen werde.

Dornier macht Eureka-Vorschläge

AP, Friedrichshafen

Das deutsche Luft- und Raumfahrtunternehmen Dornier hat konkrete Vorschläge zur Beteiligung an dem europäischen Hochtechnologie-Forschungsprogramm Eureka unterbreitet. Gemeinsam mit dem französischen Unternehmen Matra, der spanischen CASA-Gesellschaft und der Schweizer Firma CSEM ist nach Angaben von Dornier die Entwicklung von Robotern der dritten Generation *geplant, die sich durch „eigenständige Intelligenz"* auszeichneten.

Außerdem will Dornier im Rahmen von Eureka ein neues Verfahren zur zerstörungsfreien Werkstoffprüfung entwickeln, am Bau eines Freie-Elektronen-Lasers mitarbeiten und gemeinsam mit einem italienischen *Luft- und Raumfahrtkonzern* bereits begonnene Arbeiten für ein amphibisches Flugzeug der 20-Tonnen-Klasse fortsetzen. Dornier hat die Projekte inzwischen dem Bundesforschungsministerium vorgelegt, das zur Förderung entsprechender Vorhaben im Haushalt 1986 einen Betrag von 40 Mill. DM bereitgestellt hat.

SCHWÄBISCHE HÜTTENWERKE / Zuwachs im Inland

Kapitalerhöhung geplant

nl, Stuttgart

Die SHW-GmbH (Schwäbische Hüttenwerke), Aalen-Wasseralfingen, namhafter Hersteller von Gußteilen, Hartgußwalzen, Brückenlager, Blankstähle, Pumpen und wichtigen Zulieferteilen für die Autoindustrie, steht nach erfolgreicher Konsolidierungsarbeit vor – nach eigenen Angaben – *„größeren Vorhaben"*. Näher wird dies von der Verwaltung noch nicht erläutert. Auf jeden Fall werde die am 7. Januar 1986 stattfindende Gesellschafterversammlung dieses jeweils zur Hälfte im Besitz der GHH und des Landes Baden-Württemberg befindlichen Unternehmens eine „beträchtliche" Kapitalerhöhung beschließen.

Der Jahresüberschuß der SHW war im Berichtsjahr 1984/85 (30. 6.) auf 4,1 (2,6) Mill. DM angestiegen und ermöglicht einschließlich Vortrag die Ausschüttung einer von acht auf zehn Prozent erhöhten Dividende auf 20 Mill. DM Stammkapital. Weitere 2 Mill. DM Ausschüttung sollen im Zuge einer Kapitalerhöhung wieder zurückfließen. Die Kapitalaufstokkung insgesamt soll jedoch „ein Vielfaches" betragen.

Für das laufende Geschäftsjahr 1985/86 sind die Perspektiven günstig. Der Auftragseingang lag in den ersten drei Monaten mit 98 Mill. DM um *gut* zehn Prozent über der vergleichbaren Vorjahreszeit. Der Zuwachs verlagerte sich auf das Inland. *Wesentliche Steigerungen betrafen* Werkzeugmaschinen, Gußformteile, Hartgußwalzen und Hydraulikpumpen. *Die SHW, die über 2000 Beschäftigte* zählt, rechnet auch weiterhin mit guter Beschäftigung.

Im Geschäftsjahr 1984/85 war der Umsatz der SHW um 22 Prozent auf 333 Mill. DM angestiegen. Besondere Dynamik entfaltete das Auslandsgeschäft, das um fast 38 Prozent zunahm. Der Exportanteil liegt nun bei rund einem Viertel. Daß man die Kosten besser in den Griff bekam, unterstreicht neben dem kräftig erhöhten Jahresüberschuß auch die Tatsache, daß erhebliche Rückstellungen vorgenommen werden konnten. Investiert wurde mit 17,5 Mill. DM mehr als das Doppelte des Vorjahres.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Beteiligungssuche

Berlin (dpa/VWD) – Auf Beteiligungssuche im Bankenbereich ist die Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich. Wie das Bundeskartellamt in *Berlin gestern bestätigte, ist bei der* Wettbewerbsbehörde eine entsprechende Anmeldung eingegangen. Allerdings enthalte diese noch keinen Namen. Die konkreten Einzelheiten, um welche Bank es sich handelt, würden noch nachgereicht.

ZF optimistisch

Friedrichshafen (dpa/VWD) – Mit großem Optimismus blickt die Zahnradfabrik *Friedrichshafen AG (ZF) in* die Zukunft. Nachdem innerhalb von drei Jahren in Friedrichshafen rund 1000 Arbeitsplätze abgebaut wurden, gab es 1985 wieder Neueinstellungen. Der Konzernumsatz stieg auf rund 4 Mrd. DM. Für 1986 erwartet ZF-Vorstandschef Friedrich Baur eine eher noch verbesserte Situation. In den kommenden fünf Jahren will ZF 1,5 Mrd. DM im Konzern investieren.

Kräftige Umsatzsteigerung

Heidenheim (dpa/VWD) – Über eine positive Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 1984/85 (30.9) berichtet das Maschinenbauunternehmen J.M. Voith GmbH, Heidenheim. In einem ersten Überblick heißt es, die Berichtszeit sei stark geprägt gewesen durch den sehr guten Verlauf in der Sparte Papiermaschinen und die erfreuliche Aufwärtsentwicklung in der Antriebstechnik. Der Konzern-Umsatz habe weltweit mit knapp 1,6 Mrd. DM um 37 Prozent über dem Vorjahr *gelegen. Neu im Konzernverbund sei* jedoch das Crailsheimer Voith-Unternehmen. Der Auftragseingang habe um *13 Prozent auf über 1,6 Mrd.* DM zugenommen. Der derzeitige Auftragsbestand sichere eine Auslastung bis Mitte 1986.

Datenbank-Service

Frankfurt (cd.) – Informationen aus Technik, Wirtschaft und Wissenschaft, die weltweit in mehr als 500 themenspezifisch orientierten Datenbanken gesammelt werden, bietet die Deutsche Bank jetzt mit ihrem Datenbank-Service „db-data" an. Diese Dienstleistung ist besonders für mittelständische Unternehmen konzipiert. Die Preise für einzelne Daten*bank-Recherchen sind abhängig* vom Umfang der Recherche sowie von Art, Aufbau und Anzahl der einbezogenen Datenbanken.

Weiteres Wachstum

Wilhelmshaven (dos) – Die zur schottischen Dawson-Gruppe gehörende Kammgarnspinnerei Wilhelmshaven AG (KSW) rechnet auch für das Geschäftsjahr 1985/86 (31. 3.) mit einer günstigen Geschäftsentwicklung. KSW-Vorstandschef Wolfgang Inderhees erklärte auf der HV, dies gelte allerdings mehr für den Absatz. Der Umsatz, der 1984/85 um elf Prozent auf 117 Mill. DM gestiegen war, dürfte geringer wachsen. Die Produktion sei derzeit voll ausgelastet. Für 1984/85 weist die KSW einen Jahresüberschuß von nahezu unverändert 2,27 Mill. DM aus. Die HV stimmte einer Dividende von unverändert acht Pro*zent zu. Der freien Rücklage* werden 1,05 (1,1) Mill. DM zugewiesen. Sie stehen nunmehr mit 8,3 Mill. DM zu Buche. Das Grundkapital beträgt 15 Mill. DM. KSW investierte im Berichtsjahr 2,87 Mill. DM; die Abschreibungen erreichten 3,57 Mill. DM.

Dividende sicher

Hannover (dos) – Die Nordcement AG, Hannover, wird für 1985 trotz weiter verschlechterter Bedingungen ein „dividendenfähiges Ergebnis ausweisen". Diese Aussage trifft der Vorstand im jüngsten Zwischenbericht. Zur Dividendenhöhe (1984: 6 DM plus 1,50 DM Bonus) werden keine Angaben gemacht. In den ersten zehn Monaten 1985 verringerte sich der Ze*mentabsatz im Inland nur* um 4,2 Prozent. Der Export allerdings ging drastisch um 80 Prozent zurück, so daß der gesamte Absatz ein Minus von 7,7 Prozent ausweist. Parallel dazu verringerte sich der Umsatz um 7,9 Prozent auf 86 (93) Mill. DM.

DAT erfolgreich

Stuttgart (nl) – Für die Deutsche Automobil Treuhand GmbH (DAT), Stuttgart, wird nach eigenen Angaben das Jahr 1985 das beste in der mehr als 50jährigen Geschichte des Unternehmens. Der Umsatz dürfte in diesem Jahr um 5 Prozent auf 14,8 Mill. DM ansteigen. Auch sei mit einem positiven Betriebsergebnis zu rechnen. Die Tätigkeit der DAT erstreckt sich vor allem auf die Bereiche Unfallschaden- und Fahrzeugbewertung sowie die Zusammenarbeit mit Kfz-Sachverständigen.

Solider Aufschwung hält weiter an

cd. Wien

„Wer Geldwertstabilität schafft, *der schafft auch die besten* Wachstumsraten." Diese Chance sieht Prof. Harald Jürgensen von der Uni Hamburg für die zweite *Hälfte* der 80er Jahre in der Bundesrepublik; damit seien zugleich die besten Voraussetzungen für eine günstige Wirtschaftsentwicklung im nächsten Jahrzehnt gegeben. Dabei geht Jürgensen von der Prämisse aus, daß die Kapazitäten gut ausgelastet, aber nicht überstrapaziert werden, so daß die Bundesbank nicht wie in früheren Wachstumszyklen restriktiv gegensteuern *muß. Für die Solidität des Auf*schwungs sorge nicht zuletzt der hohe Realzins, der die Unternehmen zu einer scharfen Selektion bei ihren Investitionsvorhaben zwinge.

Die private Nachfrage als Motor der Konjunktur werde zunehmend durch die steigenden Vermögensein*kommen gespeist, die zum Ende* dieses Jahrzehnts bereits allein ausreichen würden, eine Sparquote von zwölf Prozent zu finanzieren, sagte Jürgensen auf einer Veranstaltung der Union-Investment GmbH anläßlich des zehnten Jahrestages der Börseneinführung des Unifonds in Wien. Die Wirtschaftsaussichten, die bis zum Ende der 80er Jahre so günstig seien wie seit den „golden sixties" nicht mehr, müßten sich auch in entsprechenden Börsenchancen widerspiegeln. Der Aktienmarkt sei von dem Strukturwandel der Wirtschaft, der den längsten Aufschwung in der Nachkriegszeit ermögliche, überhaupt noch nicht erfaßt worden.

ZUCKERWIRTSCHAFT / Rekord bei der Rübenernte

Die Preise bereiten Sorge

dos. Hannover

Nur bedingt zufrieden ist die Zukkerwirtschaft in Nordwestdeutschland mit der Entwicklung im laufenden Wirtschaftsjahr (30. 6.). Helmut Rose, Vorsitzender des Marktverbandes Rübenbau und Zuckerwirtschaft, weist zwar darauf hin, daß die Rübenanbauer in Niedersachsen in der jetzt zu Ende gehenden Kampagne mit einer Rekordernte rechnen können. Die immer noch zu niedrigen Weltmarktpreise für Zucker trübten aber dieses Ergebnis empfindlich.

Nach den Worten Roses werden rund 7,3 (7) Mill. Tonnen Zuckerrüben geerntet, obwohl die Anbaufläche weiter um 30 000 Hektar auf rund 150 000 Hektar reduziert wurde. Der Zuckergehalt verbesserte sich gleichzeitig auf 17 (16,3) Prozent. Von der Gesamtmenge müssen voraussichtlich 1,2 Mill. Tonnen als sogenannte C-Rüben verkauft werden. Weil eine Änderung des niedrigen Preisniveaus für Zucker auf dem Weltmarkt nicht in Sicht sei, empfehle der Marktverband den Rübenbauern, auch 1986 auf den Anbau von C-Rüben zu verzichten.

Zu begrüßen seien die Vorschläge *der EG-Kommission, die* Produktionsquoten bei Zucker und die Produktionsabgaben nicht zu verändern und statt dessen das Defizit auf dem Zucker-Konto der EG durch eine fünf Jahre dauernde Sonderproduktionsabgabe auszugleichen. Auf Dauer könne die Zuckerproduktion in Nordwestdeutschland nur aufrecht erhalten werden, wenn es gelinge, Zucker in den Kreislauf der Bio-Rohstoffe einzureihen.

Hans Schuur, Vorsitzender des Vereins der Zuckerindustrie in Nordwestdeutschland, rechnet aus der laufenden Kampagne mit der Erzeugung von wiederum 1,15 Mill. Tonnen Zukker. Etwa 215 000 Tonnen Zucker davon werden auf dem freien Markt verkauft. Die Fabriken erhielten dafür einen Preis von rund 35 DM je 100 Kilogramm. Derzeit sind in der nordwestdeutschen Zuckerindustrie noch 13 (i. V. 15) Unternehmen mit 25 (26) Fabriken tätig. Schuur geht davon aus, daß in den nächsten zwei Jahren vier weitere Fabriken mit einer Verarbeitungskapazität von 12 000 Tonnen Rüben täglich stillgelegt werden.

MALLINCKRODT / Pharma-Unternehmen will mit Labordiagnostika die führende Rolle zurückgewinnen

Mit neuem Management Trendwende eingeläutet

JOACHIM WEBER, Dietzenbach

Fritz Schedlmayer, Geschäftsführer der Mallinckrodt Diagnostica (Germany) GmbH, Dietzenbach, hat sich ein Ziel gesetzt, das auf den ersten Blick gar nicht so ehrgeizig anmutet: „Wir wollen mit unseren Labordiagnostika die führende Rolle zurückgewinnen, die wir Anfang der siebziger Jahre hatten." Das freilich wird leichter gesagt als getan sein.

Zwar schreckt es den gebürtigen Österreicher nicht so sehr, daß inzwischen fast alle großen Pharmaunternehmen den Diagnostika-Markt als Wachstum und Ertrag versprechendes Aktionsfeld entdeckt haben: „Wir legen uns nicht mit den Großen an – wir bleiben bei den Spezialitäten", überwiegend Radiodiagnostika mit Einsatzgebieten wie Schilddrüsen- oder Tumordiagnose.

Doch die deutsche GmbH, Tochter der Mallinckrodt Chemical Works Inc., St. Louis, steht als Beispiel dafür, daß auch bei Unternehmens-Scheidungen Leidtragende zunächst die „Kinder" sind. 1967 hatten sich die damals gerade 100jährige Mallinckrodt und Byk Gulden, die Tochter der Quandt-Holding Altana, zusammengetan, um die Byk Mallinckrodt Chemische Produkte GmbH als Joint Venture zu gründen.

Mallinckrodt, 1867 von einer deutschen Familie in St. Louis gegründet, hatte sich schon früh einen Namen als Hersteller hochreiner Stoffe gemacht. Über die großindustrielle Produktion von hochreinem Uranoxid fand das Unternehmen schließlich zu einer Pionierrolle in der Radiopharmazie. Aber bis heute bestimmen auch andere Spezialitäten „vom Zusatzstoff für den mattseidenen Schimmer im Nagellack bis hin zum Lackadditiv für die Witterungsbeständigkeit" das Geschäft des 5000-Mitarbeiter-Konzerns.

Der deutsche Ableger, anfänglich reine Vertriebsgesellschaft, entwickelte rasch Eigenleben. 1983 waren aber amerikanische und deutsche Vorstellungen nicht mehr unter einen Hut zu bringen, um so weniger, als wachsende Umsätze – die 1983 auf schätzungsweise 120 Mill. DM zugingen – bei beiden Elternteilen den Wunsch erzeugt haben dürften, jeweils allein über die schöne Tochter zu gebieten.

Den eigentlichen Anstoß zur Trennung gab schließlich Mallinckrodts neuer Mehrheitsaktionär Avon Products, 1982 ins Haus geholt. Die Trennungsverhandlungen mit Byk Gulden zogen sich noch eine Weile hin. Doch seit Anfang 1984 gehört der Bereich der chemischen Spezialitäten dem deutschen Partner, während die etwa gleich große Radiopharmazie voll bei Mallinckrodt liegt.

Der Schnitt blieb nicht ohne Folgen. Die Mitarbeiter waren verunsichert und suchten neue Orientierung, und „die Arbeit an den neuen Strukturen dauerte eineinhalb Jahre". Der Markt reagierte prompt: Der Umsatz der „neuen" Diagnostika-Firma lag 1984 nur noch bei etwa zwei Dritteln des Volumens, auf das der Bereich vor der Trennung geschätzt wurde.

Inzwischen allerdings hat Schedlmayer, vom österreichischen Mallinckrodt-Ableger nach Dietzenbach geholt, sich ein völlig neues Management aufgebaut. Und auch die Strukturen zeichnen sich wieder klarer ab. Zur neuen Innenorganisation trat eine ebenfalls neue Aufgabenteilung innerhalb des Konzerns. Die deutsche Tochter trägt die Marketing-Verantwortung für die Labordiagnostik auf allen Märkten außerhalb der USA und Japans; ihre holländische Schwester hat die gleiche Funktion im Bereich der Humandiagnostik.

Mit den neuen Köpfen und neuen Funktionen soll es nun wieder bergauf gehen. Für 1985 peilt Schedlmayer 41 Mill. DM Umsatz an, 1986 sollen es 45 Mill. DM werden. Zwei Drittel der Umsätze entfallen auf den Export. Die Ertragskraft hatte nach vierjähriger Talfahrt 1984 mit drei Prozent Umsatzrendite vor Steuern recht mager ausgesehen. Mallinckrodt insgesamt erwirtschaftete bei 540 Mill. Dollar Umsatz einen Gewinn vor Steuern von 84 Mill. Dollar, also fast 16 Prozent. Doch auch in Deutschland ist die Trendwende bereits eingeläutet. Für 1987 steht schon wieder eine Brutto-Umsatzrendite von zehn Prozent auf dem Plan.

ORIENTTEPPICHE / „Feld nicht den Gauklern überlassen"

Gegen unseriöse Praktiken

nl. Stuttgart

*Für den seriösen Orientteppich*handel ist die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs zur kaufmän*nischen Notwendigkeit geworden.* Diese Auffassung vertritt Lis Plaggemars, geschäftsführende Gesellschafterin des renommierten Stuttgarter Orientteppich-Hauses Dr. W. Bronnold & Co., die darauf verweist, daß Zurückhaltung zwar vornehm sei, in diesem Falle aber sicherlich nicht angebracht, „wenn man das Feld nicht gänzlich den Gauklern und Hasardeuren überlassen will".

Sie fordert ihre Fachhandelskollegen dazu auf, gegen jene vielfältigen Praktiken des unlauteren Wettbewerbs zu kämpfen. Besonderes Augenmerk sei auf die verschiedenartigen Pfandleihversteigerungen zu werfen, da diese in letzter Zeit auf unreelle Art die stärkste Konkurrenz für den korrekten Handel seien. Man schätzt den Umsatz bei Versteigerungen in diesem Bereich in der Bundesrepublik auf etwa 50 Mill. DM jährlich.

Gerade in der letzten Zeit hätten sich überdies die Totalausverkäufe und Räumungsverkäufe, *hinter denen Lis Plaggemars in der großen* Mehrzahl vorgetäuschte Anlässe ver*mutet, stark ausgebreitet.* Gleichwohl sei festzustellen, daß aufgrund der schwierigen Marktverfassung immer *mehr als seriös bekannte* und alteingesessene deutsche Orientteppichhändler ausstiegen.

Für das laufende Jahr sei mit einem Rückgang der Importe von handgeknüpften Teppichen um bis zu 16 Prozent (mengenmäßig) zu rechnen. Damit wäre man wieder auf dem Importniveau von 1976. Der Einzelhandelsumsatz bei Orientteppichen werde sich um über 10 Prozent ermäßigen. Da diese Schrumpfung auch schon im vergangenen Jahr in gleicher Größenordnung eintrat, werde für Firmen mit wenig Eigenkapital „die Luft dünn". Große Händler und auch Kaufhäuser erwarteten für 1985 sogar Umsatzeinbrüche von 20 Prozent und mehr. Ganz generell sei festzuhalten, daß die Wachstumschancen im Orientteppichhandel für die nächste Zeit als gering anzusehen seien.



Mitten in London, dem größten internationalen Bankenzentrum, steht das National Westminster-Hochhaus. Beeindruckend spiegelt es unsere Stärke als eine der größten und ertragsstärksten Banken der Welt wider.

Unsere Bilanzsumme beträgt mehr als DM 260 Mrd., und unser Kreditvolumen übersteigt DM 200 Mrd. Wir unterhalten 3200 Filialen in Großbritannien und sind an allen wichtigen Finanzplätzen durch Niederlassungen und Tochtergesellschaften* vertreten.

Diese überragende finanzielle Stellung kann nur eine Bank einnehmen, die ihren Kunden jederzeit ein Höchstmaß an Know-how und Initiative bietet.

Wir sind wie kaum eine andere Bank in der Lage, für Sie wichtige Aufgaben zu übernehmen und richtige Entscheidungen zu treffen.

National Westminster
The Action Bank

Kennzahlen 31. 12. 1984

	£ Mio	DM Mio
Eigenmittel	2.649	9.695
Einlagen	65.515	239.785
Ausleihungen	55.391	202.731
Bilanzsumme	71.517	261.752
Gewinn vor Steuern	671	2.456

Umrechnungskurs per 31. Dezember 1984

* IN DEUTSCHLAND VERTRETEN DURCH DEUTSCHE WESTMINSTER BANK AG
ZENTRALE: MAINZER LANDSTRASSE 49, 6000 FRANKFURT AM MAIN 1, TELEFON: (0 69) 25 54 - 0, TELEX: 416 500 DWB F · NIEDERLASSUNGEN: FRANKFURT, DÜSSELDORF, HAMBURG, MÜNCHEN

URTEILE

Unberechtigte Abmahnung

Unberechtigte Vorwürfe des Arbeitgebers braucht sich ein Arbeitnehmer nicht gefallen zu lassen. Er hat nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (5 AZR 101/84 vom 27. 11. 1985) auch das Recht, vom Arbeitgeber die Entfernung einer unberechtigten „Abmahnung" aus der Personalakte zu fordern. Im konkreten Fall war einem Angestellten vom Arbeitgeber vorgeworfen worden, gegen seine Pflichten zur Vertraulichkeit und Diskretion verstoßen zu haben. Der Angestellte bestritt die Berechtigung dieser Vorwürfe und forderte vom Arbeitgeber, einen entsprechenden Vermerk in seiner Personalakte zu löschen.

Bewerbungsunterlagen

Der Betriebsrat kann nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgericht bei Neueinstellungen verlangen, daß ihm die Bewerbungsunterlagen bis zu einer Woche überlassen werden, damit er sein Mitbestimmungsrecht ordnungsgemäß ausüben kann. Der Arbeitgeber darf sich nicht darauf beschränken, dem Betriebsrat lediglich im Lohnbüro Einsicht in die Bewerbungsunterlagen zu gewähren. (Az: 1 ABR 72/83).

Zweifel am Arbeitswillen

Ein Lohnfortzahlungsanspruch besteht nach einer Entscheidung des Fünften Senats des Bundesarbeitsgerichts (5 AZR 229/83 vom 20. 3. 1985) nur dann, wenn die krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit die alleinige Ursache für den Ausfall der Arbeitsleistung bildet. Hat ein Arbeitnehmer längere Zeit „gebummelt" und ist er dann arbeitsunfähig krank geworden, muß er erforderlichenfalls beweisen, daß er während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit arbeitswillig war.

Rentenzahlung abgelehnt

Wer sich nach Einnahme von Medikamenten, die auf das zentrale Nervensystem wirken, ans Steuer setzt und verunglückt, riskiert den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Das Bundessozialgericht hat den Antrag einer Frau auf Zahlung von Witwenrente abgelehnt, deren Mann tödlich verunglückt war, nachdem er durch die Einnahme von Medikamenten fahruntüchtig geworden war. (Az: 2 RU 75/84 vom 27. 11. 1985)

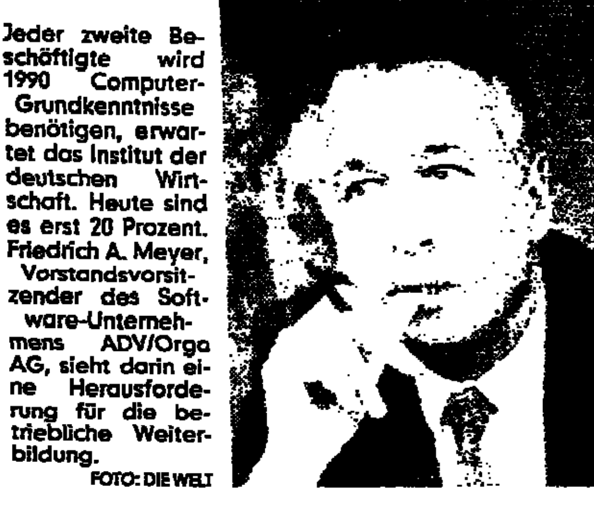
COMPUTER / ADV/Orga-Chef Meyer: Die Informatik-Absolventen sind unzureichend auf die Praxis vorbereitet

Unis brauchen die Hilfe der Wirtschaft

HEINZ STÜWE, Bonn

„In Japan gibt es ein nationales Bewußtsein für technischen Fortschritt. Wir dagegen reden viel von den Pionieren des vorigen Jahrhunderts, von Daimler, von den Vätern der Eisenbahn, heute aber leisten wir uns oft genug eine Technologie-Unfreundlichkeit, die es schwierig macht, die technologische Herausforderung zu bestehen." Friedrich A. Meyer, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater (BDU), fällt es nicht schwer, für den technischen Fortschritt zu werben. „Arbeitsplätze gehen zu 80 Prozent in produktivitätsschwachen Unternehmen verloren. In technologie-intensiven Branchen ist die Beschäftigungsentwicklung positiv," betont er.

Grafik: COMPUTER-WISSEN – 50 %, 40, 30, 20, 10, 0 – Grundkenntnisse – gut bis sehr gut – Spezialisten – 1984 – 1990 – DIE WELT



Jeder zweite Beschäftigte wird 1990 Computer-Grundkenntnisse benötigen, erwartet das Institut der deutschen Wirtschaft. Heute sind es erst 20 Prozent. Friedrich A. Meyer, Vorstandsvorsitzender des Software-Unternehmens ADV/Orga AG, sieht darin eine Herausforderung für die betriebliche Weiterbildung. FOTO: DIE WELT

Ist diese volkswirtschaftliche Sicht für den einzelnen Mitarbeiter oft nicht nachvollziehbar, so sieht er doch, was sich an seinem Arbeitsplatz ändert. Der Personal Computer ermöglicht es einem Sachbearbeiter, einen Vorgang von Anfang bis zum Ende selbst zu bearbeiten und nicht nur wie bisher einen Teilschritt. „Wenn das erst begriffen wurde, werden große Motivationsreserven frei, selbst bei Leuten, die schon ziemlich abgestumpft wirken," weiß Meyer aus Erfahrung.

Besonders positiv wertet Meyer, daß sich die grundsätzliche Position der Gewerkschaften gewandelt habe. Der Satz „Ein Unternehmen, das nicht automatisiert, kann nicht bestehen" werde mittlerweile auch vom DGB unterschrieben. Zwar befürchtet Meyer neue Konfrontationen angesichts der gewerkschaftlichen Strategie, im Rahmen einer erweiterten Mitbestimmung darauf Einfluß zu nehmen, wie die neuen Techniken eingesetzt werden.

Meyer hat als Vorstandschef und zugleich Mehrheitsaktionär eines der führenden Beratungs- und Softwareunternehmen, der ADV/Orga F. A. Meyer AG, Wilhelmshaven, Erfahrungen auf einem Gebiet, das in der Mitbestimmungsdiskussion besonders umstritten ist: der Einführung betrieblicher Personalinformationssysteme. Sein Resümee: „Wenn man fair aufeinander zugeht, die Mitarbeiter nicht überrumpelt, sondern aufklärt und informiert, stößt man nicht auf Ablehnung und findet auch bei den Betriebsräten aufgeschlossene Partner."

Hier sieht Meyer jedenfalls keine unüberwindlichen Hürden. Der entscheidende Engpaß, von dem die Beraterbranche gleich doppelt betroffen ist, liegt seiner Ansicht nach woanders: „Wir stehen bei der Einführung neuer Technologien in den Betrieben der Klienten vor den Problemen des Mangels qualifizierter Fachkräfte und auch in den eigenen Unternehmen fehlt es an neuen Mitarbeitern, um dem Bedarf entsprechend zu expandieren." Meyer verweist auf Schätzungen, wonach in fünf Jahren 50 Prozent aller Beschäftigten Datenverarbeitungs-Grundkenntnisse haben werden. Heute haben erst 20 Prozent dieses Basiswissen. Für Meyer ergibt sich daraus der große Qualifikationsbedarf, der vor allem von den Unternehmen verstärkte Anstrengungen verlange. ADV/Orga ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen: In Zusammenarbeit mit zwei anderen Firmen und der Fachhochschule Wilhelmshaven wurde ein eigenes Institut für Informationstechnologie gegründet. Hier werden FH-Absolventen in sechs Monaten auf die Anforderungen der Praxis vorbereitet.

Eine ähnliche Kooperaton gibt es zwischen der Technischen Universität Braunschweig und den Stahlwerken Peine–Salzgitter, die ein sechsmonatiges Praktikum für Informatiker anbieten.

Gerade im Computerbereich hält Meyer eine verstärkte Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft für unabdingbar. „Unsere Forschung ist zwar gut, aber die Anwendung hat die Praxis überholt." Allein könnten die Hochschulen den Rückstand aber nicht aufholen. Denn es fehlt nicht nur an Lehrkräften, auch die technische Ausrüstung, zum Beispiel die Rechner, sind häufig veraltet.

ABITURIENTEN / Über 1000 Unternehmen bieten Sonderausbildungsgänge

Praxisnahe Alternative zum Studium

HARALD WATERMANN, Bonn

Die Abiturienten ziehen immer häufiger eine berufliche Ausbildung als Alternative zum Hochschulstudium in Betracht. Sie reagieren damit auf Veränderungen in der Arbeitswelt, die künftig andere berufliche Qualifikationen erfordert. Darüber hinaus werden von ihnen die akademischen Berufs- und Einkommenschancen zu Recht nüchterner eingeschätzt.

In den fünfziger Jahren nahmen nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft rund 84 Prozent der Abiturienten ein Studium auf, zehn Jahre später stieg der Anteil gar auf 90 Prozent. Anfang der siebziger Jahre schlug diese Tendenz um. Die jüngste Befragung ergab, daß nunmehr nur noch 58 Prozent der Abiturienten nach der Reifeprüfung ein Studium aufnehmen wollen.

Daß aber Abiturienten auch ohne Hochschulstudium Karriere machen können, hat sich allmählich herumgesprochen. Immer mehr Betriebe bieten Ausbildungsplätze an, die speziell auf Schulabgänger mit dem Reifezeugnis in der Tasche zugeschnitten sind. Nach einer Stagnation zu Beginn der achtziger Jahre nimmt dieses Angebot jetzt – vermutlich aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Situation – stark zu.

Zur Zeit werden in über 1000 mittelständischen und großen Unternehmen etwa 8000 Abiturienten ausgebildet. Im Ausbildungsjahr 1984/85 stellten Handel und Elektroindustrie mit je 21 Prozent die meisten Sonderausbildungsplätze bereit, gefolgt von Metall (14) und Chemie (11). Die Gesamtzahl der angebotenen Plätze – doppelt so viele wie 1977 und ein Drittel mehr als 1980 – reicht dennoch bei weitem nicht aus, um dem wachsenden Interesse der Abiturienten gerecht zu werden. So stiegen die Bewerbungen je Ausbildungsplatz von durchschnittlich 14 im Jahr 1980 über 20 im Jahr 1982 auf gegenwärtig 39. Das zeigt, daß diese Ausbildungsgänge ihren festen Platz im Ausbildungssystem gefunden haben und von den Abiturienten akzeptiert werden. Überdies gründet die Ausbildung auf sicherem Boden: Drei Viertel der Sonderausbildungsgänge sind staatlich anerkannt.

Die wichtigsten Kriterien bei der Auswahl geeigneter Bewerber sind für die Betriebe Tests, Zeugnisse und Einstellungsgespräche. Von den Bewerbern werden insbesondere Teamfähigkeit, Selbständigkeit, Leistungsbereitschaft, Flexibilität, Ausdauer und Kritikfähigkeit erwartet.

Die Sonderausbildungsgänge sind eine praxisnahe Alternative zum Hochschulstudium – sie bieten eine meist dreijährige theoretische und praktische Ausbildung, und zwar etwa im Verhältnis eins zu zwei. Die theoretischen Bildungsinhalte werden entweder in Verwaltungs-, Wirtschafts- und Berufsakademien oder in branchenspezifischen Bildungseinrichtungen vermittelt. Die Praxisnähe ist dadurch gewährleistet, daß jeder Teilnehmer der Ausbildungsgänge mit der Arbeit in verschiedenen Abteilungen des ausbildenden Unternehmens vertraut gemacht wird. Berufsziele sind dabei der Wirtschafts-, Handels- und der Mathematische Assistent sowie der Betriebswirt und Ingenieur. Gegenwärtig zählen rund siebzig Prozent aller Sonderausbildungsplätze zum kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Ausbildungsbereich und 22 Prozent – bei steigender Tendenz – zum Bereich der mathematisch-technischen Assistenten und Ingenieurassistenten.

Die Unternehmen lassen sich die Sonderausbildung etwas kosten: je Ausbildungsplatz im Durchschnitt rund 66 000 Mark. Die Ausbildungsvergütung beträgt durchschnittlich 1014 Mark monatlich. Insgesamt bieten die Sonderausbildungsgänge gute Aufstiegschancen: Die Absolventen konnten sich bislang gegenüber den Hochschulabsolventen aufgrund ihrer größeren Praxisnähe erstaunlich gut behaupten. Die Anfangsgehälter erreichen durchschnittlich 2900 Mark im Monat.

Für Abiturienten, die an einer beruflichen Ausbildung interessiert sind, hat das Institut der deutschen Wirtschaft eine Broschüre herausgegeben: Wolfgang Kramer: Abiturientenausbildung der Wirtschaft – Die praxisnahe Alternative zur Hochschule, Deutsche Instituts-Verlags GmbH, 4. Auflage, Köln 1985, 88 Seiten, 7,50 Mark zuzüglich Versandkosten.

Gute Einkommen bei Versicherungen

DW. München

Im Innendienst der Versicherungen eignet sich jeder zweite Arbeitsplatz für Teilzeitarbeit. Dabei handele es sich in erster Linie um Arbeitsplätze in der Vertrags- und Schadensachbearbeitung, im Schreibdienst sowie in den Dienstleistungsabteilungen, schreibt der Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland in seinem Tätigkeitsbericht für die Jahre 1980 bis 1985.

Die Beschäftigtenzahl der Versicherungsunternehmen ist den Angaben zufolge seit 1960 um über 70 Prozent gestiegen und bewegt sich – ohne Berücksichtigung der etwa 60 000 hauptberuflichen Versicherungsvermittler – jetzt bei rund 200 000. Davon sind 40 000 Mitarbeiter im Außendienst tätig. In der Gesamtwirtschaft habe die Zahl der Arbeitsplätze demgegenüber nur um acht Prozent zugenommen, schreibt der Verband. Außerordentlich erfreulich entwickelte sich die Ausbildungssituation: Die Zahl der Auszubildenden zum Versicherungskaufmann war 1984 mit 11 471 um rund 60 Prozent höher als 1976. In diesem Jahr hat sie nach vorläufigen Ermittlungen um 4,6 Prozent zugenommen.

Die von der amtlichen Statistik für Januar 1985 ermittelten Bruttomonatsgehälter kaufmännischer Angestellter lagen in der Versicherungswirtschaft über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 3829 DM (Männer) und 2577 DM (Frauen). Bei Versicherungen verdienten Männer durchschnittlich 4003 DM und Frauen 3081 DM im Monat.

EINSTELLUNGSGESPRÄCH / Ein Urteil aus Kassel

Bewerber muß Behinderung nur auf Befragen angeben

SIEGFRIED LÖFFLER, Kassel

Die Frage des Arbeitgebers nach einer Körperbehinderung eines Stellenbewerbers ist zulässig und muß deshalb wahrheitsgemäß beantwortet werden. Nach der Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts 2 AZR 101/83 vom 1. 8. 1985 besteht aber keine allgemeine Offenbarungspflicht des Stellenbewerbers, so daß dieser lediglich auf Befragen eine wahrheitsgemäße Antwort zu erteilen hat. Beantwortet der Stellenbewerber die Frage wahrheitswidrig, berechtigt das den Arbeitgeber allerdings nach der Einstellung zur Anfechtung des Arbeitsvertrages wegen arglistiger Täuschung (Paragraph 123 BGB).

Im konkreten Fall wurde ein Arbeiter auf Grund eines Arbeitsvertrags vom 20. 2. 1981 bei einer Textilfabrik in Bayern als Spulenfahrer eingestellt. Die bei seiner Einstellung in einem Fragebogen gestellte Frage nach einer Schwerbehinderung oder Gleichstellung hatte der Arbeiter mit „nein" beantwortet. Er bestritt, daß er überhaupt danach gefragt wurde. Die Behauptung des Arbeiters, er habe die Firma informiert, daß er sich fünf Jahre vor Abschluß des Arbeitsvertrags einer Bandscheibenoperation unterzogen habe und deshalb nicht schwer heben dürfe, wurde wiederum vom Arbeitgeber bestritten.

Anfechtung möglich

Im März 1981, als er vorübergehend eine andere Tätigkeit ausübte, lehnte es der Arbeiter ab, schwere Kartons zu heben, weil er diese Arbeit nicht verrichten könne. Erst nach einer zweiten Untersuchung durch den Werksarzt legte der Arbeiter der Firma am 20. 5. 1981 einen Gleichstellungsbescheid vom 6. 2. 1977 vor, aus dem sich eine Minderung der Erwerbsfähigkeit um 40 Prozent wegen eines Bandscheibenleidens ergab. Die Textilfabrik hat daraufhin am 26. 5. 1981 den Arbeitsvertrag wegen arglistiger Täuschung angefochten. Sie habe den Arbeiter gerade für Transportarbeiten eingestellt und hätte davon Abstand genommen, wenn sie von seinem Bandscheibenleiden gewußt hätte. Mit seiner Klage wollte der Arbeiter feststellen lassen, daß sein Arbeitsverhältnis fortbestehe.

Arbeits- und Landesarbeitsgericht gaben der Klage statt und stellten fest, daß die Anfechtung nicht begründet sei. Die allgemeine Frage nach einer Gleichstellung mit Schwerbehinderten sei nicht zulässig und habe daher auch wahrheitswidrig beantwortet werden können. Daß er mit seiner Bandscheibe Schwierigkeiten habe, habe der Arbeiter bei der Einstellung gesagt.

Keine Offenbarungspflicht

Der Zweite Senat des Bundesarbeitsgerichts hat das Urteil des Berufungsgerichts aufgehoben und den Rechtsstreit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Bereits im Urteil 2 AZR 270/83 vom 7. 6. 1984 hatte der Senat festgestellt, daß die unrichtige Beantwortung der Frage des Arbeitgebers nach einer Körperbehinderung nur dann eine Anfechtung des Arbeitsvertrags wegen arglistiger Täuschung rechtfertigen könne, wenn die verschwiegene Körperbehinderung die Eignung des Arbeitnehmers für die vorgesehene Tätigkeit beeinträchtige.

Der Senat hat seine Rechtsprechung nun so konkretisiert, daß es keine Offenbarungspflicht des Arbeitnehmers gibt, wohl aber eine Beantwortungspflicht. Angesichts der rechtlichen Folgen zugunsten des Arbeitnehmers – der zum Beispiel Ausgleichszahlungen, einen längeren Urlaubsanspruch und längere Kündigungsfristen geltend machen kann – ist die Frage des Arbeitgebers nach einer Behinderung zulässig.

US-GEHÄLTER / Erfolgsprämien für Top-Manager

Banker legten kräftig zu

sbt. Washington

Bei der Verbesserung ihrer Bezüge haben die Topmanager im US-Bankengewerbe im vergangenen Jahr am besten abgeschnitten. Nach einer Umfrage des Conference Board in New York stieg ihr Einkommen, einschließlich Tantiemen und Prämien, um 14 Prozent.

Das überrascht um so mehr, als viele amerikanische Geldinstitute angesichts der anhaltenden Schuldenkrise eine umfangreiche Risikovorsorge treffen mußten. So schlecht gingen also die Geschäfte doch nicht. In der Verarbeitung erhöhten sich die Bezüge um elf, im Versicherungswesen um zehn, im Einzelhandel um acht und im Baugewerbe um sieben Prozent.

Folgt man dem Board, dem 4000 Unternehmen angehören, dann hat sich in den Vereinigten Staaten das früher bei den Finanzinstituten unübliche Bonisystem stark ausgebreitet. Eingeführt haben es inzwischen 81 Prozent der Banken und 67 Prozent der Versicherungsunternehmen, während es im verarbeitenden und Baugewerbe (92 und 91 Prozent) praktisch die Regel ist. Die höchsten Prämien, die 56 Prozent der Gesamtbezüge ausmachten, erhielten die „chief executive officers" in der Weiterverarbeitung.

Mehr und mehr US-Firmen gehen jedoch dazu über, nicht die jährlichen Geschäftsergebnisse den „Extras" zugrunde zu legen, sondern sich an langfristigen Erfolgen zu orientieren. In der Verarbeitung wurde dieses System von 37 Prozent der Unternehmen übernommen. Im Einzelhandel sind es 22, im Finanzwesen 20 Prozent.

Es funktioniert so, daß den Topmanagern drei- bis fünfjährige Finanzziele gesetzt werden. Der Umfang der Boni errechnet sich dann am tatsächlich erreichten Resultat. Populärer werden Aktienoptionen anstelle von Bargeld. In der Weiterverarbeitung machen sie schon 37 Prozent des Einkommens aus.

Renten leicht nachgebend

Auch am Wochenbeginn drückten im längeren Laufzeitbereich Abgaben auf die Kurse. Öffentliche Anleihen gaben bis zu 0,20 Prozentpunkte nach. Kurzläufer allerdings stabiler. Die Großanleger halten sich zurück und lassen sich von Prognosen, wonach die Zinssenkung zu Beginn des neuen Jahres weitergehen würde, nicht beeindrucken. Das Kreditgewerbe fällt weitgehend als Käufer über die Börse aus. Seine Bestände wachsen allein schon durch die Zahl der nicht oder nur schlecht plazierbaren Neuemissionen. Bei den DM-Auslandsanleihen nur geringe Bewegungen.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Zurückhaltung bei den Aktien

Kleine Schwankungen bei den Standardwerten

DW. – Am Wochenbeginn stand der Aktienmarkt unter dem Eindruck der Flick-Transaktion, da ein Plazierungsvolumen von rund fünf Milliarden DM zu bewältigen sein wird. Bei Daimler und Mercedes gab es die größten Abschläge, da hier 10 Prozent des Kapitals untergebracht werden müssen. Im übrigen wurde die Tendenz durch den nahenden Jahresultimo bestimmt. Wegen des Vermögenssteuertermins besteht in Kreisen inländischer Anleger keine große Neigung, die Kurse noch weiter voranzutreiben.

Trotz rückläufiger Umsätze blieben die meisten Standardwerte im Grunde behauptet. Kleine Schwankungen waren allenfalls zufallsbedingt. Gesucht waren Aktien der Deutschen Bank im Zusammenhang mit dem Flick-Geschäft, der dem Institut mit hoher Wahrscheinlichkeit einen großen AO-Gewinn bringen wird. Er scheint besonders die Phantasie englischer Anleger anzuregen. Die übrigen Bankaktien konnten sich meist leicht verbessern. Gewinnmitnahmen zu weichenden Notierungen gab es bei den Warenhausaktien, die erst in letzter Zeit von der Hausse erfaßt worden waren. Kursdrückende Gewinnrealisationen aber auch bei Springer, wo der Kurs nun schon 150 DM unter seinem bisherigen Höchststand liegt. Von den übrigen Börsenneulingen liegen Kugelfischer-Aktien nach wie vor erstaunlich stabil. Die Börsenkulisse nach Chancen suchend, entdeckte wieder einmal die IG Liquis, die zeitweise über 10 DM anzogen. Versicherungsaktien kaum verändert.

Frankfurt: Buderus erhöhten sich um 20 DM, Agiv gewannen 6,50 DM und Hochtief zogen um 15 DM an. Rheinmetall mußten 35 DM abgeben und Altana und Binding büßten jeweils 5 DM ein.

Düsseldorf: AEG Kabel befestigten sich um 6 DM, Banning stiegen um 5 DM und Heinrich erhöhten sich um 10 DM. Bilfinger ermäßigten sich um 6 DM, Kabelmetal gaben um 6 DM nach und Stahl Bochum fielen um 5 DM.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit plus 6 DM gehandelt, Bremer Vulkan verbesserten sich um 5 DM und Phoenix Gummi um 1,50 DM. HEW gaben um 0,90 DM nach und Hapag Lloyd schwächten sich um 1,70 DM ab.

Berlin: Berliner Elektro erholten sich um 3,50 DM, Berliner Bank um 3 DM und Berliner Kindl um 2 DM. Spinne Zehlendorf erlitten einen Verlust von 95 DM, Rheinmetall Vz. von 35 DM und Herlitz St. von 33 DM.

München: Aigner gaben um 5,50 DM nach, Flachglas fielen um 18 DM und Gehe sanken um 3,50 DM. Audi erholten sich um 5 DM, Süd Chemie stiegen um 3 DM und Tucher um 2 DM.

Stuttgart: Salamander wurden mit plus 1,50 DM umgesetzt. ASS konnten sich um 8 DM und Württembergische Hypothekenbank um 10 DM verbessern. Württemberg. Cattun sanken um 30 DM.

Nachbörse: etwas freundlicher

WELT-Aktienindex: 246,27 (246,04)
WELT-Umsatzindex: 2746 (5741)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

AEG, BASF, Bayer, Bayer. Hypo, Bayer. Vbk., BMW, Commerzbk., Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali u. Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W., Linde, Lufthansa St., Lufthansa VA, Mannesmann, MAN, Mercedes-H., Metallges., Nixdorf, Porsche, Preussag, RWE St., RWE VA, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips**, Royal D.**, Unilever**

DM-Total: in 1000 DM

Inland

		9.12.	6.12.
H	Aach M Beth. 10	1850	1865
H	Aach. M. Vers 7	1250bB	1250
D	Aach. Rück. 9	3300bG	3300
D	Aseag *4	415G	415
M	Ack-Gögg. 6	149,5	149
H	Adca 3	169,5	169
D	Adler 9	300	305G
F	Adt 0	46,7	44,5bG
F	AEG 0	226,6	224,5
D	AEG KABEL 9	331	325bG
S	Aesculap 9	474	475

		9.12.	6.12.
D	Conc. Chem. 4,5+3	350bG	345T
B	Conc. Spinne × 0	400T	400T
D	Contigas 7,5	355	355
D	Conti Gummi 3	166,2	164
D	Dahlb. St. 7,65	285	283
D	dgl. Vz. 14,55	420	420G
S	Daimler 10,5	1124,5	1140
M	Deckel AG 0	215,5	218
D	Dt. Atl. Tel. 10+1	590G	590G
H	Doag 5	340bG	340bB
D	Dt. Babcock St. 3	210	208
D	dgl. Vz. 3,5	193	197
F	Dt. Bank 12	712,8	707

		9.12.	6.12.
H	Hb.Hochb. *4+0,64	96	97G
H	HEW 5	115,6	116
H	Hdl. Lüb. 9	453	450
Hn	Hann. Papier 5,5	137	134,5
H	Harmstorf 0	100,2	103,1
D	Harpener 11	345G	344
F	Harm. & B.St. 4	880B	880B
F	dgl. Vz. 4	790G	800G
M	Hasen-Bräu 9	1000G	1000G
S	Heidelb. Zem. 7	405G	405G
M	Helit & W. 5	290G	290G
D	Hein. Lehm. *0	268T	271
D	Heinr. Ind. *14+4	590	580
H	Hemmoor 12,5	230G	230bG
D	Henkel	393	394

		9.12.	6.12.
F	MAB 6,5+1	440B	440bG
F	dgl. Vz. 6,5+1	–	–
D	Mannesmann 4	260	260
F	Mannh. Vers. 8	838	830
H	Markt & K. 7	210G	215
F	MAN St. 0	197	197,5
F	dgl. Vz. 0	178	181,5
F	MAN-Rol. 20,2	551T	555T
S	M.Mül.Weing. *0	350TB	357bG
D	Mauser 0	105	105
F	Mercedes 10,5	1011	1029
F	Metallges. 0	298	300
S	Met. u. Lack 0	122bG	120G
S	Müag 6,5	421G	421G
F	Moenus 0	94	95

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Toronto

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

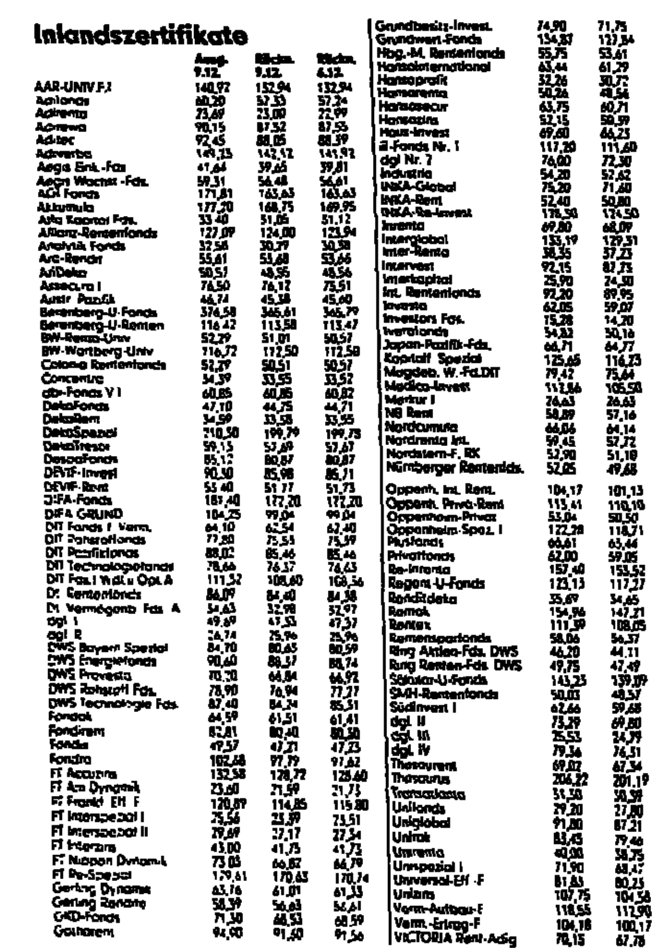
Oslo

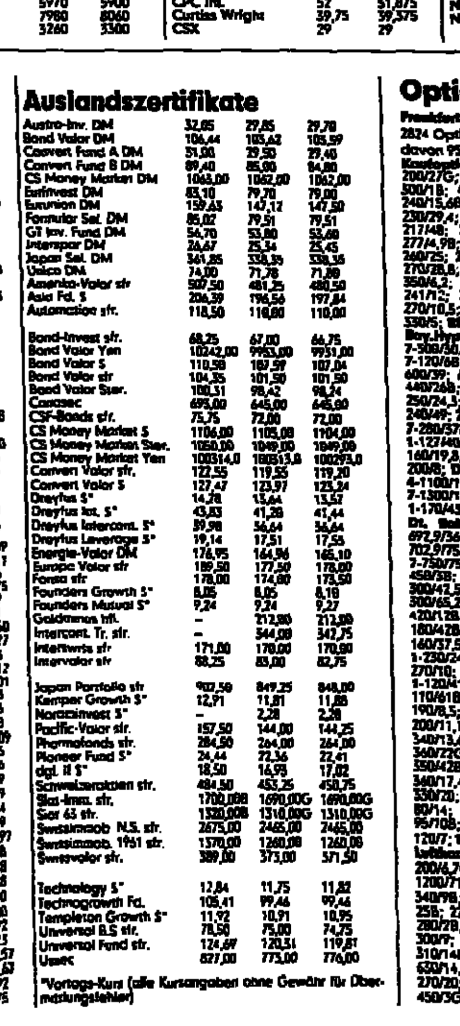
Wien

Zürich

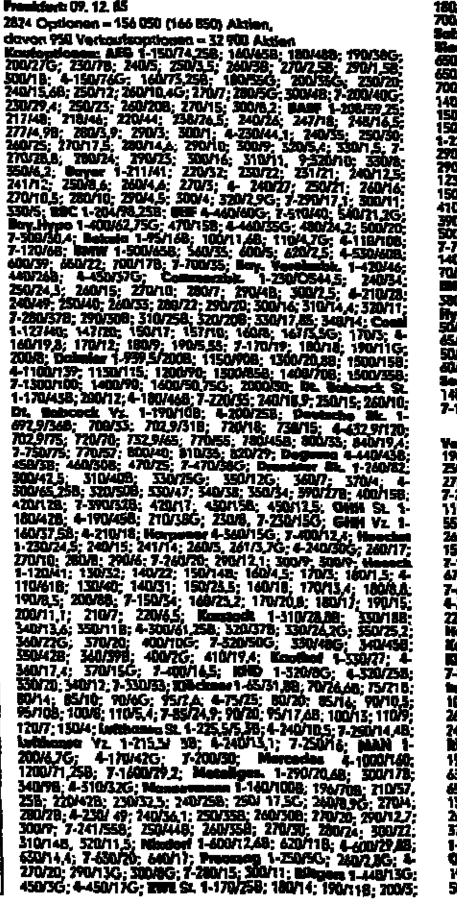
	9.12.	6.12.
Nestlé Inh.	7950	7940
Oerlikon-Bührle	1350	1360
Sandoz NA	4175	4150
Sandoz Inh.	10000	9900
Sandoz Part.	1720	1720
Art. A. Saurer	210	209
Schw. Bankges.	4970	4910
Schw. Bankverein	525	525
Schw. Kredit. A. Inh.	3495	3495
Schw. Rückv. Inh.	12850	12700
Schw. Volksb. Inh.	2370	2370
Sika -B-	4200	4100
Gebr. Sulzer Part.	470	490
Swissair	1570	1555
dgl. NA	1290	1270
Winterthur Inh.	5940	5940
Winterthur Part.	4980	4980
Zür. Vers. Inh.	5675	5700
Index: Schw. Kred.	471,80	470,58

Inlandszertifikate

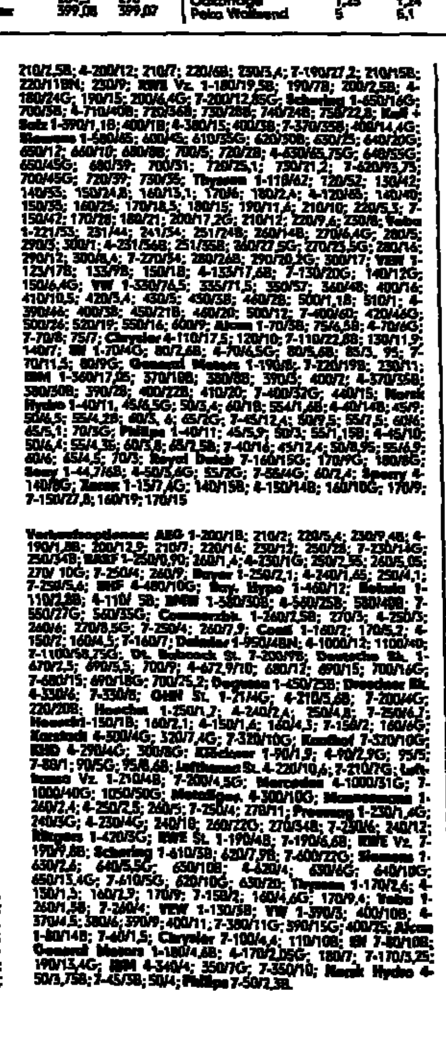


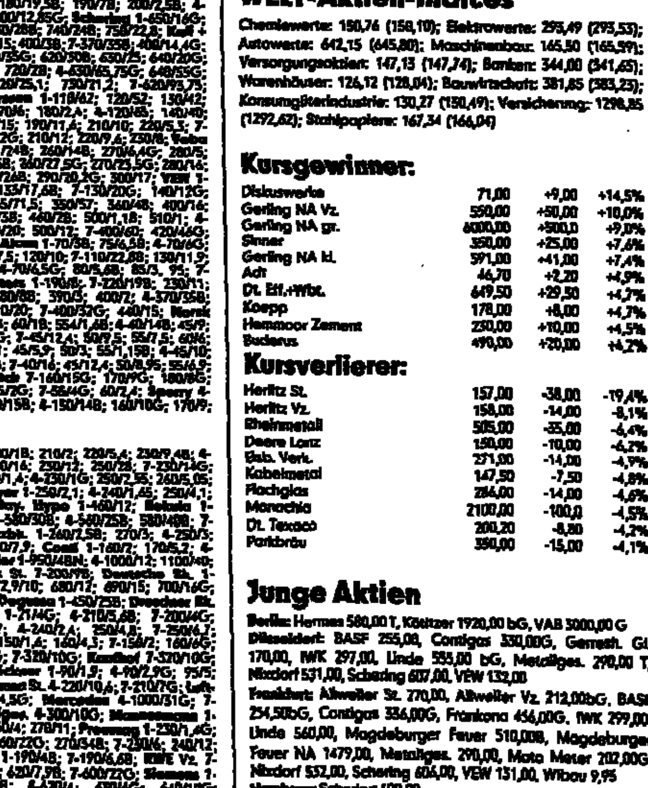


Auslandszertifikate



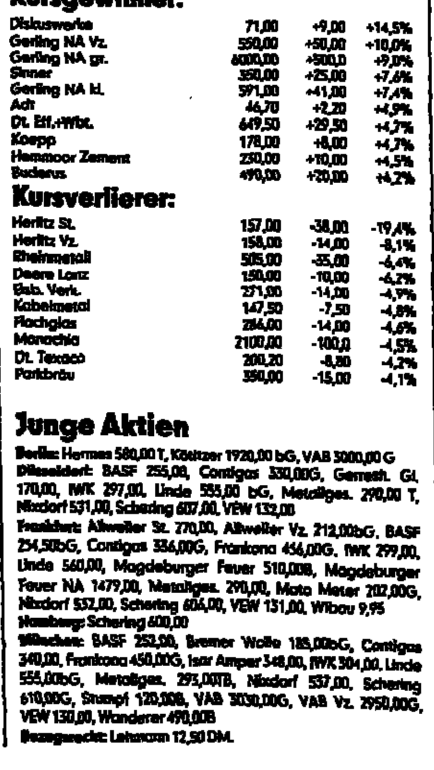
Optionshandel





WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 150,76 (150,10); Elektrowerte: 295,49 (295,53); Autowerte: 642,15 (645,80); Maschinenbau: 165,50 (165,59); Versorgungsaktien: 147,13 (147,74); Banken: 344,00 (341,65); Warenhäuser: 126,12 (128,04); Bauwirtschaft: 381,85 (383,23); Konsumgüterindustrie: 130,27 (130,49); Versicherung: 1298,85 (1292,62); Stahlpapiere: 167,34 (166,04)



Kursgewinner:

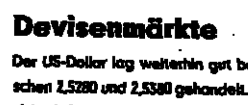
Diskuswerke	71,00	+9,00	+14,5%
Gerling NA Vz.	550,00	+50,00	+10,0%
Gerling NA gr.	6000,00	+500,0	+9,0%
Sinner	350,00	+25,00	+7,6%
Gerling NA kl.	591,00	+41,00	+7,4%
Adt	46,70	+2,20	+4,9%
Dt. Eff.+Wbk.	649,50	+29,50	+4,7%
Koepp	178,00	+8,00	+4,7%
Hemmoor Zement	230,00	+10,00	+4,5%
Buderus	490,00	+20,00	+4,2%

Kursverlierer:

Herlitz St.	157,00	-38,00	-19,4%
Herlitz Vz.	158,00	-14,00	-8,1%
Rheinmetall	505,00	-35,00	-6,4%
Deere Lanz	150,00	-10,00	-6,2%
Bab. Verk.	271,00	-14,00	-4,9%
Kabelmetal	147,50	-7,50	-4,8%
Flachglas	284,00	-14,00	-4,6%
Monachia	2100,00	-100,0	-4,5%
Dt. Texaco	200,20	-8,80	-4,2%
Parkbräu	350,00	-15,00	-4,1%

Junge Aktien

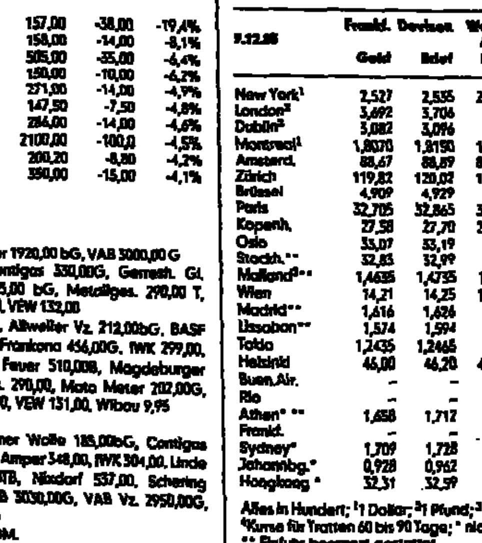
Berlin: Hermes 580,00 T, Kötitzer 1920,00 bG, VAB 3000,00 G
Düsseldorf: BASF 255,00, Contigas 330,00G, Gerresh. Gl. 170,00, IWK 297,00, Linde 555,00 bG, Metallges. 290,00 T, Nixdorf 531,00, Schering 607,00, VEW 132,00
Frankfurt: Allweiler St. 270,00, Allweiler Vz. 212,00bG, BASF 254,50bG, Contigas 336,00G, Frankona 456,00G, IWK 299,00, Linde 560,00, Magdeburger Feuer 510,00B, Magdeburger Feuer NA 1479,00, Metallges. 290,00, Moto Meter 202,00G, Nixdorf 532,00, Schering 606,00, VEW 131,00, Wibau 9,95
Hamburg: Schering 600,00
München: BASF 252,00, Bremer Wolle 185,00bG, Contigas 340,00, Frankona 450,00G, Isar Amper 348,00, IWK 304,00, Linde 556,00bG, Metallges. 293,00TB, Nixdorf 537,00, Schering 610,00G, Stumpf 120,00B, VAB 3030,00G, VAB Vz. 2950,00G, VEW 130,00, Wanderer 490,00B
Bezugsrecht: Lehmann 12,50 DM.



Devisenmärkte

Der US-Dollar lag weiterhin gut behauptet und wurde zwischen 2,5280 und 2,5380 gehandelt. Die amtliche Notiz stellte sich mit 2,5310 um 70 Punkte höher als am Freitag. Aktivitäten der Bundesbank blieben aus. Stärker gedrückt war das englische Pfund. Die Opec-Tagung fiel ohne konkrete Lösungen. Man muß somit einen weiteren Preisverfall des Rohöls befürchten. Mit 3,699 wurde erstmals seit Mitte März die Marke von 3,70 unterschritten. Weitere Sonderbewegungen waren nicht zu verzeichnen. US-Dollar in: Amsterdam 2,85; Brüssel 51,46125; Paris 7,72025; Mailand 1723,00; Wien 17,782; Zürich 2,1106; Ir. Pfund/DM 3,089; Pfund/Dollar 1,4615; Pfund/DM 3,699.

Devisen und Sorten



9.12.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten Ankauf	Frankf. Sorten Verkauf
New York[1]	2,527	2,535	2,5140	2,48	2,57
London[2]	3,692	3,706	3,658	3,64	3,79
Dublin[2]	3,082	3,096	3,047	2,99	3,16
Montreal[1]	1,8070	1,8190	1,7958	1,76	1,86
Amsterd.	88,67	88,89	88,575	87,75	89,50
Zürich	119,82	120,02	119,82	118,50	121,25
Brüssel	4,909	4,929	4,876	4,80	5,00
Paris	32,705	32,865	32,355	31,75	33,50
Kopenh.	27,58	27,70	27,315	26,50	28,25
Oslo	33,07	33,19	32,55	31,75	33,50
Stockh.**	32,83	32,99	32,53	32,00	33,75
Mailand[3]**	1,4635	1,4735	1,4285	1,41	1,53
Wien	14,21	14,25	14,160	14,13	14,35
Madrid**	1,616	1,624	1,566	1,53	1,65
Lissabon**	1,574	1,594	1,498	1,10	1,90
Tokio	1,2435	1,2465	–	1,20	1,26
Helsinki	46,00	46,20	45,425	45,00	47,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,658	1,712	–	0,95	1,75
Frankf.	–	–	–	1,71	1,90
Sydney*	1,709	1,728	–	1,68	1,76
Johannbg.*	0,928	0,962	–	0,70	1,02
Hongkong *	32,31	32,59	–	30,00	36,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Um das Limit höher notierte Kaffee, durchschnittliche Gewinne in allen Sichten verzeichnete Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	6.12.	5.12.
Dez.	344,00	340,00
März	344,00	341,75
Mai	322,00	319,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	287,05	287,40
Am Durum	283,99	284,34

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	125,30	125,30
März	131,00	130,30
Mai	133,90	133,10

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	99,50	100,00
März	102,10	103,00
Mai	103,80	104,00

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	129,25	126,25
März	135,25	134,00
Mai	137,50	137,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	243,75	242,75
März	244,75	244,50
Mai	247,00	247,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	105,10	106,50
März	110,50	111,50
Mai	113,30	114,30

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	6.12.	5.12.
Dez.	180,25	175,25
März	182,27	178,27
Mai	186,26	182,26

KAKAO New York ($/t)	6.12.	5.12.
Dez.	2155	2116
März	2252	2196
Mai	2300	2245
Umsatz	3850	1919

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,45	5,50
März	6,39	6,50
Mai	6,52	6,66
Juli	6,65	6,80
Sept.	6,75	6,92
Umsatz	6704	12220

Ico-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,70	unverh.

KAFFEE London (£/t) Robusta	6.12.	5.12.
Jan.	2006-2010	1965-1975
März	2047-2047	2010-2014
Mai	2090-2094	2046-2048
Umsatz	14638	6818

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1637-1638	1622-1625
März	1689-1690	1666-1667
Mai	1711-1712	1684-1685
Umsatz	1994	1321

ZUCKER London (£/t) Nr.6	6.12.	5.12.
März	164,60-165,00	167,00-167,20
Mai	168,20-168,80	170,60-170,80
Aug.	173,00-174,00	174,80-175,80
Umsatz	1626	2201

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	9.12.	6.12.
schw. Saraw.spez.	902,50	902,50
weiß.Saraw.	1080,00	1080,00
weiß.Munt.	1090,00	1090,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	6.12.	5.12.
Jan.	115,90	113,45
März	117,50	114,75
Mai	119,00	115,10
Juli	118,50	115,40
Sept.	115,15	112,00
Umsatz	1000	600

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	6.12.	5.12.
	35,00	35,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,25	20,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	19,75	19,85
Jan.	19,80	19,80
März	20,18	20,15
Mai	20,45	20,50
Juli	20,75	20,75
Aug.	20,75	20,75
Sept.	20,75	20,75

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,75	17,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	17,00
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)		
top white	14,25	14,75
fancy	13,75	14,25
bleichf.	13,50	14,00
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	49,35	50,30
Feb.	47,60	48,40
April	42,50	43,40

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	64,20	65,55
März	64,35	65,77
Mai	65,55	66,82

HÄUTE Chicago (c/lb)	6.12.	5.12.
Ochsen einh. schwere River Northern	62,00	62,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	54,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	508,50	507,00
März	517,50	516,00
Mai	526,50	526,75
Juli	532,50	533,00
Aug.	530,50	531,50
Sept.	511,00	513,00
Nov.	509,50	512,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	144,80	143,50
Jan.	145,00	143,70
März	145,80	144,70
Mai	146,80	146,50
Juli	147,50	147,00
Aug.	147,00	146,50
Sept.	143,50	143,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	6.12.	5.12.
Dez.	303,50	300,00
März	313,00	309,00
Mai	318,50	314,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	6.12.	5.12.
	17,00	17,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	9.12.	6.12.
cif	900,00	900,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	520,00	500,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	385,00	372,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	128,75	128,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	385,00	385,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	246,00	244,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr.2	6.12.	5.12.
Dez.	61,25	61,40
März	60,58	60,35
Mai	60,84	60,70
Juli	59,54	59,45
Okt.	53,40	53,60
Dez.	51,48	51,70

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	40,25	40,75

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	9.12.	6.12.
Jan.	472-477	466-479
Mai	494-498	489-493
Aug.	515-520	503-505
Umsatz	91	25

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	6.12.	5.12.
Dez.	49,50	49,50
März	48	48
Mai	48,50	48,50
Juli	48	48
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	6.12.	5.12.
Dez.	565,00-590,00	563,00-575,00
März	–	616,00-620,00
Mai	–	632,00-640,00
Umsatz	0	15

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	9.12.	6.12.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	6.12.	5.12.
Dez.	12199	12201
Jan.	12261	12294

KAUTSCHUK London (p/kg)	6.12.	5.12.
Nr.1 loco	55,50-58,50	55,50-58,50
Dez.	–	–
Jan.	–	–
Febr.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	6.12.	5.12.
Jan.	176,00-177,00	177,00-178,00
Febr.	177,00-178,00	178,00-179,00
Nr. 2 Jan.	171,50-172,50	172,00-173,00
Nr. 3 Jan.	169,00-170,00	169,50-170,50
Nr. 4 Jan.	164,00-165,00	164,50-165,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	9.12.	6.12.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9.12.	6.12.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	255,34-255,71	250,25-250,43
dritt. M.	263,68-264,05	258,65-258,84
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	97,93-98,02	98,98-99,16
dritt. M.	100,99-101,17	101,59-101,78
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1011,74-1013,59	1004,72-1006,58
dritt. M.	1030,27-1032,12	1023,39-1023,76
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	166,77-167,51	164,34-165,46
Prod.-Pr.	169,35	169,38
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	9.12.	6.12.
	ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9.12.	6.12.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	359,11-362,26	363,60-366,77
BLEI in Kabeln	105,50-106,50	106,75-107,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	9.12.	6.12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	317-322	320-325
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	355	355-357
MS 63	341-344	344-347

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	9.12.	6.12.
Leg. 225	320-325	320-325
Leg. 226	322-327	322-327
Leg. 231	355-362	355-362
Leg. 233	365-372	365-372

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	9.12.	6.12.
PLATIN (DM/g)	29,85	30,10
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26590	26800
Rückn.-Pr.	25840	26050
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26066	26760
Rückn.-Pr.	25097	26060
verarbeitet	27096	28070
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26160	26270
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	500,00	504,50
Rückn.-Pr.	485,00	489,40
verarbeitet	521,90	526,70

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	9.12.	6.12.
10.30	320,15	322,50
15.00	317,40	322,30
Zürich mit.	319,70-320,10	322,60-323,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	79800	80050
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	409,35	410,00
3 Mon.	420,80	421,10
6 Mon.	432,05	432,40
12 Mon.	454,15	453,90
PLATIN (£/Feinunze) London	6.12.	5.12.
fr. Markt	231,85	234,80
PALLADIUM (£/Feinunze) London	6.12.	5.12.
f. Händl.-Pr.	68,50	68,75

New Yorker Metallbörse

	6.12.	5.12.
GOLD H & H Ankauf	322,30	323,05
SILBER H & H Ankauf	603,00	605,00
PLATIN f.Händl.-Pr.	332,00-334,50	332,00-334,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	100,50-101,50	100,50-101,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	602,00	605,50
Jan.	606,60	610,10
März	614,50	618,00
Mai	623,00	626,00
Juli	631,00	634,50
Sept.	640,00	644,30
Dez.	655,00	658,10
Umsatz	15000	17000

KUPFER (c/lb)	6.12.	5.12.
Dez.	64,10	65,50
Jan.	64,05	65,55
März	64,30	65,50
Mai	64,20	65,75
Juli	64,30	65,95
Sept.	64,50	64,15
Dez.	64,80	64,55
Umsatz	17500	16230

Londoner Metallbörse

	9.12.	6.12.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	689,00-690,00	677,00-678,00
3 Mon.	711,50-712,50	720,50-721,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	264,20-264,50	266,00-267,00
3 Mon.	272,50-273,00	273,50-274,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	948,50-949,00	953,00-953,50
3 Monate	968,00-968,50	968,50-969,30
ab. Kasse	–	948,00-948,50
3 Monate	–	965,50-966,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	933,00-934,00	936,00-939,00
3 Monate	953,00-954,00	953,00-954,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	450,00-452,00	443,00-446,00
3 Monate	-	-
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	270-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	57-62

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	6.12.	5.12.
Jan.	83,10-83,25	84,15-84,30
Febr.	82,40-82,50	83,35-83,50
März	77,90-78,25	78,50-78,65
April	75,50-73,70	75,85

GASÖL – London ($/t)	6.12.	5.12.
Dez.	257,50-258,00	260,25-260,50
Jan.	254,00-254,50	256,75-257,00
Febr.	249,00-249,50	251,75-252,00
März	238,00-240,00	242,00-242,50
April	229,00-230,00	232,75-233,00
Mai	222,75-223,00	223,50-224,00
Juni	223,00-224,50	225,25-226,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	6.12.	5.12.
Jan.	74,90-75,10	76,25
Febr.	74,50-74,60	75,20
März	74,50-74,65	74,35
April	74,80-74,90	74,50
Mai	74,95-75,10	74,40

ROHÖL – New York ($/Barrel)	6.12.	5.12.
Jan.	28,72-28,80	28,78-28,92
Febr.	28,02-28,05	28,03-28,17
März	27,46-27,50	27,38-27,50
April	26,90-26,98	26,90-27,00
Mai	26,60-26,68	26,55

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	6.12.	5.12.
Arabian Lg.	27,95	27,95
Arabian Hv.	25,90	25,90
Iran Li.	27,70N	27,70N
Forties	28,05	28,00
N.Sea Brent	28,25	28,25
Bonny Light	29,65N	29,65N

Kartoffeln

London (£/t)	6.12.	5.12.
Febr.	82,30	81,50
April	91,80	91,00
Mai	97,50	96,50
Nov.	73,50	73,80

New York (c/lb)	6.12.	5.12.
März	2,19-2,20	2,17-2,20
April	2,20-2,26	2,16-2,22
Mai	2,37	2,35-2,38
Nov.	3,40-3,42	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	6.12.	5.12.
Jan.	149,70-150,10	150,50-151,00
März	154,00-154,40	154,70-155,30
Mai	158,50-158,70	158,80-159,40
Juli	162,30	162,10

Devisenterminmarkt

Zu Wochenbeginn am Euromarkt kaum Veränderungen im Zinsgefüge. Die Abschläge notierten wie in der Vorwoche

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,84-0,74	2,20-2,10	4,30-4,10
Pfund/Dollar	0,44-0,43	1,25-1,20	2,30-2,25
Pfund/DM	1,70-1,50	4,80-5,40	12,4-11,0
FF/DM	23-7	53-37	108-92

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9.12.: Tagesgeld 4,55-4,60 Prozent, Monatsgeld 4,75-4,90 Prozent, Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent; FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9.12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 90 bis 95 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9.12.: 4 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9.12.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅛-8¼	4⅝-4¾	4-4¼
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	5⅛-4⅞
6 Monate	8-8⅛	4⅝-4⅞	4-4¼
12 Monate	8⅛-8¼	4¾-5	4⅛-4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 9.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00, Verkauf 21,00 DM West, Frankfurt: Ankauf 18,50, Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9.12. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1270,00	1650,20
5 US-Dollar (Indianer)**	795,00	957,65
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	644,10
1 £ Sovereign alt	192,25	241,97
1 £ Sovereign Elizabeth II.	188,00	237,12
20 belgische Franken	145,00	193,80
10 Rubel Tscherwonez	199,50	254,79
2 südafrikanische Rand	180,25	227,15
Krüger Rand, neu	806,00	958,74
Maple Leaf	822,25	977,27
Platin Noble Man	882,50	1045,95
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,75	272,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	163,50	214,89
20 franz. Franken „Napoléon"	153,25	203,21
100 österr. Kronen (Neuprägung)	761,25	931,67
20 österr. Kronen (Neuprägung)	152,25	196,37
10 österr. Kronen (Neuprägung)	78,25	106,31
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	357,50	441,75
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	81,00	115,14

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an. Zinsstaffel in Prozent, jährlich in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,74) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,56, 2 Jahre 5,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 9.12.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,597	6,95
BW-Bank E.70	192,15	1.7.95	101,065	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,75	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,34	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	53,50	6,84
Commerzbank	100,00	4.8.00	37,25	6,97
Deutsche Bk. S	237,00	25.1.95	116,00	10,43
DSL-Bank R.264	937,01	2.7.90	102,44	6,57
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,77	6,53
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,82	7,05
Fr. Hyp. KO 448	193,72	1.6.95	103,56	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,25	7,04
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,40	6,84
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,05	7,10
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	52,92	6,94
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,56	7,22
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,45	7,12
SGZ-Bank 060	100,00	17.6.95	52,79	6,95
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,55	6,88
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,40	7,07
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,05	7,24
WestLB 500	126,86	16.2.89	106,85	5,55
WestLB 501	137,01	16.2.90	107,15	6,06
WestLB 503	115,76	3.10.88	100,00	5,35
WestLB 504	141,85	1.10.91	98,90	6,41
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	81,50	9,48
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	56,25	9,64
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	50,25	11,44
Xerox (AA)	400,00	11.2.92	54,25	10,16
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.5.92	54,25	10,06
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	52,00	9,53
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	43,00	10,81
Penney (A+)	100,00	17.2.94	44,25	10,31
Sears (AA)	100,00	27.5.94	43,25	10,25
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	43,625	10,10
Gen Elec (AAA)	100,00	4.3.95	45,125	9,39

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Emissionspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	5,02 (5,05)	100,0	101,0	101,8	102,8	103,7	104,7
2	5,57 (5,57)	98,8	100,8	102,5	104,3	106,2	108,0
3	6,05 (6,05)	97,0	99,9	102,5	105,0	107,6	110,3
4	6,52 (6,52)	94,5	97,9	101,3	104,7	108,2	111,6
5	6,77 (6,75)	92,5	96,4	101,0	104,7	108,8	112,9
6	6,85 (6,85)	90,7	95,5	100,7	105,0	109,8	114,6
7	7,05 (7,05)	88,6	94,0	99,9	104,7	110,1	115,4
8	7,17 (7,15)	86,6	92,5	99,0	104,3	110,2	116,2
9	7,20 (7,20)	85,2	91,7	98,7	104,5	111,0	117,4
10	7,26 (7,25)	83,7	90,6	98,2	104,4	111,4	118,3
15	7,50 (7,50)	77,2	84,0	94,8	103,5	112,3	121,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 109,970 (109,985)
Performance-Rentenindex: 230,824 (230,720)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	6. Dez.	7,813-8,00
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,95
	60-270 Tage	7,70
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,95
	60 Tage	7,90
	90 Tage	7,85
Certificates of Deposit	1 Monat	7,90
	2 Monate	7,90
	3 Monate	7,90
	6 Monate	7,90
	12 Monate	8,05
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,22
	26 Wochen	7,29
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,40
	30 Jahre	9,46
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	25. Nov.	621,8 Mrd. $ (+ 4,4 Mrd.$)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dezember	118,15	117,60
März	119,80	119,20

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	6.12.	5.12.
11¼ EEC 90	104,875	105
10¾ EIB 93	104,375	104,5
11 dgl. 91	105,25	105,375
11¼ dgl. 90	104,75	104,875
11⅝ dgl. 93	109,75	109,875
12 dgl. 95	109,875	110,25
12¼ dgl. 90	109,125	109,75
12⅞ dgl. 94	114,75	114,5
13 dgl. 96	114	114,125
10¾ Wld Bk 95	101,375	101,5
10⅝ dgl. 88	102,75	102,875
10⅞ dgl. 90	104,5	104,75
10⅞ dgl. 95	105	105,125
11 dgl. 92	104,75	104,875
11⅝ dgl. 98	107,875	108
11¼ dgl. 88	104,875	105
11½ dgl. 90	105,875	106,25
11⅝ dgl. 89	105,25	105,375
11⅞ dgl. 90	106,875	107
12 dgl. 93	110,5	110,75
12¼ dgl. 94	111,875	112
12⅞ dgl. 94	114,75	114,875
6⅝ Sallie 92	98,375	98,5
6⅞ Sears 91	103	105
6⅝ Swed.Ex.91	100,125	100,125
7 TRW 94	100,625	100,625
6⅝ Un.Tech.92	101	101
6⅝ World Bk90	100,25	100,25
6⅝ dgl. 94	98,875	98,875
7 dgl. 94	101,25	101,375
7⅝ dgl. 93	104,375	104,375
8 dgl. 93	106	106,25

Euro-Yen

	6.12.	5.12.
6⅝ Al.Corp 91	101,375	101,375
5⅝ ADB 88	97,25	97,375
7⅝ dgl. 94	103,5	103,5
7 Austria 95	100,875	100,875
6⅝ Avon 91	99,75	99,875
7 BP 92	103,125	103,125
6⅝ Denmark 92	99,5	99,5
7 Denm.Bk. 92	100,5	100,5
7 Dow Chem.94	102,375	102,375
6⅝ EDF 95	101	101
6⅝ Eurofima86	99,5	99,5
6⅝ dgl. 95	97,75	97,75
6⅝ dgl. 92	99,875	99,875
7⅝ dgl. 94	103	103,25
6⅝ Fannie 92	99,5	99,75
6⅝ Fnl.Rep90	100,25	100,375
6⅝ GMAC 90	101	101
7⅝ Goodyear95	101,375	101,375
6⅝ dgl. 94	100,25	100,25
6⅝ ITT 92	100,5	100,625
6⅝ McDonal.97	100,875	100,875
7⅝ N.Bruns.95	101,125	101
7⅝ N.Zeald.90	102,25	102,25
7⅝ dgl. 89	103,25	103,25
7 Pac.Gas 94	102,25	102,25
6⅝ Penney 92	99,875	99,875
6⅝ Procter 92	101,625	101,625

Lux. Franc Bonds

	6.12.	5.12.
9⅝ Akzo 87	99,75	99,75
9⅝ Asea 89	100,5	100,5
6⅝ Asian Dv87	97,25	97,25
10⅝ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 95	101,25	101,25
10⅝ Paribas89	103	103
10⅝ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12⅝ Comett92	105	105
8 Coptel 88	98,25	98,25
8⅝ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	102,5	102,5
13 dgl. 89	101	101
7⅝ Den.Mtg 88	96,5	96,5
10⅝ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12⅝ dgl. 88	100,75	100,75
12⅝ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101,5	101,5
10 dgl. 91	103,25	103,25
10 dgl. 94	103,5	103,5
11⅝ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9⅝ dgl. 95	102,75	102,75
9⅝ dgl. 88	101,25	101,25
9⅝ dgl. 93	102,75	102,75
10⅝ dgl. 94	106	106
11⅝ dgl. 88	101	101
12⅝ dgl. 90	102,5	102,5
9⅝ Hypo Bk.88	101,5	101,5
9⅝ Ind.B.F.95	101,25	101,25
11 Kredlet.93	106,5	106,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11⅝ dgl. 89	103,25	103,25
8 Laxair 87	98,75	98,75
8⅝ dgl. 87	99	99
10⅝ Lux Bk.91	102,25	102,25
12⅝ dgl. 89	100,75	100,75
9 Met.Chim 95	100,5	100,5
12⅝ Nord LB9	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8⅝ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅝ Renault 88	96,5	96,5
9⅝ Sogenal 92	101,25	101,25
10⅝ Solvay 87	102	102
10⅝ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	99,25	98,25
9⅝ Volvo 87	100	100
9⅝ WorldBk.90	102,75	102,75
10⅝ dgl. 89	102,25	102,25

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,60418

	6.12.	5.12.
8⅝ Cop City91	97	97
8⅝ CCA 91	97	97
9⅝ Gaz d Fr86	99	99
11⅝ Ned. G.88	101,5	101,5
9⅝ Queb. P.94	99	99
8⅝ SDR 94	97	97

ECU

	6.12.	5.12.
10⅝ ALDbk89	102,625	102,625
10⅝ dgl. 91	103,75	103,75
9⅝ ABN 92	102,625	102,625
All Nippon 95	99,25	99,125
9⅝ ANZ 92	102,25	102,25
10⅝ Austria95	107	107,125
10 BNDA 92	101,5	101,75
9 M.+Hope 92	100,75	100,75
9 Bk.Hels.96	97,25	97,25
9⅝ Bk.Tok.90	101,875	101,875
10⅝ dgl. 91	103	103
10⅝ dgl. 91	102,625	102,75
8⅝ BNP 95	98	98,25
8⅝ Bay.Vbk.88	101,375	101,25
8⅝ BFCE 93	97,625	97,75
9⅝ dgl. 92	103	103,125
9⅝ dgl. 95	103,125	103,25
9⅝ Bull 92	98,375	98,375
9⅝ CNT 92	103,25	103,25
9⅝ dgl. 95	103,375	103,375
8⅝ Cargill 95	97,375	97,5
10⅝ Ceca 89	106,75	106,875
11⅝ dgl.94/I	108,625	108,625
11⅝ dgl.94/II	108,875	108,75
9 Chrysl. 92	97,625	97,5
10 dgl. 91	102,625	102,75
10⅝ dgl. 93	102,375	102,375
9 ClubMed 88	100,875	100,75
9⅝ Conseil 97	101,75	101,75
9⅝ dgl. 95	102	102
9⅝ CCF 95	100,625	100,875
9⅝ CrdNord 91	102,375	102,375
11⅝ CrdFonc90	106,375	106,375
11⅝ dgl. 90	107,375	107,5
8⅝ CrdNat 95	99,125	99,125
10⅝ dgl. 94	106	106,125
8⅝ Crdanst.94	99,125	99,25
9⅝ Credito 92	101,25	101,375
9⅝ Denmark 98	100	100
10⅝ Denmark91	106,5	106,5
9⅝ Dresd.bk93	102,375	102,375
9 EDF 97	99,25	99,25
8⅝ EEC 93	99,625	99,625
8⅝ ELFAqu. 88	98,875	99
9 Enel Gat 91	98,625	98,75
9⅝ dgl. 93	98,875	98,875
10 Euratom 97	104,5	104,5
9⅝ Eurofima93	102,5	102,5
11 dgl. 92	108,375	108,375
8⅝ EIB 95	99,625	99,75
9⅝ dgl. 95	103,5	103,5
10⅝ dgl. 94	104,125	104,25
10⅝ dgl. 89	105,625	105,625
10⅝ dgl. 94	105,75	105,875
10⅝ dgl. 90	106,5	106,5
11⅝ dgl. 92	107,75	107,875
11⅝ dgl. 94	109,5	109,625
9 Eutelsat 95	99,125	99,125
8⅝ Fiat 90	99	99
9 IBKFinal 95	97,875	98
8⅝ Ford C.93	98	98
11 Genfin.90	106,625	106,875
10⅝ Giroz. 93	107	107
10⅝ GTE 92	108	108
10 IADB 93	103,5	103,5
8⅝ IBM 90	100,875	101,125
11 IBJ 89	105	105
9⅝ Italie 89	101,375	101,375
10⅝ dgl. 92	105,125	105
11⅝ dgl. 90	107,875	107,875
9⅝ Kansall 92	100,625	100,75
9⅝ Koffisa 92	101,25	101,375
11⅝ LTCB 90	106,75	106,75
10⅝ Megal 95	105,25	105,75
8⅝ Mits.Tr.93	97,625	97,625
9 MoetHen.91	99,5	99,5
9⅝ Mol 90	101,375	101,5
8⅝ Morgan 90	98,875	98,75
8⅝ Motorola92	99,5	99,375
9 Nerza 95	98	98,125
9⅝ N.Zeal. 98	101	101,25
9⅝ N.Zeal.92	101,25	101,75
11 Nipp.Crd91	106,75	106,5
9 OstLbk. 89	100,75	100,75
8⅝ Olivetti95	97,875	97,875
10 Pechin.90	102,375	102,375
9 Petroc.95	96,625	96,625
9⅝ Peugeot 90	100,375	100,375
10⅝ dgl. 90	105,125	105,125
9 Philips 93	102	102,25
9⅝ Pibo 92	103,75	103,75
10 Prvbk. 92	102,875	102,875
11⅝ Queb.Pr89	106,75	106,75
10⅝ RATP 92	105,125	105,125
9⅝ Rabobk. 95	103,25	103,5
8⅝ Reynolds91	98,875	98,75
10⅝ Roybk.Cd89	104	104
9 SAS 95	99,875	99,875
9 Sanwa 95	98,25	98,25
8⅝ Secpac 90	98,125	98,125
11⅝ SNCF 94	109,25	109,25
9 SNCI 95	99,5	99,5
10⅝ Sparkas91	105,875	105,875
9⅝ Swabcorp93	100,25	100,375
9 Sumitfin 95	100,25	100,125
9 Uebk.Nor.95	99,25	99,25
9⅝ WestLB 90	104,5	104,5
9⅝ Westpac92	101,75	101,75
8⅝ Worldbk 95	98,75	98,75
9⅝ dgl. 95	103,625	103,625
9⅝ dgl. 92	103,25	103,25
10⅝ dgl. 89	105,75	105,5
10⅝ dgl. 88	105,625	105,625
10⅝ dgl. 94	106,875	106,875
11 dgl. 93	106,875	106,875

ECU-Tageswerte

	6.12.	5.12.
Dollar	0,872992	0,871456
Bfr	44,8980	44,7841
DM	2,20587	2,20522
Hfl	2,48017	2,48103
£	0,591257	0,591018
Dkr	7,98569	7,97905
FF	6,72596	6,72590
Lira	1505,75	1505,00
I-£	0,715220	0,713451
Sfr	1,834777	1,83424
öS	15,4781	15,4858
Peseta	136,012	135,904
Skr	6,67541	6,68079
Nkr	6,64216	6,64095
Kan-$	1,21887	1,21542
Esc	139,679	139,455
Fmk	4,76566	4,76774
Yen	177,567	177,428
Drachme	130,925	130,692

Wir trauern um unser Vorstandsmitglied, Herrn

Dr. rer. oec. Reinhard Bartsch

Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse

Er starb am Morgen des 8. Dezember 1985 nach einem tapfer ertragenen schweren Leiden, einen Monat vor Vollendung seines 60. Lebensjahres.

Herr Dr. Bartsch hat in den fast zwei Jahrzehnten seiner Arbeit als kaufmännisches Vorstandsmitglied unserer Gesellschaft nie für den Tag, sondern immer über große Zeiträume hinweg zukunftsorientiert gedacht und gehandelt.

Sein Handeln und Denken waren bestimmt von der Fürsorge für unsere Mitarbeiter und der umfassenden und sicheren Energieversorgung in Schleswig-Holstein.

Sein Rat war geschätzt. Er arbeitete ehrenamtlich in vielen Gremien zum Wohle der Allgemeinheit.

Wir sind ihm dankbar für das Vorbild, das er uns gab. Er wird es uns bleiben.

Rendsburg, im Dezember 1985

Aufsichtsrat und Beirat
Vorstand, Gesamtbetriebsrat und Belegschaft der
Schleswag Aktiengesellschaft

Die Trauerfeier ist am Donnerstag, dem 12. 12. 1985, um 12.00 Uhr in der Kirche St. Marien in Rendsburg.
Im Anschluß an die Trauerfeier bitten wir, auch im Namen der Familie, in den Conventgarten, Hindenburgstraße 38, in Rendsburg. Zwischen der Kirche St. Marien und dem Conventgarten ist für Fahrgelegenheit gesorgt.
Die Beisetzung findet im kleinsten Kreise statt. Anstelle zugedachter Kranz- und Blumenspenden wäre eine Spende zugunsten der Stiftung Natur und Medizin e. V., Fördergemeinschaft für Erfahrungsheilkunde, Koblenzer Str. 37-39, 5300 Bonn 2, Spendenkonto Deutsche Bank AG, Bonn 05 35 252, BLZ 380 700 59, im Sinne des Verstorbenen.

Wir trauern um unseren Ehrenvorsitzenden, Herrn

Heinz Huber

Der Verstorbene war lange Jahre Vorsitzender unseres Verbandes.

Wir werden dem Leben und Wirken von Herrn Heinz Huber ein dankbares und ehrenvolles Andenken bewahren.

Heinz Siefke
Vorsitzender des Landesverbandes der Nährmittelindustrie Nord e.V.

Wir nehmen Abschied am Montag, dem 16. Dezember 1985, 11 Uhr, in der Halle B des Krematoriums Hamburg-Ohlsdorf. Anschließend Beisetzung im engsten Familienkreis.

Nach einem schaffensreichen Leben verstarb am 5. Dezember 1985 im Alter von 79 Jahren Herr

Heinz Huber

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Verstorbene hat dem Vorstand unseres Verbandes von 1956 bis 1983 angehört und die Entwicklung unserer Organisation maßgeblich beeinflußt. Vor allem hat er sich um die Zusammenfassung der Branchen-Interessen auf sozialpolitischem Gebiet verdient gemacht.

Der Tod seines Wirken, seinen Einsatz und seine Liebenswürdigkeit in guter Erinnerung und in hohen Ehren halten.

Arbeitgeberverband der Ernährungsindustrie Hamburg/Schleswig-Holstein e. V.

Dr. Arend Oetker — Vorsitzender
Dr. Alfred Borgis — Geschäftsführer

Am 5. Dezember 1985 verstarb unser Ehrenvorsitzender, Herr

Heinz Huber

Der Verstorbene war lange Jahre Vorsitzender unseres Verbandes und hat sich mit hohem persönlichen Einsatz um die Belange der Hamburger Industrie verdient gemacht.

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von einer Persönlichkeit, die uns unvergessen bleiben wird.

INDUSTRIEVERBAND HAMBURG E.V.
Jobst-Heinrich Floto
Vorsitzender

Mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

Friedrich Reese

ist nach einem erfüllten Leben im Alter von 87 Jahren ruhig eingeschlafen.

In stiller Trauer
Dora Reese geb. Putzi
Gisela Eichberg geb. Reese
Reiner Eichberg
Nicola Eichberg
Gudila Rang geb. Reese
Alfred Rang

Hamburg 55, den 7. Dezember 1985
Beckers Treppe 5

Beerdigung am Donnerstag, dem 12. Dezember 1985, um 14.00 Uhr von der Kapelle des Diebsteich-Friedhofs, Am Diebsteich.

Im Alter von 79 Jahren verstarb am 5. Dezember 1985 Herr

Heinz Huber

Der Verstorbene, der zu den maßgebenden Persönlichkeiten der Ernährungswirtschaft zählte, war über seinen unmittelbaren Wirkungskreis hinaus in großem Umfang ehrenamtlich tätig.

Von 1954 bis 1978 gehörte er dem Plenum der Handelskammer an. Außerdem war er viele Jahre Mitglied in mehreren Ausschüssen der Kammer. Bis zuletzt hat er im Arbeitskreis Wirtschaftsschutz mitgearbeitet. Sein großer Sachverstand und seine menschlichen Qualitäten sicherten ihm hohe Wertschätzung.

Die Handelskammer wird Herrn Huber ein ehrendes Andenken bewahren.

Handelskammer Hamburg

Illies — Präses
Dr. Schröder — Hauptgeschäftsführer

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: [illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 30 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschl. [illegible]

[illegible]

„Geliebt habe ich nur unser knallgelbes Automodell A"

Das ständige Auf und Ab im Gleichschritt mit den Höhenflügen und Einbrüchen der Automobilindustrie ist für Detroit typisch. Im Wechsel blüht und kränkelt die Michigan-Metropole am Erie-See, die seit der Stadt-Gründung nahezu ausschließlich von den Vehikeln lebt. Henry Ford II sorgte mit seiner Initiative zum Bau des Renaissance-Centers als ein glanzvoller Mittelpunkt der Innenstadt auch für eine optische Verschönerung der ehemaligen „Rost Bowl" (Rostschüssel). So wurde die Motor-City früher von Kritikern genannt. Wie der Autokönig im Ruhestand mit der Erfahrung aus 40 Jahren Detroits Zukunftschancen sieht, stellte er im Interview mit Heinz Horrmann dar.

WELT: Seit Ihr Großvater das T-Modell als erstes „Massen-Auto" vom Band laufen ließ, hat sich Detroit zur Autohauptstadt der Welt entwickelt. Hier wurden die höchsten Löhne gezahlt, Verkaufsrekorde gefeiert und vor einigen Jahren in der schlimmsten Krise der Branche der Notstand ausgerufen. Jetzt planen die großen Unternehmen wie Ford und General Motors ihre neuen Fertigungsstätten in Tennessee, Kalifornien und Kentucky. Hat Detroit als Autostadt ausgedient?

Ford: Ganz sicherlich in der bisherigen Form. Da ist der alte Großraum Detroit mit Dearborn und anderen Randgemeinden nicht mehr das Zentrum der Automobilfertigung. Die Produktion verlagert sich vollkommen. Detroit bleibt die Zentrale der großen USA-Firmen für Verwaltung, Planung und Verkauf. Die Industrie hat gelernt, mit weniger Arbeitsplätzen auszukommen. Darum sinkt die Zahl der Mitarbeiter immer mehr. Ford beispielsweise hat zwischen '79 und '85 jeden vierten Arbeitnehmer entlassen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dabei wurden mehr als vier Milliarden Dollar pro Jahr eingespart. Da diese Entwicklung auch für die anderen Marken gilt, werden immer mehr Menschen Detroit verlassen müssen, um sich eine andere Arbeit zu suchen.

WELT: Könnte das japanische System, die Zuliefererindustrie vom Gummipuffer-Hersteller bis zum Elektronikausrüster um die Autowerke anzusiedeln, nicht in zweifacher Hinsicht helfen, Detroit attraktiv zu halten? Einmal um lange Transportwege und Lagerkosten zu sparen, und zweitens, um damit neue Arbeitsplätze für die Leute zu schaffen, die am Fließband nicht mehr gebraucht werden?

Ford: Die Unterschiede zwischen Japan und den USA sind zu groß. Während bei uns sowohl die Autowerke als auch die Zuliefererunternehmen seit Jahrzehnten dezentralisiert an ihren jeweiligen Standorten gewachsen sind, konnten die Japaner in ihrer kurzen Phase in letzter Zeit mit den neuen Erkenntnissen zugleich planen. Für Neulinge ist es egal, wo sie sich niederlassen. Natürlich ist der Gedanke grundsätzlich gut, aber hier in Amerika geht das nur noch in geringem Maße, weil die bedeutenden Zuliefererfirmen nicht mehr einfach umsiedeln können.



Henry Ford II
FOTO: PRANGE

WELT: Erinnern Sie sich noch an die Anfänge und die ersten Autos?

Ford: Ich war damals ein kleiner Junge, als mein Großvater das T-Modell baute. Obwohl ich noch keinen Führerschein hatte, bin ich mit diesem Auto schon auf dem großen Farmgelände meines Vaters gefahren. Auf Privatgrund war das ja kein Problem. Ein Auto, das ich besonders gern mochte, war unser Modell A, bei dem man das Verdeck komplett abnehmen konnte. Ich erinnere mich noch sehr genau an diesen kleinen Tourenwagen, der mir sehr viel Spaß gemacht hat. Er war knallgelb wie unser T-Modell. Später hatte ich kein Lieblingsauto mehr, weil ich die Wagen alle sechs Monate gewechselt habe, um sie zu testen. Da kann man keine persönliche Beziehung zum Auto mehr aufbauen. Mit der Fertigung und den Produktionsstätten habe ich mich erst beschäftigt, als ich 1936 mein Ingenieurs-Studium an der Yale University begonnen habe.

WELT: Sie haben in Detroit mit dem Glas-Aluminium-Palast Renaissance-Center der Automobilstadt einen attraktiven Mittelpunkt beschert. Ihre Kritiker behaupten, mit dem „Ren Cen", das heute so gut wie pleite sei, haben Sie sich nur ein persönliches Denkmal bauen wollen. Für die Ford-AG sei es aber eine 200 Millionen Dollar teure Pleite gewesen.

Ford: Ich wollte kein Monument, sondern ein Vorbild schaffen. Wenn wir als Unternehmen etwas für diese City tun, werden andere vielleicht die Gestaltung weiterer Viertel in Angriff nehmen, damit Detroit eine moderne und geordnete Stadt würde. Das war mein Grundgedanke.

WELT: Haben Sie 200 Millionen Dollar investiert?

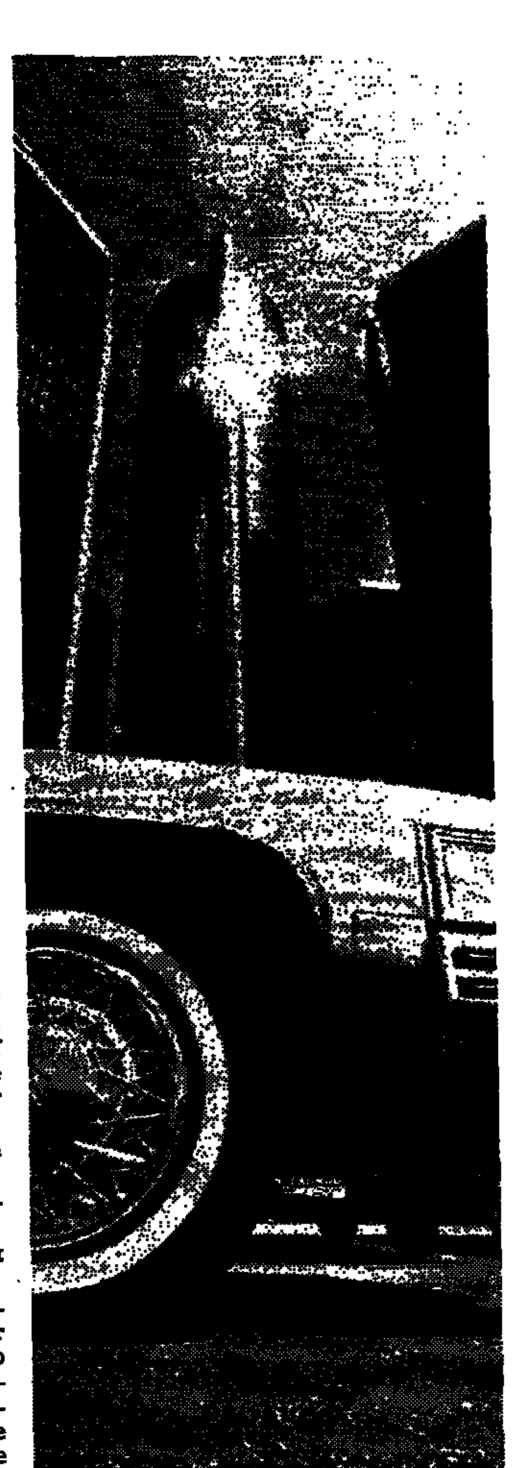
Ford: Weiß ich nicht, aber wahrscheinlich in der Größenordnung.

WELT: Sind Sie von dem Projekt enttäuscht?

Ford: Das Renaissance-Center brachte uns viele Probleme. Das Hotel war nie ein Erfolg. Das Bürohaus ebenso wenig, obwohl es zu mehr als 90 Prozent vermietet war. Aber die Einnahmen waren einfach zu gering, um die Kosten zu decken. Heute führt eine Versicherung das Unternehmen.

WELT: Hatte der Bau eine Signalwirkung?

Ford: Heute muß ich feststellen: Diese Stadt wird nie mehr sein, was sie in den 50er und 60er Jahren war.



Die neue Attraktion der Autostadt, das „Renaissance-Center" FOTO: VISUM

Eine Stadt will nicht unter die Räder kommen

Von WOLFGANG WILL

Eine der luxuriösesten Automarken aus Detroit ist eng mit der Gründung der Stadt verbunden. Aber Cadillac ist keineswegs die einzige Automarke, die eine direkte Beziehung zu dem Gemeinwesen hat, das beinahe identisch ist mit dem Automobil.

Es war Antoine de la Mothe Cadillac, der am 24. Juli 1701 etwa an jener Stelle landete, wo sich heute Detroits Kriegerdenkmal erhebt. Er hatte 50 königliche Soldaten bei sich, ebensoviele Abenteurer und Freibeuter sowie 100 ihm freundlich verbundene Indianer. Paris hatte Cadillac den Auftrag gegeben, eine strategische Position zu finden und dort ein Fort zu errichten, um Frankreichs Pelzhandel zu schützen, mehr noch aber – doch das blieb undokumentiert – um einen „Fuß" (sprich „Militärstiefel") in diesem Teil einer neuen, vielversprechenden Welt zu haben.

Bald aber setzten sich Cadillacs Neider in Quebec und Paris durch. Cadillac wurde von dem auch für ihn lukrativen Posten entfernt und zum Gouverneur von Louisiana „hochgelobt" – im „Luxusgefährt" Detroits ist sein Namen erhalten geblieben.

Die Automarke Pontiac geht auf den Namen des Häuptlings der Ottawas zurück, eines nördlichen Indianerstammes, der die Engländer verabscheute und sich deshalb mit dem „geringeren weißen Teufel", den Franzosen, einließ. Während des französischen und indianischen Krieges ergab sich Detroit Ende 1760 kampflos einer britischen Kompanie, und es war Pontiac, der einen Plan zur Rückeroberung Detroits für die französische Seite ersann. Er konnte nicht mehr ausgeführt werden, weil es zum Friedensschluß kam.

Viel später war es ein Charles B. King, der 1896 einer erstaunten Detroiter Bevölkerung die erste „pferdelose Kutsche" vorstellte und damit durch die Straßen knatterte. Damit brach eine neue Ära an, die binnen sehr kurzer Zeit dazu führte, daß Detroit zur Automobilhauptstadt der Welt wurde.

Henry Ford trat jetzt in Erscheinung, und in den beiden ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts wurde Amerikas Automobilbau – einschließlich der Zulieferindustrie – in Detroit konzentriert. 1914 hatte Henry Ford von sich aus den Minimumlohn in seinen Werken auf fünf Dollar pro Tag angehoben, aber nach der Rezession lag der Detroiter Autoarbeiter-Stundenlohn 1936 bei nur 76 Cents. Außer Ford stehen Namen wie Walter Chrysler, Ransom Olds oder auch die Gebrüder Dodge für den Beginn des Automobilbaus in Detroit, und auch nach ihnen sind in Detroit bis heute Automarken benannt.

Detroit hat, wie der berühmte Bahndamm, seine Sonnen- und seine Schattenseite als unvereinbare Gegensätze: In Detroit, der sechstgrößten Stadt der USA, leben 1,2 Millionen Menschen – aber es existieren in dieser Stadt, so schätzen Polizei und FBI, 1,5 Millionen Handfeuerwaffen, die überwiegende Mehrheit davon natürlich in illegalem Besitz. Zwischen Januar und November letzten Jahres wurden in Detroit 18 Jugendliche im Alter von 17 Jahren erschossen und 219 Jugendliche verletzt.

Aber die gleiche Stadt gilt als der Geburtsplatz der „Motown" genannten Musikrichtung, Detroit hat zudem nicht nur geradezu „klassische" Jazzkneipen, sondern auch ein vorbildliches Jazz-Zentrum. Der Detroit River, als Industriefluß total verseucht, war früher als andere Flüsse Amerikas gesäubert worden, und der danach dort ausgesetzte Cohö-Lachs gedieh so großartig, daß Detroit schon 1975 zu einem internationalen Angelwettbewerb einladen konnte.

Doch auf der FBI-Liste der Städte mit der größten Zahl der Gewalttätigkeiten rangiert Detroit an dritter Stelle, die Arbeitslosigkeit liegt mit 14 Prozent um 50 Prozent höher als im US-Durchschnitt, und bei einer Umfrage der „Detroit Free Press" unter 1000 „repräsentativen" Amerikanern meinten zwei Drittel, daß Detroit „schlimmer" sei als jede andere amerikanische Stadt.

Im Bemühen, ihr angeschlagenes Image zu verbessern, haben sich Bürgermeister Young, seine Vertrauten und die angeheuerte Publicity-Firma Carl Byoir vieles einfallen lassen, und auch viel realisiert: Ethnische und kulturelle Festivals wurden organisiert, die Detroiter Sinfoniker gastierten in Europa, das Montreux-Detroiter Jazz-Festival ist die einzig sanktionierte US-Version der zelebrierten schweizerischen Institution, und der erste Grand Prix zog 1982 über 170 000 Schaulustige an, beim Rennen im Juni diesen Jahres kamen sogar 224 000.

Nichts aber demonstriert realistischer Sonne und Schatten, wie das vielgepriesene Renaissance-Center. Das ist ein Wolkenkratzer-Komplex, Design 21. Jahrhundert, mit Büros, Hotels und Restaurants sowie Geschäften – bombastisch. Bauwert: eine halbe Milliarde Dollar. Dieses Renaissance-Center sollte „downtown", die Innenstadt, wiederbeleben, sollte diese graue, dunkle Kampfzone der Kriminalität, ein Niemandsland für Normalbürger, wieder begehbar machen. Stattdessen aber wurde das Renaissance-Center, nach der ersten Bankrotterklärung von neuen Eigentümern betrieben, zum Ghetto im Ghetto, zur trutzigen, herausragenden Burg in gefährlicher urbaner Wüstenei. (SAD)

EIN PERSÖNLICHES STADTPORTRÄT

Nichts für eine Liebe auf den ersten Blick

Von GÖTZ von BOEHMER

Als zwölfjähriger Schuljunge habe ich erstmals von Detroit gehört, als wir Theodor Fontanes Gedicht „John Maynard" lasen, in dem von der Rettung der Passagiere eines Schiffes die Rede ist, das über den Erie-See von Detroit nach Buffalo fährt und dabei in Brand gerät. So wußte ich immerhin, daß Detroit an den Großen Seen zwischen den USA und Kanada gelegen ist.

Manche bezeichnen die Nordstaaten abschätzig als den „Rust Belt", also den Rostgürtel, in dem die alten Industrien mit Strukturproblemen kämpfen, und setzen es im Gegensatz zum „Sun Belt", dem Sonnengürtel im Süden der USA, wo sich nicht nur sonnenhungrige Touristen vergnügen, sondern auch moderne High-Tech-Industrien entwickeln. Ganz zutreffend ist dieses vereinfachende Bild nicht. Die Automobilindustrie hat im vergangenen Jahr einen gewaltigen Aufschwung genommen.

Der Neuankömmling wird dies nicht auf den ersten Augenblick erkennen. Wenn er die Stadt Detroit betritt, wird ihm manches mißfallen. Er wird bemerken, daß es an modernen Einkaufszentren und Warenhäusern fehlt und ganze Straßenzüge auf eine Sanierung warten. Detroit hat mit besonderen Problemen zu kämpfen. Die eigentliche „City of Detroit", die nur knapp 1,2 Millionen Einwohner zählt, hat eine Bevölkerung, die zu knapp 70 Prozent aus Schwarzen besteht. Viele Weiße wie auch Schwarze der gehobenen Mittelschicht sind in die umliegenden Ortschaften abgewandert. Zurückgeblieben ist die sozial schwache schwarze Bevölkerung.

Dies erklärt, warum der Bürgermeister und seine Verwaltung es nicht leicht haben, die Stadt modernen städtebaulichen Anforderungen entsprechend zu entwickeln. Dennoch ist in den letzten Jahren vieles zur Neugestaltung geschehen.

Der Besucher, der mehr als nur einen Tag in Detroit weilt, wird aber auch die städtebaulich ein Ganzes bildenden umliegenden Ortschaften kennenlernen. In ihnen herrscht pulsierendes Leben. Hier befinden sich viele der modernen Büro- und Warenhäuser. Hier befinden sich auch die weit ausgedehnten Wohnviertel, teilweise von einer Großzügigkeit, Weitläufigkeit und Eleganz, die den Besucher nur staunen läßt. Der besonders elegante Vorort Bloomfield Hills (in dem unter anderem Roger B. Smith, Chairman von General Motors, und Lee Iacocca, Chairman von Chrysler und potentieller Präsidentschaftskandidat wohnen) hat bei einer Bevölkerungszahl von 3500 Einwohnern das höchste Pro-Kopf-Einkommen in den USA.

Schon frühzeitig sind Deutsche nach Detroit und dessen Umland gekommen und haben sich als tüchtige Farmer, Handwerker, Kaufleute und Wissenschaftler erwiesen. Die Wogen der Einwanderung sind heute versiegt. Aber noch immer erinnert sich ein Viertel der Bevölkerung der USA und gerade auch des Mittleren Westens an ihre deutsche Herkunft. In Detroit gibt es 23 deutsche Vereine, zwei deutsche Sonnabendschulen, deutsche Kirchengemeinden und zahllose Gebäude, Institutionen und Namen, die an die deutsche Besiedlung erinnern.

Der Autor ist Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland

RENAISSANCE-ORGANISATION / Vitalität für die „Rostschüssel" Detroit

Neues Leben und neuer Glanz

Von ROBERT McCABE

Wie viele Industriestädte mußte auch Detroit mit tiefgreifenden ökonomischen Veränderungen fertig werden. Die führenden Industriezweige mußten sich der globalen Wirtschaftsentwicklung anpassen, und gleichzeitig mußten große Anstrengungen unternommen werden, um neue Industrien heranzuziehen.

Detroit hatte sich außerdem mit sozialen Problemen auseinanderzusetzen, die teilweise aus den wirtschaftlichen Wandlungen resultierten. Die sozialen Unruhen der sechziger Jahre waren hier jedoch kein typisches Phänomen dieser Stadt, sondern sie regten sich in der ganzen Nation, ja in der ganzen Welt.

Aber Detroit bildete als erste Stadt der USA eine Organisation namens „New Detroit", in der alle Elemente der Gesellschaft zusammmenfanden, um ihre Sorgen auszutauschen, gemeinsame Interessen festzustellen und Programme zu entwerfen, die geeignet waren, gesellschaftliche Probleme zu lösen oder zu mindern – oder sogar ihr Entstehen zu verhindern. Wie erfolgreich diese Bemühungen waren, läßt sich daran messen, was alles in den schweren Zeiten der jüngeren Vergangenheit nicht passiert ist: Trotz der anhaltenden Probleme kam es zu keinen Ausschreitungen mehr.

Geschäftswelt mit Elan

Unter dem Banner der Detroiter Renaissance-Organisation brachte dann die Geschäftswelt der Gemeinschaft neben ihrem persönlichen Einsatz und ihrer Erfahrung die für die städtische Wiederbelebung notwendigen Mittel auf. Die Organisation wurde 1970 von solch bekannten Firmen wie General Motors, Ford und Chrysler sowie den großen Banken und Versorgungsunternehmen gegründet.

Detroit Renaissance ist eine gemeinnützige Organisation, die das belastende Erbe der industriellen Vergangenheit und die Probleme der Gegenwart in den Griff zu bekommen und sie in eine verheißungsvolle Zukunft zu transformieren versucht.

Von Beginn an hat sich Detroit Renaissance stets auf die bauliche Entwicklung konzentriert. Sichtbarer Ausdruck ist das Renaissance-Center-Gebäude. Unter der Leitung von Henry Ford II. förderte die Renaissance-Organisation die Finanzierung des Baus bei den großen Handels- und Industrieunternehmen. Aus einem verlassenen Lagerhaus im Industriegebiet entstand auf diese Weise ein schimmerndes Symbol städtischer Wiederbelebung.

Weniger bekannt sind andere Entwicklungsprojekte, an denen Detroit Renaissance gearbeitet hat und immer noch arbeitet. Sie lassen sich in sechs Gebiete unterteilen:

1. **Entwicklungsplanung.** Dazu gehört die bauliche und ökonomische Planung für Gegenden, die in der nahen Zukunft ein klares Potential versprechen.

2. **Grundstückserwerb.** Das Detroit-Renaissance-Center verfügt über einen besonderen Fonds, mit dessen Hilfe es Schlüssel-Grundstücke übernehmen und eine Zeitlang kontrollieren kann, bevor es das Eigentumsrecht demjenigen Bewerber überträgt, der sich am besten für die Durchführung des entsprechenden Projekts eignet.

3. **Gebäude-Recycling.** Gemeinsam mit einem Privatunternehmen hat Renaissance vier leerstehende, aber strukturell intakte und repräsentative Bürogebäude in Detroit erworben und sie zu Apartments mit 407 Wohnungseinheiten umgestaltet. So wurde aus einem stagnierenden kommerziellen Stadtgebiet eine funktionierende Wohngemeinschaft.

4. **Annehmlichkeiten.** Mit tatkräftiger Unterstützung und in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung war Detroit Renaissance in der Lage, kleine – aber auffallende – Verschönerungen in Schlüsselgebieten der Innenstadt anzubringen, zum Beispiel einen Mini-Park, neue Uferlaternen, die Restaurierung historischer Skulpturen und die Bepflanzung von Boulevards.

5. **Nachbarschaftshilfe.** Detroit Renaissance hat in verschiedenen historischen Orten der Umgegend Planungshilfen und Überwachung von Bauarbeiten geleistet. Es hat sich um die Hausreparaturen von Familien der unteren Einkommensgruppen mit Rat und Tat gekümmert.

6. **Unterstützung spezifischer Projekte.** Mit seinem Fachwissen und seinen finanziellen Mitteln hat Detroit Renaissance zur Fertigstellung eines Industrieparks, eines Apartment-Gebäudes am Flußufer und einer Allee in der Innenstadt beigetragen.

Außerdem: Um gerade der Innenstadt mehr Vitalität und Attraktion zu verleihen, hat Detroit Renaissance ein sorgfältig geplantes und durchgeführtes Programm von Sonderveranstaltungen gestartet. Das „Internationale Detroit/Windsor Freiheitsfestival" ist inzwischen die größte Feier ihrer Art im nördlichen Amerika. Mehr als drei Millionen Menschen aus den Vereinigten Staaten und aus Kanada nehmen an den variationsreichen Darbietungen teil.

Jazz aus Detroit

Das 1980 gegründete „Montreux Detroit Jazz Festival" ist zu einem berühmten Ereignis geworden. Nicht weniger als 75 Konzerte finden im Freien statt, mit fast tausend Detroiter und internationalen Musikern.

Der „Detroit Grand Prix" hat die Aufregung und Spannung eines Formel-Eins-Meisterschaftsrennens in die Straßen der Innenstadt gebracht und Detroits Anspruch als Auto-Hauptstadt der Welt neues Leben und neuen Glanz verliehen.

Auch ein funktionierendes Transportsystem ist wichtige Voraussetzung für das wirtschaftliche Wohlergehen einer Gemeinde und für die Mobilität ihrer Bürger. Hier hat Renaissance die Gesetzgebung und die folgenden Bemühungen um ein ausbalanciertes öffentliches Transportsystem in der Region unterstützt; so wird die Fortbewegung großer Menschenzahlen im gesamten Stadtgebiet auf reibungslose und angenehme Weise garantiert.

Die jüngsten Wirtschaftsstatistiken für das Gebiet von Detroit sind sehr ermutigend. Unsere Grundindustrien erholen sich, wobei sie die neue Technologie, die den Schlüssel zur ökonomischen Zukunft bildet, weiter entwickeln und einsetzen. Detroit verfügte schon immer über ein reiches Reservoir qualifizierter Arbeitskräfte und finanzieller Mittel. Und jetzt sind wir auf allen Ebenen organisatorisch in der Lage, unsere eigene Zukunft zu planen und zu gestalten.

Ich glaube, daß Detroit wirklich eine Stadt der Renaissance ist. Angesichts dessen, was wir heute leisten, wird Detroit im Jahre 2000 eine ganz andere Stadt sein als gegenwärtig.

Der Autor ist Präsident der Renaissance-Organisation in Detroit.

SANIERUNGS-PROGRAMM / Hochbahnsystem, Industrie und Spielcasinos

„Was wir brauchen, sind Jobs"

Von BRUCE ALPERT

Coleman A. Young, der flamboyante Bürgermeister von Detroit, hat in einer Woche im Oktober für 200 Millionen Dollar die Erweiterung von Tagungszentren in der Stadt eingeläutet, der Eröffnung eines neuen Holiday-Inn-Hotels beigewohnt, eine Pressekonferenz zur Neuentwicklung einer leerstehenden Brauerei geleitet und die Finanzierung eines riesigen Recycling-Projekts gesichert.

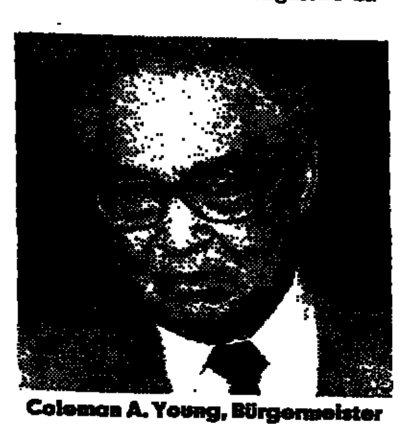
„Das beweist, daß die Stadt nicht auf dem Weg zurück, sondern daß sie wieder da ist", sagte Coleman A. Young, nachdem er verkündet hatte, daß die Anlagen der Stroh-Brauerei abgerissen und in ein Bürogelände verwandelt würden. Die hundert Jahre alte Brauerei war Anfang des Jahres geschlossen worden, wobei mehr als 1000 Menschen ihre Arbeitsplätze verloren hatten.

Die Veranstaltungen dieser Woche bedeuteten eine Botschaft der Hoffnung – sowohl für die Jugend wie für die 1,2 Millionen Einwohner der Stadt. Sie hatten eine Welle krimineller Brutalität überstanden, die selbst für eine Stadt, der man den Spitznamen „Mörderhauptstadt" gegeben hatte, außergewöhnlich war.

An einem Freitag vor nicht langer Zeit wurden elf Teenager verletzt, als ein jugendlicher Pistolenschütze in einem vollbesetzten Restaurant das Feuer auf College-Studenten eröffnete. Eine Woche danach wurde kurz vor der Halbzeit auf die Zuschauer eines Universitäts-Fußballspiels geschossen.

Innerhalb von drei Tagen wurden 400 Brände gezündet, viele darunter von Jugendlichen. Das „Feuerfest" hatte mit „Halloween" zu tun, einem aus Schottland stammenden Neujahrsbrauch. Doch in Detroit schossen die Jugendlichen weit über die Tradition hinaus; sie richteten Schäden aller Art an. Trotzdem stellte sich heraus, daß die Schadenssumme des vergangenen Jahres um 40 Prozent unter der des Vorjahres lag.

Für den 67jährigen Coleman A. Young, den Bürgermeister, war das Problem der Jugendkriminalität zunächst verwirrend. Er pflegte Gesprächspartnern zu erzählen, er erwäge zwar scharfe Maßnahmen, aber er wisse nicht, ob sie etwas nützten. „Was wir brauchen, das sind Jobs, Jobs und noch einmal Jobs." Noch sind 15 Prozent der Stadteinwohner arbeitslos – weniger zwar als vor vier Jahren, aber besonders sind die schwarzen Teenager betroffen. Deshalb fördert der Bürgermeister mit aller Kraft neue Programme, die der Arbeitslosigkeit in der Stadt entgegenwirken. Fast jeden Tag, so sagen seine Berater, telefoniere er mit finanzkräftigen Unternehmen, um sie aus ihren reichen Vororten und aus den Städten des Sonnengürtels zurückzuholen in seine City, die sechstgrößte der Vereinigten Staaten.



Coleman A. Young, Bürgermeister
FOTO: DIE WELT

Young beginnt das neue Jahr mit einem überwältigenden Sieg in der Bürgermeisterwahl; seinen Opponenten Thomas Barrow hat er mit 61 zu 39 Prozent auf die Plätze verwiesen. Damit tritt er als erster Bürgermeister von Detroit seine vierte Amtszeit an. Diese Politik, sagt er, zeigt jetzt ihre ersten Früchte: „Wir haben ein paar sehr große Projekte auf den Reißbrettern. Allein schon die erfolgreich abgeschlossene Erweiterung der Cobo-Hall, des großen Kongreß-Zentrums der Stadt und der Bau einer Recycling-Anlage ist mehr, als andere Stadtverwaltungen in zwanzig Jahren leisten. Wir haben einen vollen Teller vor uns."

Detroits wirtschaftliche Probleme sind aus einer landesweiten Rezession entstanden, die zu einem landesweiten Absinken der Autoproduktion, der Lebensader der Stadt, führte. Der Verlust an Arbeitsplätzen wurde noch verstärkt durch die Konkurrenz japanischer, deutscher und französischer Autohersteller.

Coleman A. Young, der erste schwarze Bürgermeister der City, ist der Meinung, daß die Stadt darüber hinaus eine bedenkliche Trübung ihres Images, teilweise verursacht durch den Rassismus, hinnehmen mußte. Detroits Bürgerschaft besteht zu zwei Dritteln aus Schwarzen, weshalb manche Leute, so klagt der Bürgermeister, die Stadt als „schwarz" abgeschrieben haben.

Zur Erholung der Stadt, sagt Young, trägt seine Bereitschaft bei, Unternehmen bei der Niederlassung oder Erweiterung in Detroit zu unterstützen. Wie kaum eine andere Stadt bietet Detroit lukrative Steuernachlässe und günstige Finanzierung von Entwicklungsprojekten. Hinzu kommt, daß während der wirtschaftlichen Rezession die Grundstückspreise derart gesunken sind, daß die Stadt Investoren „Schnäppchen" anbieten kann.

„Er ist ein Volksheld in Detroit", sagt der Geistliche James Wadsworth, ein vom Bürgermeister ernannter politischer Berater. „Die Leute lieben ihn und werden es immer tun. Wenn er will, kann er sein Leben lang Bürgermeister bleiben."

Beide führenden Tageszeitungen von Detroit begrüßten seine Wiederwahl, aber sie plädierten für einen offeneren Regierungsstil.

Young legt für 1987 einen 210-Millionen-Dollar-Plan zur Fertigstellung des „People Mover" vor, eines automatisierten Schienen-Hochbahnsystems für die Innenstadt. Obwohl schon jetzt die Kostenvoranschläge überschritten sind, sagt der Bürgermeister voraus, daß damit neue Geschäfte in die City gelockt werden.

Keines der im Bau befindlichen oder auf dem Reißbrett entstehenden Projekte verspricht jedoch so viele Arbeitsplätze wie Glücksspiel-Casinos. Der Bürgermeister will in Kürze eine Kommission einsetzen, die das Für und Wider des legalisierten Glücksspiels in Detroit einschätzen soll. Falls es dazu kommt, wäre Detroit – neben Atlantic City und Las Vegas – die dritte amerikanische „Gambling"-Stadt.

Der Autor ist Redakteur bei der Tageszeitung „Detroit News".

Detroit
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Und auch zum Urlaub

Gewiß, „downtown" Detroit, die City der sechsgrößten amerikanischen Stadt, verwöhnt den Besucher nicht gerade mit Attraktionen. Besonders nach Einbruch der Dunkelheit liegt sie weithin verlassen da, und die Einheimischen warnen den Fremden immer noch davor, sich nachts allein auf die Straßen zu wagen. Wer es trotzdem tut und völlig ungeschoren davonkommt, ist natürlich geneigt, den Unkenrufern wenig Glauben zu schenken.

Abgesehen davon, daß sich die Stadtverwaltung gemeinsam mit privaten Unternehmen bemüht, den Bürgern und auswärtigen Gästen auch am Feierabend Möglichkeiten der Erholung und Entspannung zu bieten, wie etwa im quirlenden „Greek Village", sollte man Notiz davon nehmen, was Detroit – diese vielgeschmähte und international hämische bemitleidete Stadt – tagsüber leistet, um ihrer eingestandenen Misere zu entkommen. Da gibt es Glanzpunkte, die – ebenfalls auf internationaler Ebene – jedem Vergleich standhalten.

Zum Beispiel die Schiffahrt. Jame H. Kellow, Geschäftsführer der Detroiter Hafenbehörde, verkündet mit Stolz: „Detroit öffnet dem europäischen Handelspartner die besten Türen zu den attraktiven Märkten unseres Landes."

Und das städtische „Convention Bureau" wendet seine Kräfte auf, um Detroit von einer ganz unerwarteten Seite her zu propagieren: als Zentrum großer Kongresse mit der riesigen Cobo-Hall im Mittelpunkt und als touristisches Ziel.

Letzteres will auf den ersten Blick nicht einleuchten. Detroit im Urlaub? Nun, da fährt man selbstverständlich über das Stadtgebiet hinaus an die großen Seen, wo es genügend Gelegenheiten zum Campen und zu sportlicher Betätigung gibt. Rund um die Stadt existieren nicht weniger als sechzehn Golfplätze beispielsweise, und wer auf Kultur aus ist, kommt in den Museen der Stadt oder bei den Konzerten ihres international renommierten Symphonieorchesters voll auf seine Kosten.

St.

BÜRGERMEISTER COLEMAN ALEXANDER YOUNG / Ein Porträt

Vom Rebellen zum Taktiker

Von WOLFGANG WILL

Er war zweimal verheiratet, ist zweimal geschieden worden, aus keiner der Ehen sind Kinder hervorgegangen – er hat sich, wie er einmal selbst sagte, „mit Gott und der Welt angelegt" hat Freunde verbiestert und sich Feinde ohne Zahl geschaffen, und ist trotzdem Anfang November mit 61 Prozent aller Stimmen zum viertenmal zum Bürgermeister von Detroit gewählt worden: Dieser Coleman Alexander Young (67) muß also doch ein „gewisses Etwas" haben – doch was ist es?

„Seit den Tagen meiner Kindheit, war ich ein Rebell gegen die Umstände, in denen ich mich fand", lautet eine seiner weiteren Selbstdarstellungen, und sie ist eher eine Untertreibung: Er kam als das älteste von fünf Kindern am 24. Mai 1918 im hinterwäldlerischen Tuscaloosa im US-Bundesstaat Alabama auf die Welt. Sein Vater schlug sich notdürftig als Schneider durch, arbeitete nachts als Wächter für die Post.

1924 zog die Familie nach Detroit um, wo Coleman Senior wieder eine Schneiderei eröffnete.

Coleman jr., der heutige Bürgermeister, besuchte in Detroit eine katholische Volksschule. „Hier wurde mir zum erstenmal bewußt", blickt der heutige Bürgermeister der Automobilstadt zurück, „was es heißen kann, Schwarzer zu sein" – womit er auf folgende Begebenheit anspielt: „Du mußt doch von Hawaii sein?", wurde er von einem Lehrer, einem Weißen natürlich, gefrotzelt, woraufhin Young antwortete: „Nein, Bruder – ich bin ein Farbiger". Das „Bruder" in diesem Zusammenhang war in der damaligen Zeit regelrechtes Ketzertum, ein Aufbegehren, eine Beleidigung des weißen Lehrers.

Er ließ Schule Schule sein und freundete sich in seinem „Revier" – dem Farbigen-Ghetto mit dem bezeichnenden Namen „Black Bottom" (Schwarzer Grund) mit Gewerkschaftsaktivisten an, die aus Friseurgeschäften heraus agitierten, um so wenig wie möglich aufzufallen.

„Das war die formative Epoche meines Lebens", sagt Coleman Young – daß sich die entsprechenden Aktivitäten oft zumindest am Rande des Erlaubten, mitunter außerhalb der Gesetze abspielten, war für ihn, den jungen Stürmer und Dränger, nur selbstverständlich und die notwendige Antwort auf die Gegebenheiten.

Young war, legt man europäischen Maßstab jener Zeit an, ein Radikalsozialist, wenn nicht Kommunist. Nachdem er einmal einen Vorarbeiter mit einer Stahlröhre bewußtlos geschlagen hatte, wurde er von der Ford Motor Company gefeuert. Seinen nächsten Posten bei der Post verlor er kurze Zeit später, weil er sich wieder politisch außerhalb der Gesetze betätigte.

1941 diente er in der berühmten farbigen Luftwaffeneinheit Tuskegee, aus der er vorzeitig entlassen wurde, weil er mit einem Sitzstreik dagegen protestierte, daß ein Offiziersclub in Indiana sich weigerte, Schwarze zu bedienen.

Dann schlug sich Coleman Young als Taxifahrer, Schlachthof- und Gelegenheitsarbeiter durch, betätigte sich in der Demokratischen Partei: Er war „ruhiger" geworden, der Rebell hatte sich die Hörner abgestoßen, er ging taktisch geschickter vor als in seinen Rebellenjahren – und erreichte eben auch etwas: 1964 wurde er Landtagsabgeordneter im Michigan-Parlament, und nach heftigem Ringen vor den Gerichten wurde Coleman Young 1973 zum Bürgermeister gewählt, zum ersten Mal. 14 000 Stimmen waren für ihn mehr als für seinen Gegenkandidaten abgegeben worden. Bei der letzten Wahl zählte sein Vorsprung nach Millionen.

(SAD)

Fleetwood für die Diplomaten

Die Erschließung neuer Absatzmärkte ist neben der Devise „Kostensparen durch Kooperationen" das häufigste Thema der Automobilbranche in Detroit. Mit Stolz gab Cadillac bekannt, daß zum ersten Mal eine Flotte von Luxus-Limousinen in die Volksrepublik China verkauft und jetzt geliefert wurde. Die Wagen kommen beim Diplomatischen Corps in Peking zum Einsatz. Die erste Einheit besteht aus 15 Fleetwoods mit Heckantrieb und separater Fahrer-Kabine sowie fünf frontgetriebenen Fleetwood 75-Limousinen, ausgerüstet mit dem exklusiven, quer eingebauten 4,1 Liter-V8-Motor.

Es handelt sich um die erste Lieferung von GM-Wagen nach China seit 1951. Während der letzten Shanghai Motor Show zeigte General Motors Fahrzeuge, die aus Produktionsstätten dreier verschiedener Kontinente kamen. Zusätzlich zu Lieferwagen, Pritschenwagen und mittelgroßen Lastkraftwagen wurden den Besuchern unter anderem der Cadillac Fleetwood 75 präsentiert. Verhandlungen laufen über die Herstellung von Leichtlastwagen in China.

General Motors-Präsident F. James McDonald sieht neben den asiatischen und afrikanischen Märkten das wettbewerbsintensive Europa als wichtige Herausforderung der Zukunft. Nicht zuletzt, weil hier die Tendenzen im Automobildesign bestimmt werden.

„Wir wollen aber kein unnötiges Geld ausgeben, um dort mit Gewalt die Nummer eins zu werden", erklärte der GM-Präsident in einem Gespräch mit der WELT. Jahrelang habe das Detroiter Unternehmen in Europa nicht genügend investiert. Doch dieser Fehler sei längst erkannt worden.

Über die Zukunft des Automobils sagte der Manager, der seit 1942 bei dem Automobilhersteller beschäftigt ist, nacheinander Generaldirektor von Pontiac und später von Chevrolet wurde: „Nichts kann den Personen- und den Lastwagen ersetzen, wenn es darum geht, Menschen und Güter zu befördern. Das ist in Amerika so und in Europa nicht anders. Auch die vorsichtigsten Prognostiker sagen voraus, daß die Märkte der freien Welt jährlich zwischen zwei und drei Prozent wachsen werden. Zwei oder drei Prozent, das scheint nicht viel. Wenn sie diesen Satz aber auf eine weltweite Produktion von 20 bis 30 Millionen Fahrzeuge beziehen, bekommt das doch Gewicht. Es bleibt ein weites Betätigungsfeld in den nächsten Jahrzehnten."

HOR

Martin Krieles Buch über das heutige Nicaragua

Willy, der Ameisenbär?

Zur fortschreitenden Sowjetisierung Nicaraguas fällt einem inzwischen so wenig ein wie zum Zynismus der Desinformanten zwischen Kiel und Konstanz, die gegen allen Augenschein im geknechteten Nicaragua ungerührt die totalitäre Sache der dortigen Herrscher verklären.

Allein in der Bundesrepublik mag die Zahl sogenannter Solidaritäts-Komitees für ein kommunistisches Nicaragua nunmehr bei 70 liegen. Doch ihr Aktivismus bliebe wirkungslos, gäbe es nicht unsere kuriose öffentlich-rechtliche elektronische Medienwelt, „die den Resonanzboden für die Desinformation bildet und sie dadurch erst möglich macht".

Martin Kriele, Staatsrechtler und Verfassungsrichter in Nordrhein-



Westfalen, Politiker und Publizist zudem, bereiste im Spätsommer 1985 das Zentrum der Krisenregion Mittelamerika, vornehmlich Nicaragua. Sein Ziel: sich endlich selber ein Bild zu machen über das Resultat jener Revolution von 1979, die damals in wenigen Tagen den Diktator Somoza wegwischte und unter dem Beifall der wie gewohnt ahnungslosen Weltöffentlichkeit sogleich daranging, „Frieden und Fortschritt" mittels Parteidiktatur durchzusetzen.

Das Resultat: ein Land im Kriegszustand, die Wirtschaft ruiniert, die Bürgerrechte suspendiert, die Menschenrechte ignoriert: „Die Menschen werden verhaftet und sollen andere denunzieren. Tun sie es nicht, werden sie nicht freigelassen. Sie werden nackt ausgezogen, sie werden an den Handgelenken aufgehängt, sie werden in sehr kleine Dunkelzellen gesperrt."

Soweit Kardinal Obando y Bravo in Managua. Martin Kriele hat Dutzende von Gesprächen geführt und aufgezeichnet. Mit Funktionären der Partei FFLN, mit Vertretern der legalen und illegalen Opposition, mit den „Konterrevolutionären" Adolfo Calero (FDN) und Pastora (ARDE). Doch kein Gesprächspartner umreißt die Misere des heutigen Nicaragua so präzis wie Luis B.: „Wenn der Campesino vor der Revolution 15 Cordobas pro Tag verdiente, so entsprach das 2 Dollar. Sein heutiger Verdienst beträgt weniger als einen Vierteldollar."

Der Campesino, Nicaraguas Durchschnittsbürger vom Lande, ist der große Verlierer der Revolution, die doch – wie üblich – in seinem Namen ausgerufen und ausgefochten worden war und die dann doch wieder nur – wie üblich – die städtische Intelligenz an die Macht brachte, die Ortegas und Arces, d'Escotos und Cardenals.

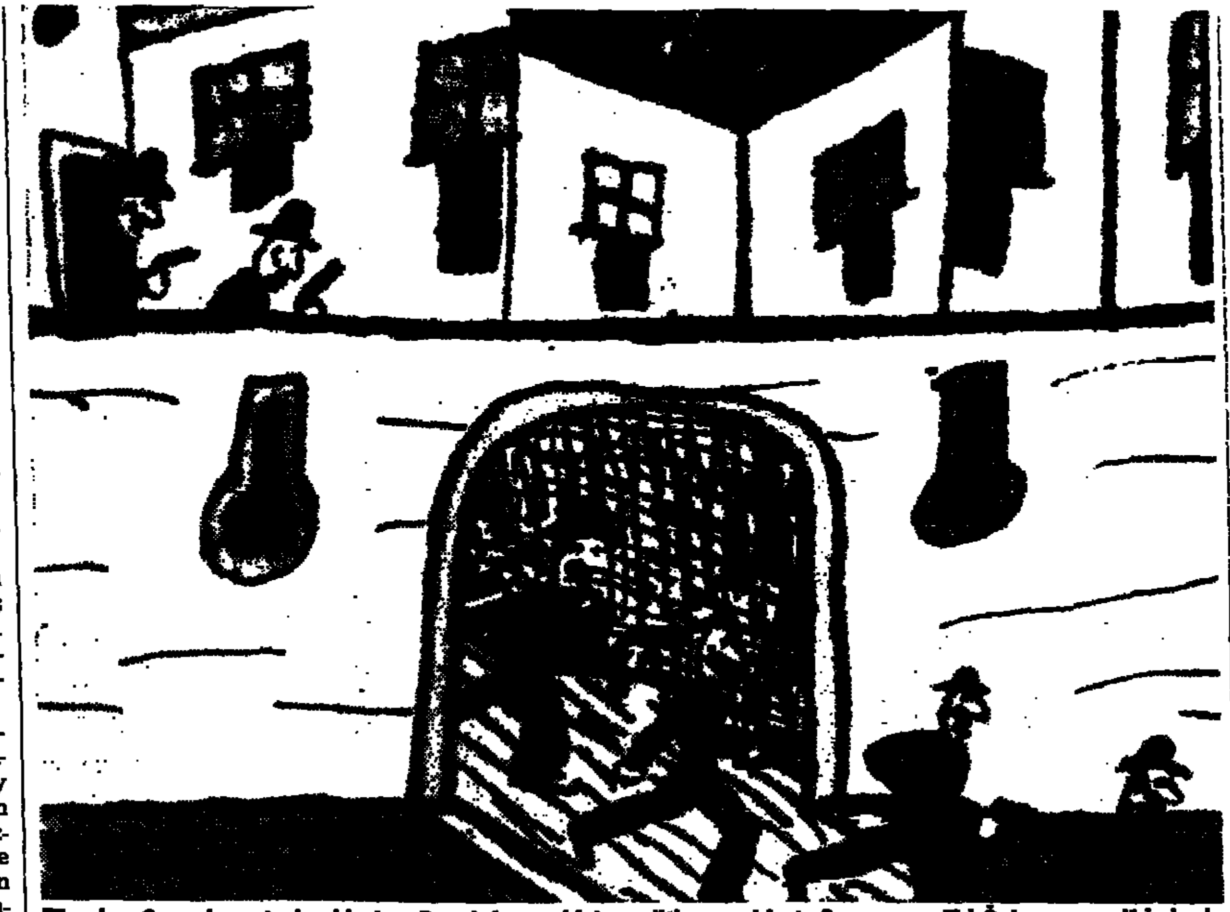
Sie alle nennen sich Sandinisten nach dem Volkshelden Sandino aus den zwanziger und dreißiger Jahren. Aber sie alle aus der neuen Herrscherclique verfahren exakt wie Marxisten-Leninisten.

„Wenn die Sandinisten Marxisten-Leninisten sind, bin ich ein Ameisenbär", tönte Willy Brandt. *Ist* Willy Brandt ein Ameisenbär?, fragt Martin Kriele, oder ist Willy Brandt ein nützlicher Idiot? Der nicaraguanische Christlich-Soziale Agustin Jarquin sprach für Martin Kriele ein vernichtendes Urteil auf Tonband: „Willy Brandts Wirkung ist sehr negativ. Er will die totalitäre Entwicklung nicht begreifen und gibt ihr damit grünes Licht."

Der nicaraguanische Sozialdemokrat Luis Riva Leva über Brandt: „Er interessiert sich gar nicht wirklich für den Frieden hier, sondern unterstützt die Leute, die das Land sowjetisieren." Martin Krieles Resümee: „In Nicaragua sind Träume von einer besseren Welt zusammengebrochen, Träume, an denen ich selbst teilhatte."

Es gibt freilich auch Zeugnisse von Menschen, die sich angesichts der sandinistischen Revolution von 1979 gegen alle Träume stellten. Schon während der sandinistischen Machtübernahme in Managua, am 18. Juli 1979, prophezeite der Leitartikler des Londoner „Daily Telegraph": „Mit ziemlicher Sicherheit, vielleicht nach einem kurzen kosmetischen Intervall wird Nicaragua nun Kurs auf Havanna und Moskau nehmen. Durch ihre Junta haben die Sandinisten zwar allerlei wohlklingende Reformen versprochen, natürlich auch Wahlen. Aber es wäre schon ein Wunder, wenn dabei nicht ein anti-amerikanisches, pro-kubanisches Regime herauskäme." H. JOACHIM MAITRE

Martin Kriele: „Nicaragua – Das blutende Herz Amerikas". Serie Piper, München. 186 S., 12,80 Mark



Für eine Sammlung tschechischer Detektivgeschichten lithographiert: Szene aus Jiři Šalamouns „Kriminal-Leporello". Aus der Wittlicher Ausstellung FOTO: DIE WELT

„Gemalte Träume" – Wittlich zeigt zeichnerische Variationen zu Märchen

Ein Drache muß auf die Guillotine

Ein kleiner Vogel sitzt auf den Schnurrbarthaaren eines gestiefelten Katers und zwitschert ihm was ins Ohr. Mit diesem Plakat lädt Wittlich in sein Altes Rathaus zu der Ausstellung „Sogni pinti" (Gemalte Träume) ein. Gezeichnet hat es Tony Munzlinger, der schon seit längerem in Italien lebt, aber seiner Heimatstadt weiterhin verbunden ist. Im vorigen Jahr richtete sie ihm eine Werkübersicht ein, und nun hat er sich mit einer sehenswerten Auswahl von Arbeiten bekannter Kinderbuchzeichner revanchiert.

Es ist jedoch keine reine Kinderbuch-Ausstellung. Nur die beiden Schweizerinnen Ruth Hürlimann und Antonella Bollinger-Savelli sowie die Polin Olga Siemasko zeigen Entwürfe für Kinderbücher. Die anderen bevorzugen zeichnerische und druckgraphische Variationen über Märchen und Kinderbuchthemen.

Tony Munzlinger selbst ist mit den Folien zu seinen Zeichentrickfilmen über die Abenteuer des Odysseus und die Taten des Herkules dabei. Von Emanuele Luzzati, dem Italiener, sind herrliche kolorierte Radierungen zu sehen, die die Geschichte von Pinocchio auf ein buntes Kulissentheater verlegen. Sein Landsmann Alberto Longoni führt hier mit zartem schwarzen Strich in skurril verwunschene Welten, unter Wasser oder auf Land, wo von der Berghöhe ein riesiger Drache die Leute in die Flucht schlägt, während unten der rettende Ritter schon heransprengt.

Bei dem Prager Jiři Šalamoun an der Wand gegenüber tauchen allerdings Zweifel auf, ob der Ritter unter den dunkel dräuenden Wolken wirklich des Sieges gewiß sein kann. Der Boden ist nämlich mit Knochen und Rüstungsfragmenten seiner Vorgänger übersät, die Prinzessin ringt die Hände, und der Drache scheint sich schon auf die nächste Rittermahlzeit zu freuen. Jiři Šalamoun liebt groteske Bilderfolgen im Stile alter Bilderbogen, und er liebt die Drachengeschichten. So kann man hier auf seinem „Kriminal-Leporello", das er als Geschichte ohne Worte für eine Sammlung von Kriminalgeschichten lithographierte, sehen, wie es dem Drachen ergeht, der des Königs Töchterlein fraß: Er wird nach allen Regeln der Kunst guillotiniert und zum königlichen Teppich degradiert.

Ähnliche Hintersinnigkeiten deuten auch die Bilder des Polen Marian Murawski an, die Volkssagen seines Landes aufnehmen. Da müssen zwei kräftige rote Teufel dem Bauern den Pflug ziehen, oder es droht ein Drache über einer Stadt, die von schwarzem Rauch eingehüllt wird.

Allein dieser vier Zeichner wegen lohnt der Besuch der Ausstellung, die die Arbeiten von elf Künstlern umfaßt: drei Polen, zwei Italienern, zwei Tschechen, zwei Schweizerinnen und zwei Deutschen (neben Munzlinger noch Klaus Ensikat aus der „DDR"). Es ist ein vergnüglicher Spaziergang durch Regionen der Phantasie und des Phantastischen. (Bis 19. Januar; kein Katalog) PETER DITTMAR

Düsseldorf: „Weininger" und „Ghetto" von Sobol

Wider den Selbsthaß

Eine Tür wird geöffnet. Zwei Menschen betreten die stockfinstere Bühne: eine Zimmervermieterin und ein junger Mann. Es ist der 23jährige Philosophie-Student Otto Weininger, der vier Monate zuvor sein Aufsehen erregendes Buch „Geschlecht und Charakter" veröffentlicht hat. Wir sind in Wien, im Haus Schwarzspaniergasse 15, in dem Beethoven starb, am Abend des 3. Oktober 1903. In dieser Nacht wird sich Weininger erschießen. „Weiningers Nacht" heißt das Stück des israelischen Dramatikers Joshua Sobol, das soeben im Kleinen Haus des Düsseldorfer Schauspielhauses, von Jean-Claude Kuner inszeniert, erstmals auf eine deutsche Bühne kam.

Die Wahl dieser Gestalt durch einen israelischen Autor verwundert nicht wenig, denn Weiningers bis heute umstrittenes (und immer wieder aufgelegtes) Buch trägt nicht nur Thesen vor, die, oberflächlich betrachtet, als frauenfeindlich gelten können: Weininger war Jude – und hat nichts so gehaßt wie das Judentum, schwärmte statt dessen vom Arier und dessen geistigen Prinzipien. Wie sich das zusammenreime, Weiberhaß und Judenhaß, genau das ist für Sobol die Frage.

Die letzte Nacht des Philosophen, den seine Zeit nicht zu Unrecht für ein Genie hielt, wird mit Rückblenden durchschossen. Sobol blättert Weiningers Leben auf: Das kleinbürgerliche Elternhaus zeigt er, den für Wagners „Meistersinger" schwärmenden Vater Leopold, die ausschließlich muttertierhafte Mutter (brillant: Jenny Lattermann). Der Freund Gerber tritt auf, der bei Sobol Berger heißt. Sigmund Freud erscheint und weist nach, daß Weiningers Thesen von einem Berliner namens Fliess stammen. Außerdem gibt es, von einer Frau zu spielen, einen „Doppelgänger", damit auch Fakten zu Wort kommen, die Sobol nicht darstellt.

Ein faszinierendes Mosaik entsteht. Und doch ist es Sobol um ein genaues Psychogramm des jungen Selbstmörders, um die Darstellung einer Identitätskrise nicht zu tun. Wie sich, überraschend, einen Abend später bei seinem Stück „Ghetto" herausstellt, ist er ein Thesen-Dramatiker, ein szenischer Agitator, wenn auch weit entfernt von der der Langweiligkeit, die im Gefolge der 68er Rebellion auf unsere Bühnen kam. Er zählt sich zur linken Opposition seines Landes, und nichts ist ihm mehr zuwider als der dort herrschende „Ultra-Nationalismus", wie er das nennt.

Weininger mitsamt seinem Größenwahn ist für Sobol nur eine Analogie. Beweisen will er, daß der Haß auf andere – Frauen, Juden, Araber – im Selbsthaß wurzelt. Und daß dieser dazu führt, sich selbst zu zerstören. Aber dieser Beweis bleibt lückenhaft, wahrscheinlich deswegen gibt Sobol so gern wortreiche Interviews über „Ghetto".

Für „Weininger" auf der Studiobühne hat Regisseur Kuner Ulrich Matthes, einen höchst differenzierten jungen Mann, ferner Christine Scherer als Freundin Clara und Wolfgang Hinze als Freud. Weil aber für die Gegenpositionen, auch für den Doppelgänger (Marianne Hoika, eine Zumutung) nur Minderbegabungen zur Verfügung standen, die den gelegentlich recht komplizierten Text nicht über die Rampe bringen, teilt sich das Stück nicht mit. Um so weniger, als Kunert in einem gelungenen Bühnenbild von Susanne Thaler Weininger kurzerhand als Neurotiker zeichnen läßt – und das ist gewiß zu simpel.

Seine Spitzenkräfte – Stefan Wigger (Srulik), Wolfgang Reinbacher (Gens), Alois Strempel (Weisskopf) – benötigte Düsseldorf für die Parallel-Produktion im Großen Haus. David Levine, einst künstlerischer Leiter der Habimah in Tel Aviv, führte Regie. Und siehe da, es kommt ein ganz anderes Stück zum Vorschein als in Daniel Benoins Inszenierung des gleichen Textes in Köln. Sie ist karg dekoriert (Adrian Vaux), lebt ganz von großen Schauspieler-Leistungen, und sie ist, wie die Urinszenierung aus Haifa und Peter Zadeks Berliner Produktion, ungemein unterhaltsam. Sie betont die gewagte Nähe des Werks zum Musical und hat in Krista Posch eine überwältigende Darstellerin der Sängerin Chaja.

Dennoch: Levines Inszenierung verzettelt sich nicht, sie bleibt übersichtlich und geradlinig. Und Sobols „Botschaft" – er hat tatsächlich eine – wird deutlich: Daß Nationalismus hie Nationalismus dort erzeugt. Den SS-Führer Kittel (Franz Froschauer) hätte man sich gefährlicher gewünscht, und man vermißt einige beklemmende Szenen, die Benoin in Köln einfielen. Das ändert indes nichts an der außerordentlichen Qualität der Düsseldorfer Inszenierung.

KATHRIN BERGMANN

Vor 102 Jahren wurde die Heilsarmee gegründet

Soldaten für die Armen

Wer sonst nichts von ihr weiß, der glaubt ihr Lied zu kennen: „Schon wieder eine Seele vom Alkohol gerettetet…" Aber selbst das stimmt nicht: Die Heilsarmee hat andere, bessere Lieder.

Unter dem Eindruck des unsäglichen Elends in den britischen Industriestädten wollte der Methodistengeistliche William Booth sich für die Opfer der industriellen Revolution, die hoffnungslosen Tagelöhner und Kranken, die Taschendiebe und Prostituierten (im victorianischen London vor der Jahrhundertwende allein mehr als 80 000) einsetzen. Er wollte ihnen Gott nahebringen und ihnen gleichzeitig ganz konkrete Hilfe bieten. Er predigte auf Straßen und in Kneipen und bemühte sich, ihnen Unterkunft und wenigstens einen



„Heilsarmee gegen Bundeswehr": Sigi Harreis moderiert FOTO: TELEBUNK

Teller warme Suppe zu verschaffen. Die Unterstützung durch die Kirchen und durch die wohlhabenden Bevölkerungsschichten blieb aus.

William Booth zog die Konsequenzen: 1861 gab er sein Pfarramt bei den Methodisten auf und gründete eine auf das Londoner East End begrenzte christliche Mission. 1878 wurde, mit 88 Mitgliedern bei der Gründung, daraus die Salvation Army, die Heilsarmee, mit militärischen Uniformen und Rängen vom Soldaten bis zum General, einer Zeitung mit dem Titel „Kriegsruf" und einer streng zentralistischen Organisation.

Gottes Wort, Suppe und Seife – die heute in fast allen Ländern außerhalb des Ostblocks verbreitete Truppe ist durchaus praktisch. Schon Booth hatte erkannt, daß einem hungrigen Magen schlecht predigen ist. Jedes Jahr werden weltweit ungezählte kostenlose oder spottbillige Mahlzeiten ausgegeben, tausende ledige Mütter in Heimen aufgenommen, hunderttausende entlassene Strafgefangene auf den ersten Schritten in die Freiheit begleitet, Kranke in eigenen Hospitälern gepflegt. Alkoholiker und Drogenabhängige finden sachkundige Hilfe und Beistand beim Entzug.

Weltweit hat die Salvation Army etwa 25 000 Offiziere (Leiter mit einer theologischen Ausbildung), rund 50 000 uniformierte Mitarbeiter und etwa drei Millionen Förderer in ihren Reihen. Tradition ist das Auftreten mit Kapellen, die Weisen zu frommen Texten spielen.

Etwas vom praktischen Sinn des Gründers geht aus der Antwort hervor, mit der er den Vorwurf parierte, er benütze für seine Lieder populäre Gassenhauer aus den Music Halls: „Warum soll nur der Teufel die guten, eingängigen Melodien haben?"

Besonders im kriegszerstörten Deutschland hat die Heilsarmee, die

Die Montagsmaler, 20.15 Uhr in der ARD

in der Bundesrepublik Deutschland etwa 10 000 Mitglieder hat, auf vielfältige Weise Hilfe geleistet. Heute unterhält sie hierzulande rund hundert Sozialeinrichtungen, welche sie teils aus staatlichen Zuwendungen, hauptsächlich aber aus Spenden finanziert.

Darauf sind die „Salutisten" angewiesen, dafür scheuen sie sich auch nicht (meist mit Erfolg), durch Lokale und Kneipen zu ziehen.

Das äußere Erscheinungsbild ist ungewöhnlich. Die öffentliche Missionstätigkeit, meist unterstützt durch einige Musikinstrumente, wirkt altmodisch. Doch für die Salvation Army spricht die Dankbarkeit Ungezählter, denen sie bis heute geholfen hat. Die Heilsarmee gehörte dem Weltrat der Kirchen (ÖRK) an, ohne sich selbst als Kirche zu verstehen. Sie trennte sich wegen theologischer Differenzen, vor allem aber wegen des Antirassismus-Programms vom ÖRK.

Frauen sind gleichberechtigt in der Heilsarmee und können nach entsprechender Ausbildung (in der „Kadettenschule") auch Offiziersränge bekleiden, doch der Oberkommandierende, der General, war in der über hundertjährigen Geschichte immer ein Mann.

Einmal schien die weltweite Anerkennung sicher: 1978, zu ihrem 100. Gründungstag, hatten Politiker aus vielen Ländern die „Armee der praktischen Nächstenliebe" für den Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen. Es blieb beim Vorschlag.

HENK OHNESORGE

KRITIK

Fast wie im wirklichen Leben

Hurra, hurra, die Lindenstraße ist da! Niemand braucht sich fürderhin um seine Mitbewohner zu kümmern; künftig entfällt die lästige Pflicht, dem Nachbarn beizustehen, wenn es not tut, denn siehe: Einmal in der Woche liefert das Fernsehen ein hübsches Surrogat unseres sozialen Lebens: **Lindenstraße**, ARD. Wohlig kann man da dem bunten Lebensersatz zuschauen, kann erleben, wie die Hausmeistersfrau so bissig ist, weil es das herkömmliche Klischee so fordert, kann Ehestreit und Mutterliebe gewissermaßen mit feuchtem Finger nachzeichnen, es ist alles da, fast wie im wirklichen Leben. Jeden Sonntag werden wir also in die Lindenstraße umziehen, Woche um Woche, Jahr um Jahr, dort werden wir jeweils eine halbe Stunde lang unseren natürlichen Bedarf an Nachbarn, Freunden und dergleichen tanken, auf daß die harte Arbeitswoche desto störungsfreier ablaufe, und wenn wir in der Liedertafel am Dienstag darauf das schöne Lied von Matthias Claudius singen, das mit dem Vers endet: … „und unsern kranken Nachbarn auch!" – so werden wir an die Familie Beimer im ersten Stock des Hauses Lindenstraße Nr. 3 denken, die solch große Sorge um ihre Tochter Marion hat.

VALENTIN POLCUCH

Befragung um Mitternacht

Enttäuschend war diese Befragung um Mitternacht, die in der Reihe „**Deutsche**" (ARD) dem 1907 in Köln geborenen Literaturwissenschaftler Hans Mayer gewidmet war.

Mayers Lebenslauf ist exemplarisch für einen jüdischen Intellektuellen in der Weimarer Republik, der der Faszination des Marxismus erliegt, ins Exil geht, nach dem Krieg drei Jahre beim Hessischen Rundfunk in Frankfurt arbeitet und trotz seines schon seit 1930 gehegten Mißtrauens gegen Stalin 1948 nach Leipzig übersiedelt. Die Bundesrepublik Deutschland, wohin er 1963 „Republikflucht" beging, sei für ihn „trotz allem" ein Rechtsstaat, also muß das politische System, das er verlassen hat, ein Unrechtstaat gewesen sein.

Da hätte gebohrt werden müssen: Wie war das denn in Leipzig nach 1956, als seine und Ernst Blochs Studenten und Assistenten verhaftet und außer Landes getrieben wurden? Aber Gaus begnügte sich mit Fragen nach Thomas Mann und Bertolt Brecht, nach Auschwitz und Israel, die in gewohnter Eloquenz beantwortet wurden. ALBAN ROTT





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Marktplatz der Sensationen
Das tätowierte Porträt
11.25 Suche Familie – zahle bar
Komödie von Marcus Scholz
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

13.00 Wir werden euch nicht helfen können
Übertragung von der Verleihung des Friedensnobelpreises 1985 an die Internationale Ärztevereinigung für die Verhütung des Atomkrieges
14.15 Dem Leben verpflichtet
Ärzte und Atomkrieg
15.00 Liebe, Tod und Schmerz
5. Folge: Kinder haben
15.45 Die Spielbude
Sendung für Kinder
16.15 Tagesschau
16.25 Nobelpreisverleihung 1985
Aus Stockholm berichtet Albrecht Fölsing
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Das beliebte Unterhaltungsspiel mit Sigi Harreis
Heilsarmee gegen Bundeswehr
21.00 Panorama
Mit folgenden Beiträgen: Verleihung des Friedens-Nobelpreises / Aktion „Bürger fragen Journalisten e.V. / Arbeitsrecht und alliiertes Recht / Wie gefährlich ist ein Wasserwerfer?
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
Hochzeit unter dunklem Stern
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Bücherjournal
Sendung von Dieter Zilligen
Die Wiederentdeckung des deutschen Mittelalters, Neil Postmans Kritik an den elektronischen Medien, Jugend-Buch-Klassiker. Claude Simon, der diesjährige Literatur-Nobelpreisträger wird vorgestellt und der Dichter Ezra Pound porträtiert.
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

16.00 heute
16.04 Pinnwand
Mit Maren Bienhold
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
Mit Peter Kaadtmann
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
In Schönheit sterben
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Abenteuer Pipeline
Deutsche Ingenieure zwischen Armee und Guerrilla
Aus Kolumbien berichtet Harald Jung
20.15 Heinz Erhardt:
Natürlich die Autofahrer
Deutscher Spielfilm (1959)
Regie: Erich Engels
21.35 Ratschlag für Kinogänger
Manfred Delling bespricht „Novembermond" von Alexandra von Grote
21.42 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 heute-journal
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Westler
Mit Sigurd Rachmann, Rainer Strecker, Andy Lucas u. a.
Regie: Wieland Speck
23.30 Frank Elstner:
Stippvisite in Las Vegas
Mitten in der Wüste Nevadas liegt das Spielerparadies Las Vegas, das daneben noch den Titel „Welthauptstadt der Unterhaltung" für sich beanspruchen kann. Frank Elstner hat sich in der Glücksspielmetropole umgesehen. Mit dabei: Dean Martin, Frank Sinatra, Liberace, Paul Anka und andere.
1.00 heute



Sie proben einen Mord: Eberhard Feik, Claudia Wedekind und Peer Augustinski (von links) in „Es muß nicht immer Mord sein" heute um 18.20 Uhr im ZDF FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Ernst Ludwig Freisewinkel: Brüsseler Ansichten
20.45 Rückblende
Vor 80 Jahren: Robert Koch erhält den Nobelpreis für Medizin
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Straßenflirt
Film über die B 1, den Ruhrschnellweg
22.15 Drei vor Mitternacht
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Computerclub
19.00 Kleine Pause? – Keine Panik! (7)
19.15 Haste Töne?
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Toma
Krieg unter Gangstern
22.00 Frauen in der DDR (4)
22.45 Nach Wien
Fernsehspiel von Friedemann Beyer
0.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Unser Auto wird hundert
Der Tod fährt mit
19.05 Formel Eins
Die ARD-Hitparade
20.00 Tatort
Schöne Belinda
Kriminalspiel von Urs Aebersold
21.35 Drei aktuell
21.50 Bücher-Report
22.35 Letzte Hilfe
Ärzte und Atomkrieg
23.20 Vor vierzig Jahren
Wochenschau

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in … Siegen
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Meine Lieblingsgeschichte
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Die Körperfresser kommen
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Mit Donald Sutherland u. a.
Regie: Philip Kaufman
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Wie hamma's denn?!
20.00 So alt wie das Jahrhundert
Ernst Fritz Fürbringer
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Des Lebens Herrlichkeit
Italienischer Spielfilm (1970)
Mit Florinda Bolkan, Tony Musante, Toti dal Monte u. a.
Regie: Enrico Maria Salerno
23.15 Rundschau

SAT 1

13.30 Perrine
Frankreich … Frankreich
14.00 Charlie Chan
Charlie Chan beim Pferderennen
15.00 Mein Freund Taffdi
Besuch vom roten Reiter
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
Die Hochzeit
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Bezahlen Sie, Mr. Grainger!
18.00 Taxi
Die Fische des Freundes
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Drei Mädels vom Rhein
Deutscher Spielfilm (1955)
Mit Fita Benkhoff, Gardy Granass, Topsy Küppers u. a.
Regie: Georg Jacoby
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 Kulturmagazin
Filmgeschichte(n)
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künstler, Sport und Wetter
22.15 Ausflucht
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit Gene Barry, Joan Collins u. a.
Regie: Peter Graham Scott
Im britischen Geheimdienst gibt es eine undichte Stelle. Nur: Wer spielt hier ein doppeltes, ein schmutziges Spiel?
23.45 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
19.00 heute
19.30 Die heilige Kommune
750 Jahre Serviten
Dokumentation von Norbert Hölzl
20.15 Das Traumschiff
Urlaubsgeschichten auf See (6)
Von Werner Hanns und Herbert Reinecker
Mit Günter König, Sascha Hehn, Heide Keller u. a.
Regie: Fritz Umgelter
Ein junges Ehepaar, das in Scheidung lebt, ist von einer Illustrierten zum „Glücklichsten Paar des Jahres" gewählt worden.
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7 – Die Bilder des Tages
19.20 Karichen
19.30 Knight Rider
Serie mit David Hasselhoff
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Mörder hinter der Tür
Franz.-ital. Spielfilm (1970)
Mit Charles Bronson, Anthony Perkins, Jill Ireland u. a.
22.10 RTL-Spiel
22.20 Open end – AIDS
Anschl. Wetter / Horoskop / Betthupferl

Die Reise nach Prag

rst. – In einer ihrer letzten Ausgaben brachte die „Neue Prager Presse" ein Interview mit Frau Dr. Brigitte Brandt. Der Redakteurin Jarmila Vodičková erzählte die Autorin eines Buches über Erich Ollenhauer, wie sie für ihre Arbeit auch in Prag, wo Ollenhauer nach 1933 einige Jahre lebte, Material sammelte. „Ich habe auch das Büro der Exil-SPD gesucht ...", vertraute der „Neuen Prager Presse" Frau Brandt an. Und „... ebenso habe ich Ausschnitte aus den damaligen deutschsprachigen Zeitungen gefunden, die hier erschienen sind." Schon in „absehbarer Zeit", teilte Frau Brandt mit, könne es möglich sein, daß sie wieder nach Prag komme. Um „vor Studenten der Karls-Universität über meine Forschungen zu sprechen".

Für Prager Studenten wäre ein Vortrag über die Exil-SPD – die *Sopade*, wie sie sich damals nannte – sicher von großem Nutzen. Vielleicht würden sie auch erfahren, wie deutsche Sozialdemokraten von Mitgliedern der KPČ beurteilt und beschimpft wurden. Und für Frau Brandt wäre für ihren nächsten Prag-Besuch ein Tip wichtig: Damit sie nicht lange nach Häusern, die mit der Geschichte des sozialdemokratischen Exils verbunden sind, suchen muß, sollte sie sich an den besten Kenner der Geschichte des deutschen Exils in Prag, an Dr. Bohumil Cerný wenden, der bereits 1967 über die deutsche Emigration das Buch „Brücke zum neuen Leben" geschrieben hat. Allerdings – Cerný gehört zu den mehr als 450 tschechischen und slowakischen Historikern, die nach 1968 ihre Arbeit verloren haben.

So muß heute der Historiker und langjährige Redakteur der „Historischen Zeitschrift" als Hilfsarchivar drei Etagen unter dem Wenzelsplatz die Ablagen der Staatssparkasse bündeln. Nur gelegentlich darf er auch während des Tages Prager Straßen betreten, nämlich dann, wenn er – so wie kürzlich im Zusammenhang mit dem Stuttgarter Historiker-Weltkongreß – zu Verhören beim Staatssicherheitsdienst vorgeladen wird. Ob Frau Dr. Brigitte Brandt unter diesen Umständen Zeit für ein Gespräch mit dem Historiker Cerný haben wird?

Ein Maler wird rehabilitiert – Zur Lovis-Corinth-Ausstellung in Essen

Venus im flutenden Licht

Im Jahr 1924 hat Lovis Corinth ein Porträt des Reichspräsidenten Friedrich Ebert gemalt. Das Licht läßt vor allem das Gesicht in zwei Teile zerfallen. Bullig, von kraftvoller Fleischlichkeit springt die rechte Gesichtshälfte hervor. Der im Schatten liegende linke Teil tritt zurück in eine Dunkelheit, die fast wie ein Loch wirkt. Die Asymmetrie wird noch dadurch verstärkt, daß Nase und Kinnmitte deutlich gegeneinander versetzt sind. Bei aller physiognomischen Kenntlichkeit: Corinth hat ein reines „Ausdrucks"-Porträt gemalt, bei dem das malerische Ereignis das Wesentliche ist.

Es leuchtet ein, daß dieses Bild wenig Freude erweckte. Hohn und Spott – nicht nur für den Maler – waren die Folge. Und Ebert selbst ließ das Bild nach sechs Wochen aus dem Kronprinzenpalais, wo es ausgestellt war, entfernen. Und es setzt nicht nur dem Schicksal dieses Gemäldes einen tragisch-ironischen Akzent auf, daß die Nationalsozialisten es ein paar Jahre später für einen Spottpreis ins Ausland verkauften.

Auf vielfältige Weise ist dieses Ebert-Porträt für das Schaffen dieses ostpreußischen Malers, für seine Rezeption und seine kunstgeschichtliche Einordnung charakteristisch. Corinth, 1858 in Tapiau geboren, in Königsberg, München und Paris ausgebildet, schließlich in Berlin zu hohem Ansehen gelangt, ist immer ein umstrittener Künstler gewesen. Die einen wollten ihn ins 19. Jahrhundert verbannen, die anderen sahen in ihm einen Vorläufer tachistischer Pinselführung. Die dritten glaubten, eine innere Spaltung seines Werks zu beobachten. Die vierten warfen ihm vor, Impressionistisches, Expressionistisches und Naturalistisches zu vermengen. Und schließlich hatte er lange Zeit gar keinen Platz in einer Kunstszene, die Malerei fast nur noch als innovatorischen Akt oder formalstilistische Kulturattacke begriff.

Die Einschätzung Corinths, bislang von vielen Mißverständnissen und Vorurteilen geprägt, scheint sich in den letzten Jahren ins Positive gewendet zu haben. Wie Zdenek Felix in seinem Katalogtext zur jüngsten, übrigens vorzüglich zusammengestellten und gegliederten Corinth-Ausstellung im Essener Folkwang-Museum erläutert, hat das sicher einen Grund darin, daß die zeitgenössische Kunst wieder zu Bildinhalten, zum komplizierten Beziehungsgeflecht des Menschen in seiner geistigen wie sinnlichen Umwelt zurückgefunden hat. Und die Essener Ausstellung belegt es nachdrücklich: Gerade die Tatsache, daß Corinth sich vehement geweigert hat, traditionelle Kunstthemen preiszugeben, ohne deswegen auf moderne Sehweisen zu verzichten, begründet seinen hohen Rang.

Das Ebert-Porträt liefert dafür einige aufschlußreiche Anhaltspunkte. Der blaue Anzug, die langen Hände, der fast flüchtig hingepinselte, aus dem Licht begründete Hintergrund entsprechen Corinths spätimpressionistischer Grundauffassung des Malens. Aus Farbe und Licht entstehen Raum und Körper, eine unsichere, flimmernde Welt, die von der Atmosphäre lebt, sich selbst nicht gewiß, aber vielleicht gerade darum spannend, ereignisreich, für vieles offen. Und in diese flackernde Szene springt förmlich das derb-sinnliche Gesicht hinein, von expressiver Kraft und Selbstgewißheit erfüllt, ein Fixpunkt, ein Mensch ganz bei sich.

Wie weit die künstlerische Spanne bei Corinth reicht, kann man ablesen, wenn man zum Beispiel sein Porträt des Malers Bernt Grönvold (1923) mit dem von Wilhelmine (1915) vergleicht. Das Grönvold-Bild, wenige Tage vor dem Tode des Künstlers gemalt, löst das Körperliche völlig auf. Aus einem Hell-Dunkel-Kontrast entsteht ein gleichsam nur noch geistiges Ereignis. Dieser Mensch ist nicht mehr von dieser Welt. Ein inneres Licht, fast nur noch ein Mal-Ereignis, erhellt die Szene. Wilhelmine dagegen, ein junges Mädchen, ist in klaren, scharfen Konturen gemalt.

Und dennoch (oder gerade deswegen) wirkt hier alles künstlich. Die überladene Kleidung vom riesigen Hut bis zum hingestrichelten Mantel erscheinen wie auf einen Garderobenständer gehängt. Äußere Zutaten, aufgesetzte Kostümierung, wo eigenes Wesen noch nicht gewachsen ist. Das klare, helle Gesicht ist eher eine Möglichkeit und – in einem inneren Widerspruch – gerade darum fast naturalistisch genau abgebildet. Corinth bedient sich der Facetten je nach Bedarf: Wo das Abbild noch nicht in seine geistigen Dimensionen getreten ist, malt er die Erscheinung; wo es um Wesen und Ausdruck geht, sucht er nach aktiveren Darstellungsweisen.

Unter solchen Gesichtspunkten erschließen sich die literarischen und mythologischen Bilder Corinths, die stets am umstrittensten waren, auf überraschende Weise. „Susanna im Bade" zum Beispiel oder „Innocentia" beide von 1890 sind keineswegs malerische Überhöhungen. Hier wird keine Geistesgeschichte veredelt. Die Gesichter beider Frauen sind nicht „klassisch", sondern so könnte ein Dienstmädchen von 1890 aussehen, das man mit einer literarischen Rolle betraut hat.

Es geht Corinth um die Spannung zwischen geistiger und körperlicher Existenz, um das Bleibende und das „Aktuelle", um das immer wieder verwandelte Dasein des Menschen in seinen wesentlichen Bestimmungen. Auch das ist stilistisch widersprüchlich und spannungsreich: Das Vitale ist der Realität näher, das Szenarium entsteht aus dem, was wir heute so gern „behauptete Malerei" nennen.

Noch schärfer, noch konsequenter verfährt Corinth in Bildern wie die „Gefangennahme Simsons" (1907) oder „Götz von Berlichingen" (1917). Ein expressives Wogen aus Licht und Schatten, aus Farbe und Kontur. Das Leibliche bleibt immer nahe an der Natur, das Wesenhafte des Menschen drückt sich aus in spontanen Pinselbewegungen, in direkter Expressivität. Und das löst sich auf in fast tachistische Farb- und Pinselereignisse, wenn Corinth die „Geburt der Venus" (1923) malt. Die Figuren sind nur noch ansatzweise erkennbar. Um sie geht es hier – noch – nicht. Die Venus ersteht aus der Ungeformtheit des Lichts. Ein Akt des Werdens, der seine Schönheit erst in Energie und Farbkomposition andeutet.

Das alles zeugt von einer Freiheit im Umgang mit den künstlerischen Mitteln und Ausdrucksmöglichkeiten, wie sie nur ganz wenige Künstler dieses Jahrhunderts besessen haben. Bis in die zahlreichen Selbstporträts hinein – mal in sinnlicher Fülle, mal in strengem Ernst, mal in leuchtender Strahlkraft der Farben – handhabt Corinth seine malerische Begabung und die formalen Angebote zur umfassenden Selbsterfahrung des Menschen. (In Essen bis 12. Januar; in München vom 24. 1. bis 30. 3.; Katalog: 36 Mark)

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Der Mythos wandelt nur die Gesichter: Lovis Corinths „Innocentia" aus dem Jahre 1890



Bewegung von Licht und Schatten als geistiger Ausdruck: „Götz von Berlichingen" (1917) FOTOS: KATALOG

JOURNAL

Bremer Literaturpreis an Volker Braun

dpa. Bremen

Der diesjährige Bremer Literaturpreis ist dem in Ost-Berlin lebenden Schriftsteller Volker Braun zuerkannt worden. Die Jury der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung sprach dem Autor die mit 15 000 Mark dotierte Auszeichnung für seinen Roman „Hinze-Kunze" zu, der „eine so gescheite wie witzige, so schwierig wie vergnüglich zu lesende neue Version des Herr-Knecht-Themas" sei. In der „DDR" ist Brauns Buch sowohl vom Parteiorgan „Neues Deutschland" als auch von der Hallischen Regional-Parteizeitung „Freiheit" scharf gerügt worden.

Berlin veranstaltet „Kinderkinotage"

dpa, Berlin

In Berlin begannen die ersten „Berliner Kinderkinotage", die bis zum 15. Dezember dauern werden. Sechzehn Filme aus der Bundesrepublik, der „DDR" und den skandinavischen Ländern stehen auf dem Programm. Zu sehen sein werden unter anderem die Filme „Otto ist ein Nashorn" (Dänemark), „Sabine Kleist, sieben Jahre" („DDR") und „Rosi und die große Stadt" (Bundesrepublik Deutschland).

Das Wörterbuch der Académie Française

dpa, Paris

Zum 350. Jubiläum der Académie Française, das am 12. Dezember in Paris gefeiert wird, liegt der erste Band der 9. Auflage des Académie-Wörterbuches im Probeabdruck vor. Als Schirmherr der Académie erhält François Mitterrand das erste Exemplar. Maurice Druon, der Sekretär der Institution, gab jetzt bekannt, daß zu den bisherigen 35 000 Wörtern 10 000 neue, großteils aus dem Bereich der Wissenschaft stammende Ausdrücke aufgenommen wurden. An der 9. Ausgabe des „Dictionnaire de la Langue française", eines französischen „Dudens" mit kurzen Erläuterungen, wird seit nunmehr 50 Jahren gearbeitet. Die 8. Ausgabe war zwischen 1932 und 1935 erschienen.

Observatorium ist von Verfall bedroht

JGG. Krummhübel

Dem im Jahre 1902 gebauten, unter Denkmalschutz stehenden ältesten ostdeutschen meteorologischen Observatorium auf der Schneekoppe im Riesengebirge droht „beim nächsten Wintersturm" der völlige Zerfall. Der Warschauer „Express Wieczorny" registriert, daß das Objekt völlig „von Wandalen" demoliert worden sei, so daß die Meteorologen jetzt in einem Behelfslabor arbeiten müßten. Die Eigentümerin des Observatoriums, die Stadt Krummhübel, plant einen Neubau direkt neben dem alten Gebäude.

Paul Klee als Zeichner jetzt an der Waterkant

DW. Bremen

In der Kunsthalle Bremen wird eine Übersicht über „Paul Klee als Zeichner" gezeigt. Die Ausstellung, die zuvor in Berlin und München zu sehen war, wurde durch Werke aus Bremer Besitz ergänzt. Der Hauptkatalog kostet 20, der ergänzende 12, beide zusammen 30 Mark. Die Ausstellung endet am 5. Januar.

Tausendjährige Münzen bei Bauarbeiten gefunden

AFP, Peking

Vier Tonnen eiserner Münzen aus der nördlichen Sung-Dynastie (960–1127) haben Arbeiter bei Aushubarbeiten im Keller einer ehemaligen Druckerei in Baoji in der zentralchinesischen Provinz Shaanxi gefunden. Das älteste Stück dürfte aus der Zeit von Kaiser Shen Zong (1067–1077) stammen, das jüngste aus der Zeit von Kaiser Hui Zong (1119–1125). Drei Münzen tragen Inschriften dieses Kaisers, der ein bekannter Kalligraph und Maler seiner Epoche war.

Initiative für ein Calder-Museum

AFP, Paris

Ein „Freundeskreis Alexander Calder" ist in Saché gegründet worden, um im ehemaligen Wohnhaus des Künstlers ein Museum einzurichten. Der Amerikaner hatte 1953 in Saché ein Haus aus dem 16. Jahrhundert erworben. Im Garten ließ er ein Atelier errichten, in dem er bis zu seinem Tode 1976 arbeitete.

Potsdam rekonstruiert Kolonie „Alexandrowka"

dpa, Berlin

Die als Touristenattraktion bekannte Russische Kolonie „Alexandrowka" im Norden Potsdams, die 1826/27 nach dem Vorbild russischer Militärdörfer erbaut wurde, wird rekonstruiert. Bis zur 1000-Jahr-Feier Potsdams 1993 soll das Denkmal mit seinen zwölf Gehöften wieder originalgetreu hergestellt werden und soll dann Freizeitzwecken dienen.

Comeback nach 50 Jahren Stille: Franz Schrekers „Irrelohe" in Bielefeld

„Das Schloß, das die Liebe gebaut"

Eigentlich sind sich alle einig, die Musikwissenschaftler, die beim Blick in die Partituren leuchtende Augen bekommen, die Regisseure, denen beim Studieren der Textbücher die Assoziationen nur so zufliegen, die Sänger, die fluchen, weil es nichts Anstrengenderes, aber eben auch nichts Effektvolleres für sie zu singen gibt: Die Opern von Franz Schreker müssen wieder her! Das Wiederaufnahmeverfahren um das Œuvre des einst erfolgreichsten deutschen Opernkomponisten ist in Gang gekommen. Nun hat sich auch das Bielefelder Theater eingeschaltet: mit der ersten Wiederaufführung von Schrekers „Irrelohe" nach 55 Jahren.

„Irrelohe" war 1924 zugleich in Leipzig und Köln uraufgeführt worden – in Köln unter Otto Klemperer, der sein Theater zuvor schon zu einer Schreker-Hochburg ausgebaut hatte. Auch „Irrelohe" drehte damals ihre Runde über die Opernbühnen, bis gegen 1930 der ganze Schreker-Boom zusammenbrach. Ob das damals nur eine kurze Krise gewesen wäre, wenn nicht ab 1933 Schreker-Aufführungen in Deutschland flachgefallen wären, ist müßig zu diskutieren. Schrekers Opern versanken in 50jährigen Dauerschlaf, denn ihre schwülstige, schwüle Tonalität war das letzte, was nach dem Krieg Fürsprecher fand.

Es mußte wohl tatsächlich erst die Moderne durchgesetzt sein, Schönberg und die Seinen in die Klassizität entrückt werden, ehe man sich dieser späten Tonalität Schrekers vorurteilslos erneut widmen konnte. Aber schon beim Wort „Tonalität" stutzt man doch. Schrekers ganz eigene musikalische Leistung liegt darin, die Grenzen der Tonalität noch einmal zu weiten, über Strauss und Korngold hinauszugehen, eine Musik zu schaffen, die ungreifbar wird wie Luftschlösser, unberechenbar nach allen akademischen Regeln. Sie erzielt dabei Klangwirkungen von so betörender Suggestionskraft, von einer solchen Sinnlichkeit und Ekstase, daß sie einen eigenen Platz in jenem Museum namens Opernrepertoire durchaus verdient.

Die Geschichte der „Irrelohe" ist fast komisch: Auf einer Eisenbahnfahrt durchs Niederbayerische stoppte der Zug an einem kleinen Knotenpunkt, Irrenlohe. Der Ruf des Bahnbeamten und der seltsame Name der Station müssen so etwas wie Klangmagnetismus auf den Komponisten ausgeübt haben. Schreker jedenfalls dichtete sich ein Szenarium zu diesem Namen, und ein neuer Opernplan war geboren.

Was für Probleme müssen die Menschen in diesen zwanziger Jahre mit ihrer Erotik und ihrer Sexualität gehabt haben! Fast alle Opern aus jenen Jahren kreisen um jenen Psychokomplex von Eros und Triebstruktur. Bei Korngold geht es um nichts anderes, Bergs „Lulu" zielt dahin, von Schillings „Mona Lisa" spielt in diesem Themenbereich, Siegfried Wagner wird das Thema nicht los, ja sogar Richard Strauss gerät in diesen Dunstkreis.

Ein Graf, Herr auf Schloß Irrelohe, hat gleich nach der Hochzeit, gerade beim Verlassen der Kirche, seine Braut stehen lassen und vor allem Volke die tolle Lola vergewaltigt. Eine Generation später setzt die Opernhandlung ein. Nun quält sich Peter, Lolas Bankert, mit Lustproblemen und verliert Eva, die Försterstochter, an den legitimen Sohn des Grafen. Rache brütet noch immer ein Alter, dem der Grafenvater damals seine Lola entehrt hatte. Er betätigt sich jeweils zum Jahrestag der ruchlosen Tat als Zündler im Umkreis von Irrelohe. Nun, da es wieder Hochzeit auf Irrelohe gibt, muß das Schloß selbst daran glauben. Der Bankert enthüllt seine Abstammung und verlangt von dem gräflichen Halbbruder, die Braut mit ihm zu teilen. Es kommt zum Kampf. Peter stirbt. „Die reine Liebe des Grafen und Evas hat die 'irre Lohe' überwunden und läßt sie mit Zuversicht in eine glückliche Zukunft blicken." In Schrekers Text lautet das z. B. so: „Das ist ein Schloß, das die Liebe gebaut, / Es schlugen Flammen aus einem Wahn. / Der Bräutigam irr, eine Nixe die Braut, / Da hub ein großes Verderben an."

John Dew, der Regisseur der Bielefelder Aufführung, meint zu Recht, daß eine solche Handlung im Zeitgewand des Rokoko nicht mehr denkbar ist und verfrachtet mit seinem Ausstatter Gottfried Pilz die Handlung in die zwanziger Jahre. Aber er doktert doch zuviel an Schreker herum, wenn er diese Handlung zum Alp- und Lusttraum eines komponierenden Muttersöhnchens mit Max-Reger-Ähnlichkeiten umdeutet, dabei Umstellungen und Kürzungen vornimmt, Bezüge verändert und umkehrt. Ein Happy-End zwischen Peter und Eva ist nun wirklich genau das, was Schreker nicht gemeint hat. Die „irre Lohe", ein eineindeutiges Symbol für die animalische männliche Geschlechtslust, bleibt in Bielefeld ungelöscht.

Der Dirigent Rainer Koch und die ganz erstaunlichen Bielefelder Sänger (Cynthia Makris als Eva, Gerlinde Lorenz als Lola, Mario Brell als Graf, Joachim Seipp als Peter und Richard Panzner als Christobald) legen sich mächtig für Schreker ins Zeug. Das mag an einem großen Haus feiner und durchsichtiger klingen, aber dem Musiker Schreker widerfährt hier allemal mehr Recht als dem Theatermann.

REINHARD BEUTH

Lust- und Liebestraum in später Pubertät: Szene aus der Bielefelder Aufführung von Schrekers „Irrelohe" FOTO. STOCKMEIER

Münster zeigt Schätze der Steinzeitkultur der präkolumbianischen Indianer

Sie waren die Meister des Obsidian

Ein bislang nur selten dokumentiertes, aber visuell höchst ergiebiges Thema steht im Mittelpunkt einer Sonderausstellung im Geologisch-Paläontologischen Museum der Universität Münster: Sie gibt Antwort auf die Frage, aus welchem Material die präkolumbischen Indianer ihre Geräte und meisterhaften Plastiken herstellten.

Bis zur Ankunft der europäischen Eroberer besaßen selbst die Hochkulturvölker Mittel- und Südamerikas mit ihren Bilderschriften, einem weit entwickelten Zahlen- und Kalendersystem und mit politischen Organisationsformen von imperialer Größe nur ein technisches Niveau, das dem der europäischen Bauernkulturen der Jungsteinzeit entsprach. Die Metallverarbeitung war bekannt, aber bedeutungslos, sieht man einmal von der Herstellung von Schmuck, Kultfiguren oder Ritualgefäßen aus Edelmetallen ab. Erst im Kontakt mit Europäern verbreitete sich bei den verbliebenen Indianervölkern die Kenntnis, Eisen zu schmelzen und zu verarbeiten.

Die den Europäern gegenüber relativ unterentwickelte Technik kann aber nicht die Leistung der Indianer schmälern, die bei der Betrachtung feinster Geschoßspitzen oder Figuren aus hartem Gestein deutlich wird. Schon die etwa 10 000 Jahre vor Christus aufkommenden Geschoßspitzen nomadisierender Jäger, die nach dem ersten Fundort Clovis (Neumexiko) benannt sind, stellen Zeugen einer ungewöhnlich qualitätsvollen Steintechnik dar. Nicht selten liegen Steingeräte vor, die aufgrund ihrer bizarren Form, der hohen Zerbrechlichkeit und wegen des Fehlens von Benutzungsspuren als Grabbeigabe oder Würdezeichen anzusprechen sind.

Die Steinmetzkunst erreicht in der sogenannten Formativen Periode, also der Zeit der Seßhaftwerdung und Bodenkultivierung erste, glanzvolle Höhepunkte. Aus olmekischer Zeit sind die oft mehrere Tonnen schweren Kolossalhäupter ebenso wie die Meisterleistung in der Produktion von Kleinplastiken aus Jadeit bekannt. Später entstehen bei den Maya und Azteken sowie bei einigen südamerikanischen Völkern Plastiken von großer Perfektion.

Ihrem Verwendungszweck entsprechend fanden beinahe alle in Amerika vorkommenden Gesteinsarten Verwendung. Doch besaß das meist schwarz gefärbte Vulkanglas Obsidian eine besondere Rangstellung. Es eignete sich ähnlich wie der Feuerstein hervorragend für die Herstellung von Kleingeräten, wie in Münster Klingen, Geschoßspitzen, Beile, Schaber und Schmuckstücken anschaulich und eindrucksvoll demonstrieren.

Eine bedeutende Rolle bei der Herstellung von Großplastiken und Stelen, wie man sie im Bereich der Zeremonialzentren antrifft, spielt der Basalt, der wie Obsidian vulkanischen Ursprungs ist. Aber auch für Profangeräte, wie Maisreiben, Beile oder Grabstockbeschwerer, eignet sich das poröse, jedoch harte Material vorzüglich.

Jade in grünlichen oder bläulichen Farbvarianten besaß vor allem im goldarmen Mittelamerika als Schmuckstein eine Vorrangstellung. Das Rohmaterial wurde bergmännisch gewonnen, mit Verringerung der natürlichen Vorräte auch aus Flußgeröll gelesen.

Mitunter sind intensive geologische Untersuchungen notwendig, um die Herkunft und Lagerverhältnisse der von den präkolumbischen Indianern verwendeten Gesteinsarten zu ermitteln. Nicht selten erlauben die Ergebnisse Aussagen über wichtige Fragen zu Handelsverflechtungen, Transportproblemen und Verarbeitungsmethoden (bis 28. Februar 1986, mittwochs von 14 bis 17 Uhr, sonntags von 11 bis 12.30 Uhr).

DORIS BAUMBAUER

Neue Liszt-Aufnahmen von Jorge Bolet, Cyprien Katsaris, Dimitris Sgouros

Ein Knabe kämpft gegen Mephisto

Die Teldec hat das seltene Glück, gleich zwei Liszt-Intepreten von Rang betreuen zu können: Jorge Bolet und Cyprien Katsaris. Unter dem Decca-Label wurde vor einigen Jahren ein Liszt-Projekt mit Bolet gestartet, das auf insgesamt zehn Platten geplant ist. Teils werden komplette Zyklen vorgelegt (wie in der Einspielung der ersten beiden Bände der „Années de pèlerinage" oder der herrlichen Aufnahme mit den Transkriptionen von Schubert-Liedern), teils auch Einzelstücke, wie auf der jetzt erschienenen sechsten LP (Decca 6.43175).

Als nunmehr 70jähriger ist der gebürtige Kubaner auf der Höhe seiner Kunst: Schlechthin vollkommen ist sein Differenzierungsvermögen in der Klangfarbe und in den Übereinanderschichtungen von Stimmen, mitreißend die grandseigneurale Geste und die lyrisch strömende Kantabilität, mit der er so weitläufige Stücke wie die „Bénédiction de dieu dans la solitude" mit ihren weitgespannten melodischen Bögen zu gestalten vermag; und daß Bolet alles Virtuose in Poesie zu transzendieren vermag (wie etwa in „Venezia e Napoli"), versteht sich von selbst.

Cyprien Katsaris – ein eigensinnig Begeisterter, dem das Reich der Musik gar nicht weit genug sein kann – war als Liszt-Spieler weise genug, von Anfang an auf Ausgefallenes zu setzen. Mittlerweile in einer internationalen Karriere stehend, hat er eine fulminante Entdeckung gemacht: Beethovens Symphonien, transkribiert von Franz Liszt. Mit der grandios gelungenen „Pastorale" begann er vor drei Jahren; nach der 7. und der 9. Symphonie liegt nun auch die „Eroica" vor (Teldec 6.43201). Katsaris, der diese pianistischen Ungeheuerlichkeiten übrigens auch in seinen Konzerten spielt, begnügt sich nicht einmal mit dem Notentext der Lisztschen Transkriptionen, die ohnedies oft genug hart an der Grenze des auch heute noch Unspielbaren liegen; er packt sogar immer wieder, nach genauem Vergleich mit den Vorlagen, noch weitere Stimmen aus der Orchesterpartitur mit hinein.

Der Intention Liszts entsprechend, ist das Ganze der Wirkung nach längst kein Klavierauszug mehr; hier wird die „Eroica" tatsächlich zu einer Sinfonie für einen Flügel. Katsaris gestaltet sie mit überlegener Disposition im großen, und mit einer phänomenalen Fülle an Differenzierungen, die orchestral wirken, ohne im einzelnen auf Nachahmung spezifischer Instrumente zu setzen.

Ein Sechzehnjähriger, der vierzig Klavierkonzerte im Gedächtnis hat, der alles spielen kann, ohne daß er es üben müßte, ist ein Wunder an musikalischer Höchstbegabung. Die Rede ist natürlich von Dimitris Sgouros. Den Weg zur Meisterschaft der musikalischen Interpretation jedoch hat der junge Künstler noch vor sich; das ist jedenfalls der Eindruck, den seine Einspielung von Werken Liszts – Sgouros' dritte Schallplatte innerhalb kurzer Zeit – vermittelt. Selbst in den „Études d'exécution transcendante" oder am „1. Mephisto-Walzer" ist technisches Können längst nicht alles. Sgouros fehlt es noch erheblich an Gestaltungsvermögen, an Differenzierung der klanglichen Valeurs, an der Kunst der Dynamik und der Artikulation (EMI 2701771).

WOLFGANG DÖMLING

Ein Bier auf den Einfall

Mutmaßliche Heineken-Entführer wollen nach Holland

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Eine völlig überraschende, geradezu kuriose Wende hat sich bei der Strafverfolgung der seit rund zwei Jahren in einem Pariser Gefängnis in Auslieferungshaft befindlichen, mutmaßlichen Heineken-Entführer Cor van Hout (29) und Willem Holleeder (28) ergeben. Seit März 1984 nämlich versuchte das Haager Justizministerium mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln, die beiden damals in Paris verhafteten Männer in die Niederlande ausgeliefert zu bekommen. Als Paris dem Antrag der Holländer endlich zustimmte, zog Den Haag das Ersuchen zurück. Die Gründe sind so einleuchtend wie folgenschwer und werden zu einem wohl einmaligen Prozeß führen.

Erst vor wenigen Tagen hatte ein Pariser Gericht in letzter Instanz beschlossen, daß die beiden Hauptverdächtigen der Heineken-Entführung an Holland ausgeliefert werden. Den Haag müsse sich dann aber bei der Strafverfolgung an den aus dem Jahre 1895 stammenden und noch immer zwischen beiden Ländern gültigen Auslieferungsvertrag halten. Dieser Vertrag jedoch kennt kein Delikt „Entführung", sondern enthält nur einen Paragraphen, der eine „schriftliche Erpressung" unter Strafe stellt. Somit könnte bei einem Prozeß in den Niederlanden den beiden Männern nur diese Erpressung zur Last gelegt werden. Dafür jedoch sieht das Gesetz nur vier Jahre Höchststrafe vor. Das war der Haager Justiz jedoch zu wenig: Sie zog den Auslieferungsantrag zurück.

Paris ließ daraufhin die beiden Niederländer frei, stellte sie aber in einem abgelegenen und streng bewachten Hotel nördlich von Paris unter Hausarrest. Dort heckten van Hout und Holleeder, beraten von ihren Amsterdamer Anwälten, einen neuen Plan aus. Sie drehten – ihre wohl einmalige Chance erkennend – den Spieß einfach um und ließen wissen, daß sie „unbedingt zurück nach Amsterdam" wollen. „Wir haben Sehnsucht nach Holland."

Die Anwälte werden noch in dieser Woche in Amsterdam eine einstweilige Verfügung beantragen, um sicherzustellen, daß die beiden Verdächtigen so schnell wie möglich in ihre Heimatstadt zurückkehren können. Der niederländische Staat soll die von französischer Seite gestellten Auslieferungsbedingungen umgehend akzeptieren und die beiden Männer nach Holland einreisen lassen. Besseres könnte ihnen nämlich kaum passieren: Ein Prozeß unter der Kondition, daß die Anklage auf „schriftliche Erpressung" lautet, hieße entweder eine Rest-Haftstrafe von nur wenigen Monaten oder sofortige Freilassung.

Und schließlich liegen neun Millionen Gulden vom Lösegeld aller Voraussicht nach noch immer irgendwo in Amsterdam. „Freddy" Heineken hatte seinerzeit für seine Freilassung etwa 35 Millionen Gulden bezahlt, von denen der Großteil inzwischen gefunden wurde.

Vor der Presse gaben die beiden Hauptverdächtigen in ihrem französischen Hoteldomizil nur zu, unmittelbar nach ihrer Entlassung aus dem Pariser Gefängnis mit großem Genuß ein Bier mit dem bewußten Markennamen getrunken zu haben.

LEUTE HEUTE

Thomas-Kantor

Zum neuen Organisten an der weltberühmten Thomas-Kirche in Leipzig, an der Johann Sebastian Bach angestellt war, wählte der Kirchenvorstand den erst 29jährigen Kantor **Ullrich Böhme** von der Pauli-Kreuz-Kirche in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt). Böhme studierte in Dresden und Leipzig bei Wolfgang Schetelich, Max Pommer, Heinz Röttger und Herbert Sahling. Der junge Organist tritt die Nachfolge von Professor **Hannes Kästner** an, der nach 33 Amtsjahren als Thomas-Organist einen Ruf als Professor für Orgelspiel an der Leipziger Musikhochschule annahm.

Roman-Erben

Kurz vor ihrem Tod im September dieses Jahres begann Simone Signoret mit den Verhandlungen für den Verkauf der Filmrechte an ihrem Roman „Adieu Volodja", der von der Verfolgung der Juden in Rußland nach dem Ersten Weltkrieg handelt. Jetzt erklärten sich die Erben der Signoret, **Yves Montand** und Tochter **Cathérine Allegret**, mit den Bedingungen einverstanden. Die Filmrechte erwarben eine luxemburgische Fernsehgesellschaft, der amerikanische Produzent **Steve Krantz** und das australische Fernsehen.

Katzen-Dompteur

40 Akrobaten-Gruppen aus 17 Ländern beteiligten sich am 11. Zirkusfestival in Monte Carlo. Nach vier Tagen standen die Sieger fest: Mit dem „Goldenen Clown" wurden die **Doweikos**, Stelzen-Akrobaten aus dem Moskauer Staatszirkus sowie eine nordkoreanische Gruppe ausgezeichnet. „Silberne Clowns" gab es unter anderem für die Pferdedressur der Engländerin **Yasmine Smart** vom deutschen Zirkus Jacobi-Althoff. Auch die abgerichteten Katzen des **Juri Kukaltschew** vom Moskauer Staatszirkus fanden Gefallen.

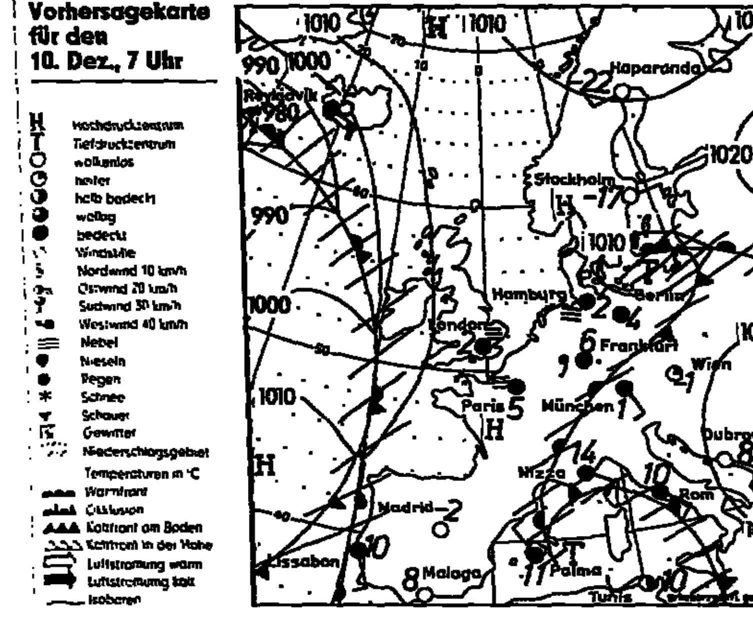
WETTER: Neblig-trüb

Lage: Ein schwacher Tiefausläufer beeinflußt anfangs noch den Süden und Osten der Bundesrepublik. Sonst gelangt die auf der Rückseite einfließende Meeresluft allmählich unter Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Dienstag: Bedeckt oder neblig-trüb und im östlichen Niedersachsen sowie in Bayern anfangs noch etwas Regen, sonst niederschlagsfrei. Im Tagesverlauf nur zögernde Bewölkungsauflockerung. Höchsttemperaturen 4 bis 7, Tiefstwerte nachts 3 bis null Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Im Norden Durchzug von Wolkenfeldern, aber niederschlagsfrei. Sonst zu Nebel neigendes Hochdruckwetter. Nachtfrostgefahr.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.17 Uhr*, Untergang: 16.14 Uhr; **Mondaufgang:** 7.46 Uhr, Untergang: 15.20 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Vorhersagekarte für den 10. Dez., 7 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter
Deutschland:			Lübeck	6	R	Faro	13	be	Ostende	8	bw
			Mannheim	9	bw	Florenz	13	bw	Palermo	16	be
Berlin	7	R	München	7	bw	Genf	6	Sp	Paris	9	bw
Bielefeld	8	R	Münster	8	R	Helsinki	-3	be	Peking	-5	wl
Braunlage	5	R	Norderney	6	R	Hongkong	21	be	Prag	4	bd
Bremen	7	R	Nürnberg	8	bw	Innsbruck	4	bw	Rhodos	20	be
Dortmund	7	R	Oberstdorf	8	bw	Istanbul	10	Ne	Rom	16	be
Dresden	8	bd	Passau	4	bw	Kairo	20	be	Salzburg	9	be
Düsseldorf	9	R	Saarbrücken	7	R	Klagenfurt	-1	Ne	Singapur	13	bw
Erfurt	9	bw	Stuttgart	7	bw	Konstanza	5	Ne	Split	15	bw
Essen	8	R	Trier	7	R	Kopenhagen	4	bw	Stockholm	-10	be
Feldberg/S.	1	bd	Zugspitze	-6	bw	Korfu	16	wl	Straßburg	7	R
Flensburg	6	R	**Ausland:**			Las Palmas	20	Sp	Tel Aviv	26	be
Frankfurt/M.	8	R				Leningrad	-3	be	Tokio	13	bw
Freiburg	11	bw	Algier	13	R	Lissabon	12	be	Tunis	14	bw
Garmisch	9	bw	Amsterdam	8	bw	Locarno	7	Sp	Valencia	14	be
Greifswald	6	R	Athen	17	bw	London	5	bd	Varna	6	Ne
Hamburg	8	bd	Barcelona	9	bw	Los Angeles	10	wl	Venedig	10	bw
Hannover	8	bd	Belgrad	11	wl	Luxemburg	6	R	Warschau	4	Sp
Kahler Asten	4	R	Bordeaux	12	be	Madrid	9	be	Wien	4	bd
Kassel	7	bd	Bozen	7	bw	Mailand	9	bd	Zürich	8	bw
Kempten	9	bw	Brüssel	8	bw	Malaga	12	be			
Kiel	6	R	Budapest	7	bw	Mallorca	14	bw			
Koblenz	10	bd	Bukarest	2	Ne	Moskau	-10	be			
Köln-Bonn	9	R	Casablanca	13	bw	Neapel	16	be			
Konstanz	8	bw	Dublin	1	Ne	New York	4	bd			
Leipzig	8	bw	Dubrovnik	16	be	Nizza	12	bw			
List/Sylt	4	R	Edinburgh	3	be	Oslo	-15	be			

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen, Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Zwei junge Frauen befreien den Bordesholmer Altar von Pilzen, Braunfäule und Holzinsekten



Von 1514 bis 1521 schuf Meister Hans Brüggemann den Bordesholmer Altar für das Augustinerchorherrenstift im gleichnamigen Ort. 1666 wurde der Altar in den Schleswiger Dom überführt. Dargestellt ist auf ihm die Passion (Foto links: aus der Kreuzigung Christi). Vollständig wird der größte in Deutschland erhaltene Schnitzaltar seiner Zeit voraussichtlich erst nach seiner Restaurierung Anfang 1986 zu bewundern sein.

FOTOS: PREUSSISCHER KULTURBESITZ/DIE WELT

Utensilien aus der Hexenküche retten ein Kunstwerk

Von GEORG BAUER

Mikroorganismen auf der Rückseite der massiven Eichenblöcke brachten den fein abgestimmten Terminplan in Unordnung. Enttäuscht mußte die Geistlichkeit des Domes in Schleswig zur Kenntnis nehmen, daß der Bordesholmer Altar, Schmuckstück des Gotteshauses und Meisterwerk spätgotischer Schnitzkunst, seine Schönheit auch zur Weihnachtszeit hinter profanen Gerüstbrettern und kalten Eisenstangen verbergen wird. Entdecker der Pilze und Überbringer der Hiobsbotschaft waren die beiden jungen Restauratorinnen Ursula Lins und Uta Lemaitre.

Seit Januar dieses Jahres sind die beiden Westfälinnen damit beschäftigt, der Nachwelt diesen mehr als 450 Jahre alten Altar aus der Hand von Hans Brüggemann zu erhalten. Im Frühjahr oder – wenn möglich – schon im Januar oder Februar, so hoffen die jungen Frauen gemeinsam mit dem Domverantwortlichen, Pastor Walter Körber, und den zuständigen Herren aus dem Landesbauamt in Schleswig, soll der Kampf gegen Pilze, Braunfäule und Holzinsekten erfolgreich abgeschlossen sein. Mehr als 200 000 Mark werden dann aufgebraucht sein.

Die Hauptwaffe des Damenduos, das sich eigens für diesen Auftrag der Kirche Nordelbiens, Eigentümer des Domes, zusammengetan hat, sind kleine, mit Watte umwickelte Stäbe, Spritzen, Skalpell und Chemikalien. Mit diesen Utensilien aus Hexenküche und OP werden die fast 400 Figuren des etwa 13 Meter hohen Altares vom Staub der Jahre und vom Pilzbefall befreit. Das Augenmerk aber gilt winzigen, kaum sichtbaren Punkten im Holz, Ein- und Ausfluglöcher für Insekten.

Ohne Rücksicht auf dieses Abbild künstlerischer Schaffenskraft des Menschen legten sie in den vergangenen Jahren ihre Eier in das Holz. Larven schlüpften aus, die bis zu ihrer Fortentwicklung zu Insekten den „Nahrungstisch" reich gedeckt fanden. Dem Spuk bereiten die Frauen nun ein Ende. Flugloch um Flugloch spüren sie auf und injizieren mit Gift angereicherte Lösungsmittel, die sich in das unter der Oberfläche des Holzes verästelte Netz ergießen. „Wir benutzen dabei nur seit Jahrzehnten erprobte Mittel", begegnet Ursula Lins der Frage nach möglichen Folgeschäden.

Für die wissenschaftliche Beratung sorgt zudem eine aus dem Ordinariat für Holzgeologie in Hamburg hinzugezogene Mikrobiologin. Und ein Gutachterrat, in dem Vorschläge diskutiert und Maßnahmen abgesprochen werden, achtet darauf, ob die Restauratorinnen trotz Diplom oder Lehrjahre den Altar auch sachgemäß bearbeiten. Die Jugend der beiden mag dabei auch Grund der kritischen Begleitung sein.

Die seit Monaten dauernde Beschäftigung hat den Blick der Frauen für die Details des so reich verzierten Altares geschärft. In dieser verwirrenden Vielfalt lieblicher Figuren, Szenen und Ornamenten wissen sie, welche Teile, die der Küster in den vergangenen Jahren vom Boden aufgelesen und sorgsam mit Angaben über die Fundstelle beschriftet hatte, an welchen Platz gehören. Doch Bruchstücke bleiben für immer verschwunden. Die moderne Technik in Form von Staubsaugern sorgte dafür.

Auch die Spuren des Künstlers verlieren sich im Dunkel der Geschichte. Wiederholt bemühten sich Wissenschaftler, mehr über das Leben dieses Mannes zu erfahren. Doch vergeblich. Nur dürftige Fakten brachten sie ans Tageslicht.

Hans Brüggemann, dessen Werk sich durchaus mit Arbeiten des Tilmann Riemenschneider messen kann, stammte aus Walsrode in der Lüneburger Heide. Im Auftrag des Herzogs Friedrich von Holstein-Gottorf schuf er gemeinsam mit seinen Gesellen in der Zeit von 1514 bis 1521 den Altar für das Augustinerchorherrenstift in Bordesholm. Als das Stift im Zuge der Reformation nach dem Rückzug der Katholiken aus dem norddeutschen Raum seine Bedeutung verlor, ordnete 1666 Herzog Christian-Albrecht von Holstein-Gottorf, Nachfahre des Brüggemann-Auftraggebers, die Überführung des Altares nach Schleswig an.

Streit der Kartographen um eine neue Welt-Sicht

Kritik an der Erd-Projektion des Bremer Historikers Arno Peters / Wissenschaftler sprechen von „Ideologie"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Lüge, Verdrehung, Ideologie – mit diesen massiven Vorwürfen gehen die „Deutsche Gesellschaft für Kartographie" und der „Verband der kartographischen Verlage und Institute" jetzt öffentlich gegen die Weltkarte vor, die der Bremer Historiker Arno Peters entwickelt hat und auf der das Bild der Erde zugunsten der Entwicklungsländer verschoben erscheint. Peters auf Anfrage der WELT: „Ich habe meine Karte jetzt 16 Millionen Mal verkauft und wende mich nun einem neuen Arbeitsgebiet zu."

Was die Vorsitzende des betroffenen Verlagsverbandes, Helga Ravenstein, als „Pseudo-Wissenschaft" bezeichnet, und was mit einer Broschüre „Ideologie statt Kartographie" bekämpft werden soll, hat als „Peters-Projektion" schon bei Ämtern, Regierungen und Medien Eintritt gefunden. Völlig verstört wurden die Kartographen, als sogar das Deutsche Fernsehen die neue Welt-Sicht, wenn auch nur probehalber und zwischendurch, als Nachrichtenkulisse einblendete. Das Handikap der Wissenschaft gegenüber dem Seiteneinsteiger: Es muß alles sehr mühsam erklärt werden, mit Schlagworten ist nicht viel auszurichten.

Peters hat sein Werk am 8. Mai 1973 der Öffentlichkeit vorgestellt. Obwohl die Kartographen weltweit darauf pochen, daß die dreidimensionale, kugelähnliche Oberfläche der Erde nicht in einer exakt übereinstimmenden, wirklichkeitsgetreu-objektiven Abbildung in die zweidimensionale Ebene eines Kartenblattes übertragen werden kann, wurde nun behauptet, daß die neue Karte besser als alle anderen sei.

Bei Peters Projektion wurde die bisher als obligatorisch geltende Winkeltreue weitgehend aufgegeben, um dafür Flächentreue zu erreichen. Afrika, dessen Originallänge von 8013,6 Kilometern nun auf 10 622,3 Kilometer wuchs, hatte fast keine Ähnlichkeit mehr mit dem den Deutschen seit Schultagen gewohnten Afrika-Bild aus dem Atlas. Für Peters allerdings war dies die Überwindung des alten europazentrischen Weltbildes, das aus „kolonialpolitischem Machtstreben" entstanden sei, während seine Karte nun die Länder der Dritten Welt endlich in ihrer wahren Größe zeige. Entsprechend war dort auch der Markt für seine Karte.

Normalkarte Afrika und Peters-Projektion ▸

Umstrittener Versuch, der Dritten Welt gerecht zu werden: Peters Karte von Afrika (rechts)

Doch auch den Kartographen ist lange klar, daß die Europa mehr oder weniger in die Mitte stellenden Karten durch ein „vermittelndes" Bild abgelöst werden könnten. Der niederländische Geograph Gerhard Kremer, genannt Mercator, hatte mit seiner 1569 in Duisburg für den Landesherrn Herzog Wilhelm von Jülich, Kleve und Berg geschaffenen Erdkarte nicht, wie bis dahin üblich, Jerusalem zum Nabel der Welt gemacht, sondern eben seine Heimat.

Der Vorzug dieser sich schnell ausbreitenden Karte war und ist es, daß Seefahrer nach dieser winkeltreuen Karte ein einmal anvisiertes Ziel auch stets erreichen.

Weit weg vom Äquator liegende Gebiete mußten allerdings bei Mercators Verfahren nachgebessert werden. Die Flächen in der Nähe der Pole, die nicht abgebildet werden konnten, erscheinen verzerrt.

Nach Ansicht der jetzt mit ihrer gegen Peters gerichteten Kampfschrift hervortretenden Verbände zeigen alle heute üblichen, weitgehend flächen-, winkel- und längentreuen Weltkarten schon aus projektionstechnischen Gründen ein Afrika-zentrisches Weltbild. Was der Bremer Historiker gemacht habe, sei nichts anderes als ein Aufguß der Erdkarten-Erfindung des Marinus von Tyros aus dem 2. Jahrhundert n. Chr., bei der Meridiane und Breitenkreise als Grade dargestellt werden, die aufeinander senkrecht stehen. Wörtlich heißt es dazu bei den Kartographen: „Dadurch werden die Pole, die in Wirklichkeit Punkte sind, auf der Karte fast 28 500 Kilometer lang, der Äquator schrumpft von 40 000 Kilometer auf 28 000 Kilometer zusammen."

Gegen die „Ideologie" der Peters-Projektion wird nun die „vermittelnde" Weltkarte ins Feld geführt, die „in bezug auf die Flächenverhältnisse keine falschen Vorstellungen hervorruft". 1913, 1942 und 1974 haben sie, in Abwandlungen, drei Fachwissenschaftler vorgestellt. Die Kartographen: „Kein Kontinent oder Land wird einseitig bevorzugt – aber die Peterssche Deformation, die ein Zerrbild der Erde liefert, wird vermieden."

Für Peters ist das Ganze schon Vergangenheit: Er entwickelt zur Zeit eine neue Notenschrift.

Zwei Rheinländer unter Verdacht

Sollte nach Südamerika entführte „Cessna" im Rauschgiftschmuggel eingesetzt werden?

E. R. Oldenburg/Köln

Der von Piloten als einmaliges Husarenstück gewertete Flugzeugdiebstahl von Ganderkesee in Norddeutschland vor einem Jahr und die Überführung der Maschine nach Südamerika ist von zwei Rheinländern initiiert worden. Per Haftbefehl sucht Interpol zwei Männer aus Köln und Bonn als mutmaßliche Täter oder Drahtzieher. Der zunächst in Bolivien verhaftete und inzwischen freigelassene Kölner Pilot und Fluglehrer Bruno Hemmersbach gilt nach Erkenntnissen der Oldenburger Staatsanwaltschaft als unschuldig. Er hat das Flugzeug, offensichtlich ohne von dem Diebstahl zu wissen, gegen hohes Honorar von Madrid nach Südamerika geflogen.

Bei dem Coup war eine sechssitzige einmotorige „Cessna U 206 G" der Firma Atlas Air Service im Morgengrauen des 15. Dezember 1984 vom Regionalflughafen Ganderkesee bei Bremen gestohlen worden. Das 350 000 Mark teure Flugzeug tauchte elf Tage später in Santa Cruz in Bolivien auf. Ein angeblicher „Klaus Bender" hatte, wie Oberstaatsanwalt Friedrich Reinelt mitteilte, den Piloten Hemmersbach angeheuert. „Bender" brachte den 30jährigen Kölner mit einem Mercedes 230 einen Tag nach dem Flugzeugdiebstahl nach Paris. Hemmersbach flog mit einer Linienmaschine nach Madrid weiter. Dort präsentierte ihm dann ein „Josef Braun" die „frisierte" Maschine aus Ganderkesee: Das Kennzeichen war geändert, die Papiere lauteten auf eine „Cessna" gleichen Typs der Freizeit GmbH aus Porta Westfalica. Die vier hinteren Sitze waren für zwei Aluminium-Zusatztanks mit Pumpwerk ausgebaut – die „Cessna" war somit bei 920 Litern Spritvorrat für einen „Sprung" über den Südatlantik ohne Zwischenlandung ausgerüstet.

Pilot Hemmersbach, der mit dem besagten „Josef Braun" als Co-Pilot den Atlantik-Flug über Südportugal und Dakar in Senegal ohne Wetterradar und Blindflugsysteme schaffte, zur WELT: „Bei richtiger Planung, richtiger Spritberechnung und ohne Überladung kein Problem. Bei der Landung nach 1560 nordischen Meilen in 13 Flugstunden in Recife in Brasilien war noch für weitere fünf Flugstunden Sprit in den Tanks."

Nach einem Zwischenstopp über die Weihnachtstage in Rio wurde dem Piloten auf dem Weg zum Zielflughafen Ascuncion in Paraguay, wo die „Cessna" angeblich für eine Firma bestimmt war, ein elektrischer Defekt zum Verhängnis. Nach Ausfall wichtiger Navigationssysteme war er nach Bolivien abgedriftet und hatte auf dem Militärflughafen Santa Cruz landen müssen. Während der Reparaturarbeiten wurde Hemmersbach verhaftet, von „Josef Braun" fehlt seitdem jede Spur.

Trotz intensiver Bemühungen deutscher Behörden und des Konsulats kam Hemmersbach nach siebeneinhalb Monaten Haft erst frei, als über die Staatsanwaltschaft Oldenburg rund 6000 Mark „Gerichtskosten" und der Rückflug – insgesamt rund 10 000 Mark – gezahlt waren. Die Staatsanwaltschaften Oldenburg und Köln, die das zunächst gegen Hemmersbach eingeleitete Ermittlungsverfahren inzwischen eingestellt haben, gehen nach wie vor davon aus, daß das gestohlene Flugzeug zum Rauschgiftschmuggel in Südamerika bestimmt war. Die „Cessna", für die der Gerling-Konzern schon 300 000 Mark Versicherungssumme gezahlt haben soll, ist nach noch unbestätigten Berichten bereits in Südamerika im Einsatz.

Mit seltsamen Methoden Verurteilten „freigeboxt"

PETER MICHALSKI, London

Der Verkehrsstrafe eines Fernsehreporters verdankt es der Engländer Anthony Mycock (32), daß er am Freitag vergangener Woche zum ersten Mal seit zweieinhalb Jahren im eigenen Bett statt auf der Gefängnispritsche aufwachte. 30 Monate saß der Arbeiter hinter Gittern, bis eine BBC-Reportage seine Verurteilung als Justizirrtum anprangerte und ein Revisionsverfahren erzwang, das jetzt mit Freispruch endete.

Am 31. Mai 1983 hatte das Kindermädchen Anne Fitzpatrick (31) der Polizei von Manchester einen nächtlichen Einbruchdiebstahl gemeldet. Im Juni wurde Mycock festgenommen. Bei der Gegenüberstellung identifizierte das Opfer den blonden Brillenträger, obwohl der Mann seine Unschuld beteuerte. Er wurde nach fünf Monaten Untersuchungshaft zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Berufungsantrag wurde abgelehnt.

Zwei Jahre nach dem Schuldspruch fand der Fernsehreporter Peter Hill (43) die Kronzeugin in Kalifornien und setzte sie unter Druck, unter anderem mit der Drohung, ihre lesbische Neigung publik zu machen und damit ihre US-Aufenthaltsgenehmigung zu gefährden. Schließlich gestand sie in die Kamera, daß sie den Überfall erfunden hatte.

Als das Interview in Hills Sendereihe „Rough Justice" (eine Art „Aktenzeichen XY" mit umgekehrtem Vorzeichen) ausgestrahlt wurde, sah sich der Innenminister gezwungen, ein Revisionsverfahren anzuordnen. Zwar widerrief Anne Fitzpatrick vor Gericht ihr Fernsehgeständnis. Doch sie gab andere Meineide im Mycock-Prozeß zu. Richter Lord Lane (67) kritisierte zwar die Methoden des Reporters, erklärte aber die Verurteilung für untragbar.

Die Idee zu „Rough Justice" kam Hill, als er wegen Überfahrens einer roten Ampel verurteilt wurde, obwohl das Licht nach seiner Darstellung auf Grün stand und der Bobby, der das Gegenteil behauptete, die Ampel von seinem Posten aus gar nicht hatte sehen können. „Mir schoß durch den Kopf, in wie vielen Fehlurteilen jahrelange Freiheitsstrafen ausgesprochen werden." Seit der ersten Folge im März 1982 hat Hill unter anderem schon drei „Lebenslängliche" freigeboxt. (SAD)

Transitstrecken wurden neu beschildert

hrk. Berlin

Nach jahrelangen Bemühungen der Bundesregierung und beharrlichen Weigerungen Ost-Berlins ist die „DDR" jetzt dazu übergegangen, auf ihren Autobahnschildern längs der Transitstrecken die Namen von Zielstädten in der Bundesrepublik Deutschland anzubringen. Bisher lautete der Hinweis lediglich „Transit BRD" oder „Transit Westberlin". An zwei markanten „Abzweigen" des Berliner Rings im Norden und Süden finden sich jetzt die Hinweise „Transit BRD–Hamburg" und „Transit BRD–Hannover". Auch die Städte Nürnberg und Frankfurt am Main sind inzwischen ausgeschildert.

Überlebende geborgen

AFP, Bogotá

25 Tage nach der Vulkankatastrophe von Armero (Kolumbien) wurde am Sonntag eine 65jährige Frau lebend aus ihrem zerstörten Haus geborgen. Sie hatte während dieser Zeit nur von Wasser aus einem kleinen Becken in ihrem früheren Garten gelebt. Inzwischen steigt aus dem Vulkan Nevado del Ruiz wieder Rauch auf, es riecht nach Schwefel. Wissenschaftler stellten „schwache seismische Tätigkeit" in der Region fest.

Geldtransport überfallen

AP, Bamberg

Rund 300 000 Mark hat ein bewaffneter Räuber gestern morgen beim Überfall auf einen Geldtransport in Bamberg erbeutet. Der etwa 25 Jahre alte Täter war mit einer „polizeiähnlichen Uniform" bekleidet. Mit einem Trommelrevolver erzwang er die Herausgabe von zwei Aktentaschen mit 25 Geldbehältern.

Berliner Sommer 1986

D. D. Berlin

Zum Spektakel wird der Berliner „Sommernachtstraum 1986": Am Kurfürstendamm und rund um die Gedächtniskirche wird die New Yorker Happening-Künstlerin Marylin Wood zusammen mit vielen Berliner Künstlern im Juli drei Wochen lang ein großes Stadtfest inszenieren. Der Platz um die Gedächtniskirche soll teilweise verhüllt werden. Die Tuchbahnen werden als Projektionsflächen für Licht- und Schattenspiele dienen. Der Senat beteiligt sich mit 500 000 Mark an den Kosten.

ZU GUTER LETZT

„Da wir sehr viel Wert auf historische Genauigkeit beim Kostüm legen, brauchen unsere Nikoläuse sehr geräumige Autos", zog das Münchner Arbeitsamt die Bilanz seiner Nikolausvermittlung.